

Öko-punkte

Neue Rubrik:

**internationaler Widerstand
gegen WTO, Neoliberalismus,
MAI, EXPO & Co.**

Termine, Kurzinfos...

zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,
local economy, erneuerbare Energien,
Öko-Landbau, Gentechnik und
Umweltbildung

Schwerpunkt:

Aktiv werden - praktische Ideen für den Umweltschutz



Öko-punkte

Neue Rubrik:

**internationaler Widerstand
gegen WTO, Neoliberalismus,
MAI, EXPO & Co.**

Termine, Kurzinfos..

zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,
local economy, erneuerbare Energien,
Öko-Landbau, Gentechnik und
Umweltbildung

Schwerpunkt

Aktiv werden - praktische Ideen für den Umweltschutz





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

2

Herbst '99

• Start ins Heft

Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation (Kurzform)

W der s t a n d gegen Neol i ber al i s mus

Anfang August beschloß das 3. bundesweite Anti-Expo-Treffen, gemeinsame Aktionsstrukturen mit solchen Gruppen und Bündnissen zu bilden, die gegen neoliberale Umgestaltungen kämpfen. Die Umwelzeitung "Ö-Punkte" spiegelt diesen Prozeß schnell wieder: Mit einer neuen Rubrik greift die Herbstausgabe die Idee auf und stellt Informationen zum Expo- und zum Neoliberalismus-Widerstand aktuell zusammen.

Zudem gibt es einen Themenschwerpunkt mit kreativen Ideen für die Umweltschutzarbeit vor Ort und zwei Kapitel zu Umweltschutz-Jobs und Internetangeboten für UmweltschützerInnen.

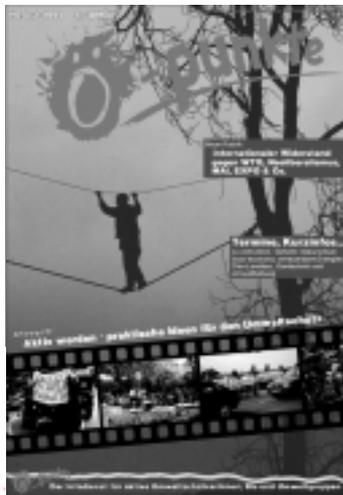
Damit ist aber lange nicht alles benannt, was die Ö-Punkte zu bieten haben. In bewährter Weise haben die inzwischen 20 autonomen Redaktionen zu fast allen wichtigen Bereichen des Umweltschutzes Berichte, Termine, Vorstellungen neuer Materialien, Aktionen und Kampagnen zusammenzutragen. So ist ein Überblick über das Entstehen, was zur Zeit in Umweltgruppen, -verbänden und nahestehenden politischen Initiativen läuft, der einmalig ist im deutschsprachigen Raum

Die "Ö-Punkte" werden über bestehende Rundbriefe und Fachmagazine an zur Zeit 12.000 Kontaktadressen vor Ort verschickt – Tendenz steigend! Dadurch ist mit dem Magazin eine Vernetzung entstanden, die bislang fehlte. Zudem entstehen so themen- und verbandsübergreifende Diskussionsprozesse um Umweltschutzstrategien. Sechs Seiten dokumentieren in den aktuellen Ö-Punkten Diskussionsbeiträge zu strittigen Themen wie der Auswertung der Kölnaktivitäten, Tierrechte und das Verhalten von UmweltschützerInnen im Kosovo-Krieg.

PR-Arbeit

Die "Ö-Punkte" erreichen inzwischen ca. 12.000 Kontaktadressen. Die Informationen werden von 20 Einzelredaktionen gesammelt – ein jetzt schon einzigartiges Vernetzungsprojekt. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende. Weitere Verteiler, z.B. Fachmagazine, Rundbriefe usw. sollen angesprochen sowie weitere Mitwirkende gewonnen werden.

Die Ö-Punkte bekannter machen – das ist eine der Aufgaben. Daher bitten wir um Veröffentlichung des nebenstehenden Textes oder Weitergabe an die Presse.



Das aktuelle Heft und alle bisher erschienenen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (7,- DM in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.



Startausgabe 1997: Windenergie



Frühjahr 1999: Expo 2000



Herbst 1998: Utopien



regelmäßig ... die drei Varianten:

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe Seite 63 sowie in allen Rubriken rechts oben)
2. Als Perspektiven-Abo (4x Ö-Punkte plus 4-6mal Perspektiven-Rundbrief) für 40 DM/Jahr (bzw. Förder-Abo ab 60 DM).
3. Als Normal- (20 DM/Jahr) oder Förder-Abo (ab 40 DM/Jahr).



Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)
Servicestelle für BIs und Umweltgruppen
Vi.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt

Redaktion:

Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430
mail: oe-punkte@gmx.de

Abfall: Christian Ohly (co)
Siegmonds Hof 2-4 Haus 12/416, 10555 Berlin
Tel. 030/3936827

Anti-Atom: Bernd Hanewald (bh)
Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Gießen
0641/29125 (auch Fax)

Chemie&Industrie: Coord. gg. BAYER-Gefahren
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
0211/3339-11, Fax -40

Energie/wende: Hartmut Groth (hg)
c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
040/394078 (auch Fax)

Freiräume: Nicht besetzt!

Gentechnik: Thomas Schmidt (ts)
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Landschaft/Naturschutz: Jörn Hartje (jh)
Steinfeld 61, 23858 Feldhorst
04333/792259 (Fax 04531/7116)

Lokale Ökonomie: Jutta Sundermann (js)
Artelleriestr. 8, 27283 Verden
04231/957-322 (Fax -400)

Ökol. Landbau: Johannes Richter
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Politik von unten: Jörg Bergstedt (jb)
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

Tierschutz: RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)
August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld
Fax&Tel. Hans-Jürgen Lutz (hl), 06195/65118

Über den Tellerrand: Nicht besetzt!

Umweltbildung: Peter Szekeres (pcm)
Liebigstr. 50, 35037 Marburg
06421/24552 (Fax vorher anrufen)

Umweltrecht: Carsten M. Herrle (ch)
Holtenerstr. 264, 24106 Kiel
Tel. 0431/305371-9 (Fax -8)

Umwelt&Entwicklung: Nicht besetzt!

VerbraucherInnenpolitik: Nicht besetzt!

Verkehr: Umkehr e.V. (u)
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding
030/4927-473 (Fax -972)

Wasser: Verein zum Schutzes des Rheins und ...
Egmondstr. 5, 47608 Geldern
02831/9802-81 (Fax -90)

Widerstand/Direkte Aktion: Leila Organa c/o JUP
Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Expo 2000: Simone Katter und Jörg Pohl
Büro für mentale Randalie, Wickingsstr. 17,
45657 Recklinghausen, 02361/667318

Weltwirtschaftsgipfel: Momo
Artelleriestr. 6, 27283 Verden

Endredaktion: 3 Leute in Saasen
Druckerei: Gießen-Druck

Bildarchiv:

Auslöser, Hamburger Str. 5, 23843 Bad Oldesloe

Auflage: 14.000

Diese Auflage erreicht ca. 12.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen. Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

Vertrieb für den Buchhandel

Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau
07033/44273, Fax 445265
trotzdemusf@t-online.de

Konto

Nr. 2516101 bei Volksbank Busecker Tal (BLZ 51362617), Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum, Presstext2
 Inhalt, alte Ausgaben3

Debatten

Köln-Auswertung4
 Kosovo-Krieg8
 Direkte Demokratie9
 Tierrechte10

Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit12

Aus aller umWelt

Ö-Punkte unterstützen!14
 Kurzmeldungen15

Tips für Umweltgruppen

„Jobs“ für Umwelt-Aktive16
 Kreative Aktionsideen18
 Einen Verein gründen20
 Internet für UmweltschützerInnen22

Rubriken

Abfall24
 Anti-Atom26
 Chemie & Industrie28
 Energie30
 Freiräume32
 Gentechnik33
 Landschaft und Naturschutz34
 Local economy36
 VerbraucherInnenpolitik37
 Ökologischer Landbau38
 Politik von unten40
 Tierrechte/Tierschutz42
 Über den Tellerand44
 Umweltbildung46
 Verkehr48

(Hinweis: Umweltrecht & Wasser sind diesmal nicht eingetroffen.)

Widerstand international

Widerstand50
 Expo, Weltwirtschaft, Neoliberalismus51

Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste55



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

Start ins Heft



Hinweise

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

Eigentums-vorbehalt

Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.

Ö-Terminservice im Internet

<http://www.infomagazin.de/oe-termin>

Aufstehen!

Schweigen bedeutet Stillstand! Aktionsformen, Inhalte, politische Positionen sind erstarrt. Die neue Bundesregierung macht dasselbe wie die alte – nur ein Unterschied ist deutlich: Es gibt keine Opposition mehr. Parlamentarisch gar nicht und außerparlamentarisch kaum. Die großen Organisationen definieren sich mit dem Begriff "Nicht-Regierungsorganisationen" zwar nicht staatlich, aber doch staatsnah. BeraterInnen wollen sie sein – in einer Politikphase, die brutal das Verwertungsprinzip durchsetzt: Mensch und Natur sind so wertvoll, wie sie sich für Profit und Kapital verwerten lassen. Der Mensch ist auf seine Arbeit- und Denkkraft reduziert, Reproduktion und Gesundheit sind notwendig für den Erhalt derselben, ansonsten muß der Mensch unterhalten und konsumierend im Glückszustand gehalten werden. Rohstoffe und Flächen müssen nachhaltig bewirtschaftet werden, denn wenn sie länger halten, kommt am Ende mehr Profit raus. Die Expo 2000 wird dieses krasse Bild in die Köpfe pressen ... es sei denn ...

Ja, es sei denn, die Menschen, d.h. zunächst wenige, emanzipatorische Gruppen oder Betroffene organisieren sich selbstbestimmt und gegen diese Prozesse des Neoliberalismus, des starken Staates als Sicherungsinstrument für den freien Profit. (jb)
 Aufstehen!

Sommer 1998: Direkte Demokratie



Frühjahr 1998: Agenda 21



PraktikantInnen gesucht!

Die "Ö-Punkte" brauchen kreative und engagierte Leute in der Endredaktion ... für Layouten, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken sowie Anzeigenakquise und einiges technische Drumherum. Auch Zeit für eigene Ideen. Standort: Die Projektwerkstatt in Saasen. "Lohn": Unterkunft, Verpflegung und ein das Lernen, wie so eine Zeitung entsteht.
 Infos und Verabredung zum Kennenlernen unter 06401/903283 oder 0171/8348430.

PS. In der Projektwerkstatt in Saasen sind auch weitere PraktikantInnenstellen frei – Mitarbeit an Projekten dort! Tel. so.

Frühjahr 1999: Weltwirtschaft



Wir bitten weiterhin für um Spenden für die "Ö-Punkte". Die Spendenaktion in den letzten Heften hat nur einen Teil der Startschulden ausgeglichen.

"Förderverein/Ö-Punkte" Nr. 2516101, BLZ 51362617 Volksbank Busecker Tal

Spendenbescheinigung auf Wunsch.



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

4

Herbst '99

•Echo und
diskussion

LeserInnenbriefe

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö-Punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen. Verweisen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf den neuen Rundbrief "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" (siehe Seite 2).

LeserInnenpost bitte an die Redaktion in Reiskirchen schicken:
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Fax 06401/903285
projektwerkstatt_sa@apg.wbnet.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Debatte zu Perspektiven emanzipatorischen Umweltschutzes unter:
www.thur.de/philou/uvu.html

Aus der Redaktion: Debatte erwünscht!

Eigentlich ist es nicht neu, aber dennoch fiel es offenbar bei der letzten Ö-Punkte-Ausgabe so richtig auf: Diese Zeitung ist nicht nur eine, die die ganze Bandbreite der Umweltschutz"bewegung" erreicht (wenn auch noch lange nicht tatsächlich alle Gruppen), sondern auch eine, deren Beiträge aus ganz unterschiedlichen Richtungen entstehen. Das Ergebnis ist nicht nur, daß (hoffentlich) alle etwas finden, was zu ihrer Arbeit paßt und gut verwertbar ist. Zudem soll es möglich sein, einen Überblick über das gesamte Geschehen zu erhalten. Sicher ist aber auch, daß in jeder Ausgabe jede und jeder etwas finden wird, was nicht gefällt. Auch das bringt die Bandbreite mit sich, die ein Vernetzungsmedium haben will.

Was an Widersprüchen auffällt, betrachtet wahrscheinlich jedeR mit einer anderen Brille. So gibt es in den Ö-Punkten eine eigene Redaktion zum Thema Expo 2000 – eine kritische (vorsichtig ausgedrückt). Dennoch haben andere Redaktionen auch positiv über Expo-Projekte berichtet. Das läßt sich als kleiner Skandal begreifen. Aber auch als Chance zu Debatte.

Und so geschah es auch bei der letzten Ausgabe – diesmal aber mit mehr Reaktionen, vor allem zwischen den Redaktionen. Da hatte der Redakteur "Über den Tellerrand" eine Kritik am Verhalten der UmweltschützerInnen zum Kosovo-Krieg verfaßt und die Scheuklappen angeprangert, die immer nur auf die Natur gucken. Genau das aber machte die Tierrechts-Redaktion und wies auf das Elend der Tiere im Krieg hin.

Nicht viel anders erging es den Aktivitäten um den EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Im Frühjahr erschien ein Schwerpunktheft der Ö-Punkte dazu. In der Sommerausgabe fanden sich zusätzliche Infos zum noch bevorstehenden WWG Mitte Juni. Aber auch die Kritik an den geplanten Gegenaktivitäten zu den Gipfeln fand sich in den Ö-Punkten.

In beiden Fällen gab es Streit zwischen den Redaktionen, der zeigte, wie unterschiedlich die Spektren sind – politisch, von den Aktionsformen her und auch von der Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen oder Zusammenhängen, die dann z.T. verteidigt werden. Leider aber ging der Streit um die Frage, ob das eine oder das andere in den Ö-Punkten akzeptiert werden könne oder nicht. Die Chance in der Kombination der Bandbreite der Ö-Punkte und einer offensiven Auseinandersetzung wurde nicht gesehen.

Das aber ist das Ziel: Die "Ö-Punkte" wollen vernetzen und austauschen. Sie wollen die ganze Breite von Umweltschutz wiedergeben. Aber sie sollen dabei nicht gleichgültig sein, sondern sich mit Positionen und Strategien engagiert auseinandersetzen. Eine Position, die zensiert wird, ändert sich dadurch nicht. Wird sie gleichgültig stehengelassen, ist es noch schlimmer. Gibt es aber eine transparente Debatte, kann sich Umweltschutzstrategie fortentwickeln.

Die Umwelt"bewegung" ist ein ziemlich langweiliger, angestaubter Haufen geworden. Streitkultur, nicht Harmonie, ist angesagt, um das aufzubrechen ... um einen neuen Aufbruch hinzubekommen. Hier sind alle aufgerufen, sich zu beteiligen, sich einzumischen und die "Ö-Punkte" (wie andere Blätter auch) zu einem Ort zu machen, wo um Positionen und neue Aktionsideen gerungen wird. (jb)

Komplimente:

Ein Kompliment für das einzigartige Kaleidoskop Eures Magazins.

Ute G., Marburg

Hallo Ihr, neulich bin ich in den Besitz meiner ersten Ö-Punkte gekommen. Welch ein beglückender Moment und was für eine Bereicherung für mich. Dies meine ich genauso, wie ich es hier schreibe. Aber einen kleinen Haken gibt es an diesem meinem Glück dennoch. Ich möchte auch die künftigen Ö-Punkte mein eigen nennen können, werde aber nicht ganz schlau daraus wie und wo ich diese bekommen kann. Könnt Ihr mir da weiterhelfen?

Mit ganz lieben Grüßen Andrea aus Köln

Erschütterung

Gerne möchte ich ... ein Perspektiven-Abo verschicken. Bitte fangt sofort an mit der guten Sommer-99-Ausgabe, die ich gerade mit Erschütterung las, aber auch mit Begeisterung darüber, dass es Euch gibt!

Gita S., Hermigua La Gomera

PS. ... Gerade in sehr integrierter, engagierter spanischer Zeitschrift "Integral" gelesen: James Tobin, Nobelpreisträger-Ökonomie, hat bereits 1972 (soviel Zeit hat man vergeudet, was für eine Wende hätte die Umsetzung seines Vorschlags für die ganze Welt bringen können und kann es (hoffentlich) noch!) vorgeschlagen, die täglichen Transaktionen der Börsen der Länder, also die riesigen Geldverschiebungen und Gewinne, die dort täglich stattfinden ohne etwas produzieren zu müssen, zu besteuern. Unvorstellbar, nur eine Minimalbesteuerung von 0,1% würden jährlich weltweit 166 Billionen \$ freisetzen, reichlich genug (wenn integer verwendet!), um alle ökol. und ökonomischen Probleme der ganzen Welt zu lösen und niemand würde es schädigen, könnte sich beklagen, auch die Reichsten hätten ja gar keinen spürbaren Verlust! Warum denn zögern die Staaten, endlich mal solch ein Gesetz zu aller Nutzen zu erlassen??? ...

Stimmen zu Köln I

Es gibt viele Gründe für das Desaster von Köln. Einer der wichtigen ist das Verhalten der sich Staat und oft auch Konzernen anbietenden FunktionärInnen. Diese zerfallen in (mindestens) zwei Teile, wie vor allem ihre Reaktionen nach dem von ihnen zu verantwortenden Desaster zeigen. Die einen (die "richtig Schlechten") feiern sich selbst auch noch ab (z.B. der WEED-Chef oder Antifa-ZentralistInnen). Die anderen, die "intelligent Schlechten", haben erkannt, daß mit Schönrederei nichts zu gewinnen ist – zu deutlich waren zentral geplante Aktionen in Köln ein Fehlschlag. Sie versuchen ihre Dominanz zu retten: Die Polizeikräfte waren zu stark, die Bewegung gibt nicht mehr her oder, richtig unverschämt: Die, die spontanere, vielfältigere und auch radikalere Aktionsformen wollen, hätten alles vermässelt. Alles kommt zur eigenen Ehrenrettung in Frage, nur eines nicht: Fehler zugeben. Insofern ist zu empfehlen, den ganzen FunktionärInnen der Kölner Bündnisse und dem mitragenden Umfeld in Zukunft mit gehöriger Skepsis zu begegnen – denn zu ihren Fehlern und Dominanzversuchen kommt jetzt auch noch der Unwille zu einer Analyse der Aktionen.

Robin Wut, unterwegs

Stimmen zu Köln II

Die Bewertungen zu den Kölner Ereignissen gehen weit auseinander: "Meilenstein" nennt es WEED, eine der zentralen Organisationen bei den Gegenaktivitäten zu den Kölner Gipfeln. Positive Resümeees ziehen auch etliche andere deren, die das Ganze mitveranstaltet haben, z.B. die Antifaschistische Aktion Berlin zum AA/BO-Block am 29.5. Von außen betrachtet wirkte das Ganze eher anders. Verteidigen dominante Gruppen ihre Position oder ist Köln tatsächlich eine gelungene Kampagne gewesen?

Im folgenden finden sich einige Positionen, Aussagen usw. – die meisten von ihnen sind Auszüge aus dem inzwischen erschienenen Köln-Reader (siehe Kasten auf dieser Seite).

Die Gipfel in Köln sind vorbei, und fast hätte niemand gemerkt, daß es auch Gegenaktivitäten dazu gab. Die Krönung lieferte Bundeskanzler Schröder im ZDF, als er nach seiner Meinung zur Demo am 19.6.99 befragt wurde und sinngemäß antwortete: "Die wollen doch das gleiche: Schuldenerlaß für die ärmsten Länder!". Die Betonung der Schuldenerlaßforderung, die sich nur schwer von der aktuellen Regierungspolitik der rot-grünen Regierung unterschied, trug erheblich mit dazu bei, daß der Protest gegen die Gipfel in der Öffentlichkeit kaum sichtbar war. Es kam auch zu fast keinen nennenswerten Störaktionen, den Regierungsvertretern dürften die Proteste kaum aufgefallen sein. ...

Latschdemos sind ein integrierbarer Protest, der zum Gipfelbrimborium mit dazu gehört. ...

"Es gibt kein richtiges Leben im Falschen" – müssen wir deswegen alles falsch machen? ...

Gerade in bezug auf Bewegungen wie der Schuldenerlaßkampagne Jubilee 2000 werden auch Gefahren von breiten Bündnissen mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sichtbar. Die Erlaßjahrkampagne unterscheidet sich fundamental von den "IWF-Mördertreff und IWF zerschlagen!"-Parolen 1988 in Westberlin. Noch 1994 hieß es beim IWF-Weltbank-Treffen in Madrid, als das Bretton-Woods-System sein 50jähriges Bestehen feierte, "50 Jahre sind genug". Die

Nichtregierungsorganisation WEED (World Economy, Environment and Development) in Bonn lieferte mit ihren Analysen zur Schuldenproblematik im Vorfeld und während des Weltwirtschaftsgipfels die kritische Begleitstimme zur Schuldeninitiative der Bundesregierung und mauserte sich so zur Regierungsberaterin. ...

Quelle: Sandra K. im Köln-Reader

Es stellt sich die Frage, welches Verhältnis der Arbeitsausschuß zur Demo am 3.6. hat. Es wird befürchtet, daß der Verlauf der Demo am 3.6. starke Auswirkungen auf die Mobilisierung und den Charakter der Demo am 19.6. haben wird. Deshalb wird das Gespräch mit dem Linksradikealen Bündnis gesucht, in dem wir klarmachen, daß wir uns nicht von der Demo am 3.6. distanzieren wollen, wenn glaubwürdig versichert wird, eine gewaltfreie Demonstration durchzuführen. ...

1e. Demonstration 19.6. Für die Organisation der Demo ist eine klare Hierarchie, d.h. konkrete Kompetenzzuweisung für die Beteiligten notwendig (Gesamt-, Demo-, Ordner-, Bühnenleitung, Spendenorganisation). Die Kompetenzen müssen dringend verteilt werden.

Auszüge Protokoll Köln 99 (17.2.)

Lasst uns die Demo zu einem schwarzen Fahnenmeer machen! Lasst uns zeigen, dass es auch in diesem Land AnarchosyndikalistInnen gibt, und dass es immer mehr werden! ...

Rund 2.000 Anarcho-SyndikalistInnen und AnarchistInnen u.a. aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, England, Griechenland, Schweden, Finnland und der Schweiz trafen sich in Köln und bildeten den größten und lautesten Block der gesamten Demonstration FAU-Presseinfo vor und nach 29.5.

Die Polizei war aus ihrer Sicht sehr erfolgreich. Ihre Strategie ist voll auf gegangen. Wir sind zu berechenbar geworden. Sie hatte fast alles

im Griff. Einerseits haben die VeranstalterInnen mit ihren zentralistischen Latschdemo-Konzepten "Teilschuld", andererseits haben sich die meisten Leute auch führen lassen, indem sie sich an bestehenden Aktionen beteiligten und sie konsumiert haben, anstatt Eigeninitiative zu entwickeln und selbst Aktionen zu machen. ...

Interview-Auszug aus Köln-Reader

Vom Bündnis Köln 99 gab es Signale, daß wir von ihrer Seite unerwünscht waren.

Interview-Auszug aus Köln-Reader

Cologne was a bit of a wash out 16000 pigs and one big 'well organised' march on 19th June (read, planned by compromising reformists). Why didn't they let individual groups get on with it and organise their own demos on the 18th when Cologne was 'working' and G8 were 'discussing'? People could have met publicly or secretly in different parts of the city and done their AUTONOMOUS direct action.

Statementauszug aus Köln-Reader



Herbst '99

• Aus aller umWelt



Literatur

Wi(e)der die Klobillisierungsfalle (1999, fzs in Bonn, 72 S., 5 DM)

Dieses Heft entstand für die Aktivitäten in Köln – gemacht vor allem von Personen aus dem Bündnis Köln 99. Es ist eher ein Aktionsleitfaden als eine Prestige- und Selbstdarstellungsbroschüre, gemacht ist das Heft auch eher von EinzelaktivistInnen des Bündnisses als von den TopfunktionärInnen der NGOs.

Das wirkt sich zunächst positiv aus: Kämpferische Einleitungstexte und viele Hintergründinformationen zu den weltweiten Wirtschaftsstrukturen. Dafür lohnt sich das Heft aus: Gegen den Mochloch Weltwirtschaft werden Food-Coops, Tauschringe usw. vorgeschlagen. Ob die AutorInnen sich selbst ernst nehmen? Möhren gemeinsam einkaufen als Strategie gegen die WTO? Oder wie? So zeigt die Broschüre, was NGOs und das angepaßte Bündnis Köln auch zeigten: Viel Wissen, z.T. auch brauchbare Analysen, aber keinerlei Strategie gegen all das. Bezug: Verdener Umweltwerkstatt, Artelleriestr. 6, 27283

Jahrbuch Ökologie 1999 (1998, C.H.Beck in München, 287 S., 24 DM)

Jährlich bietet das Jahrbuch einen Überblick über die Strategiediskussionen im mainstream-Umweltschutz. Wichtige Männer und (weniger) Frauen schreiben ihre Gedanken zum Umweltschutz, alle Beiträge behandeln Detailfragen oder liegen auf der Linie aktueller Umweltpolitik. Selbst im Schwerpunkt "Frauen und Umwelt" werden die Herrschaftsstrukturen kaum und die Kritik an Nachhaltigkeitskonzepten nicht benannt, obwohl sie in der feministischen Debatte unübersehbar sind – außer für mainstream-Ökos natürlich.

1 x 30.000 oder ...
1.000 x 30 Leute?

Köln im Juni 1999 – eigentlich hätte es die wichtigste politische Aktion des Jahres werden sollen. Aber es wurde ein laues Lüftchen. Warum? Pech oder Absicht? Wo ergänzen sich Zentralismus, Dominanz und desorganisierte Basisgruppen?

Dieser Reader zeigt die Hintergründe, läßt viele AktivistInnen zu Wort kommen und versucht, Perspektiven aus dem Desaster von Köln zu entwerfen.

Notwendige Grundlage der Debatte um eine unabhängige, politische Bewegung – die erst noch entstehen muß!

10-DM-Schein an (plus 4 DM je weiterem Reader):

Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen





Der Infodienst für UmweltakteurInnen



Herbst '99

• Echo und Diskussion

Literatur

N. Chomsky/H. Dieterich Globalisierung im Cyberspace (1999, Horlemann in Bad Honnef, 206 S.) Die beiden Autoren steuern jeweils ein Kapitel zum Buch bei, Dieterich das deutlich längere. Beide versuchen, den Neoliberalismus als totalitäre Gesellschaftsform zu entlarven, im ersten Kapitel am Beispiel des Weltmarktes, im zweiten anhand von Beispielen aus Lateinamerika. Das Buch ist eine Analyse von Machtstrukturen. "Freier Markt" ist danach vor allem ein Begriff für eine Herrschaftsform.

Stimmen zu Köln II

Mehr Wut und Contra als konstruktive Vorschläge

Die Fragen "Warum?" und "Wie statt dessen?" bleiben unbeantwortet: Die Aktionen und Veranstaltungen in Köln waren nicht besonders gut, das Presseecho war verheerend dünn. Die hier gefahrene Kritiklinie erscheint in sich schlüssig, aber sie bleibt hochgradig unbefriedigend. Es wird kaum klarer, warum die AkteurInnen so handelten wie sie es taten, es hagelt aber Vorwürfe dafür.

Wenn hier oder in der der Ö-Punkte-Bewertung zugrundeliegenden Broschüre der "Gruppe Landfriedensbruch" die mangelnden Innenstadtktionen und fehlende "Entglasung" von Geschäftshäusern kritisiert werden, dann bleiben dabei die Menschen unberücksichtigt, die sehr bewusst andere Formen von Widerstand

oder Aufklärungsarbeit leisteten und diejenigen, die in Köln sagten: "Bei der Übermacht der Polizei und der Schwäche der Bewegung zur Zeit während des Gipfels in der Innenstadt Aktionen zu machen bringt nix mehr als blutige Nasen" (Aktivist der radikalen Linke Köln). JournalistInnen, die auf allen oder mehreren der vergangenen Weltwirtschaftsgipfeln waren, bestätigen, dass das Polizeiaufgebot nirgendwo so krass und deren Einsatz nirgendwo so heftig gewesen sei wie in diesem Jahr in Köln. Es ist keine szenübergreifende breitere Bewegung in Sicht, die hier Perspektiven entwickelt und erfolgreicher zu sein verspricht. Daran zu arbeiten ist aber ein wichtiges Anliegen, zu dem die auch die Ö-Punkte motivieren sollten. Allerdings kommt es auch noch auf die Art und Weise an. Ich stimme mit wenigen Abstrichen Erich Fried zu, der 1969/70 eine ähnliche Frage stellte:

Entlarvung eines Mitkämpfers

Der Unterschied zwischen seiner geradezu verfolgungswahnsinnigen Darstellung dieser Gesellschaft als Verschwörung gegen die Menschheit und meiner gesunden Skepsis scheint auf den ersten Blick nur an den Mängeln seiner politischen Bildung zu liegen auf Grund deren er alles vereinfacht

Erst bei genauerem Zusehen ist zu erkennen daß seine Methode mir eine doppelte Falle stellt indem er einerseits mich überflügelt an Schärfe des Angriffs damit mich keiner mehr hören und ich als laugelten soll im Kampfe gegen das Unrecht

andererseits indem sein bewußt übertriebener Angriff auf die herrschende Ordnung so sehr der Beweise ermangelt daß dann der Ärger der Leute über Anklagen ohne Beweise die herrschende Ordnung stützt ja in den Stand setzt auch meine gesunde Kritik als wahnsinnig abzutun

Daraus wird klar daß sein Verfolgungswahn weniger Wahnsinn ist als ausgeklügelte Taktik um mein Ansehen zu untergraben und mich gleichzeitig bloßzustellen als Kritiker einer Gesellschaft die sein scheinbar so wilder Angriff so stärkt und reizt daß sie mich nun verfolgen kann.



Fotos rechts

Eine der Aktionen in Köln außerhalb der Bündnisse: Kapitalistische Symbole wurden als Ziele für NATO-Angriffe markiert – wegen Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen usw.

London Events

Riots, Streetparties, Theater ... autonom organisiert

Am 18.6. fand in London ein Aktionstag gegen Neoliberalismus statt. Das Organisationskonzept wich deutlich vom zentralistischen Konzept in Köln ab. Getragen wurden die Aktionen in London von vielen einzelnen, handlungsfähigen Gruppen. Im folgenden ein Auszug aus den Aktionen. Näheres im Köln-Reader und im Internet.



Lunchtime hours and throughout day. Music, theatre, free food. Also secret actions in various locations. See j18 web site.

London im Internet

- www.j18.org
- bak.spc.org/j18 site
- www.urban75.com/action/j18.html

7.30 am Critical Mass. Cycle action to reclaim the City streets. Meet West Smithfield, EC1 near City Thameslink and Farringdon rail stations.

10.00 Picket of Reed Employment Agency, 87 Moorgate, EC1. Over 'New Deal' harassment of claimants. Haringay Solidarity Group. 0181 374 5027.

10.30 "Animal abuse is as transnational as capital". Meet Farringdon tube. London Animal Action. 0171 278 3068.

11.00 Global Chain Reaction. Human chain around Treasury, bring whistles and banners. Meet 11 am Parliament Square. People and Planet. 01865 245 678.

11.00 Picket of McDonald's. Meet Liverpool Street Station branch. London Greenpeace. 0171 713 1269.

12.00 Carnival Against Capital. Bring food to share, things to make music and noise with, radios. Meet Liverpool Street Station. Reclaim the Streets. 0171 281 4621 - 0836 536 537.

13.30 Protest against the Militarisation of Space. Meet Green Park tube. Association of Autonomous Astronauts. 0793 0834904.

16.00 Picket of Aroma Cafe (bought by McDonald's). Meet Bishopsgate entrance of Liverpool Street BR station. London Greenpeace. 0171 713 1269.

18:00 Party in protest against UCI Cinemas outside Empire Cinema in Leicester Square & WC2. Against the proposed

UCI multiplex development at Crystal Palace Park.

19.00 (sharp) Eurobunk. Meet at Waterloo Station for mass free ride on Eurostar train to Brussels. Change trains for Cologne and anti-G8 demo on Saturday 19 June. Bring

sleeping bag or tent. Contact: eurobunk01@hotmail.com

All day, Actions against GAP. Meet GAP/GAP Kids at 315 Oxford St, W1. Disruption of their sales in response to the exploitation of manufacturing workers. International Solidarity with Workers of Russia. ISWoR, Box R, 46 Denmark Hill, London SE5 8RZ, antek5@aol.com



Das Resümee im Köln-Reader:

Nahe am Totalversagen

Die folgenden Kritikpunkte finden sich als Resümee im Köln-Reader, dort sind sie jeweils detaillierter erläutert. Die Zusammenfassung ist vollständig abgedruckt. Im Anschluß folgt im Köln-Reader ein mehrseitiger Perspektivtext plus Vorschläge für zukünftige Kampagnen.

Kritik 1: Die politischen Positionen waren anbiedernd, realpolitisch und nicht geeignet, politische Gegenbilder zu den ökonomisch-neoliberalen, militärischen und imperialistischen Ideen der EU und G7 zu formulieren. ...

Kritik 2: Der Wille zur legal-konfliktfreien Durchführung von Demonstrationen und Kongressen schloß nicht nur etliche Aktionsformen aus, sondern verschaffte auch eine schlechte Verhandlungsposition gegenüber Behörden, Polizei usw. ...

Kritik 3: Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die geübt-machtorientierten Funktionsklüngel, die ihre Dominanz gezielt aufbauen und durchsetzen. ...

Kritik 4: Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die zur Selbstorganisation und strategischer Aktionsplanung zur Zeit unfähigen Basisgruppen und selbstorganisierten Zusammenhänge. ...

Kritik 5: In der Vorbereitung der Kölner Aktivitäten gab es nie intensive Diskussionen um Strategien und Aktionsformen, auch keine Auswertung früherer Kampagnen und Aktionen. ...

Kritik 6: Im technischen Bereich traten unfaßbare Mängel auf, z.B. bei der Pressearbeit, Mobilisierung, Kommunikation usw. ...

Kritik 7: Der Unwille zur Strategiedebatte scheint auch nach Köln vorhanden zu sein. ...

Zusammenfassung

Die politische Bewegung ist in verschiedene Teile zerlegt. Das ist kein neuer Zustand, wohl aber ändern sich die Teile.

Den größten Teil nehmen die NGOs und ihnen nahestehende Organisationen ein. Sie verfügen vor allem über enorme

finanzielle und hauptamtliche Kraft. Damit überdecken sie ihre Schwäche bei der Mobilisierung von Öffentlichkeit. Selbst ihre eigene Basis (Mitgliedsgruppen, Mitglieder) erreichen sie kaum und versuchen es auch nicht. Ihre Arbeitsstrategien sind voll auf die (Lobby)Arbeit der Apparate ausgerichtet.

Drei Grundtendenzen zeichnen die NGOs aus:

- Die Nähe zum Staat sowie z.T. auch zur Wirtschaft. Strukturen und Arbeitsformen/-inhalte sind so ausgerichtet, daß eine Einbindung in halbamtliche Gremien und Beiräte sowie die ständige BeraterInnen-tätigkeit in den Machtstrukturen effizient möglich sind und die Organisationen vom Staat als PartnerInnen akzeptiert werden. Radikale oder anders organisierte Gruppen und Zusammenhänge werden von den NGOs ausgegrenzt oder nicht wahrgenommen.

- Meist herrscht eine typische Verband-orientierung. Das bedeutet, daß das eigene Image wichtiger ist als der Erfolg in der Sache. Abgrenzungsbemühungen und schnelle, beleidigte Reaktion auf Kritik am Verband kommen hinzu. Typisch für Verbände sind zudem Hierarchien sowie die Hauptsorge um finanzielle Förderungen. All das steht einer wirkungsvollen, vielfältigen Arbeit sowie der Bündnisbildung entgegen.

- Viele Organisationen oder auch Einzelpersonen neigen zu dominantem Verhalten, um sich oder ihren Verband in den Vordergrund zu bringen.

Neben diesem etabliert-organisierten Teil der Bewegung gibt es viele selbst- oder heute leider meist unorganisierte Gruppen und Zusammenhänge, autonome Einrichtungen usw. Sie zeichnen sich aktuell vor allem aus durch:

- Ein-Punkt-Bezogenheit, d.h. die Gruppen agieren nur an extremen Reizen am Rande des gesellschaftlichen Geschehens (Castor, Faschoaufmärsche), über-

sehen aber die viel komplexeren Angriffspunkte in der gesellschaftlichen Mitte. Zudem werden gesamtgesellschaftliche Themen und Visionen gemieden. Vergleichbar mit Ein-Punkt-Orientierung ist die Reaktion auf Repression, z.B. Räumungen, die immer wieder kurzzeitige Aktivitäten aufflackern lassen.

- Die meisten dieser Gruppen sind desolat oder nicht organisiert, leben von der Substanz früherer Jahre (z.B. materiell) und schaffen es nicht, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen, um politische Ziele durchzusetzen.

- Auch in selbstorganisierten Kreisen spielt der Dominanzaufbau eine wesentliche Rolle. Einigen MacherInnen stehen oft viele KonsumentInnen gegenüber.

In allen Teilen herrschen oft

- Abhängigkeit von staatlichen Geldern, Genehmigungen oder Gebäuden – selbst die meisten autonomen Zentren gehören dem Staat, der damit die eigene Spielwiese für vermeintliche GegnerInnen schafft).

- Abgrenzung, Vereinsmeierei und Hang zu zentralistischen Aktionskonzepten.

- Inhaltslosigkeit, mangelnder Mut zu klaren Positionen, Widerstand und visionären Entwürfen.

Und auch das ...

Wir brauchen ein breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derer zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zugute kommt.

Grundsatzprogramm der SPD



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

● Aus aller umWelt

Zum Resümee

Es hat inzwischen Kritik an folgenden Punkten des Resümees gegeben:

Kritik Nr. 4:

Die Formulierung würde nahelegen, daß die Schwäche der Basisgruppen gar keine anderen Aktionsstrukturen als die Dominanz Weniger möglich gemacht hätte. Das würde genau der Argumentation von Köln-99-FunktionärInnen entsprechen.

Dem ist zu entgegnen, daß Kritik Nr. 4 nicht ohne die anderen Kritiken gesehen werden kann, sondern gerade Nr. 3 und Nr. 4 die Mischung ergaben, in der Dominanz entstehen kann. Das Verhalten der Dominanzpersonen ist unentschuldigbar!

Kritik Nr. 5:

Es ist darauf hinzuweisen, daß der Infodienst Köln und einige Berliner Vorbereitungsgruppen sehr wohl Veranstaltungen organisiert haben, bei denen auch Strategiefragen diskutiert und vergangene Kampagnen ausgewertet wurden.



Kleinanzeigen

Die Infobörse für politische Projekte, Gruppen und Einzelpersonen – jede Anzeige erreicht 12.000 Umwelt-AkteurInnen!

Preise: Grundeintrag (bis 5 Zeilen a ca. 30 Zeichen) für 10 DM, jede weitere Zeile 3 DM.

Arbeitsausstattung gesucht! Achtung: Wir vermitteln ständig Arbeitsgeräte und Aktionsausstattungen für politische Zentren. Wer etwas übrig hat, sollte sich melden. Zur Zeit sind u.a.: **Faxgeräte, VGA-Großbildschirme (ab 17 Zoll), SCSI-Karten für PCs, ZIP-Laufwerk und CD-ROM** (möglichst immer als SCSI). Bitte melden unter 0171/8348430.

Innovative Monatszeitung sucht mutige/n Einsteiger/in mit (Berufs-) Erfahrung in **Redaktion, Layout, Organisation, Verwaltung**, Akquise und/oder Vertrieb. Unsere Inhalte sind Ökologie, Kultur, Soziales vor dem Hintergrund eigenständiger

Regionalentwicklung. Dialogbereitschaft ist uns wichtiger als knallharte Positionen. Torfkurier Verlag, Große Str. 81, 28870 Ottersberg (Nähe Bremen), 04205-779966, Fax -779965.

Neue **politische WG** im Aufbau .. in biologisch ausgebautem Wohnhaus plus Tagungshaus. Nähe Gleußen. Gesucht sind Leute, die politisch was losmachen wollen, aber auch Bock haben auf eine gleichberechtigte, spannende WG. Infotelefon: 06401/903283.



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen



Herbst '99

•Echo und
diskussion

In der Rubrik "Über den Tellerrand" der Ö-Punkte 2/99 fand sich ein Text zu Positionen der Umweltverbände gegenüber dem Kosovo-Krieg. Die Ö-Punkte entstanden während der NATO-Bombardements. Um das Bild zu vervollständigen, veröffentlichen wir hier einen zusammenfassenden Text sowie einzelne Stellungnahmen.

Zum Haupttext

Eine Nachlese von
Andreas Hechler
(JungdemokratInnen/
Junge Linke)

1. Der Alibri-Verlag hat gerade eine Klage vom »Bund der Freien Waldorfschulen« in Höhe von 40.000 DM wegen der Bücher »Rasse Mensch«, »Waldorf Connection« und »Erlöser« am Hals.

**Schwäche
aufgedeckt!**

Ihr schreibt in Euer Sommerausgabe von den Schwächen der Bewegung, die in Köln offenbar wurden. Viel schlimmer fand ich alles, was während bzw. gegen den Krieg abließ. Offenbar haben viele politische Gruppen das Ganze noch nicht einmal als ihr Thema begriffen. Ob Ökogruppen, Eine-Weit-Läden, Jugendorganisationen, Fraueninitiativen oder gewerkschaftliche Zusammenhänge – fast alle haben geschwiegen oder nur schwache Stellungnahmen abgegeben, wie bei einer Pflichtübung. Wahrscheinlich waren alle froh, als es vorüber war (was ja auch nicht stimmt!), weil vielleicht einige doch ein beklemmendes Gefühl hatten: Deutschland führt einen Angriffskrieg ... und Widerstand gibt es kaum.

Svenja G., Rostock

**ÖDP auch
für Krieg**

Kleiner Hinweis am Rande: Nicht nur die Grünen waren für den Krieg, auch die ÖDP stellte sich klar hinter den Angriff. Die selbsternannten Ökoparteien haben halt keine emanzipatorischen Ziele (mehr?).

Gustav F., Ingolstadt

**Beschränkung
ist richtig!**

Wenn alle zu allem plabbern, kommt nix bei raus. Schuster bleib bei Deinen Leisten. Naturschutz hat genug eigene Probleme.

Dieter S., Aurich

Ein Desaster: Umweltverbände & Krieg

Es bleibt einem/-r wohl nicht viel erspart in der letzten Zeit: »Neue Mitte« (Schröder) wie "Linke" versuchten sich gegenseitig darin zu überbieten, ihr Handeln - bomben oder mit Protest dagegen - mit den Geschehnissen im Dritten Reich zu legitimieren, um dann dort zu landen, wo die politische Rechte seit Mitte der 80er Jahre hin will: den Nationalsozialismus als »Epoche« (E. Nolte), als Geschichte, die vorbei ist, abzuhaken. Nur so ist ein positiver Bezug auf die deutsche Geschichte möglich. Durch den permanenten Vergleich mit Auschwitz wird dessen Einzigartigkeit relativiert und erscheint als ein Ereignis, das immer und überall auftrat, auftritt und auftreten wird. Die Stilisierung von Milosevic zum »Balkan-Hitler« erfüllt die gleiche Funktion, die Saddam Hussein als »Wiedergänger Hitlers« (H.-M. Enzensberger) Anfang der 90er erfüllte: der Mythos des antifaschistischen Widerstands in Deutschland

Bei so viel breiter Zustimmung zum NATO-Einsatz in der Bevölkerung muß man/frau wohl froh sein um jede Stimme, die sich dagegen richtete. Jedoch ist das Ziel der GegnerInnen nicht grund-

Umweltschutz und Krieg:

**Unterschiedliche
Reaktionen**

sätzlich die individuelle und gesellschaftliche Emanzipation von Menschen, und genau da liegt dann auch das Dilemma. Der etablierten Umweltbewegung geht es seit jeher so viel um Menschenrechte, wie es der jetzigen Bundesregierung darum ging und geht: überhaupt nicht. Alleiniges Ziel und Interesse der Betrachtungen ist eine wie auch immer geartete "saubere Umwelt" und ein Naturschutz, der nicht Menschen in den Mittelpunkt stellt, sondern eine "intakte Natur". Folglich heißt es in einer Presseerklärung des Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Dachverband des BUND, Naturschutzbund, BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) und anderen Verbänden, daß man sich »angesichts der zunehmenden Umweltzerstörungen [sic!] für einen Stop der NATO-Luftangriffe in Jugoslawien« ausspreche. Das von der BRD unterzeichnete »Umwelt-Kriegs-Übereinkommen« verbiete »eine Kriegführung, die ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursacht und dadurch [sic!] die Gesundheit und das Überleben der Bevölkerung gefährdet.«. Der indirekte Bezug auf das Überleben von Menschen durch eine »natürliche Umwelt« ist zynisch angesichts der Bombardierung (!) von Menschen. Die neue BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt hat schon angekündigt, »Kooperation, wo immer es möglich ist«, und so hat der BUND-Bundesvorstand beschlossen, sich zum derzeitigen Kriegskurs der Bundesregierung nicht zu äußern. Auch Schweigen kann ein Verbrechen sein.

Die Gruppen TUN und RAGE aus der "radikalen" Tierrechtsszene, die stetig daran arbeitet, Tierunterdrückung zum Hauptwiderspruch – aus denen sich alle anderen Herrschaftsverhältnisse ableiten - zu machen, und nur noch Tiere wahrnimmt, bedauern, daß »Wild und "Haustiere" [...] von Bombensplittern ge-

troffen [werden] und niemand [...] ihnen angesichts des großen Leids, das dieser Krieg auch [sic!] den Menschen zufügt« hilft. Aber Rettung naht: »Eine Schweizer Stiftung hat nun 8 Mutige gefunden, die vor Ort nach dem Rechten sehen wollen und insbesondere auch den geschundenen Tieren helfen wollen.« Menschen mit einem Herz für Tiere, ein Glück. Die von der Szene hochgehaltene Phrase »Für die Befreiung von Mensch und Tier« erscheint hier einmal mehr als Farce: um Menschen geht es nicht. Je mehr die (vermeintlichen) Interessen von Tieren ins Blickfeld rücken, umso mehr werden die Interessen von Menschen vernachlässigt.

Es gibt aber auch Umweltschutzgruppen, die sich angesichts der aggressiven Hegemonialpolitik der westlichen Welt von ihrer bornierten Fixiertheit auf Naturschutz gelöst haben und den NATO-Einsatz kritisieren, ohne über die dabei entstehenden Umweltschäden zu lamentieren. Die Grüne Liga Berlin und die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) lehnen den NATO-Einsatz klar ab und - welch Lichtblick - Robin Wood hat in Berlin sogar eine öffentlichkeitswirksame Aktion gegen den Einsatz gemacht. Die Gruppe Landfriedensbruch, ein bundesweiter Zusammenschluß aktiver UmweltschützerInnen, forderte alle UmweltschützerInnen auf, »sich diesem Krieg zu widersetzen« und nicht mit dieser Kriegsregierung zu kooperieren: »Mit dem Krieg sollen Mensch und Natur dem Einflußkreis der NATO-Staaten zugeführt werden, um beide für eigene Zwecke verwerten zu können.«. Greenpeace hält die Begründung des NATO-Einsatzes für unglaublich wegen der anderen Krisengebiete und Menschenrechtsverletzungen, in die die NATO nicht interveniert, wie z.B. Kurdistan. Diese Argumentation eignet sich zwar, um aufzuzeigen, daß es der NATO nicht um Humanität geht, ist aber ein Einfallstor für weitere Einsätze. "Da würden wir ja auch gerne..." würde jeder NATO-Schergen darauf antworten. Die Logik der Militarisierung und die Abschottung Europas - das Aufnehmen von Flüchtlingen ist das allererste, wenn es um "Humanität" geht - wird nicht kritisiert. Die wenigen tausend AlbanerInnen, die bislang in die BRD eingeflogen wurden, sind angesichts der gesamten Flüchtlingszahl dagegen nicht mehr als eine Beruhigung fürs soziale Gewissen, das von Kirchengruppen mit Decken und Gartenmöbeln versorgt wer-

bekommt neue Nahrung bei gleichzeitiger Militarisierung der Außenpolitik. »Nie wieder Auschwitz« ist jetzt von denen zu vernehmen, die noch vor einem halben Jahr begeistert der antisemitischen »Friedenspreisrede« von Martin Walser - in selbiger wendet sich Walser gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz (allerdings nicht für, sondern gegen deutsche Interessen) - stehende Ovationen bereitet haben. Der Stoiber-Biedenkopf-Freund Ulrich Beck lieferte neben dem rot-grünen Kriegssoziologen Jürgen Habermas den notwendigen Analyse-Cocktail für die freiwillige Selbstgleichschaltung der bürgerlichen Presse: Der »militärische Humanismus der NATO« lasse den Nordatlantiktakt »sozusagen als militärischen Arm von amnesty international« handeln. Aber das »Vernunftbomben gegen Milosevic« (U. Beck) ist genauso "human", wie die Festung Europa und das Abschieben von Flüchtlingen (u.a. in genau diese Region: Mit der Zerstörung von Menschenleben soll also eine vorher gezeugte Katastrophe verhindert werden).

den darf. Um so zynischer erscheint da Fischer, der medienwirksam durch ein albanisches Flüchtlingscamp in einem Nachbarstaat läuft und sich für »offene Grenzen« ausspricht - dort, nicht in der BRD! Während die einen bei den Grünen nicht schnell genug ihre angeblichen Ziele über Bord schmeißen können, sorgen die anderen für Integration. Angelika Beer heult von schlaflosen Nächten und die Kriegsgegner Simmert, Buntenbach und Ströbele brechen nicht etwa mit dem Parlamentarismus, sondern rufen auch noch dazu auf, in der Partei zu bleiben. Arbeitsteilung in grün, für (fast) jeden etwas dabei.

Und die Anthros? Wenn sie nicht gerade wieder mal damit beschäftigt sind, ihnen unliebsame Bücher vorm Erscheinen zu verhindern¹, wird in ihrem Hausblatt »Info 3. Monatsmagazin für Spiritualität und Zeitfragen« in klassisch esoterischer Manier verkündet: Es fände »keine wirkliche militärische Konfrontation« statt, solange nicht die Apaches (amerikanische Kampfhubschrauber, die vom Autor als »fliegende Vernichtungsmaschinen« bezeichnet werden) zum Einsatz kommen. Erst dann hätte man »zum ersten Mal von einem wirklichen Krieg sprechen können«. Das Geschwätz von »Kollateralschäden« und »präzisen Waffen« scheint hier nachhaltig gewirkt zu haben. Rudelführer Rudolf diktierte schon 1924 in einem Vortrag, daß »die Weissen [...] eigentlich diejenigen [sind], die die Menschliche in sich entwickeln«, und da die EuropäerInnen ja ohnehin zu einer »höheren Kulturstufe« (Rudolf Steiner) hinaufgestiegen seien, sind die Anthros zum Schluß natürlich doch für die NATO-Aggression: »Die Frage ist jetzt, ob das Vermeiden einer direkten Konfrontation mit der serbischen Ar-

mee nicht zu noch viel schlimmeren Szenarien führen wird.«. Apaches marsch! Noch durchgeknallter in Sachen Spiritualität ist die Naturgesetzpartei. Als wirksame Strategie für »Frieden, Harmonie und Wohlstand« wird die »Transzendente Meditation und das yogische Fliegen« empfohlen. Das Erlernen dieser »Technologien des Bewußtseins« sei die »wirksamste Hilfe für den Frieden«. Außerdem wird vorgeschlagen, sich an seinen Bundestagsabgeordneten zu wenden und ihn zu fragen »warum die Regierung diese hervorragenden Techniken nicht einsetzt«.

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung – die jeden kritischen Kopf in einen permanenten Ausnahmezustand versetzen müßte – offenbart sich das Desaster, das wahlweise »Berliner Republik« oder rotzfrech »Normalisierung Deutschlands« genannt wird: Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf einen souveränen Staat, eine freiwillig gleichgeschaltete Presse, die, wie der Großteil der hiesigen Bevölkerung, dazu applaudiert und GegnerInnen des NATO-Einsatzes – von rechtsextrem bis umweltfreundlich –, die größtenteils antiemanzipatorisch argumentieren. Die Bundeswehr, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in eine Legitimationskrise kam, arbeitete seitdem an ihrem Imagegewinn. Mit Erfolg: Der nächste Krieg kommt bestimmt, wenn einer dieser Untermenschen es wagt, »die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands [zu] beeinträchtigen« (Verteidigungspolitische Richtlinien) oder die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen« (ebd.) zu gefährden.

Junge Ökologen

Zu "Rechter und neoliberaler Einfluß auf Demokratiebewegung" in Ö-Punkte 2/99:

Die Jungen Ökologien stehen zwischen Junger Union und Bündnisgrüner Jugend. Allerdings sind wir nicht ideologisch fixiert und jeweils deutlich gemäßiger als unsere Konkurrenz (Näheres unter www.junge-oekologende.de). Für den bundesweiten Volksentscheid haben wir uns ausgesprochen, weil er eine Chance für echte Bürgerbeteiligung, bessere Politik und sinnvollere Sachentscheidungen ist. Bei den Bundestagswahlen haben die Wählerinnen und Wähler nur die Möglichkeit, sich für eine von mehreren Paketlösungen zu entscheiden. Und selbst dann ist nicht überall das drin, was außen drauf steht! Wer hat schon

Kommentar

zum Artikel "Rechter und neoliberaler Einfluß auf Demokratiebewegung?", Ö-Punkte Sommer 1999, S. 42

Jörg Bergstedt kritisiert, daß sich mehrere "neoliberale" und "rechte" Organisationen auf der UnterstützerInnenliste für das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Deutschland" befinden. Diese würden offensichtlich versuchen, die Mehr Demokratie-Bewegung als Türöffner für ihre Ideen zu mißbrauchen.

Das Mehr Demokratie-Volksbegehren wird mittlerweile von 27 Organisationen unterstützt, darunter von zahlreichen Umweltverbänden und -initiativen wie dem Gen-ethischen Netzwerk, dem BUND, dem DNR, der Grünen Liga, der Naturschutzjugend u.a. Daneben gibt es in der Tat auch Unterstützer aus dem eher konservativen und liberalen Spektrum wie die Statt-Partei, die Jungen Liberalen oder die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. An diese Organisationen haben wir uns selbst gewandt, womit der Vorwurf, wir würden von diesen Gruppen mißbraucht, widerlegt ist. Diese Organisationen unterstützen das von und initiierte bundesweite Volksbegehren, wir unterstützen deren inhaltlichen Ziele nicht und werden dies auch in Zukunft nicht tun.

Unsere Philosophie von Bündnisarbeit ist es, daß Gruppen, die inhaltlich völlig unterschiedliche Ansätze haben, trotzdem gemeinsam ein punktuelles Sachbündnis wie in unserem Falle mittragen können. Dabei kommt es nicht auf die inhaltlichen Ziele der Unterstützer an, es sei denn, sie würden in krasser Weise antidemokratisch, faschistisch usw. sein. Dies trifft aber auf keinen der Unterstützer zu und Jörg konnte dies auch nicht belegen. Er verweist statt dessen sehr vage personelle und organisatorische Querverbindungen zu vermeintlichen rechten Gruppen, ohne aber bisher auch nur einer einzigen uns unterstützenden Organisation wirklich substantielle, antidemokratische Positionen und Taten nachweisen zu können. Mit dieser Vorgehensweise wäre garantiert jeder linksradikalen Initiative "rechtes" Gedankengut anzuhängen.

Jörg stellt sich Bündnisarbeit offensichtlich so vor, daß Initiativen und Organisationen nur "gute" linke Positionen haben dürfen. Mit einer solchen Strategie wird aber zumindest beim Thema direkte Demokratie nichts erreicht werden. Denn diese soll für alle Bevölkerungsgruppen und auch für alle politischen Richtungen da sein. Grobe Verstöße gegen Grund- und Minderheitenrechte sind ohnehin ein Fall für das Verfassungskommission.

Noch ein Wort zur Freiwirtschaft: ich selber bin zwar kein Anhänger der Freiwirtschaft, aber der Vorwurf, diese propagiere neoliberalen Wirtschaftsansätze (wohl wegen dem Wort Freiwirtschaft) ist vollkommen lächerlich. Im Gegenteil: die radikale Kritik am Zinssystem und der herrschenden Bodenordnung greift konstituierende Merkmale des Kapitalismus an.

Michael Efer, Bundesvorstand Mehr Demokratie, 4.8.99

Zitat

Zum Zusammenhang zwischen Freiwirtschaft und Neoliberalismus ein Zitat aus dem Hauptwerk der Freiwirtschaft "Die natürliche Wirtschaftsordnung" (Silvio Gesell):

Wie bei allen Lebewesen, so hängt auch das Gedeihen des Menschen in erster Linie davon ab, daß die Auslese nach den Naturgesetzen sich vollzieht. Diese Gesetze aber wollen den Wettstreit. (Vorwort)

Wirtschaft hat, wie jeder Betrieb, ihre Eigengesetzlichkeit. Was immer wir tun, wir müssen diese Eigengesetzlichkeit sich frei entfalten lassen. Wirtschaft ist in sich frei. Freiwirtschaft. Absatz, Absatz, das ist es, was wir Unternehmer brauchen, regelmäßig gesicherten Absatz. (S. 21)

Mehr – Demokratie – Aufruf

Rechts und neoliberal?



Der Infodienst für UmweltfakturInnen

10 Herbst '99
• Echo und Diskussion

Rechtlastig und nicht ernstzunehmen?

Ich habe schon lange Probleme mit dem Tierschutz, obwohl mir das Thema wichtig ist. Die Auseinandersetzung mit der Massentierhaltung hat mich vor fast fünfzehn Jahren Vegetarierin, vor knapp 2 Jahren Veganerin werden lassen. Dennoch: Tierschutz, das sind tausende örtlicher konservativer Tierschutzvereine, TierheimbetreiberInnen und GeldsammlerInnen, die die schnelle Mark machen, weil viele alte und weniger alte Leute Mitleid mit armen Schoßhündchen und gequälter Kreatur haben.

Der bürgerliche Tierschutz mobilisiert Massen und Millionen, wenn es um die Streicheltiere im Tierheim geht und sammelt seitenweise Unterschriften gegen die Massentierhaltung, gegen Tiertransporte oder Pelzfarmen. Unterschriftensammlungen sind meist Papierverschwendung, bei den Tagen der offenen Tür im Tierheim rollen Tausende im Familienauto vor und verzehren genußvoll die Bockwurstchen, die als Imbiß angeboten werden. Seinen zweifelhaften Ruf durch einige große Geldsammler (vor allem Deutsches Tierhilfswerk) hat der Tierschutz sich redlich verdient. Bekannt ist, daß diese TierschützerInnen keine Probleme bei Zusammenarbeit mit Industrie u.a. ekligen Einrichtungen haben. Rechte wie linke PolitikerInnen lassen sich gerne mit Tierchen auf dem Arm fotografieren und gehen mit ihrem eigenen Haustier in den Wahlkampf.

In den Ö-Punkten geht es um einen anderen Ansatz des Tierschutzes. Es geht nicht um ein bißchen Mitleid und die Weihnachtsspende, sondern um grundsätzliche Forderungen. Aber ich habe Probleme auch damit. Das Credo "Für die Befreiung der Tiere" trifft oft in der radikalen Tierschutzszene gemixt mit einer guten Portion Helldontum und platter Parolen auf. Auch die Ö-Punkte-Themenredaktion ist nicht besser. Oft lese ich in den Berichten mehr Fanatismus als sauber begründete Argumente - oder es handelt sich

um schnell zusammengepippte Texte, die mehr Fragen aufwerfen als sie beantworten.

Ich wünsche mir eine tiefergehende Auseinandersetzung.

➤ Welche Diskussionen laufen in der Tierrechtsszene zu den Vorwürfen, die TierrechtlerInnen seien knallharte DarwinistInnen, die die Tiere den Menschen gleichsetzen und im nächsten Atemzug auch für die menschliche Gesellschaft das Recht des Stärkeren und den Untergang der Konkurrenzschwachen fordern?

➤ Welchen Eindruck sollen LeserInnen gewinnen, die von einer heroisierten Kuh auf der Flucht lesen? Geht es wirklich darum, daß der schließende Polizist das zentrale Problem des Tierschutzes ist?

➤ Wie wird umgegangen mit dem öffentlichen Bild radikaler VeganerInnen, die sich mit faschistischem Eifer auf den Kriegspfad gegen Metzger machen?

➤ Braucht angesichts der Vorwürfe gegen einige "TierrechtlerInnen" nicht bereits der Begriff "Tierrechte" eine Ergänzung, die sich distanziert von menschenfeindlichen Ansätzen?



Ich kenne noch viele böse Vorwürfe gegen TierrechtlerInnen, gerne läse ich mal eine fundierte Entkräftung. Und, noch viel wichtiger: Welches sind die wirklich zentralen Forderungen einer radikalen Tierschutzarbeit, welche Veränderungen müssen her, wer kann sich wie an die Umsetzung machen?

Die Themenredaktion der Ö-Punkte tut bisher nichts, hier Klarheit zu schaffen oder eine notwendige Diskussion zu führen. Ich wünsche mir Positionsbestimmungen und gute Begründungen für Eure Meinung (was auch für andere Themenredaktionen gilt, natürlich). So sollte es nicht weitergehen. Ein anderer Themenredakteur hat die Tierrechtsseiten als (eine von mehreren) Begründung(en) für seinen Ausstieg aus den Ö-Punkten angeführt. Auch vor ihm gab es schon Kritik an der platten, biologischen Argumentationsweise. Ich behaupte, weder die Ö-Punkte noch die Tierrechtsredaktion sind rechts. Aber bei letzterer liegt jetzt eine aktuelle Beweislast. Das Flair der unbegründeten Textesammlungen auf der Seite bestärkt eher Vorurteile. Ich blättere jedesmal leicht genervt weiter. Gute Tierschutzseiten könnte ich dabei gut gebrauchen, sie ständen der Tierrechtsszene gut an und wären eine Bereicherung für die Ö-Punkte.

Jutta Sundermann, Red. local economy

Verschiedene Texte der Tierrechte-Rubrik haben in der Vergangenheit Kritik hervorgerufen - für einige andere Redaktionen waren antiemanzipatorische Positionen und Veröffentlichungen unreflektiert wiedergegeben worden. Auf den folgenden Seiten finden sich einige Positionen dazu.

Immer wieder die gleiche Diskussion

Eher "Links" und ernsthaft bemüht! Mit dem folgenden Text versuche ich einige Anregungen auf die eingegangene "Kritik" zu geben und beziehe mich überwiegend auf den vorausgegangenen Text von Jutta. Allerdings heißt kritisieren eigentlich ja "genau hinsehen". Leider haben die KritikerInnen aber Hinweise auf tiefergehende Texte, Zeitungen... anscheinend übersehen. Deshalb, und da ich mich etwas überfordert fühle, eine allumfassende Antwort für die "Tierrechtsbewegung" zu geben, folgen im letzten Absatz mehrere Verweise auf andere Quellen, die Mensch zur tiefgründigen Erkundung der Tierrechtsbewegung verwenden kann. Wenn ich aufgrund meiner subjektiven Äußerungen oder der unzureichenden Fähigkeit das Auszudrücken was ich denke, Mißfallen erregen sollte, kann das nicht ein Argument sein die Tierrechtsbewegung zu verurteilen!!!

Ich teile Juttas Kritik an "Würstchen im Tierheim" und die erwähnten "Geldsammelorganisationen". Deshalb ist in den TTTT-Seiten auch keine Werbung für solche Organisationen zu finden, sondern überwiegend Kurzberichte von Aktivitäten kleinerer Initiativen, über neuerschienene Broschüren ... zur Tierrechtsthematik. Aber mensch kann es sich auch nicht so einfach machen, denn es gibt wie ich denke auch wirklich engagierte und nette Menschen, die als TierschützerInnen "gute Arbeit" leisten. Obwohl ich sie nicht persönlich kenne, würde ich jetzt mal die vielgeschmähte "Bundesarbeitsgemeinschaft Stadttauben" dazuzählen, die sich um die verwilderten Fels-Tauben in den Städten bemüht. Außerdem sind auch gezielte Kampagnen, z.B. gegen die (relativ schwache) Pelzindustrie eine gute und vor allem erfolgversprechende Sache.

Das Motto "Für die Befreiung der Tiere" ist erstmal nicht pauschal mit "Helldontum" verbunden und auch keine platte Parole, wie ich finde. Aber es gibt sie, die Selbstdarsteller, die oft Verbal-Radikal im Mittelpunkt stehen wollen (Allerdings nicht nur in der "Tierrechtsszene", wie ihr wohl zu geben müßt). Den Menschen die im Hintergrund für die Befreiung der Tiere aktiv sind, gilt meine Hochachtung. Ich denke das es den unbekanntem AktivistInnen, die Tiere befreien, nicht um Helldontum sondern um die Tiere geht.

Den Vorwurf, TTTT verbreite Biologismus und platte Parolen ohne Argumente, kann ich erstmal nicht nachvollziehen. Auch nachdem ich mir alte Ö-Punkte angesehen habe, finde ich, dass z.B. in Artikeln wie "Jagd & Angeln sind kein Naturschutz" und "Millionenfache Qual - neue Legebatterien in Planung" (Ö-Punkte Herbst 98), die Vorwürfe auch argumentativ begründet wur-

den. Generell ist die "Sauberkeit" von Argumenten relativ.

Den Darwinismus, bzw. die uneingeschränkte Gültigkeit eines sogenannten "Recht des Stärkeren" möchte ich erstmal grundsätzlich anzweifeln und z.B. auf die eventuell biologischen (wenn auf Menschen übertragen), aber historischen Untersuchungen zur gegenseitigen Hilfe unter den Tieren durch den Anarchisten Kropotkin verweisen. Und wieso überhaupt "uns" Darwinismus vorwerfen, statt den Menschen, die schwächere und quasi wehrlose "Tiere" quälen, ausbeuten und ermorden? Zu Darwinismus-Vorwürfen speziell laufen in der "Tierrechtsszene" eher weniger Diskussionen, da dies und ähnliche platte Vorwürfe durch die unsägliche Jutta Dittfurth zu einer Abwehr-Reaktion geführt haben. Diskussionsbeiträge gibt es zur Zeit besonders zum Mensch-Tier-Verhältnis, z.B. mit Bezug auf die Philosophie der "Frankfurter Schule", "Solidarität mit den qualbaren Körpern" (Adorno).

Der gefühlohe Umgang unserer Gesellschaft mit "Tieren" findet seinen Ausdruck auch in den immer wieder stattfindenden Hinrichtungen geflohener Tiere. Ich finde es "krass" wenn Kühe mit Maschinenpistolen niedergemacht werden. Ich finde es ebenso "krass" wenn Soldaten Menschen ermorden. In gewisser Weise finde ich da auch Tolstois Satz: "Solange es Schlachthäuser gibt, wird es auch Schlachtfelder geben", ganz passend.

Zum Bild der von "faschistoidem Eifer" angeführten VeganerInnen, möchte ich erwähnen, das viele VeganerInnen mit antifaschistischem Eifer und internationalen Kochrezepten bewaffnet, z.B. in den Volksküchen der Jugendzentren, den Kulturkampf gegen die weitverbreitete "deutsche-und-links-antifaschistische Bratwurstchen-Kultur" bestreiten. StudentInnen verweigern Tierversuche im Studium, was für sie zu langwierigen Prozessen und Erschwernissen beim Studieren führt. Gewaltfreie JagdsaboteurInnen stellen sich vor die Gewehre von JägerInnen und wenden sich bei Prozessen an die Öffentlichkeit, um die Jagd abzuschaffen. Sogenannte "Autonome TierschützerInnen" oder "Gruppen der Tierbefreiungsfront", befreien Tiere oder verursachen manchmal auch Sachschaden bei Tierquälereien indem sie z.B. zeitweilig leerstehende Käfige auf Pelzfarmen zerstören. In den durch Zeitungen dokumentierten BekennerrInnen-Schreiben, läßt sich nachlesen, dass sich diese Aktionen gegen die brutale Herrschaft über Tiere richten, und die Gefährdung von Menschen und Tieren durch solche Aktionen ausgeschlossen werden soll. Alles in allem ist das Bild vom fa-

schistoiden Eifer also ein nicht wahrheitsgemäßes Zerrbild, sondern in meinen Augen mit rosaroter Brille davor, gibt es eine Sehnsucht nach mehr Freiheit (für "die Tiere"), die "uns TierrechtlerInnen" antreibt!

Zum Thema "Braucht der Begriff "Tierrechte" eine Ergänzung?" kann ich nur sagen, dass es sicherlich unterschiedliche Definitionen dieses Begriffes gibt. Nun nicht unbedingt die menschenverachtende und die pro-menschliche, sondern z.B. eine anarchistische gegenüber einer eher rechtsstaatlichen Definition. Zur ersteren würde ich gewissermaßen meine Forderung nach Selbstbestimmung und weitgehender Freiheit "der Tiere" von menschlicher Unterdrückung zählen. Zur zweiten z.B. die Forderung nach Tierschutz in der Verfassung, obwohl ich denke, dass das auch bei den zweiten nicht das endgültige Ziel ist.

Da ich auch nicht den einen, passenden Begriff entdeckt habe, der den Kampf für die Tiere beschreibt, gibt es zur Zeit halt die "Themenredaktion Tierschutz, Tierrechte, Tierbefreiung". Meiner Meinung nach sind fleischfressende Menschen, antisemitische Hetzer, heuchelnde PolitikerInnen, die sich allesamt zu bestimmten Anlässen als "Tierrechtler" bezeichnen, sicher noch lange keine! Generell ist "die Tierrechtsbewegung" in einer Krise und teilweise frustrierte Leute sind auf der Suche nach neuen Perspektiven, einem neuen Aufschwung. Ob das nun ein Problem des Namens ist, würde ich erst mal bezweifeln.

Zentrale Forderungen einer wie auch immer gearteten "Tierrechtsbewegung" sind wohl die Abschaffung der tierverachtenden Industrien, die Veränderung des Verhaltens der menschlichen gegenüber den nichtmenschlichen Individuen, Mitgefühl statt Mißachtung, die Befreiung der Tiere aus den Folterstätten an denen sie eingesperrt sind und gequält und ermordet werden.

Es geht hier nicht um "spinnende Tauben-Oms" (was eine schon fast menschenverachtende Bezeichnung für Menschen, in diesem Fall ältere Frauen ist, die sich für Tiere einsetzen. Es hat sogar Tradition, das Frauen für "verrückt" erklärt und in die Psychiatrie gesteckt wurden, wenn sie sich für Tiere engagierten). Damit möchte ich vorläufig schließen und in der Tierrechtsrubrik noch die wirklich interessanten Info-Quellen angeben, mit denen sich interessierte ein umfassenderes Bild machen können, ich verbleibe mit freundlichen Grüßen an alle LeserInnen, euer Kosma Prutkov email: kosma_prutkov@technologist.com - für die Befreiung der Tiere!

Der Text rechts enthält einige Anregungen von der Themenredaktion Tierschutz, Tierrechte, Tierbefreiung (TTTT)

Als aktuelle und klischeebestätigende Ausnahme von der Regel der antifaschistischen Tierrechtlerin, haben gerade vermeintliche "Tierrechtler" (nicht gerade VeganerInnen) das von 6 Gruppen betriebene Internet-Projekt "www.tierbefreier.de" zum Absturz gebracht (siehe Tierschutz - Rubrik).

Emanzipation versus Tierrechte

Die Themenredaktion Tierschutz-Tierrechte-Tierbefreiung der Ö-Punkte, bestehend aus den Tierrechtsredaktionen RAGE und TUN, macht ihrem Namen alle Ehre: Ob nun Dr. Edmund Haferbeck oder die Zeitschrift Tierbefreiung empfohlen wird oder in jeder Ausgabe für das total durchgeknallte spirituelle VOHAN-Netzwerk für biologisch-vegane Garten- und Landbau geworben wird – solange irgendwas den Anschein hat, daß es das Leben von Tieren verbessert, steht es drin.

Ob es Menschen dabei besser oder schlechter geht, spielt keine Rolle. Es ist daher auch kein Wunder, daß gerade die Tierrechtsszene besonders anfällig für antiemanzipatorische Inhalte ist. So wird der Herrschaftsbegriff auf alle "Spezies" (betrachtet werden in aller Regel allerdings nur Tiere) ausgedehnt und somit die Widersprüche vervielfältigt (Speziesismus oder Unity of Oppression), während die neuen FreiheitsheldInnen dem Traum einer/s jedeN FunktionärIn näherkommen: eine Basis, die ihren VertreterInnen nie das Vertrauen entzieht. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wieso sich in Tierrechtszeitungen immer und immer wieder rechte Inhalte und antiemanzipatorische Vorstellungen finden. In der Szene hat sich die Ideologie des Speziesismus¹ voll durchgesetzt und wird mittlerweile nicht mehr diskutiert. Die Trennlinien verlaufen jetzt nicht mehr zwischen Menschen, sondern zwischen Spezies. Das diffus "herrschaftsfrei" angestrebte Leben – häufig verbunden mit einem großen persönlichen Verzicht der AktivistInnen – ist aber nicht nur der Versuch, ein richtiges Leben im Falschen zu führen und die persönliche Reinheit und Integrität zu verteidigen, sondern Herrschaft wird komplett verkannt. Tiere sind nicht in der Lage, ungehorsam zu sein (Gehorsam ist bei einem Herrschaftsverhältnis das entscheidende Kriterium) oder sich anderweitig zu emanzipieren, geschweige denn, daß sie überhaupt einen Begriff oder eine Vorstellung von Herrschaft haben. "Für die Befreiung von Mensch und Tier" hört sich zwar schön radikal an, ist aber ein Widerspruch in sich, mal ganz abgesehen davon, daß unklar ist, wie sich die Befreiung von Tieren äußert. Es ist vor allem ein Mangel an Radikalität, den die Tierrechtsszene zu verzeichnen hat. Die Einführung von anderen Kriterien für Herrschaft und Unterdrückung, in aller Regel die Fähigkeit, Leid empfinden zu können, kommt den gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Binding und Hoche² bzw. eines Peter Singer näher als dem einer freieren Gesellschaft. Die Vermeidung von Leid war und ist die offizielle Rechtfertigung für Euthanasie und Eugenik. Man/Frau kann sich nun darüber aufre-

gen, daß in Tierrechtszeitungen wenig zu staatlichem Rassismus, zu Antisemitismus oder eine fundierte Kapitalismuskritik zu finden ist. Man/Frau kann sich auch darüber aufregen, daß in der letzten Ausgabe der No Hierarchy!, dem immer noch angenehmsten Blatt aus der Tierrechtsszene, der völkisch-rassistische Bioregionalismus abgefeiert wird und ein Cartoon die Erschießung eines Jägers zeigt, Teile der anarchosyndikalistischen FAU Berlin auf einmal die Erde befreien wollen oder in der letzten Ausgabe der Ö-Punkte die oben genannte Redaktion den Tiermord der NATO in Jugoslawien anprangert. Man/Frau kann es aber auch bleiben lassen, sich den bestehenden Verhältnissen nicht ergeben durch einen veganen Lifestyle, und Herrschaft mit dem Ziel bekämpfen, das falsche Leben in ein richtiges zu transformieren.³ Solange Menschen für sich beanspruchen, im Interesse von Tieren (und Pflanzen) aktiv zu werden, wollen sie nicht nur ihrem Handeln eine höhere Legitimation verschaffen, sondern sie werden zwangsläufig – zumindest teilweise – Menschen aus dem Blickfeld verlieren. Der Tierrechtsgedanke birgt keinen Funken an gesellschaftlicher und individueller Emanzipation; notwendig für Emanzipation ist daher die Loslösung von der Tierrechtsideologie und die Hinwendung zu Menschen.

Andreas Hechler

¹ Die Ideologie des Speziesismus besagt, daß alle Spezies, vom Menschen über Ziegen und Orchideen bis hin zu Bakterien, gleichwertig sind und daher gleiche Rechte besitzen (müssen).

² Der Psychiatrieprofessor Alfred E. Hoche und der Rechtsprofessor Karl Binding haben 1920 mit der Broschüre "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens" die ideologische Grundlage für das Euthanasieprogramm der Nazis geschrieben.

³ Mir ist bekannt, daß viele linke VeganerInnen dies tun und sich in anderen Teilbereichen wie beispielsweise Antifa oder Antipat engagieren. Dieses Engagement hat aber keinerlei inhaltli-



Kann es überhaupt emanzipatorische Tierrechte geben?

Schon die Idee oder der Begriff der Tierrechte sei ökofaschistisch - so argumentieren die einen. Eine Befreiungsbewegung ohne Befreiung auch der Tiere sei unvollständig oder gar nichts wert, sagen die anderen. Wer hat Recht? Oder vielleicht beide? Nein, keineR.

Wer aussagt, daß Tierrechte rechtes Gedankengut seien, weil durch das Zubilligen von Tierrechten diese mit Menschen (und Menschenrechten) gleichgesetzt würden, macht es sich zu einfach. Dem Menschen steht es immer frei, "Rechte" zu vergeben. Es gibt Menschenrechte (meist nur auf dem Papier), aber auch Eigentumsrechte und einiges mehr. Der Mensch kann Denkmäler schützen, letztlich einfach alles. Es ist eine freie Entscheidung des Individuums bzw. der Gesellschaft, solche Wertsetzungen zu vollziehen. Warum also nicht auch für Tiere? Denn: Mit dem Vergabe von Rechten ist nicht ausgesagt, daß es die gleichen Rechte sind. Tierrechte müssen eben gerade nicht die gleichen Rechte wie die von Menschen sein. Daher müssen Tierrechte auch keine Gleichsetzung mit Menschenrechten sein. Allerdings: Sie können es sein. Und genauso wahr, wie eine differenzierte Vergabe von Rechten möglich ist, findet sich in der Realität der Tierrechtsbewegung genau diese Position wieder. Die Distanzierung der Gleichsetzung von Mensch und Tier, ja in Radikalfällen sogar die Herabsetzung des Menschen gegenüber Tieren (Menschen als eine Art Ungeziefer, das die Erde befallen hat) kommt in der Tierrechtsszene laufend vor. Beispiel: Das recht neue, von den im Zentrum der Tierrechtsbewegung mitwirkenden Autoren Edmund Haferbeck und Frank Wieding Buch "Operation Tierbefreiung", wo der bekennende Mensch-Tier-Gleichsetzer Kaplan schreiben darf: "Niemand kann leugnen, daß die Tierrechtsbewegung die logische und konsequente Fortsetzung anderer – akzeptierter – Befreiungsbewegungen ist, wie etwa der Befreiung der Sklaven oder der Emanzipation der Frauen. ... Aus der körperlichen Ähnlichkeit von Menschen und Tieren folgt eine seelische Ähnlichkeit von Menschen und Tieren. ... Faktisch Ähnliches muß auch moralisch ähnlich bewertet werden."

Aus der doppelten Klärung, daß Tierrechte nicht rechts sein müssen, aber oft sind, muß die Konsequenz abgeleitet werden, daß ein emanzipatorischer Tierschutz bewußt und offensiv entwickelt werden muß - auch und gerade in offenem Widerstreit zu denen, die Tierrechte tatsächlich mit rechten, d.h. anti-emanzipatorischen Ideen verknüpfen. Bislang ist diese Trennung nicht klar. Letztlich aber werden TierrechtlerInnen damit nicht anders tun müssen wie andere politische Gruppen auch: Emanzipatorische Positionen und Strategien des Umweltschutzes sind bitter nötig gegenüber den z.T. rechten, öfter aber herrschaftsorientierten bis neoliberalen Konzepten des mainstream-Umweltschutzes heute. Gleiches gilt für internationalistische Strategien, die sich der bevormundenden, oft kulturimperialistischen Art von aktueller Eine-Welt-Arbeit. Oder für die Idee einer hierarchisch organisierten Jugendarbeit, der Durchsetzung von Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen per Staatsmacht. Undsoweiter. Emanzipatorische Ziele und Strategien müssen bewußt entwickelt und von den anderen abgegrenzt werden. Nichts und niemand sollte TierrechtlerInnen aufhalten, daß endlich und grundsätzlich umzusetzen. So wie alle anderen auch.

Jörg Bergstedt, Red. Politik von unten

Streit: Emanzipation

versus Tierrechte

Literatur

E. Haferbeck/F. Wieding *Operation Tierbefreiung* (1998, Echo in Göttingen, 272 S.)
Das Buch will autonome TierbefreierInnen weder als Kriminelle noch als HeldInnen zeigen. Doch letztlich kommt beides über: Viel Raum wird der Schilderung von Aktionen und Motiven sowie der Verfolgung durch die Justiz gewidmet. Daraus ergibt sich ein spannend zu lesendes Buch, das allerdings einige blinde Flecken aufweist. Zum einen sind die fachlichen Fragen des Aussetzens von Tieren dem, was von der Natur noch übrig sind, recht oberflächlich behandelt und oft eher als "null problema" abgetan, zum anderen fehlt nicht nur eine Auseinandersetzung mit rechten Ideologien, sondern es kommt sogar ein Verfechter (H.F. Kaplan) zu Wort. Zitat: "Aus der körperlichen Ähnlichkeit von Menschen und Tieren folgt eine seelische Ähnlichkeit von Menschen und Tieren." Scheinbar gibt es kaum Tierrechts-Schriften ohne rechte Ideologien. (jb)

Anzeige Broschüre Verdun



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

12

Herbst '99

●Perspek-
tiven

Perspektiven

Kurzmitteilungen aus der Diskussion um Strategien des emanzipatorischen Umweltschutzes. (jb)

Infos, ReferentInnenliste usw. gegen 2,20 DM in Briefmarken bei der

Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Saasen

Rundbrief

Mehr oder weniger regelmäßig erscheint der Perspektiven-Rundbrief. Er kann gegen 40 DM/Jahr abonniert werden (einschl. "Ö-Punkte") und enthält Texte, Hintergründe und Termine zur Diskussion um den emanzipatorischen Umweltschutz.

Internet

<http://www.thur.de/philouvu.html>

Literatur

Alain Lipietz
Grün – Die Zukunft der politischen Ökologie
(1998, Promedia in Wien, 168 S., 29,80 DM)
Aus dem Französischen stammt dieses Werk, in dem ökologische Zielrichtungen mit gesamtpolitische Zielen verknüpft werden. Umweltschutz ist nicht mehr nur ein Detailfeld, sondern der Autor entwickelt ein Modell, in dem eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft zur Grundlage der Umgestaltungen wird, in denen dann auch die Ökologie wieder eine Chance erhält. Allerdings: Lipietz bleibt dabei sehr inkonsequent, lobt die Agenda 21 und macht sich schließlich zum Fürsprecher grüner Parteien. Immerhin: Er ist Chef der französischen Grünen, einer Partei, die den NATO-Krieg befürwortete.

Seminare, Workshops, Vorträge ...

Wer Lust hat, Seminare durchzuführen, ReferentInnen zurückzuführen, Hoffnung, daß zum "unten" oder zu Teiltheorien Diskussionen usw. stattfinden.

ReferentInnenvermittlung, c/o Umweltwerkstatt,
Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel.&Fax
0451/7070646.

Internetseite und Mailingliste

Die Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz ist inzwischen auch über die elektronischen Medien zu "haben". Einige Texte und Debattenbeiträge wurden unter der Adresse "www.thur.de/philouvu.html" zusammengestellt. Dort gibt es auch einen Link zur Anmeldung auf die Mailingliste um Umweltschutz von unten, wo die aktuellen Debatten abgehen.

Direkte Anmeldung auf die mailingliste über
svn.cronenberg@ruhr-uni-bochum.de.

Umweltschutz von unten in der Contraste

Ca. vierteljährlich wird in der Contraste (Monatszeitung für Selbstorganisation) eine Rubrik "Umweltschutz von unten" zu finden sein. Start soll im Frühjahr sein. Damit wird die Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz in weitere Zusammenhänge eingebracht und ein Stück mehr zum Teil einer politischen Bewegung um Selbstbestimmung und Emanzipation.

Die Contraste erscheinen monatlich und kosten 80 DM im Jahresabo: Postfach 104520, 69035 Heidelberg.

Perspektiven-Rundbrief

Weiterhin soll es diesen Rundbrief geben, der über die Kurzmeldungen in den Ö-Punkten und anderen Zeitungen hinaus vor allem Grundlagentexte und Diskussionspapiere verbreitet. Die jeweiligen Contraste-Ausgabe mit der Rubrik "Umweltschutz von unten" sollen dem Rundbrief zukünftig auch beiliegen.

28.-31.10. in Hannover

BUKO 22:

"Perspektiven gegen die schöne neue Expo-Welt"

Kritik und Perspektiven

Mit einem Arbeitskreis

"Umweltschutz von oben – Umweltschutz von unten"

Info: bukohh@t-online.de

Das Perspektiven-Abo gibt es in Verbindung mit dem Ö-Punkte-Abo für 40 DM/Jahr (Förder-Abo ab 60 DM) bei der Ö-Punkte-Redaktion, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.

Termin- und Seminarprogramm geplant

Im Herbst soll für die dann folgenden Monate (ca. bis Sommer 2000) ein Seminarprogramm zum Thema "Umweltschutz von unten" erscheinen, in dem verschiedene Seminare und Veranstaltungen im Bereich des emanzipatorischen Umweltschutzes, selbstorganisierter Projektarbeit, autonomer Politik usw. zusammengefaßt werden sollen.

Wer Termine hat, sollte sich rechtzeitig melden (bis 1. Oktober) beim Institut für Ökologie, Fachbereich Naturschutz & Landschaft, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe.

Buchprojekt "Umweltschutz von unten"

Ein weiteres Buchprojekt ist in Vorbereitung - es soll mit Bildern und Berichten, aber auch grundlegenden Texten Beispiele für einen Umweltschutz von unten und selbstorganisierte Politikstrategien zeigen. Einige Projekte sollen intensiv vorgestellt werden, z.B. den Netzkauf in Schönau, ein beispielhaftes Windprojekt in BürgerInnenhand usw.

Wer Lust hat, mitzuwirken, kann sich beim Institut für Ökologie, Fachbereich Politik & Wirtschaft, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5 melden.

November
(ca. 12.-14.) in Bielefeld
**4. bundesweites
Anti-Expo-
Vernetzungstreffen**
Info: asta@uni-bleiefeld.de

5.-21.11.
in Bad Oldesloe
**Ö-Punkte-
Endredaktion**
(Schwerpunkt:
Umweltbildung von unten)
Info: oe-punkte@gmx.de

Materialien zur Perspektiven-Diskussion

Die folgenden Reader, Bücher und Materialien sind bislang im Rahmen der Diskussion entstanden. Reader und Papiere werden ständig weiterentwickelt.

Medienpaket

"Agenda, Expo, Sponsoring"

Band 1 "Recherchen im Naturschutzfilm": Infos zu Umweltschutzgeschichte, Verfilzung mit Staat und Konzernen, rechte und esoterische Verbindungen, Kommerzialisierung usw. 400 S., IKO-Verlag, 39,80 DM

Band 2 "Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit": Entwürfe für einen Umweltschutz von unten. 280 S., IKO-Verlag, 39,80 DM.

CD mit 1500 Quellen und Dokumenten zum Film im Umweltschutz, einsetzbar auf DOS, Windows, Apple usw. mit Volltextsuchprogramm. IKO-Verlag, 49,80 DM



Reader

Alle Reader im A4-Format, 60-80 Seiten, 12 DM. Folgende Reader sind bereits entstanden:

Ökonomie von unten: Kritik an der Arbeit, Zurückdrängen der Ökonomie, Selbstverwaltung usw.

Politik von unten: Direkte Demokratie, Selbstorganisation usw.

Agenda 21 – Chance oder Mythos: Kritik, Quellen, Zitate, Alternativen.

Papiere zum Anfordern

Entweder gegen (einmalig) 3 DM in Briefmarken. Oder per Mail von projektwerkstatt__sa@apg.wwbnet.de Oder auf der Internetseite www.thur.de/philo/uvu.html.

Diskussionspapiere:

Nr. 1: Agenda 21 – Chance oder Mythos?

Nr. 2: Kritik an Ökosteuern

Nr. 3: Direkte Demokratie – Reformismus oder Schritt auf dem Weg zu einer Gesellschaft von unten?

Nr. 4: Zur Frage der Gewalt – Warum die Frage nach Gewalt oder Militanz keine Frage ist!

Weitere Einzeltexte zum Anfordern

1. Zum Emanzipatorischen Umweltschutz
 - ✓Kurzfassung allgemein
 - ✓Haupttext allgemein
 - ✓Naturschutz von unten (Kurzfassung)
 - ✓Umweltbildung von unten (Kurzfassung)
 - ✓Ökonomie von unten (Kurzfassung)
 - ✓Emanzipatorische Bündnispolitik (Kurzfassung)
2. Zu Agenda 21 und Nachhaltigkeit
 - ✓Agenda 21
 - ✓Chance oder Mythos?
 - ✓Aufruf gegen die Agenda 21
 - ✓Interview mit Agenda-Kritik
 - ✓Zitatesammlung aus der Agenda 21
3. Zur Expo 2000
 - ✓Sehr kurzer Text zur Anti-Expo-Arbeit
 - ✓Kurzer Text zur Anti-Expo-Arbeit
 - ✓Expo No! (Grundlegender Text zur Anti-Expo-Arbeit)
3. Zu weiteren Themen
 - ✓Krieg und Umweltverbände
 - ✓Kritik an Franz Alt
 - ✓Sozial? Ökologisch? Klar, und die Erde ist eine Scheibe ... (Umweltschutz und Eso-Alternativ-Projekte)
 - ✓Sanfte Verblödung (Öko und Esoterik)
4. Zu den Aktionen in Köln (Juni 1999, die ersten drei aus dem Nachbereitungs-Reader)
 - ✓Überblickstext
 - ✓Resümee
 - ✓Perspektiven politischer Bewegung
 - ✓Kurzfassung

Infotexte zur Debatte um "Umweltschutz von unten"

- ✓ReferentInnenliste (Themenauswahl)
- ✓Infotext zur Einrichtung von Ö-Depots



Das ist ein Auszug aus der Internetseite von "Umweltschutz von unten", ansteuerbar unter <http://www.thur.de/philo/uvu.html>.

Alle Texte können heruntergeladen und (bei Quellenangabe) frei weiterverbreitet werden.

Hinweis

Wer Interesse hat, während der Rundreise oder auch danach Veranstaltungen, Seminare, Workshops usw. zu diesem Thema zu veranstalten, sollte sich melden bei der

Projektwerkstatt,
Ludwigstr. 11,
35447 Reiskirchen-Saasen,
Tel. 06401/90328-3,
Fax -5.

ReferentInnen- und Themenliste gegen 2,20 DM in Briefmarken.

Dezember in Saasen Seminar

"Umweltschutz von unten"

Einführungs- und Vertiefungsseminar für alle, die sich mit den Ideen des emanzipatorischen Umweltschutzes vertraut machen wollen: Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs, Umweltbildung von unten und vieles mehr. 35–60 DM nach Selbsteinschätzung.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 056401/903823

Silvester 1999/2000
in Baden-Württemberg
Jugendumweltkongress
(mit Themenstrang zur Expo und AKs zu Umweltschutz von unten)
Info: info@jugendumweltkongress.de

Zu allen Terminen gibt es Infos in der Projektwerkstatt in Saasen (Tel. 06401/90328-3, Fax -5) oder von unterwegs (Tel. 0171/8348430) oder per projektwerkstatt__sa@apg.wwbnet.de.

November
(ca. 24.-28.)
in Bielefeld
Bundes-Ökologie-Treffen
(mit AKs zur Expo und zum Umweltschutz von unten)
Info: bsoe@uni-muenster.de



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

14 Herbst '99
• Aus aller
umWelt

Mitwirkende und UnterstützerInnen gesucht

"Ö-Punkte" ausweiten!

Die "Ö-Punkte" wollten mehr sein als eine Umweltzeitung, die sich vom Umwelt-Mainstream unterscheidet, praxisorientiert ist und vernetzt - und sie sind längst auch deutlich mehr geworden. Über viele Grenzen von Verbänden und Themen hinweg schaffen sie einen verbindenden Austausch zwischen Umweltgruppen. Ebenso bedeutsam ist die Debatte um Strategien und Aktionsformen, die in den meisten Umweltorganisationen seit Jahren vernachlässigt wird.

Die ca. 20 Redaktionen der Ö-Punkte sind autonom. In der Regel sind sie selbst in den Zusammenhängen aktiv, über die sie schreiben, d.h. ihre Texte und Informationen entspringen der praktischen Umweltschutzarbeit und -politik. So spiegeln die Ö-Punkte immer auch sehr schnell neue Entwicklungen wider und können diese dadurch mitentwickeln: Der Anti-Expo-Widerstand, aktuell die Debatten um emanzipatorischen Umweltschutz oder um eine Verknüpfung mit internationalen Widerstandsbewegungen - die Ö-Punkte sind selbst Teil der solche Prozesse vorantreibenden Zusammenhänge. Das war gewollt, ist ein Stück erreicht, aber noch lange nicht vollendet. Daher würden wir uns über weitere Unterstützung und Mitwirkung freuen ... und zwar:

Mitarbeit

Texte zu Aktionen, Projekten, Diskussionen usw.: Mit Sicherheit fehlt auch in den Ö-Punkten noch vieles. Die Zeitung lebt davon, daß Umweltgruppen und -zusammenhänge die jeweiligen Themenredaktionen als wichtigen Anlaufpunkt für ihre Informationen nutzen und alles, was beispielhaft oder von überregionaler Bedeutung sein kann, dorthin schicken. Die einzelnen Rubriken sind so bunt, informativ und vollständig, wie aus verschiedenen Richtungen Texte eingehten - bitte gleich an die Themenredaktion senden.

➤ **Mitwirkung in Themenredaktionen:** Ein Schritt weiter wäre die direkte inhaltliche Mitarbeit. Die meisten Redaktionen sind noch schwach besetzt, zum Teil nur mit 1 bis 2 Personen. Viermal im Jahr zwei Seiten zusammenzustellen, ist aber ein begrenzter Zeitaufwand, der noch leichter, wenn mehrere zusammenarbeiten. Daher sind alle Redaktionen offen für weitere MitstreiterInnen ... bitte direkt an die Themenredaktionen wenden.

➤ **Fehlende Redaktionen aufbauen:** Einige Themenredaktionen sind nicht besetzt (siehe Impressum). Hier würden wir uns über neue Mitwirkende freuen, die Lust haben, eine Redaktion zu übernehmen, d.h. viermal jährlich die Informationen aus dem Themenbereich zusammenzustellen. Kontaktaufnahme über die Ö-Punkte-Redaktion.

➤ **Kern- und Endredaktion:** Im Kern geht es um das Endlayout, die Rubriken "Aus aller umWelt", Perspektiven und die ganzen Seiten drumherum. Außerdem um die Regelung von Druck und Versand, die Finanzierung, Abo- und Buchhaltung usw. Das alles macht zur Zeit eine Person ... sehr dünne und anfällig! Hier sind weitere Menschen gesucht, die Lust auf eine Zeitungsbauarbeit haben, die schon eini-

ges mehr an Präzision verlangt als kleinere Zeitungen, die auch mal verschiebbar sind usw. Kontakt: Ö-Punkte-Redaktion.

➤ **Schwerpunkte:** Die Schwerpunkte können von externen Gruppen zusammengestellt werden, die ein Thema gesondert aufarbeiten und in die Ö-Punkte bringen. Wer Interesse hat, einmal aus der eigenen Arbeit heraus einen Schwerpunkt zu gestalten, sollte sich melden.

Finanzielle Unterstützung

Die Ö-Punkte haben viel an Vernetzung und Diskussionen geschaffen. Gefährdet sind sie nachwievor finanziell, d.h. sie verbrauchen weiterhin die Rücklagen der tragenden Gruppen. Eine Finanzierung allein aus der Anzeigenakquise scheint unmöglich ... nur ca. die Hälfte der Kosten kommt so im günstigsten Fall (z.B. bei dieser Ausgabe) rein. Daher suchen wir:

➤ **FördererInnen:** Wer ein Abo macht oder die Ö-Punkte so bekommt, kann regelmäßige FördererIn mit einem selbst festgelegten Betrag ab 40 DM/Jahr werden. Alles was Spende ist (also über den eventuellen Abobetrag hinweg), kann auch mit einer Spendenbescheinigung "honoriert" werden.

➤ **Grundfinanzierung:** Für die Hälfte der jährlichen Kosten von Erstellung, Druck und Versand, d.h. der Hälfte von insgesamt 40.000 DM, suchen wir regelmäßige UnterstützerInnen, die (unser Vorschlag) 1000 DM pro Jahr für das Gesamtprojekt "Ö-Punkte" zahlen - und dafür auf Wunsch auch jeweils eine Anzahl der Ö-Punkte erhalten können. ASTAs, Verbände usw. sind aufgerufen, diese Bitte zu prüfen. 20 mal 1000 DM ... und die Ö-Punkte wären gesichert!!!

➤ **Materialspenden:** Wir versuchen zur Zeit, an mehreren Orten weitere Redaktionsorte aufzubauen, um dezentral arbeiten zu können und damit unsere Einrichtungen auch regionalen Zusammenhängen und Zeitungen zugutekommen. Gesucht sind Computer, Großbildschirme, ZIP-Laufwerke, 600-dpi-Drucker, Faxgeräte und Fax-Modems, Kopierer. Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

Jede Form der Mitwirkung und Unterstützung ist uns sehr herzlich willkommen. Die "Ö-Punkte" sind nicht nur im Inhalt vielfältig, kreativ und autonom, sondern auch in der internen Struktur. Wir wollen ein lebendes Beispiel sein, daß Projektorientierung und Autonomie innerhalb von Projektzusammenhängen das bessere Konzept sind gegenüber Zentralismus und Hierarchie! (jb)



**Themenredaktion
"Widerstand,
Direkte Aktion"**

Leila Organa, c/o JUP
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel.&Fax: 0451/7070646
jupluebeck@t-online.de

Die Themenredaktion ist
das letzte Mal dabei.
Nachfolgerin gesucht!!!

Literatur

Hartmut Graßl
Wetterwende
(1999, Campus in Frankfurt, 240 S., 36 DM)
In der Buchreihe zur Expo 2000 hat der UNO-"Chefklimatologe" Graßl ein faszinierendes Werk über die Veränderungen im Weltklima, besondere Ereignisse und die Möglichkeiten, vor allem die Sonnenenergie zu nutzen geschrieben. Er beweist, daß viele Phänomene, die Armut, Hunger oder Zerstörung mit sich bringen, vorhersehbar waren, d.h. ihre Ursachen mit vollem Bewußtsein vorangetrieben wurden. Seine Lösungsvorschläge passen zur Expo 2000. Der Bock wird zum Gärtner gemacht: Technik soll Technikfolgen lösen.

Luft- und Wasserdaten im Internet

Die wesentlichen Ergebnisse der Messungen von hunderten von Meßstationen in Deutschland können auf einer Internetseite des Umweltbundesamtes abgerufen werden. Um die Werte richtig einschätzen zu können, werden Vergleichswerte z.B. der Weltgesundheitsorganisation benannt.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/schadsto.htm>

Quelle: Rathaus&Umwelt 3/99 (S. 47)

Internetseite der Umweltbibliotheken

Die Internetseite ist nun voll funktionsfähig. Neben der Datenbankrecherche steht ein Diskussionsforum und eine Mailingliste zur Verfügung.

<http://umweltbibliotheken.de>



7. Jugendumweltkongreß (Jukß) über Sylvester

Noch vier Monate sind es hin bis zum Jugendumweltkongreß (Jukß), dem jährlichen Treffen der Jugendumweltszene. Die Zeit drängt, denn eine Schule muß als Veranstaltungsort gefunden werden, der Kontakt mit Rampenplan, einem holländischen Kochkollektiv, aufgenommen werden, das Programm koordiniert und vor allem noch viel Werbung gemacht werden. Nachdem der Jukß in den letzten Jahren meist im Norden war, soll er vom 26. 12. 1999 bis 2. 1. 2000 wieder in Baden-Württemberg oder Bayern stattfinden. Zu Jugendumweltkongressen kamen in den letzten Jahren 500-1000 TeilnehmerInnen.

Es tut sich einiges in der Jugendumweltszene. Der Jukß ist ein Beispiel dafür, wie in letzter Zeit Bewegung entstanden ist. Der Jukß soll das ganze Themenspektrum der Jugendumweltszene abdecken, vom praktischen Naturschutz bis hin zu Themen wie Landwirtschaft, Verkehr und Energie - diesen Themen kommt eine besondere Bedeutung in der Entwicklung von Alternativen zu -, soll aber nicht am Tellerrand halt machen, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Ausrichtung haben. Es wird darum auch Arbeitskreise zu Themen wie Antifaschismus, Feminismus, Weltwirtschaft, Asyl- und Bevölkerungspolitik geben. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch kritisch mit Agenda 21, Nachhaltigkeitslogik und der Weltausstellung EXPO 2000 auseinander. Bei bloßer Theorie soll es natürlich nicht bleiben, darum soll es Exkursionen, viele Aktionen und ein abendliches Kul-

Internet für linksradikale Gruppen

Unter der Domain www.linkeliste.de hat die Linke Liste der Uni-GH Duisburg ein Angebot für Gruppen geschaffen, die linke bzw. radikaldemokratische Positionen haben. Diese können dort kostenfrei eigene Homepages unter dem www.linkeliste.de ablegen, eine eigene Email-Adresse unter ...@linkeliste.de erhalten und auch an der Gestaltung der Hauptseiten mitwirken.

Infos unter linke.liste@uni-duisburg.de

Angepaßte Technologie statt Gigantomanie!

Am Ende des 20. Jahrhunderts wird deutlich, daß die Probleme der Menschheit ständig größer werden. Enorme soziale Probleme, wie Hunger, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit. Dazu ein bedrohliches Ausmaß der Umweltzerstörung: Die Regenwaldvernichtung, das Waldsterben, die leergefischten Meere,

turprogramm geben. Es soll wieder größeren Wert darauf gelegt werden, daß der Jukß über deutsche Staatsgrenzen hinweg bekannt wird und auch anderenorts Jugendliche anspricht.

Wir haben den Anspruch, auf dem Kongreß unsere Vorstellungen von Demokratie und Selbstverwaltung zu leben. Auf dem letzten Jukß hat sich ein neues Selbstverwaltungsmodell bewährt, das erstmals vor einem Jahr auf dem JUMJA in Schleswig-Holstein erprobt wurde: die Vorbereitungsgruppe übergibt am ersten Tag die Verantwortung für den Kongreß an die TeilnehmerInnen. Alle Aufgaben, die bislang immer ein völlig überlastetes Orga-Team erledigen mußte, übernehmen nun Aufgabengruppen. Das Demokratie-Modell, das schon länger zur Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip angewendet wird, wird gerade nochmals überarbeitet.

Die Vorbereitungsgruppe hat sich bisher dreimal getroffen - wir sind aber noch viel zu wenige! Ihr könnt also noch einsteigen, indem ihr z.B. zu den nächsten Vorbereitungstreffen (1. - 3. 10. in Stuttgart) kommt, oder uns bei Aufgaben wie Versand, Layout von Flugblättern und Readern unterstützt. Wir wollen auch eine Praktikumsstelle ab 1. 9. oder 1. 10. besetzen. Bewerbungen an die Kontaktadresse. (jd)

Franziska Müller, Melanchthonstr. 25, 72074 Tübingen, Tel. 07071/26479, info@jugendumweltkongress.de, www.jugendumweltkongress.de.

die Wüstenbildung, das Absinken der Grundwasserspiegel, der einsetzende Treibhauseffekt. Als Resultat dieser Entwicklung nahm in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Kriege auf der Welt immer mehr zu.

Die Ursache hierfür ist eindeutig in der Herrschaft der Kapitalbesitzer, im Kapitalismus, zu sehen. Dieses System hat sich Werkzeuge geschaffen (z.B. Fabriken, Atomkraftwerke, Raffinerien), die vor allem der Schaffung von Gewinn dienen. Daher ist zu vermuten, daß der Export dieser Technologien in die armen Länder eher zu einer Verschlechterung der oben beschriebenen Situation beigetragen hat, als zu einer Verbesserung.

Die Möglichkeiten, andere - demokratischere, menschen- und umweltfreundlichere Technologien einzusetzen, beschreibt der Artikel.

<http://ag2100net.de/>



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

• Aus aller umWelt



Literatur

Martin Jänicke u.a. Umweltpolitik (1999, J.H.W. Dietz in Bonn, 432 S., 20,80 DM)
Ein Buch, das die bestehende Situation zu beschreiben versucht, dabei aber systematisch alle perspektivischen Entwürfe und Strategien verschweigt - obwohl die sogar zu einer reinen Darstellung des Status Quo gehören würden, Diskussionsstränge zu benennen. Besonders deutlich ist, daß sich die Autoren nur mit dem "Umweltschutz von oben" beschäftigen. Das führt zu teilweise peinlichen Texten, z.B. im Kapitel über die Akteure des Umweltschutzes, wo in der Übersicht (sortiert nach Wichtigkeit) die Menschen immerhin noch auf dem letzten Platz landen, in der nachfolgend genaueren Beschreibung aber dann ganz vergessen werden. Bleibt die Frage, was mit Büchern, die nicht anderes tun, als langatmig eine festgefahrene Umweltpolitik zu beschreiben, aber nicht einmal zu kritisieren, erreicht werden soll. Vor allem bei Martin Jänicke als einem der Vordenker dieser festgefahrenen Politik war auch nichts Besseres zu erwarten. (jb)



Ö-Verteiler "Widerstand"

• Mikas & Credos Informationen

R. Haßler/M. Deml
Öko-Rating
(1998, ökom in München, 177 S.)

Unternehmen im Umweltcheck - im Buch werden die ziele und Möglichkeiten vorgestellt, zudem die 49 vorliegenden Öko-Ratings für Firmen wie Eurotunnel, Kunert u.a. zusammenfassend veröffentlicht.



10.-12. September in Dortmund

Spektakel '99

Jugendkongreß u.a. zu Anti-Atom- und antifaschistischen Inhalten.
JungdemokratInnen, Kießerstr. 29c, 42107 Wuppertal

6.-10. Oktober in Freiburg

Ökomeia '99

16. Internationales Festival des ökologischen Filmes - ein Wettbewerb mit knapp 400 Filmen aus 45 Ländern
Info: ÖkoMedia-Institut, Habsburgerstr. 9a, 79104 Freiburg, 0761/52024, Fax 555724, okomeia@t-online.de

27. Oktober in Berlin (UBA)

Arbeitsreffen der Umweltbibliotheken

Erfahrungsaustausch, Berichte usw.
Info: Grüne Liga, O3O/2044-745, Fax -4468, bgst@grueneliga.de



Herbst '99
● Tips und Tricks

Freiwilligendienste

Chance für NonProfit-Organisationen?

In den letzten Jahren gibt es im Umwelt- und Naturschutz zwei gegenläufige Entwicklungen, einerseits nimmt die Zahl der ehrenamtlich im Natur- und Umweltschutz tätigen Menschen immer stärker ab und andererseits steigt die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten. Die Verbände werden daher immer größer, verschlingen immer mehr Geld und sind damit für viele Menschen auch Arbeitgeber geworden. Gleichzeitig entfernen sie sich immer mehr von der Basis, die wiederum aufgrund der vielen Hauptamtlichen immer kleiner wird usw. – ein kaum zu überwindender Teufelskreis.

Ich möchte daher mit diesem Artikel nicht den Eindruck erwecken, mich für die Einrichtung von Freiwilligenstellen und Hauptamtlichenstellen einzusetzen. Jede Gruppe muß für sich entscheiden, ob sie von der Ehrenamtlichkeit zur Hauptamtlichkeit wechseln will. Die Erfahrungen zeigen aber ganz eindeutig, daß dieser Schritt fast zwangsläufig dazu führt, daß sich ehrenamtlich Tätige zurückziehen. Die erhoffte Entlastung durch Hauptamtliche kann daher schnell zur Mehrbelastung (durch den Wegfall von ehrenamtlich Tätigen) führen. Als ein Mittelweg bieten sich daher sogenannte Freiwilligendienste (Praktikum, FÖJ, FSJ, Zivi, EVS usw.) an, da sie meist auf höchstens ein Jahr angelegt sind, für die Einsatzstelle relativ günstig sind und meist von engagierten jungen Menschen geleistet werden.

Es findet also eine ständige Fluktuation statt, was der Situation in ehrenamtlichen Gruppen sehr ähnlich ist. Häufig kommen die Freiwilligen auch aus ähnlichen Gruppen oder sogar aus der selben und wollen in ihrem Freiwilligenjahr die schon seit längerem gemachte Umwelt- oder Soziale Arbeit intensivieren. Insofern kommt der gewissenhaften Auswahl der Freiwilligen durch die Einsatzstelle und natürlich auch der Einsatzstelle durch den/die Freiwilligen sehr große Bedeutung zu. Wenn beides zusammenpaßt, steht einem erfolgreichem Freiwilligendienst nichts mehr im Wege. Auch hier gilt die schon oben erwähnte Problematik mit den Ehrenamtlichen in abgeschwächter Form, daher sind nach meinen Erfahrungen folgende Vermeidungsstrategien ganz sinnvoll.

Als HauptamtlicheR ...

✓ in alle Tätigkeiten möglichst auch Ehrenamtliche mit einbeziehen.

✓ offen für alle und nicht abgehoben als "Leitungsgremium" agieren.

✓ nicht nur eigene Projekte anstoßen, sondern auch bei anderen Projekten gleichberechtigt mit Ehrenamtlichen mitarbeiten.

Die Freiwilligen sollten auf jeden Fall die Wünsche und Anliegen der Ehrenamtlichen ernstnehmen und nicht durch ihre ständige Präsenz und damit verbundenes Wissen selbstherrlich alles alleine entscheiden.

Sicher gibt es weitere Möglichkeiten, und es hilft, diese Problematik offen und mit allen Beteiligten zu diskutieren und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Die verschiedenen Freiwilligendienste

Neben dem klassischen "Praktikum" gibt es mittlerweile diverse Freiwilligendienste, die von NonProfit-Organisationen genutzt werden können. Besonders internationale Dienste gewinnen an Bedeutung. Dies bietet interessante internationale Kontaktmöglichkeiten, aus denen



Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Schon seit 1964 gibt es das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), bei dem junge Leute zwölf Monate in Pflege- und Betreuungsdienst tätig sind. 1987 hatte mensch in Niedersachsen den Gedanken, etwas Vergleichbares mit ökologischer Ausrichtung einzurichten. So entstand das Modellprojekt Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), dem sich später auch Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein angeschlossen. 1993 wurde endlich ein FÖJ-Gesetz des Bundes verabschiedet. Mittlerweile gibt es in jedem Bundesland Anlaufstellen für das FÖJ, die eine Aufstellung der FÖJ-Träger herausgeben. Hierzu gibt es Adressenlisten der Anlaufstellen ebenso wie die Informationsbroschüre "Freiwilliges Soziales Jahr / Freiwilliges Ökologisches Jahr" beim BMFJ.

Manche behaupten, das FÖJ sei so etwas wie der Zivildienst für Mädchen. In der Tat sind es hauptsächlich junge Frauen, die von diesem Angebot Gebrauch machen, und die Aufgabenfelder sind wirklich so gut wie identisch: praktische Biotoppflege, Umweltpädagogik, Geschäftsstellendienst, Umweltuntersuchungen etc. Was genau auf einen zukommt, hängt von der konkreten FÖJ-Stelle ab. In der Mehrzahl sind dies gemeinnützige Verbände (nicht nur Umweltverbände, wie der Erfahrungsbericht zeigt), aber auch öffentliche Institutionen oder Umweltzentren.

Infos können unter folgender Adresse abgefordert werden, die Adressen von FÖJ in den Bundesländern gibt es auch bei dieser Adresse: Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ), Rochusstr. 8-10, D-53123 Bonn

auch verstärkt gemeinsame internationale Aktionen und Projekte entstehen können. Internationale Zusammenarbeit scheint in Zukunft auch wegen der Globalisierung ein entscheidender Schlüssel für den Erfolg im Umweltschutz zu werden. Nachfolgend sind die wichtigsten Freiwilligendienste kurz vorgestellt, wer weitere Infos braucht, kann sich bei den jeweils angegebenen Adressen Informationsmaterial anfordern. Für weitergehende Informationen kann ich auch die vorgestellten Bücher empfehlen.

Europäischer Freiwilligendienst (EVS)

Jeder, der/die zwischen 18 und 25 Jahre alt ist und in einem Land der Europäischen Union bzw. in Norwegen oder Island wohnt, hat die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst im europäischen Ausland für 6 bis 12 Monate zu machen. Der/die Freiwillige kann an einem lokalen Projekt im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich teilnehmen, um dabei die Sprache, das Land und dessen Menschen kennenzulernen. Dazu braucht mensch eine "Entsendeorganisation", die den/die Freiwillige auswählt, auf den Dienst vorbereitet und nach Ende des Dienstes eine Nachbereitung durchführt und ein "Aufnahmeprojekt", das für die Betreuung und Begleitung während des Dienstes verantwortlich ist. Umweltgruppen vor Ort können also sowohl Freiwillige entsenden wie auch aufnehmen. Dies soll vor allem einen intensiveren Austausch zwischen bestehenden Partnerschaften von Gruppen aus unterschiedlichen Ländern fördern.

Deutsches Büro "Jugend für Europa", Hochkreuzallee 20, D-53175 Bonn, Tel. 0049/228/95060, Fax 0049/228/9506222, jfe@ijab.de, <http://www.ijab.de/euro/>

Europäische Kommission, Generaldirektion XXII, Erziehung, Bildung und Jugend, Referat C.2, Rue de la Loi, 200, B-1049 Bruxelles, Tel 00322 2951100, Fax 00322 2994158, yfe@dg22.cec.be, <http://europa.eu.int/en/comm/dg22/youth/youth.html>

Autor

Jörn Hartje

Literatur

Frank Thiel
Qualitätsstandards für Reisen der Jugendhilfe
(1999, BundesForum Kinder- und Jugendreisen, 49 S., 3 EUR)
Das Heft teilt sich in zwei Abschnitte. Im ersten werden Qualitätsanforderungen an Jugendreisen zusammengetragen, an die LeiterInnen und Träger, die Mitbestimmung und einen nachhaltigen Tourismus. Den zweiten Teil bildet eine kommentierte Literaturliste.

Bestelladresse:
Naturfreundejugend, Haus Humboldtstein, 53424 Remagen-Rolandseck

Weitere Buchtips

Aktionsmappe Umwelt
29,80 DM

Jugendaktionsmappe
Umwelt, 24,80 DM

Natur-Erlebnis-Mappe
24,80 DM

Zivi Weltweit, 29,80 DM

Jobben für Natur und Umwelt – Europa und Übersee, 29,80 DM

Au-Pair-Handbuch
29,80 DM

Bestelladresse
für alle Bücher
JUPI, Turmstr. 14a, 23843
Bad Oldesloe, O4531/4512,
Fax O4531/7116,
jup-od@lynnet.de

NEU Herausgegeben von der Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt Bad Oldesloe

Unterwegs für die Umwelt - Ökojobs in Europa
Dieses Buch soll allen helfen, die sich ehrenamtlich oder auch in Form von bezahlten Jobs (z.B. europäischer Freiwilligendienst, Praktikum oder Freiwilliges-Ökologisches-Jahr) über einen längeren Zeitraum für den Umweltschutz engagieren wollen. Hier finden sich Einsatzstellen aus ganz Europa, jede Einsatzstelle wird ausführlich beschrieben (Umwelt, Tätigkeiten, Anzahl der MitarbeiterInnen usw.). Neben den Einsatzstellen finden sich aber auch sehr viele Tips für das Jobben im Umweltbereich. Abgerundet wird das Buch durch ein umfangreiches Verzeichnis über Umweltjobbörsen im Internet.

240 Seiten mit zahlreichen Fotos und Abbildungen
19,80 DM (zuzüglich 6 DM für Porto/Verpackung)

Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt, Turmstr. - 14a, 23843 Bad Oldesloe, Fon: 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: jup-od@lynnet.de, Internet: <http://www.projektwerkstatt.de>

**"Anderer Dienst" im Ausland
- Friedensdienst**

Zivildienst im Ausland kann mensch nicht leisten, da das Befehlssystem der Bundesrepublik an den Grenzen seine Wirkung verliert. Deshalb kann mensch nur freiwillig einen "anderen Dienst" bei anerkannten Trägern im Ausland leisten, der dann aber als Alternative zum Zivildienst anerkannt ist. Wer den "Anderen Dienst im Ausland" vor der Vollendung des 25sten Lebensjahres antritt, wird nicht mehr zum Wehr- oder Zivildienst in Friedenszeiten herangezogen. Dies gilt nicht im Verteidigungs- oder Kriegsfall.

Eine ausführliche Liste der Einsatzstellen, sowie weitere Einzelheiten zum "anderen Dienst im Ausland" könnt ihr unter folgender Adresse anfordern:

Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., Dammweg 20, 28211 Bremen, Tel.: 0421/340025, Fax: 3479639 Zentralstelle. KDV@t-online.de Internet: www.dfg-vk.de/zentralstelle-kdv.

Nur die Liste der Einsatzstellen ist auch zu beziehen über: Bundesamt für Zivildienst, 50964 Köln, Tel.: 0221/3673/475520, Fax: 0221/3673/661662.

Praktikum

Praktikum können Freiwillige eigentlich überall machen, zumindest, wer keine finanziellen Ansprüche stellt. Viele Einsatzstellen bieten aber, zumindest bei längeren Praktika (ab ca. 1-3 Monaten), ein Taschengeld an oder stellen Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung. Es lohnt sich aber immer aktuell anzufragen, weil sich sowohl die finanzielle, als auch die räumliche Situation der Einsatzstellen schnell ändern kann. Vorteil eines Praktikums für die Freiwilligen gegenüber anderen "Dienstleistungen" ist die größere Unabhängigkeit, die Freiwilligen können schneller und einfacher die Einsatzstelle wechseln, wenn sie ihnen nicht gefällt oder es können auch mehrere kennengelernt werden. Nachteil: sowohl für die Einsatzstelle, als auch für die Freiwilligen gibt es Nachteile bei Anerkennungen, Planbarkeit und Absicherung.

Öko-Projektikum

Ein Angebot zum Aktiv werden, zum Teamwork in selbstorganisierten Öko-Projekten für Schulabgängerinnen, Studentinnen, junge Arbeitslose und alle, die im Umweltschutz loslegen wollen

Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS), Postfach 18 18, 36228 Bad Hersfeld, Tel: 06621/41581, Fax: 2170, oekos@juis.insider.org, http://www.projektwerkstatt.de/index__fs.html.

Arbeit in Nationalparks

Commerzbank, Zentraler Stab Kommunikation, "Praktikum für die Umwelt", Pf 100505, 60005 Frankfurt, Tel: 069/13622818.

EUROPARK, Pf 1153, D-94475 Grafenau, Tel: +49 (85 52) 96 10 -0, Fax +49 (85 52) 96 10-19 eMail: europarc@t-online.de.

Praktikumsstellen offen!

Sowohl bei den Ö-Punkten wie auch in der Projektwerkstatt Saasen können ab sofort (oder auch später) Praktikas absolviert werden. Unterkunft und Verpflegung werden gestellt. Selbstorganisiertes Handeln im Team.

06401/903283 & 0171/8348430.



(Sachsen)

**Aktion statt Lethargie,
Wut statt Resignation,
Tatkraft statt Gleichmut**

Wieder einmal sollen Bäume abgeholzt, dem Jugendclub um die Ecke die Gelder gestrichen oder eine Autobahn gebaut werden... Was tun? Resignation und Passivität? Die da oben machen ja doch, was sie wollen! Seid ihr wirklich ohne Macht?

Ein politisches Wochenende für Jugendliche und junge Erwachsene, die es saft haben, über sich bestimmen zu lassen.

Umweltbildungshaus Johannishöhe, 01737 Tharandt, 035203/37181

**Seminarreihe
Praxishilfen für aktive Leute**

Bei den Projektworkshops werden die Inhalte von erfahrenen ReferentInnen vermittelt, daneben wird es einen umfangreichen Informationstisch geben. Nachdem allgemeine Informationen vorgetragen wurden, soll es immer auch Arbeitsgruppen geben, die einzelne Themen vertiefen sollen. Alle Workshops werden an den speziellen Bedürfnissen von aktiven Leuten orientiert und sind immer ergebnisorientiert, sodaß die TeilnehmerInnen konkrete Dinge mit nach Hause nehmen können. Folgende Themen sind bisher geplant:

16.-21.10.99

**Projektworkshop
(mit Jugendleiferschein)**

In den Herbstferien findet ein 5-tägiges Seminar über Projektarbeit statt. Dort gibt es Infos über Gruppengründung, Motivation, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und zu guterletzt wird das sonst eher langweilige Jugendrecht spielerisch erarbeitet. Wer diese Tage übersteht bekommt sogar eine Bescheinigung, womit ein Jugendgruppenleiterausweis beantragt werden kann.

5.-7.11.99

EU - jenseits vom Euro

Wir wollen hier aufzeigen, was die EU neben Filz und Euro für aktive Menschen zu bieten hat. Wir werden die verschiedenen Europäischen Programme, Freiwilligendienste und die Möglichkeiten des EU-Rechts vorstellen.

10.-12.12.99

Schnorrerworkshop

Wer Projekte macht muß diese auch irgendwie finanzieren. Da das nicht immer ganz einfach ist, werden wir bei diesem Workshop für jedes konkrete Projekt Finanzierungsmöglichkeiten erarbeiten.

21.-23.1.2000

Freiwilligendienste im Umweltschutz Für Freiwillige: Wer einen Freiwilligendienst absolvieren will, sollte sich vorher informieren, was es da alles für Möglichkeiten gibt, wie mensch sich am besten bewirbt oder welche rechtlichen Hintergründe es gibt. Hier werden spezielle Fragen zu Einsatzstellen und dem Dienst Im Ausland beantwortet, ehemalige Freiwillige berichten über ihre Erfahrungen und die Öko-Job-Börse kann für die Recherche für den eigenen Job genutzt werden. **Für Einsatzstellen (nur auf Anfrage):** Auch Einsatzstellen für Freiwillige müssen einiges beachten, hier wollen wir eine spezifische Veranstaltung machen.

10.-12.3.2000

Projektorganisation Intensivkurs

Dieser Workshop ist für Leute, die ein Projekt organisieren wollen, oder schon dabei sind und noch ganz konkrete Fragen zur Umsetzung der eigenen Ideen haben. Hier können die Anwesenden spezielle Konzepte für ihre Projekte mit nach Haus nehmen.

Infos unter: JUIPI, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: jup-od@lynx.net oder bei der Landschaftsredaktion



Herbst '99

• Tips und Tricks



Öko-Jobsuche im Internet
(Auswahl)

englisch
Environmental Job Search Page, <http://ourworld.compuserve.com/homepages/ubikk/env4.htm>

Suchmaschine für Umweltjobs im Web cybersierra, <http://www.cyber-sierra.com/mjobs/>

Ubiquity Environmental Jobs Board, <http://www.geocities.com/RainForest/8974/geobook.html>

EnviroLink, http://www.envirolink.org/sbn/dreamjobs_frameset.html

The Environmental Employment Pages, <http://www.datacor.com/jobmall/envicon/jobs.html>

eJobs, <http://www.ejobs.org/>

eelink, <http://eelink.net/grants-generalinformation.html>

outdoor Jobnet, http://www.outdoornetwork.com/job_listings.html

deutsch
oneworldweb, <http://www.oneworldweb.de/oekojobs.html>

Ökotest, <http://www.oekotest.de/oekojobs/oekojob5.htm>

umweltnet, <http://www.umweltnet.de/jobboerse> (keine Online-Recherche)

Internationales Wirtschaftsforschung regenerativer Energien, <http://www.uni-muenster.de/Energie/>

Öko-Projektikum http://www.projektwerkstatt.de/index__fs.html

Freundin Umwelt-Praktikum, http://www.freundin.com/job/praktikum/prakt25__02.html

Institut für Ökologie

Brauchen Sie Hilfe bei der Gründung von Umweltgruppen?

Oder bei konkreten Fachfragen?

Seminar, Vorträge, direkter Kontakt.

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationsbroschüre zu.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe

Wettbewerb zum Erlebniswandern

Wer hat Lust, Wanderstrecken erfahren zu machen und als Angebot zum Erlebniswandern in Broschürenform zu fassen? Dafür läuft jetzt ein Wettbewerb. Bewerbungen müssen bis zum 31.12.99 eingereicht werden.

Naturfreunde, Postfach 600441, 70304 Stuttgart. Ansprechpartnerin ist Kerstin Hillebrecht, 0711/40954-32, Fax -4, naturfreunde-d@t-online.de

Ö-Punkte brauchen FördererInnen (siehe S. 14)!

Weiterhin bitten wir um Spenden, Förder-Abos und (neue Idee) 20 Organisationen, Personen u.ä., die je 1000 DM pro Jahr beisteuern. Damit wäre die Hälfte der Kosten gedeckt ... um die andere bemühen wir uns! Förderverein/Ö-Punkte, Nr. 2516101, Volksbank Busecker Tal, BLZ 513626 17

Der neue Buchversand für aktive UmweltschützerInnen:

www.mausversand.de



18 Herbst '99
● Tips und Tricks

Literatur

Harald Hahn
Freie Radios als Ort der aktiven Jugend-Medien-Arbeit
(1999, ibidem in Hannover, 104 S., 69 DM)
Der Preis könnte einer weiten Verbreitung dieses Buches im Wege stehen - oder Raubkopien provozieren ... Dabei hätte es das Buch verdient, gerade in politischen Zusammenhängen Anklang zu finden. Es klärt nämlich weniger über die technischen Hintergründe auf, sondern geht darauf ein, wie sich Rundfunkarbeit in pädagogische und politische Arbeitsprozesse integrieren bzw. dafür einsetzen läßt. Ganz nebenbei schafft es einen Einblick in die "Szene" freier Radios.

Bundesweites Verzeichnis der Tagungshäuser
(1999, Kraftzweig e.V. in Clausthal-Zellerfeld, ca. 150 S., 8 DM)
In neuer Auflage erscheint im Herbst das Verzeichnis "freier, autonomer, unabhängiger, selbstverwalteter" Tagungshäuser. Jedes Haus stellt sich dort auf einer A5-Seite selbst vor. Eine politische Auswahl ist nicht vorgenommen, so daß z.B. auch Eso-Projekte wie das ZEGG aufgenommen sind. Kriterium war mehr die Selbstverwaltung. Insgesamt ein übersichtlicher Führer durch die Szene der etwas "eigenartigeren" Tagungshäuser. Lohnenswert!

Who ist who?
(1999, Verein für Friedenspädagogik in Tübingen, 117 S.)
Das Dachverband entwicklungs-politischer Gruppen in Baden-Württemberg hat hier, sortiert nach Postleitzahlen, Adressen von Eine-Welt-Initiativen zusammengestellt. Zudem gibt es ein Kapitel mit bundesweiten Adressen und ein alphabetisches Register.

Autofreies Wohnen in Leipzig

Fünf potentielle Standorte von autofreien Wohnanlagen werden derzeit in einer Umfrage der Interessensgemeinschaft "Autofreies Wohnen" den Leipziger BürgerInnen zur Diskussion gestellt. Ein Fragebogen soll die InteressentInnen und deren Wünsche ermitteln. Voraussetzung für das konkrete Gebiet sind eine gute Anbindung an das Nahverkehrsnetz, Fuß- und Radwegeverbindungen sowie eine wohnungsnah Versorgung, also Läden, öffentliche Einrichtungen usw. Seit 1995 haben bereits über 200 Haushalte Interesse an dieser Wohnform bekundet. Sie alle verbindet der Wunsch, in einem Umfeld mit mehr Wohn- und Lebensqualität zu wohnen, ohne den Luftschadstoff- und Lärmbelastungen des Autoverkehrs ausgesetzt zu sein.

Für weitere Informationen: Ökoloewe Leipzig, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig, 0341/30651-85, Fax -79, oekoloewe@hddl.de



Regionale Umweltzeitung

Gegenöffentlichkeit schaffen ... über Umweltthemen unzensuriert berichten ... eventuell mit anderen Gruppen zusammen eine politische Zeitung machen? In vielen Regionen fehlt es an gut gemachten Blättern, die über regionale, politische Themen informieren. Dabei ist es gar keine große Kunst, ein eigenes Magazin auf die Beine zu stellen - am besten als Vernetzungsprojekt mit vielen Gruppen gemeinsam.

Eine solche regionale (Umwelt)Zeitung kann auch mit den "Ö-Punkten" verbunden werden - z.B. können die Ö-Punkte eine Einlage sein und die regionale Zeitung der Mantel dazu, d.h. die regionalen Infos mit eigenem Titel sind außen herum zu finden.

Wer eine solche Zeitung ins Leben rufen oder eine bestehende mit den "Ö-Punkten" verbinden möchte, kann von der Ö-Punkte-Redaktion auch Hilfe erhalten: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/90328-3, Fax -5, oe-punkte@gmx.de.



Hilfe bei Medienarbeit

Praktische Hilfe bei der Erstellung von Radio- und Fernsehbeiträgen für offene Kanäle und Lokalradios bietet der "Verein für Umweltmedienarbeit (Umedia)" allen interessierten Umweltgruppen. Der Verein stellt journalistische Hilfe und technische Unterstützung zur Verfügung und vermittelt Kontakte zu Fernseh- und Radiosendern.

Umedia, Postfach 164551, 45225 Essen, 0211/93460-62, Fax -79, <http://www.umedia-online.de>

Stromversorgung von unten

Ein Paradebeispiel einer Umweltschutzaktion "von unten" sind die Schönauer Energie-Initiativen. Gegen den Abschluß eines neuen Konzessionsvertrages wehrten sich eine BürgerInnen-Gruppe zunächst per öffentlichem Druck sowie dann, als die politische Mehrheit wieder mit dem Stromversorger kooperieren wollte, über einen BürgerInnenentscheid. Und trotz der finanziellen Übermacht von Gemeinde, Konzernen usw. - die BürgerInnen gewannen!

Als Ergebnis sind die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) entstanden, die nun die Stromversorgung betreiben. Und der Elan ist nicht verraucht - ständig kommen neue Ideen hinzu, so aktuell das "Schöpfungsfenster", eine 50kW-Solarstromanlage auf dem Kirchendach, durchgesetzt gegen das widerspenstige Denkmalamt. Auch diese Maßnahmen wurde durch Beteiligungen und Spenden realisiert.

Von Schönau läßt sich lernen, Nachfolgemodelle sind dringend erwünscht, denn der Zugriff auf das Stromanbieten bietet eine der besten Möglichkeiten, den Atomausstieg und die Förderung regenerativer Energiequellen auch praktisch umzusetzen.

Schönauer Energie-Initiativen, Leder-gasse 5, 79677 Schönau, 07673/9315-78, Fax -89

Aktionen



Foto: Kinder in Ondangwa mit den ersten vor Ort gezogenen Bäumchen. Dahinter steckt die Initiative "Bäume für Menschen - Trees for the world", Rathausplatz 6, 82362 Weilheim, 0881/8001, Fax 8111, trees@t-online.de.

Internationale Workcamps

Verschiedene Organisationen sehen als Ziel ihrer Arbeit an, internationale (Jugend)Austauschcamps und -seminare zu veranstalten. Dafür suchen sie in der Regel örtliche Partner, d.h. Gruppen, die den organisatorischen Rahmen und ein Einsatzgebiet stellen. Das können auch Naturschutzeinsätze sein, der Aufbau von Infozentren usw. Mit dem Camp sind zwar Kosten für Verpflegung usw. verbunden, aber die zum Teil mehrwöchigen Camps können viele Projekte auch wesentlich voranbringen - und das in einem Rahmen, der selbst sinnvoll ist als Beitrag zum internationalen Austausch. Für das Jahr 2000 laufen jetzt die Planungen, d.h. es sollte schnellstens Kontakt aufgenommen werden mit den entsprechenden Organisationen. Dieses sind u.a.

IJGD, Kaiserstr. 43, 53113 Bonn, Tel. 0228/22800-18, Fax -24

SCI, Blücherstr. 14, 53115 Bonn, 0228/212086

Pro International, Bahnhofstr. 26a, 35037 Marburg

Christlicher Friedensdienst, Rendeler Str. 9, 60385 Frankfurt, 069/459071

Ökoführerschein: Alltagskompetenz für NeueinsteigerInnen

Trotz des Gegenwindes aus der "großen" Politik wollen immer noch viele Menschen für den Umweltschutz aktiv werden. Die wenigsten allerdings wissen, wie sie das anfangen sollen, dazu kommt dann noch ein fehlendes Überblickswissen. Zumindest für Jugendliche gibt es einen Ausweg: den Ökoführerschein. Insgesamt mindestens 20 Tage dauert die Seminarreihe, die es bereits in einigen Bundesländern gibt. Die Seminare vermitteln neben einem Grundwissen über fast alle wichtigen Umweltthemen, welches dann die Grundlage für die eigene politische Arbeit der TeilnehmerInnen ist, auch Handwerkszeuge wie Rhetorik, Pressearbeit und Arbeit in Jugendgruppen. Dabei wird Frontalunterricht wie in der Schule vermieden. Ziel ist, die TeilnehmerInnen dazu zu motivieren, selbst politisch aktiv zu werden, ihr Wissen weiterzugeben und zu vertiefen.

Die längere Seminardauer mit zwei Wochenenden und dreimal fünf Tage (in den meisten Ländern) sorgt für die Möglichkeit, sich persönlich kennenzulernen, nicht nur wie bei normalen Gruppen die Namen zu kennen. Die Einbindung des Ökoführerscheins in aktive Jugendumweltgruppen bietet die Möglichkeit, die Leute, die nicht etwa an ihrer Schule selber eine Gruppe gründen, zumindest in bestehende Gruppen einzubeziehen.

BUNDjugend Berlin, Jagowstr. 12, 10555 Berlin, Telefon 030/392 82 80, <http://www.oekofuehrerschein.de>.



Umweltschutzpapier an Schulen

Vor einigen Jahren war es mal "in", doch die Aktion lohnt sich, nochmal wieder ausgegraben zu werden. Idee ist, für eine Schule oder die Schulen einer Stadt ein gemeinsames Design zu entwickeln und damit Hefte, Collegenblocks usw. herstellen zu lassen. Mit einfarbigem Titel lohnt sich eine solche Aktion bei einer Auflage von 3000 Stück oder mehr, bei mehrfarbigem ab 5000 Stück. Das ist bei Sammelbestellungen z.B. zu Schuljahresbeginn schnell zu schaffen. Die Hefte können über Druckereien, die mit Umweltschutzpapier arbeiten, oder über Umweltschutzpapierversände in Auftrag gegeben werden, u.a. über

Venceremos, Hauptstr. 44, 48739 Legden (Ansprechpartner: Klaus Gillmann, 02566, 209-31).



Beispiele Wettbewerbe

ReferentInnen

Wer Seminare, Vorträge usw. organisieren will, kann auf verschiedene ReferentInnenpools zurückgreifen. Einige seien hier vorgestellt.

JungdemokratInnen/Junge Linke NRW – Themen: Nie wieder Krieg/Bundeswehr abschaffen, Stoppt den Abbau der Grundrechte, Grundlagen der AntiFa-Arbeit, SV-Schulung, Atomkraftwerke abschalten, Tips&Tricks für SchülerInnenzeitungen und Geschichte der Frauenbewegung.

JD/JL, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal, 0202/4938354, Fax 451123, jdnrw@online.de

Umweltschutz von unten – Themen: Kritik an Agenda 21/Nachhaltigkeit, Expo 2000, emanzipatorischer Umweltschutz, Filz in Umweltschutzverbänden, Ökologie und Ökonomie passen nicht zusammen usw.

ReferentInnenvermittlung, c/o Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel.&Fax 0451/7070646, jupluebeck@t-online.de

Projekt- und Gruppenarbeit: Tips zur Finanzierung, Gruppengründung, Rechtsformen für Gruppen/Häuser/Infozentren usw., Pressearbeit, Grundkurse für Gruppen- und Projektarbeit, Umweltbildung und mehr.

Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Fax 04531/7116, joern_hartje@public.uni-hamburg.de

Strategien radikaler, politischer Arbeit – Themen: Auswertung der Köln-Aktivitäten Juni 1999, Expo-Widerstand, Strategien und Strukturen autonomer Politik, Widerstand organisieren.

Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 0171/8348430, projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.



Fotos von Internationale Aktionen

Aktionswoche gegen schwedisches AKW: Atomkraftgegner protestieren gegen internationale Verflechtung der Stromkonzerne. Am Sonntag, dem 1.8.1999 starteten 70 AtomkraftgegnerInnen aus Deutschland, der Schweiz und Schweden im wendländischen Reddebeitz (20 km von Gorleben entfernt) zu einer Fahrraddemonstration in Richtung Schweden. Am 6.8., dem Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima, trafen die RadfahrerInnen vor dem südschwedischen AKW Barsebäck an. Vor dem AKW wurde ein "Die In" veranstaltet. Hier kam es fast zu einer Eskalation mit der Polizei, die im übrigen supernervös war.

Internationales A2O Aktionscamp: Zum Pfingst-Camp gegen die A2O fanden sich in Moising bei Lübeck ca. 70 AutobahngegnerInnen ein. Neben den Deutschen TeilnehmerInnen war auch eine Gruppe aus Schweden angereist. Auf dem Camp fanden verschiedene Workshops zu Themen neben A2O zum Beispiel zur Verkehrspolitik, EXPO-Kritik oder Veganismus statt (Kontakt: siehe rechts).

Viele Aktionen lassen sich schnell für internationale Gäste öffnen – eine Bereicherung ist das immer.

Wettbewerbe

Jugend forscht: Eine neue Runde des Nachwuchs-Wissenschafts-Wettbewerbs steht an. Am 30. November ist Abgabeschluß. In verschiedenen Fachsparten können auch Umweltthemen eine Chance haben – für manch eine gut vorbereitete Aktion eine gute "Zweitwertung" ... und ein unvergesslicher Wettbewerb, der wirklich Spaß macht. Schade, daß so eklige Sponsoren dabei sind (Großkonzerne der Marken Deutsche Bank & Co.).

Stiftung Jugend forscht, Baumwall 5, 20459 Hamburg, Fax 040/374709-99, jufoHH@aol.com, www.jugend-forscht.de

Bundesumweltwettbewerb "Vom Wissen zum Handeln": Unter der Trägerschaft des Bundesforschungsministeriums läuft der Wettbewerb kontinuierlich, d.h. Arbeiten können jederzeit eingereicht werden. Die Ausschreibung erfolgt regelmäßig im September, Bewerbungsschluß ist jeweils im März. Möglich sind alle Beiträge zur Untersuchung der Ursachen von Umweltschutzerstörungen sowie passender Lösungen.

IPN, Olshausenstr.62, 24098 Kiel, 0431/549700, Fax 5001165.



Ö-Depots einrichten

Auf der Rückseite der Ö-Punkte finden sich Materialien aus der Debatte des emanzipatorischen Umweltschutzes ("Umweltschutz von unten"). Gesucht sind weitere Gruppen, die vor Ort Verkaufsstellen schaffen, z.B. in Umweltzentren, Infoläden, Eine-Welt- oder passenden Buchladen, aber auch auf Büchertischen und bei Versänden.

Infos gegen frankierten Rückumschlag bei den Ö-Punkten, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.

"Rasen statt rasen"

Die Jugend für alternative Mobilität (JAMO) im Netzwerk GRÜNE LIGA und GREENPEACE Dresden beteiligten sich am bundesweiten Aktionstag "Mobil ohne Auto". Unter dem Motto "Rasen statt rasen" wurden 200 Quadratmeter Rollrasen (Sponsoring der Dresdner Verkehrsbetriebe) auf der Dresdner Louisenstraße ausgelegt. Junge Bäume aus einer Baumschule ließen gemeinsam mit dem Rasen am 20. Juni eine kleine grüne Oase zum Stadtteilfest "Bunte Republik Neustadt" entstehen. Ringsherum gab es jede Menge zum Schauen und Mitmachen: So konnten Fahrräder aus Draht gebaut oder historische Fahrräder und das Solarmobil von Greenpeace bestaunt werden. Auf einem Computer wurde errechnet, welches Verkehrsmittel für welchen Weg das schnellste und kostengünstigste Verkehrsmittel in Dresden ist. Die passende Musik zur Aktion kam von der "Ersatzkapelle" (Rotzfreche Asphaltkultur). Je 100 Quadratmeter des kostbaren Rollrasens bekam nach der Veranstaltung der Abenteuerspielplatz "Panama" und das Stadtteilhaus Äußere Neustadt. (Stephan Kühn)

Jugend für alternative Mobilität, c/o GRÜNE LIGA e.V., Schützengasse 16-18, 01067 Dresden Fon: 0351-4943350, Fax: 0351-4943450



Ö-termin

wir übernehmen jeden Fall!
 Manipulation und Sozialisation durch Medien
 Info: Ludwig Quilde Forum, s. unten

3.–5. Dezember in Castrop-Rauxel
Rhetorik für AnfängerInnen
 Info: Ludwig Quilde Forum, Kieler Str. 29c,
 42107 Wuppertal, 0202/455054,
 laf@gmx.de



UmweltakteurInnen

Herbst '99

• Tips und Tricks



Kontakt

Widerstand gegen die A2O soll weitergehen. Wer Lust hat mitzumachen und weitere Aktionen zu planen, meldet sich bitte unter: JUPI, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel: 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: jup-od@lynet.de

Wer sich weiter über Aktionen und Hintergründe zur A2O informieren will, kann den A2O Rundbrief bestellen (3,- DM in Briefmarken): A2O-Rundbrief Hintergründe, aktueller Stand der Planungen und aktuelle Aktionen und Projekte, das soll der Inhalt des A2O Rundbriefes sein. Er kann bestellt werden: JUPI, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel: 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: jup-od@lynet.de

Vortrag und Materialien zum Thema A2O und Verkehr: Zur Zeit entsteht gerade ein Vortrag zum Thema A2O sowie weiterer Verkehrsprojekte.

Hinweis

Wir sammeln auch weiter kreative Aktionsideen ... solche Ideenseiten sollen fortan immer wieder in den Ö-Punkten zu finden sein. Texte und Bilder dazu bitte an die Redaktion.

Formale Aspekte einer Gruppe

Ein unangenehmes Kapitel? – Sicherlich für viele, die aktiv etwas für die Umwelt machen wollen, aber sich nicht mit Paragraphen und viel Papier rumschlagen wollen. Aber ganz ohne geht es leider nicht. Gruppen, die Gelder von öffentlichen Stellen bekommen, einen Raum anmieten oder ähnliches wollen, benötigen klare rechtliche Verhältnisse. Auch Haftungsfragen spielen da eine gewisse Rolle: Wer kann mit welchem Geld für Pleiten und Sachen, die schief gehen, zur Verantwortung gezogen werden? Selbst die Möglichkeit, sich durch eine Versicherung vor Haftungsrisiken zu schützen, ist an eine rechtliche Struktur gebunden. Schnell kann es sinnvoll werden, einen Verein zu gründen.

Die Struktur

Die Gruppe sollte strikt zwischen rechtlicher und tatsächlicher Struktur unterscheiden. Eine rechtliche Struktur ist ein Hilfsmittel, das nötig ist, um Verträge abschließen zu können, Gelder zu bekommen, Risiken kontrollierbar zu halten usw. Sie sollte als Werkzeug für die Arbeit betrachtet werden – ähnlich wie ein Computer oder ein Raum. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die rechtliche und die tatsächliche Struktur einer Gruppe zu verknüpfen – davon wird im folgenden die Rede sein.



Der Text stammt aus der Aktionsmappe Umwelt und ist leicht verändert.

Autor des Kapitels in der Mappe (Nr. 7):

Peter von Rügen

Der Arbeitsstil

Gleichberechtigte Zusammenarbeit, Offenheit gegenüber neuen Leuten, unbürokratischer und flexibler Arbeitsstil sind Eigenschaften, die die Qualität einer politischen Initiative entscheidend ausmachen – Vereinsstrukturen legen das genaue Gegenteil nahe: Vorstände und feste Mitglieder sind nötig. Außerdem sind die rechtlichen Strukturen unflexibel und bürokratisch.

Die Gruppe sollte sich nicht an Satzungen und Formalitäten klammern, sondern die Arbeits- und Entscheidungsstrukturen nach den Erfordernissen der Projekte gestalten. Rechtliche Fragen sind bei diesen Überlegungen erst einmal unerheblich. Erst wenn die Arbeitsformen klar sind, kann über eine rechtliche Struktur nachgedacht werden, die diesen nicht im Wege steht.

Hierarchien vermeiden

Wo die rechtliche Struktur in der Gruppe in den Vordergrund rückt, wird sie ziemlich bald vom nützlichen Werkzeug zur erdrückenden Fessel für konstruktive Projektarbeit: Das Verhältnis der Aktiven untereinander rutscht ab in Vereinsmeierei. Es wird zwischen VorständlerInnen, Mitgliedern und Außenstehenden unterschieden. Leute, die mehr Wissen haben oder selbstsicherer auftreten, kriegen einen "Posten" und halten es auf einmal für legitim, daß sie etwas "besseres" als andere sind. Wer nicht "Mitglied" ist, darf nicht mehr mitentscheiden. Vereinsstrukturen haben die fatale Wirkung, daß sie – wenn sie ernst genommen werden – Ungleichheiten in der Gruppe und die Tendenz, sich nach außen abzuschließen so verfestigen, daß sie nicht mehr hinterfragt werden können.¹

Grundregeln

Strukturen suchen, die den Bedürfnissen entsprechen, erst dann nach einer passenden juristischen Struktur suchen.

Flexibel bleiben und den Verein als Hilfsmittel betrachten. Niemand hat mehr zu sagen, weil er/sie Mitglied oder im Vorstand ist; entschieden wird mit allen oder in Arbeitsgruppen. Jede/r sagt, was sie/er selbst denkt und beruft sich nicht auf die Satzung.

Rechtliche Möglichkeiten der Arbeitsweise anpassen – nicht umgekehrt!!!

Einen Verein gründen?

Natürlich kann es Gruppen ohne ausdrücklich formulierte rechtliche Struktur geben; einige Leute treffen sich einfach hin und wieder formlos. Das ist bei kleineren Initiativen gar nicht so ungewöhnlich. Für kleine Aktionen ist schließlich keine aufgebaute Organisation nötig. Schwierig wird es jedoch, sobald eine Gruppe z.B. ein Konto eröffnen, eine Versicherung abschließen oder Spenden oder Zuschüsse bekommen will. Außerdem haften in einer "formlosen" Gruppe alle Beteiligten privat mit ihrem gesamten Vermögen für Schäden, die bei der Arbeit entstehen. Wenn die Gruppe z.B. einen Infostand macht, und eine umfallende Stellwand verletzt eine/n PassantIn, kann es für alle teuer werden.

Die "formlose" Gruppe ist für JuristInnen nämlich nicht "gar nichts", sondern eine "Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)". Eine GbR entsteht in Deutschland immer, sobald mehrere Leute irgendetwas gemeinsam machen, sei es in die Kneipe gehen oder ein Straßentheater aufführen. Das Unangenehme an der GbR ist die "gesamtschuldnerische Haftung". Jede/r haftet für alles mit dem gesamten Privatvermögen, daher kann jeder beteiligten Person der gesamte Schaden in Rechnung gestellt werden.

Der nicht-rechtsfähige Verein

Der nicht-rechtsfähige Verein entsteht, indem sich eine Gruppe eine Satzung gibt. Diese ist quasi ein "Vertrag" zwischen den Mitgliedern, der die Ziele und die Struktur festlegt. Außerdem muß es einen Vorstand geben, der die Gruppe nach außen (rechtlich) vertritt. Der nicht-rechtsfähige Verein ist eine etwas "schwammige" Konstruktion. Theoretisch haften noch immer alle gesamtschuldnerisch, in der Rechtsprechungspraxis aber normalerweise nur der Vor-

stand. Der nicht rechtsfähige Verein kann die Gemeinnützigkeit erlangen und damit Spendenquittungen ausstellen. Außerdem wird er von vielen Geldgebern als Zuwendungsempfänger akzeptiert. Ein Konto eröffnen oder ein Telefon anmelden geht nur im Namen eines Mitgliedes.

Insgesamt ist der nicht-rechtsfähige Verein allenfalls für kleine Gruppen zu empfehlen, die sich über Spenden finanzieren und den bürokratischen Aufwand gering halten wollen. Hauptmanko neben der allgemeinen "Schwammigkeit" dieser Rechtsform ist die Haftung des Vorstandes mit Privatvermögen. Dadurch werden Verantwortungsunterschiede geschaffen, die rasch dazu führen, daß einige Vorstandsmitglieder immer "übereversichtlich" reagieren und für sich die tatsächliche Entscheidungsgewalt beanspruchen: "Ich trage ja viel mehr Risiko".

Der rechtsfähige Verein

Für größere Gruppen und insbesondere Gruppen, die mit größeren Geldbeträgen hantieren, ist die Eintragung eines Vereins ins Vereinsregister ein sinnvoller Schritt. Dafür muß die Gruppe mindestens sieben Mitglieder haben. Minderjährige können einen Verein nur eintragen, wenn der Hauptzweck Jugendarbeit ist. Sinnvoll ist auf jeden Fall, sich vorher als gemeinnützig anerkennen zu lassen (siehe unten), dann wird zumindest ein großer Teil der Gebühren für den Eintrag erlassen. Ist ein Verein zum Zeitpunkt der Eintragung nicht gemeinnützig, so kostet der Eintrag ca. 100,- DM.

Durch den Eintrag wird der Verein zur "juristischen Person", er erlangt die "Rechtsfähigkeit". Nun kann die Gruppe zivilrechtlich wie eine Person auftreten, das heißt, z.B. ein Konto eröffnen, einen Mietvertrag abschließen etc. Auch die Haftung wird auf das Vereinsvermögen beschränkt – niemand riskiert privates Geld. Die Rechtsfähigkeit bedeutet in vielen Fällen eine erhebliche Arbeitserleichterung. Für den eingetragenen Verein ist es auch am einfachsten, Zuschüsse zu beantragen. Allerdings bringt die Eintragung auch einen gewissen bürokratischen Aufwand mit sich, da jede Vorstandsveränderung erneut eingetragen werden muß.

Wie sieht ein Verein aus?

Der Verein entsteht durch einen "Vertrag" zwischen den Mitgliedern, die Satzung. Die Satzung schreibt die Ziele und

Literatur

Ralf Brinkhoff u.a.
Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen
 (1999, AA-Verlag für Pädagogik, 112 S., 32 DM)
 Vier konkrete Aktivitäten werden von jeweils einer/m Autorin so dargestellt, daß die Inhalte und Abläufe transparent werden. Aus diesen Beispielen können daher Tips für das exakte Nachahmen oder das Ideensammeln für andere Einsatzbereiche gezogen werden. Trotz allem wäre aber eine zusätzliche Systematisierung des Ansatzes der Projektarbeit sinnvoll gewesen. So ist eher eine etwas unübersichtliche Aneinanderreihung entstanden.

¹ Siehe Aktionsmappe, Kapitel 6, "Gruppenarbeit"

die Struktur des Vereins fest. Eine Beispielsatzung ist in diesem Kapitel abgedruckt und kann übernommen und den eigenen Bedürfnissen angepaßt werden.

Vereinsorgane

Der Verein muß mind. zwei "Organe" haben: Hauptversammlung und Vorstand. Die Hauptversammlung besteht normalerweise aus allen Mitgliedern (allen, die bei der Gründung die Satzung unterschrieben haben und allen, die später eingetreten sind). Der Vorstand muß von der Hauptversammlung gewählt werden.

Hauptversammlung: Die Hauptversammlung ist das höchste Organ eines Vereins. Sie beschließt, was laut Satzung nicht ausdrücklich andere beschließen können. Sie wählt und entlastet den Vorstand und "segnet" den Kassenabschluß ab. Mit der sogenannten Entlastung nimmt die Vollversammlung dem Vorstand die rechtliche Verantwortung für dessen zurückliegendes Handeln ab und überträgt diese auf den Verein. Mindestens einmal im Jahr ist eine sogenannte "ordentliche Hauptversammlung" vorgeschrieben. Die Satzung kann auch häufigere Treffen vorsehen. Außerordentliche Hauptversammlungen sind möglich, wie und von wem sie einberufen werden können, regelt die Satzung; es gibt allerdings eine Reihe von Vorschriften zu beachten.

Vorstand: Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Sie vertreten den Verein rechtlich nach außen. Verträge, Aufträge an Firmen etc. müssen vom Vorstand oder einer vom Vorstand beauftragten Person unterschrieben werden. In der Praxis fragt normalerweise keiner nach, nur wenige Stellen verlangen den Nachweis, daß eine Person im Vereinsvorstand ist (z.B. die Telekom).

Die Satzung legt fest, ob je ein Vorstandsmitglied einzeln oder alle zusammen (ist ziemlich unpraktisch) unterschreiben müssen. Wenn in der Satzung nichts Gegenteiliges steht, führt der Vorstand neben der Vertretung nach außen auch die Geschäfte des Vereins, daher entscheidet er über ziemlich alles nach eigenem Gutdünken. Die Geschäftsführungsbefugnis kann durch die Satzung aber eingeschränkt oder ganz ausgeschlossen werden. Ein "Repräsentativvorstand", der nur unterschreiben muß, wo dies verlangt wird, aber keinerlei Entscheidungsbefugnis hat, ist rechtlich möglich und unter Umständen auch ziemlich sinnvoll.

Verknüpfung mit Arbeitsstil

Wenn ein Verein als Hilfsmittel für die Arbeit notwendig ist, gibt es mehrere Möglichkeiten, mit dieser Struktur so umzugehen, daß Gleichberechtigung und Offenheit in der Gruppe trotzdem erhalten bleiben. Natürlich sollten alle die-

se Konstruktionen den Gruppen-Alltag nicht verbürokratisieren. Eine funktionierende Gruppe erkennt mensch nicht zuletzt daran, daß gar nicht auffällt, ob es noch einen Verein gibt.

Plenums-Verein/Vertrag

Diese rechtliche Struktur paßt gut zu einer basisdemokratischen Arbeitsweise, während sie mit dem föderalistischen Modell schwerer in Einklang zu bringen ist.¹ Alle Aktiven der Gruppe werden Mitglieder im Verein, die Mitgliedschaft ist möglichst offenzuhalten (jede/r kann im Verein Mitglied werden). Die Befugnis des Vorstandes wird auf Außenvertretung eingeschränkt. Zusätzlich zu Hauptversammlung und Vorstand wird in der Satzung ein Plenum als drittes Organ festgeschrieben. Das Plenum besteht ebenfalls aus allen Mitgliedern des Vereins, kann aber im Gegensatz zur Hauptversammlung ohne "bürokratisches Brimborium" einberufen werden. Als grundlegende Alternative kann die Rechtsform des Vertrages genutzt werden, d.h. ein Trägerverein und z.B. die tatsächlichen Gruppen schließen einen Vertrag, indem sie die Strukturen und Ziele festlegen. So kann einem Plenum die Entscheidungskompetenz übertragen werden.

Das Plenum führt die Vereinsgeschäfte. Gegebenenfalls kann in der Satzung auch stehen, daß das Plenum Ausschüsse mit bestimmten Entscheidungen betrauen kann. Die Sicherheit für die Aktiven ist relativ hoch, da alle auch formalrechtlich mitbestimmen können. Allerdings besteht durch die "Nähe" von de-jure- und de-facto-Struktur eine relativ große Gefahr, daß die Vereinsstruktur zu wichtig genommen wird.

Trägerverein

Der Verein wird von mindestens sieben (beliebigen) Mitgliedern gegründet. Formal bekommt der Vorstand für den Verein Geschäftsführungskompetenz. Die Mitgliederversammlung ist unbedeutender Formalakt.

Der Vorstand führt de facto aus, was von der Gruppe (nicht von den sieben Mitgliedern!) beschlossen wird. Die Neuaufnahme von Mitgliedern wird durch die Satzung "schwer gemacht", damit nur "zuverlässige Leute" im Verein sind. Diese Struktur beschränkt allen Formalkram auf sieben Leute, setzt aber ein hohes Vertrauen in der Gruppe voraus. Nach außen ist nämlich allein die de-jure-Struktur relevant. Die Gruppe hat keine Möglichkeit, juristisch einzuschreiten, wenn der Verein anders handelt, als die Gruppe will.

Das Trägervereinsmodell ist mit basisdemokratischer und föderalistischer Gruppenstruktur vereinbar. Es empfiehlt

sich vor allem für sozial gefestigte Gruppen und zeitlich begrenzte Projekte, wo die Gefahr einer Illoyalität des Vereins gegenüber der Gruppe gering ist.

Selbstverwaltungsstatut

Eine etwas höhere Sicherheit ergibt sich, wenn die Mitgliederversammlung (die sieben Mitglieder des Fördervereins) neben der Satzung ein Selbstverwaltungsstatut beschließt. Dort wird beschlossen, daß der Verein nur die Beschlüsse eines offenen Plenums ausführt, in dem nicht nur Mitglieder entscheiden.

Das Selbstverwaltungsstatut bzw. der Vertrag bewegen sich in einer rechtlichen "Grauzone", es darf nicht Bestandteil der Satzung sein oder in der Satzung gefordert werden. Selbstverwaltungsstatute sind z.B. bei Jugendzentren üblich.

Zwei-Ebenen-Struktur

Die aufwendigste Struktur, aber gerade bei föderalistisch organisierten Gruppen auch die "sauberste" Verknüpfung zwischen tatsächlicher Struktur und Verein, ist eine Zwei-Ebenen-Struktur.

In der Satzung wird festgelegt, daß Gruppen Mitglied des Vereins werden können, in dem eine Person stellvertretend Mitglied wird. Die Hauptversammlung besteht nicht aus den Mitgliedern direkt, sondern jedes Mitglied kann eine hohe Zahl (z.B. 50) Delegierte entsenden. Das steht auch in der Satzung.

Stimmen sind nicht übertragbar oder anhäufbar. Die Gruppe wird so als Ganzes Mitglied im Verein oder auch in einzelnen Projektgruppen. Wie die Gruppe ihre Delegierten bestimmt, geht den Verein nichts an. Direkt vor der Hauptversammlung werden auf dem Gruppentreffen alle Anwesenden zu Delegierten gewählt. Im Alltag tritt der Verein als Trägerverein auf, führt daher aus, was die Gruppe will.

Gibt es Konflikte zwischen Vereinsvorstand und Gruppe, wird einfach eine Mitgliederversammlung einberufen und ein neuer Vorstand gewählt. Gruppe und Verein sind deutlich getrennt. Mitentscheiden in der Gruppe z.B. ist nicht an formelle Vereinsmitgliedschaft gebunden. Trotzdem kann die Gruppe im Konfliktfall den Vereinsvorstand auswechseln.



Herbst '99

• Tips und Tricks



Literatur

Methoden für die Gruppenarbeit (1999, AA-Verlag für Pädagogik, 14,80 DM) Ein kleines Taschenbüchlein mit vielen Tips für verschiedene Gruppensituation – konzipiert als ständiger Begleiter für die Arbeit mit Gruppen zum schnellen Nachschauen, wenn die eigene Phantasie nachläßt oder nicht ausreicht. In der Kürze des Buches sind sicher einige Lücken entstanden, d.h. das Büchlein ersetzt nicht die eigene Phantasie- und Methodenschulung, aber als Sammlung der wichtigsten Tips wirkt es gut brauchbar.

Zum Text links

Dieser Text ist der Anfang einer mehrteiligen Serie über formale Strukturen von Gruppen.

Der nächste Text hat die Gründung eines Vereins mit Mustersatzung und Gründungsversammlung zum Thema.

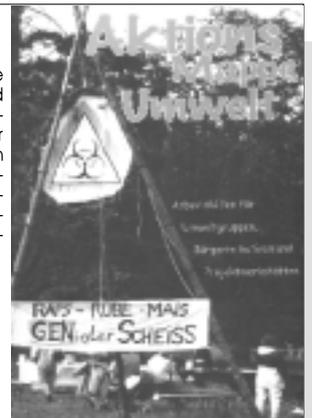
Er erscheint in einer der nächsten Ausgaben der "Ö-Punkte".

Der Tip:

Aktionsmappe Umwelt - "die" Arbeitshilfe für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und alle, die konkret für den Umweltschutz eintreten wollen. Viele Seiten voller wertvoller Tips, angefangen von der richtigen Rechtsform einer Gruppe über Aktionsformen und -recht bis zu Finanzen, Gestaltung eigener Zeitungen und die Pressearbeit. Im Anhang finden sich (kommunal)politische Forderungskataloge.
280 S., farbiger Ordner, 29,80 plus Porto

Bestelladressen:

Materialauswahl Umweltschutz,
Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld
Büchertisch "Landfriedensbruch",
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen





Herbst '99
● Tips und Tricks

Autor

Hans-Jürgen Martin,
webmaster@
solingen-natur.de

Literatur

G. Gugel/T.M. Rother
Internet & Co. - ein Netzwerk und Datenbankführer
Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V., 1997

Deutsche Bundesjugendring:
Wege durch den Info Dschungel
Votum Verlag, 1997

W. Schröder/B. Tissler
Umwelt am Netz - e-mail in der Umweltbildung
Mensch Umwelt Technik e.V., 1994

Manfred Kratzl
Die eigene Homepage
(1999, dtv in München, 350 S., 24,90 DM)
Ein übersichtliches Buch, das mehr enthält als der Titel verspricht. Es geht nicht nur um das Handwerkliche, eine eigene Web-Seite zu gestalten, sondern auch um die Grundstruktur des Netzes und die damit verbundenen Möglichkeiten – angefangen dabei, sich überhaupt im Netz anzumelden und passende Plattformen zu finden.

Institut für Ökologie
Software für UmweltschützerInnen
(1999, A4-Reader)
Einen Sammlung von Anwendungsmöglichkeiten, Software-Beschreibungen, Umweltinformationen zu Computern usw.
Gegen 12 DM bei der MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld.

NaturschützerInnen im Internet?!

Als das Internet bzw. World Wide Web Ende der 80er Jahre im Europäischen Labor für Teilchenphysik CERN erdacht wurde, ging es zunächst nur um ein Kommunikationsmedium zur Verbreitung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse. Ende der 90er Jahre hat es sich dann zu einem universellen Informationsmedium entwickelt, an dem auch kaum noch eine kommerzielle Organisation vorbeikommt.

Nur kommerzielle? Längst haben auch andere Verbände die Möglichkeiten des Internets entdeckt und nutzen sie für ihre Öffentlichkeitsarbeit: Kaum eine Partei oder ein Parlamentskandidat, kaum ein Ministerium, Verband oder Verein, der nicht im Internet seine Dienstleistungen, Argumente und Ziele vorstellen würde, selbst der Vatikan ist dort längst vertreten – die Zielgruppen finden sich in fast allen Bevölkerungsschichten. Klar, daß dieser "Zug der Zeit" auch am ehrenamtlichen Naturschutz nicht vorübergehen kann: Wer gewohnt ist, im Netz der Netze (fast) alles zu finden, wird den Naturschutz für bedeutungslos halten, wenn er ihn nicht findet. Daß Naturschützer sich dennoch etwas schwer tun mit dem neuen Medium, aber schließlich doch erfolgreich damit sein können, zeigt die Website der Solinger Naturschutz-Verbände, die seit Anfang 1999 eine gemeinsame Website mit der Internetadresse ("Domain") www.solingen-natur.de unterhalten.

Aller Anfang ist schwer

Der erste konkrete Vorschlag einer eigenen Internetpräsenz aller vier Verbände kam vom örtlichen "Arbeitskreis Fleddertierschutz" (AKFSG), dem eine ebenso professionelle wie teure Lösung mit sich selbst als Webmaster vorschwebte: Die Verbände würden zusammen die notwendige Hardware und Software zum Erstellen und Pflegen der Web-Seiten, eine Domain (= Internet-Name) mit ausreichend Speicherplatz kaufen und einen Internetzugang abonnieren, der die Internetrecherche und eMail-Kontakte ermöglicht. Dieses Modell sah derart hohe Anfangsinvestitionen und eine so hohe monatliche Belastung vor, daß es bei den übrigen Verbänden sofort zu schroffer Ablehnung führte: 1. ließen deren geringe Finanzmittel solch hohe Ausgaben nicht zu, 2. würde dieser Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum zu erwartenden Nutzen stehen. Eine Alternative hierzu kam dann von mir: Keine Investition in vereinseigene Hard- und Software sowie Domain, vielmehr würde der Internetzugang eines privaten Telefonanschlusses für die Naturschutz-Website genutzt, was z. B. bei der Telekom monatlich 8 DM Grundgebühr und ein paar wenige Verbindungskosten für die Homepage bei T-Online verursachen würde.

Aber auch hier hielt sich die Begeisterung in Grenzen: Die zur Verfügung stehende Freizeit sollte besser für Arbeitseinsätze genutzt werden als für die Erstellung von Internet-Seiten, und wer und wie viele Menschen würden diese Seiten überhaupt lesen? Naturschützer und Surfer – das waren anscheinend zwei ganz verschiedene gesellschaftliche Gruppen ...

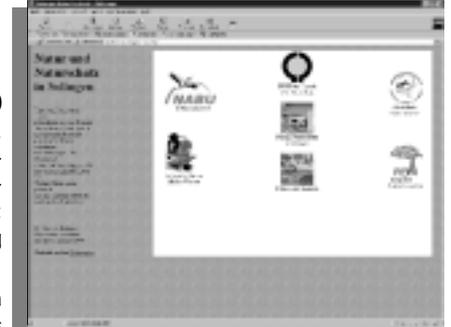
Das öffentliche Bewußtsein sorgte dann aber doch für einen langsamen Gesinnungswandel: Die örtliche Presse wie auch die Stadt selber waren plötzlich im Internet, die Medien berichteten zunehmend über die zunehmende Wichtigkeit des neuen Mediums, immer mehr Bürger bekamen "Anschluß", und die Preise für Internet-Präsenzen wurden plötzlich erschwinglich. Schließlich führte ein letzter Vorschlag von mir zum Erfolg.

Details: Website-Struktur

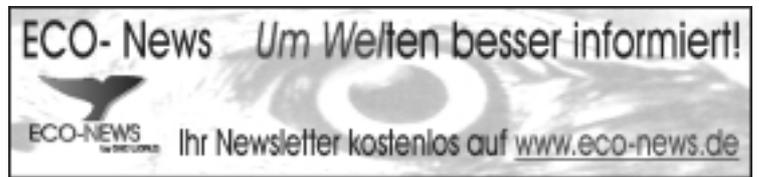
1. Die Vereine kauften für 20 DM eine gemeinsame Domain. Die Idee: Ein Name läßt sich besser merken als vier oder fünf verschiedene, und er ist einprägsam: "www.solingen-natur.de" – analog zu "Solingen-Online" etc.
2. Unter dem gemeinsamen Dach firmieren die Vereine jeweils in einem eigenen Unterverzeichnis – der Nabu z. B. unter www.solingen-natur.de/nabu/ etc.
3. Alle Vereine bzw. Unterverzeichnisse präsentieren sich neben ihrer jeweiligen

Leitseite (= Homepage) einheitlich mit jeweils drei Rubriken (sog. "Frame-Sets"): "Profil" (Wer man ist), "Aktionen" (Was man tut bzw. getan hat) und "Mitteilungen" (Was man zu sagen hat). Wer sich in einer Website zurechtfindet, findet sich somit auch in den anderen zurecht.

4. Neben den Vereinsnamen bzw. -Domains wurde ein sogenanntes "Forum"



eingrichtet: Auf den Internet-Seiten von www.solingen-natur.de/forum/ präsentieren die Vereine sich gemeinsam und bieten dem interessierten Bürger manche nützliche Information.



ECO-News

Um Welten besser informiert

ECO-News heißt die neueste ALTOP-Entwicklung im Internet: Unter www.eco-news.de kann jeder Umweltinteressierte kostenlos diesen professionellen Umwelt-Informationsservice nutzen.

Egal ob Privatmann, Geschäftsfrau oder Journalist/In- hier kann jeder Pressemeldungen und aktuelle Beiträge online recherchieren, und zwar in 18 Sachgebieten. Zudem kann ECO-News ganz bequem abonniert werden: Man gibt einfach nur die Emailadresse an und wählt die gewünschten Sachgebiete aus, und schon erhält man einmal wöchentlich einen individuell zusammengestellten Newsletter. Die Programmierer von ALTOP haben sich aber noch mehr einfallen lassen. So können Umweltverbände, ökologisch orientierte Institute und Umweltfirmen ECO-News für eine effektive Pressearbeit nutzen und ihre Meldungen direkt im Internet veröffentlichen. Das System ist so einfach zu bedienen, daß auch In-

ternet-Laien keine Schwierigkeiten haben, ihre Texte selber ins Netz zu stellen. Die Texte und Beiträge sind sofort im Internet verfügbar und werden regelmäßig verschickt. Mit diesem neuen Presseservice verfolgt der ALTOP Verlag ein ganz spezielles Ziel. Er will eine nachhaltige Verbindung von Informationsangebot und -nachfrage schaffen und damit die öffentliche Berichterstattung von Umweltthemen vorantreiben.

Abonnieren kann man den kostenlosen ECO-Newsletter direkt bei www.ECO-News.de. Alle Fragen rund um ECO-News beantwortet Ihnen gerne Frau Moyzischewitz beim ALTOP Verlag, Tel. 0 89/ 746611-42.



5. Der Speicherplatz war mit zunächst 7 MB für drei Vereine völlig ausreichend, nur der AKFSG sprengte diesen Rahmen mit seinen Grafik- und Sounddateien und hatte deshalb kostenlosen Speicherplatz bei einem lokalen Anbieter erhalten. Der Fledermaus-Verein ist deshalb – ebenso wie die örtliche "Biologische Station Mittlere Wupper" – "nur" mit einer Weiterleitungsseite vertreten, die aber gewährleistet, daß beide schnell gefunden werden. Inzwischen stehen allerdings unerreichbare 30 MB bereits für 15 DM zur Verfügung.

6. Flankierend wurde die Domain www.solingen-naturschutz.de erworben, die den Besucher automatisch auf die erste Domain weiterleitet.

7. Der AKFSG tritt gegenüber dem Domain-Anbieter ("Web-Hoster") als Vertragspartner auf, ich habe die Aufgaben des "Webmasters" übernommen, der für die technische Umsetzung sorgt.

8. Ein Vertrag legt detailliert die Rechte und Pflichten der beteiligten Verbände wie auch des "Webmasters" fest, damit das Projekt nicht vage und unverbindliche Nebensache bleibt.

Freud und Leid des Webmasters

Als Anfang des Jahres Domain und Speicherplatz eingerichtet waren, zeigte sich, daß keineswegs alle Beteiligten gleich gut vorbereitet in den Startlöchern standen: Aus dem Stand schaffte nur der NABU eine halbwegs vollständige Internetpräsenz, was sicher auf meine persönlichen Kontakte zurückzuführen war. Größere Anlaufschwierigkeiten hatte schon der RBN, dessen Mitglieder das Rückgrat der praktischen Arbeit des Solinger Naturschutzes bilden, die aber trotz einiger eigener Internet-Zugänge für dieses Medium nur selten Zeit fanden und kaum geeignetes Bildmaterial aufreiben konnten. Ganz schwierig waren Beiträge vom BUND zu bekommen, der

nur eine äußerst dünne Personaldecke, kein Bildmaterial und keine Internet-Zugänge und -Erfahrungen hat. Kaum verwundern durfte da, daß das gemeinsame Forum der Solinger Verbände schnell ins Hintertreffen geriet, lange Zeit kränkelte und immer noch nicht ganz aufgeholt hat.

So kam, was eigentlich nicht kommen sollte: Um eine gründliche Blamage des Solinger Naturschutzes zu vermeiden, begann ich selber, Material zu sammeln und in Absprache mit den Vorständen ins Internet zu bringen: die jeweilige Satzung, die Geschichte, die Adressen des Landes- und Bundesverbandes, Beitrittsformulare, selbst die Vereinsziele ... Und es scheint, daß die Verbände auch heute noch des Anstoßes bedürfen, um vor allem zu aktuellen Ereignissen geeignetes Material zu liefern. Die Kontakte, die unsere Website zu anderen Verbänden und Umwelt-interessierten Menschen herstellt, entschädigen andererseits immer wieder für die Mühe, die dieses Hobby macht: Hier isolieren sich Menschen nicht, sondern finden durch gemeinsames Interesse zueinander.

Fazit

Diese Erfahrungen lehren, daß es dreier Voraussetzungen bedarf, wenn (Naturschutz-) Vereine ins Internet gehen wollen: 1. eines verbindlichen und vom Willen der Mitglieder getragenen Entschlusses; 2. wenigstens einer Person in jedem Verein, die sich aktiv um Text- und Bildmaterial kümmert; 3. eines Webmasters, der die Internet-Technik zuverlässig beherrscht und darüber hinaus etwas die "Zügel in die Hand nimmt", wenn das Engagement der Aktiven nachläßt. Das Ergebnis kann sich mittlerweile unter www.solingen-natur.de (hoffentlich) sehen lassen.

Neues im Netz

Öko-Kirchen-Seite

Am Tag der Sonnenfinsternis war es so weit. Die Umweltbeauftragten der EKKW präsentieren sich seit gestern im Internet. Es ist zwar erst ein Anfang, aber wir sind dennoch ein bißchen stolz, dass wir – zumindest nach unserem Kenntnisstand – die ersten Umweltbeauftragten einer evangelischen Landeskirche im Internet sind. Ich hoffe, dass die Seiten – auch mit den Bildern – lesbar sind. Über Reaktionen freuen wir uns und erwarten Eure/Ihre Gratulationen, aber insbesondere auch Vorschläge für Verbesserungen, Ergänzungen und Vernetzungen sowie Kritik, um die Seiten kontinuierlich verbessern und ergänzen zu können.

Ihr/Sie findet/n uns unter <http://www.ekkw.de/umwelt/>

CL-Bretter zu Umwelt

Die Umweltbretter im ComLink sind umstrukturiert worden. Sie lauten nun:

- cl.umwelt.artenschutz
- cl.umwelt.boden
- cl.umwelt.chemie
- cl.umwelt.energie
- cl.umwelt.klima
- cl.umwelt.luft
- cl.umwelt.muell
- cl.umwelt.regenwald
- cl.umwelt.verkehr

Darüberhinaus gibt es weiter die Foren (mit jeweils mehreren Brettern): cl.agenda21.*, cl.anarchie.*, cl.antifa.*, cl.atom.*, cl.demokratie.*, cl.frieden.*, cl.kommunalpolitik.*, cl.utopien.*, cl.wirtschaft.* ...

Quelle: CL-Informationen im Netz

Institut für Ökologie

i

Fragen zu Gründung, Finanzierung, Medienarbeit u.ä.?

Hilfe, Beratung und Seminare für Gruppen sind unser Thema.

Gegen 2.20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationsbroschüre zu.

Institut für Ökologie
Postfach 100904
35339 Gießen



Ö-punkte
Der Ökologienetz für
UmweltakteurInnen

Herbst '99

• Tips und Tricks

23

Umweltgruppen im Internet

Die besten Einstiegsseiten

Dino Online Umwelt
<http://www.dino-online.de/umwelt.htm>

Norbert's Bookmarks für engagierte Leute
<http://www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm>
Eine der umfangreichsten Linklisten aus Deutschland (über 15.000 Links).

OneWorldWeb
<http://oneworldweb.de>
Umfangreiches deutsches Angebot an Umweltdaten und Gruppen.

Oneworld
<http://www.oneworld.de>
Alternatives Branchenbuch online

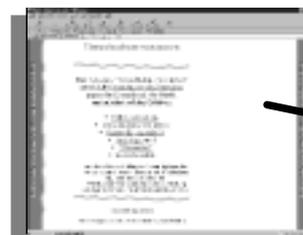
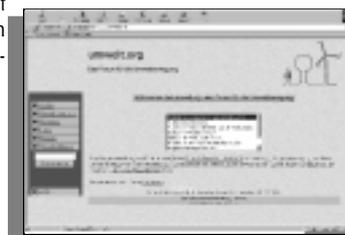
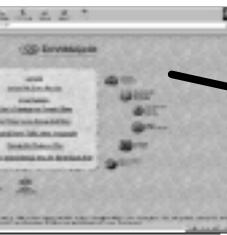
Green Net
<http://www.gnapc.org>
Englische Seite mit vielen guten Links.

EnviroLink
<http://www.envirolink.org>
Auf dieser Seite finden sich neben diversen Links auch viele eigene Angebote, wie eine Bibliothek, Jobangebote und inhaltliche Seiten.

Umwelt.org
<http://www.umwelt.org>
Nennt sich selber das Forum der Umweltbewegung und enthält viele Links. Einige Verbände haben ihre Homepage dort abgelegt

JugendUmwelt.de
<http://www.JugendUmwelt.de>
Die Linkseite bietet viele Adressen zu Umweltgruppen und auch einigen Jugendgruppen.

Umweltschutz von unten
<http://www.thur.de/philo/uvu.html>
Umfangreiche Textsammlung über die Kritik an der Agenda, Ökosteuer und Öko-Audit und den Alternativen dazu.



Ö-termine

Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologie
Internet im Natur- und Umweltschutz
Infos: Akademie für Natur und Umwelt, Carlstr. 169, 24537 Neumünster, Tel: 04321/9071-0
Fax: 04321/907132, eMail: zentrale@umweltakademie.netzservice.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

24

Herbst '99

• Kurz notiert

Die Texte auf den Abfallseiten sind Auszüge aus Artikeln der Zeitungen:

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT

Bundesverbandes, Ausgabe 4/99 (erscheint Dezember '99, die aktuelle Ausgabe (3/99) ist ein Sonderheft des bayrischen Landesverbandes).

Bezug: DAS BESSERE MÜLLKONZEPT c/o Landesverband Bayern Feldstr. 6 82282 Unterschweinbach Unter dieser Adresse sind auch Informationsschriften u.a. zum Thema alternative Abfallbehandlung und Müllvermeidung erhältlich.

Abfallwirtschaftlicher Informationsdienst Ausgabe 3/99

Themen der Ausgabe u.a.: • Getränkeverpackungen • TASI-News • Abfallbehandlungsvorfahren
Bezug (auch Müllmagazin): Rhombos-Verlag Kurfürstenstr. 17 10785 Berlin
Tel.: 030 / 261 68 54
Fax: 030 / 261 63 00
www.rhombos.de

Wir danken für die freundliche Überlassung.



Themenredaktion "Abfall"

Christian Ohly
Siegmonds Hof 2-4,
Haus 12, App. 416
10555 Berlin
Tel. 030/3936827,
Fax: nach Anruf
muellkonzept-redaktion@gmx.de

Autorin EU-Text:

Dr. Claudia Noortwijk

Keine Schikanen bei der Eigenkompostierung

Der Naturschutzbund (NABU) NRW hat beim Umweltministerium NRW einen Antrag auf Erlaß einer Kompostverordnung nach dem Vorbild des Landes Niedersachsen eingereicht. Ziel des NABU ist es, so Willi Hennebrüder vom Landesfachausschuß Energie-Abfall-Chemie, die Eigenkompostierung durch eine umfassende Beratung zu fördern und nicht etwa durch Schikanen bei der Abmeldung der Biotonne zu verhindern. Auch die Gemeinschaftskompostierung, hier insbesondere im Mehrfamilienhausbereich, soll durch die Verordnung generell ermöglicht werden. Ein weiteres Ziel ist nach dem Vorbild Niedersachsens ein generelles Verbrennungsverbot für Gartenabfälle zu erlassen. Vor allen Dingen müsse aber verhindert werden, dass mit dem Verbrennen der Gartenabfälle anderer Müll mitentsorgt werde. Tatsache sei einfach, dass Altöl, Autoreifen und z.B. Farbeimer mit Farbresten in vielen Fällen einfach mitverbrannt werden. "Wir können nicht für Müllverbrennungsanlagen höchste Standards verlangen und dann gleichzeitig bei der Sondermüllverbrennung im Garten beide Augen zudrücken", so Willi Hennebrüder vom Landesfachausschuß Energie-Abfall-Chemie. Kommunen mit einem generellen Verbrennungsverbot haben hier sehr gute Erfahrungen gesammelt, deshalb sollte man zu einer landeseinheitlichen Lösung kommen, so der NABU." (Willi Hennebrüder)

Bundesregierung plant neue Verwaltungsvorschrift zum Abfallbegriff

Bonn. Die Bundesregierung plant eine neue Bundesverwaltungsvorschrift zum Abfallbegriff sowie zur Abgrenzung von Abfallverwertung und Abfallbeseitigung, mit der gegenwärtige Fehlentwicklungen und Rechtsunsicherheiten ausgeräumt werden sollen. Dies kündigte Bundesumweltminister Jürgen Trittin anlässlich der Eröffnung des 3. Deutschen Recyclingtages am 1. Juni 1999 in Bonn an.

Kontakt: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Kennedyallee 5, D-53175 Bonn, Tel. 0228/ 305-20 10, Fax 231 42-43 76.

Bergversatz ist keine Verwertungsmaßnahme

Schwabach/Brüssel. Die Europäische Kommission hat in einem Mahnschreiben vom 30. April 1999 gegenüber der Bundesregierung nochmals nachhaltig die Bergversatzpraxis in Deutschland kritisiert. Die Arbeitsgemeinschaft der Sonderabfall-Entsorgungs-Gesellschaften der Länder (AGS), Schwabach, die zuletzt Anfang des Jahres konkrete Maßnahmen gegen den illegalen Bergversatz gefordert und hierzu einen Verordnungsentwurf vorgelegt hatte, sieht sich in ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Bergversatz gefährlicher Abfälle voll bestätigt.

PET-Mehrweg

Die Nutzung von PET-Mehrwegflaschen ist ökonomisch günstiger als der Gebrauch von PET-Einweggebinden. Zu diesem Ergebnis kommt das Fraunhofer Institut Verfahrenstechnik und Verpackung, Freising in einem Systemkostenvergleich von PET-Einweg- und PET-Mehrwegflaschen für die Abfüllung und Distribution von natürlichem Mineralwasser und Erfrischungsgetränken.



TÜV-Studie "Wegwerfabfälle in Deutschland" Ost- und Westverhalten fast angeglichen

Bonn. Weggeworfene Abfälle verschmutzen Großstädte und Ballungsräume etwa doppelt so stark wie Dörfer und Kleinstädte. Das Wegwerfverhalten der West- und Ostdeutschen hat sich dagegen fast vollständig angeglichen. Zu diesem Ergebnis gelangt eine Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen TÜV (RWTÜV).

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Verpackung + Umwelt e.V. (AGVU), Linda Kocks, Bonner Talweg 64, 53113 Bonn, Tel. 02228/949290, Fax 949294.

EU, Abfall und die Umwelt

Mit der EU und insbesondere ihren Auswirkungen auf die TASI und die Abfallströme im europäischen Binnenland befasste sich ein Symposium der Baden-württembergischen Landesverbände von BUND und BESSEREM MÜLLKONZEPT am 18. Juni 1999 in Stuttgart.

Rein theoretisch könnte so manche Kontrolle den freien Abfallfluß im europäischen Binnenland behindern: In der Realität steht selten etwas im Wege. Ralf Jülich von Darmstädter Öko-Institut zeigte Einwandmöglichkeiten der Abfallexport- und -import-Länder auf, mußte aber feststellen, daß davon kaum Gebrauch gemacht werde. Im Abfallbereich stehen allein wirtschaftliche Interessen im Vordergrund - ökologische können schmückendes Beiwerk, niemals Hauptzweck sein. Diesen Standpunkt vertrat vehement Jürgen Quaas, Vertreter des BDE (Bundesverband der Deutschen Entsorgungsindustrie).

"Wertstoffe", also Abfälle zur Verwertung (AzV, im Gegensatz dazu: AzB, Abfälle zur Beseitigung) unterliegen keinerlei "Handelshemmnissen" im freien Binnenmarkt, gelten demnach als Waren. Aber wie grenzt man AzV von AvB ab? Nirgends in der EU gelten einheitliche Definitionen oder gar einheitliche "Beseitigungsstandards".

Im europäischen Vergleich gibt es hinsichtlich der Deponierungskosten, so Christian Hey vom Europäischen Umweltbüro, Brüssel, Unterschiede von 1:30. Baden-Württemberg zählt hierbei als "Hochpreisland". Bemerkungen, daß in Deutschlands Abfallwirtschaft mehr der freie Markt und weniger die öffentliche Hand regieren soll, und dann alles kostengünstiger werde, riefen den Protest der anwesenden Deponie- und Abfallbehandlungsanlagenbetreiber hervor. Daß das Kreislaufwirtschaftsgesetz allen Prognosen einen dicken Strich durch die Rechnung machte, weil Abfälle plötzlich zu Abfällen zur Verwertung, also Wertstoffen wurden - "das haben heute die normalen Müllbürger zu berappen", so DAS BESSERE MÜLLKONZEPT, "da die Fixkosten der zu großen schlecht ausgelasteten Anlagen jetzt fast ausschließlich über

die Hausmüllgebühren abgedeckt werden müssen".

Was ist von der EU-Deponierichtlinie, Ende April verabschiedet, zu erwarten? Endlich sollen einheitliche Standards eingeführt - und damit den Dumping-Deponien wenigstens langfristig einen Riegel vorgeschoben werden. Allerdings sind einige der Vorschriften der EU-Deponierichtlinie schlicht nicht akzeptabel und müssen bei der Umsetzung in nationales Recht verschärft werden, so auch die Ansicht der Veranstalter. Wenn im Deponiequell noch 35% Restorganik enthalten sein dürfen, dann bräuchte man Abfälle vor der Deponierung überhaupt nicht mehr vorzubehandeln. Wie man sich die Umsetzung in nationales Recht vorzustellen hat, war Gegenstand der Ausführung Karl Wagners vom Bundesumweltministerium.

Letztlich darf man hoffen, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre die EU-Richtlinie umgesetzt werden wird - wobei Anhang II der EU-Deponierichtlinie (Abfallannahmekriterien) von der EU erst noch erarbeitet werden muß. Daß allerdings langfristig die TASI als Verwaltungsvorschrift neben einer umgesetzten Deponierichtlinie ein "Existenzrecht" besitzt, wird angezweifelt. Zumal eine EU-Deponie gegenüber einer TASI-Deponie etwa zwei bis drei Millionen Mark pro Hektar günstiger ist.

Bei all den positiven Signalen: Es darf nicht darüber hinweggesehen werden, daß innerhalb der EU die Abfallbeseitigung auf einem recht niedrigen ökologischen Level geregelt werden soll - aber wenigstens überhaupt. Ob das langfristig ausreicht?

Alle sieben Tagungsbeiträge sind im Reader zum Symposium enthalten zum Preis von DM 30, Bezug über: Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg: Rudolf Thiel, Lindenstr. 13, 73773 Aichwald, Tel. und Fax: (0711) 362 345.



FAO warnt vor Pestizid-Altlasten in Afrika und im Nahen Osten

Rom. Große Bestände alter und unge-nutzter Schädlingsbekämpfungsmittel drohen in Afrika und im Nahen Osten zu einer "gefährlichen Zeitbombe" zu werden. Darauf hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) am 24. Mai anlässlich einer Tagung in Rom hingewiesen. Die FAO rief die internationale Gemeinschaft und die Pestizid-Industrie dazu auf, sich finanziell stärker an den Aufräumarbeiten zu beteiligen. Die Pestizid-Altlasten werden weltweit auf einige hunderttausend Tonnen geschätzt, davon in den Entwicklungsländern mehr als 100.000 Tonnen. Laut FAO haben die Aufräumarbeiten in Afrika und im Nahen Osten bislang etwa 24,4 Millionen Dollar gekostet. Insgesamt werden für Afrika und den Nahen Osten zwischen 80 und 100 Millionen Dollar benötigt, schätzt die FAO. Die Chemie-Industrie hat der FAO zufolge nur begrenzt an den Programmen teilgenommen. Hochtemperatur-Verbrennung ist laut FAO-Angaben nach wie vor das beste Verfahren, um die Pestizid-Altlasten zu vernichten. Da es jedoch in den meisten Entwicklungsländern keine sicheren und umweltverträglichen Verbrennungsöfen gebe, müsse der Pestizid-Abfall zur Ver-

brennung nach Europa gebracht werden, schlägt die FAO vor.

Kontakt: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Erwin Northoff, Viale delle Terme di Caracalla, 00100 Rom, Tel. 0039/06/570-53105, Fax -54974, eMail: erwin.northoff@fao.org.

Restabfall zu Methanol

Von zwei neuen wissenschaftlichen Gutachten sieht sich das Sekundärrohstoff-Verwertungszentrum Schwarze Pumpe (SVZ) in seiner Rolle als Technologieführer bei der stofflichen Abfallverwertung bestätigt.


Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Herbst '99

• Kurz
notiert

25



Illegale Entsorgung bei Firma Sandregenerierung-Lage

Bei der SRG Lage GmbH (Tochter der Lösch-Umweltschutz AG) handelt es sich um ein Unternehmen, das mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde und zunächst (1988) die Genehmigung hatte, Giessereialtsande im Rahmen einer Verbrennung aufzuarbeiten. Ein Erweiterungsantrag auf Sonderabfälle wurde vom NABU in Kooperation mit der Stadt Lage erfolgreich gestoppt (Ablehnung durch die Bezirksregierung Detmold 2/99). Da es eine Vielzahl von Störfällen gab, die offensichtlich auch auf Versuche mit nicht genehmigten und genehmigten problematischen Abfällen zurückzuführen sind, bemühen wir uns um eine umfassende Aufklärung des Sachverhaltes. Die Anlage wurde inzwischen stillgelegt.

Unsere Nachforschungen haben 3 wesentliche Punkte ergeben:

1. Der NABU hatte mit Schreiben vom 30. Mai 97 beim STUA Minden angefragt, "für welche Stoffe hat die SRG bisher eine Genehmigung zur Aufarbeitung erhalten und wie wird kontrolliert, daß keine nicht genehmigten Materialien verarbeitet werden.".... Das staatliche Umweltamt Minden (STUA) hat dem NABU in einem Schreiben vom 15.8.97 mitgeteilt, daß ab April 96 zusätzlich Strahlmittelrückstände und ab Juli 96 weitere Abfälle zur Entsorgung genehmigt wurden. Tatsache ist allerdings, daß diese bereits mit Genehmigung der Behörden ab 1994 bei der SRG entsorgt wurden. Dies wurde uns vom Schweizer Umweltbundesamt und später auch vom RP Detmold bestätigt. Eine öffentliche Beteiligung oder Information nicht gegeben.

2. 1994 wurden rund 500 to Gerbereschlamm zu Versuchen mitverbrannt. Laut Analysen waren die Schlamm im Durchschnitt mit 4 % Chrom III belastet. Bei der Verbrennung entsteht das viel gif-

tigere Chrom VI. Die zuständigen Behörden haben hierzu eine Genehmigung erteilt. In den Mitteilungen des STUA Minden an den NABU wurden die Versuche mit Gerbereschlamm nicht angegeben.

Obwohl laut Schreiben der Lederindustrie die Versuche als gescheitert eingestuft wurden, tauchte der Gerbereschlamm im Erweiterungsantrag 1998 wieder auf. Zudem liegt der Sandanteil, der wiedergewonnen werden könnte, weit unter 10 % (=Scheinverwertung).

Hier stellen sich die Fragen, ob solche Versuche mit der Verbrennung von Sondermüll in NRW die gängige Praxis sind, die Umweltrisiken richtig beurteilt werden, die Öffentlichkeit über die Versuche informiert werden sollte und ob dies nicht eine Billigentsorgung von Sondermüll darstellt.

3. In 1998 gab es ein strafrechtliches Verfahren gegen Verantwortliche der Firma SRG wegen verbotener Verbrennung von Abfällen. Weder das STUA Minden, noch die Staatsanwaltschaft Detmold sind bereit, uns Auskünfte zu den verbrannten

Stoffen und den damit verbundenen Risiken zu übermitteln. Dabei soll es sich u.a. um Sonderabfälle gehandelt haben, für die von der SRG über 1.000 DM/to abgerechnet wurden. Solche Beträge werden nur für hochgradig belastete Stoffe verlangt. Hier sind wir der Auffassung, daß die Beteiligten Institutionen verhindern wollen, daß die Öffentlichkeit erfährt, was in Lage wirklich verbrannt wurde. Hier ist zu klären, ob aufgrund der EU-Richtlinie über den freien Zugang zu Umweltdaten, bzw. aufgrund des Umweltinformationsgesetzes nicht eine Auskunft erteilt werden muß. Wir sind der Auffassung, daß im Interesse der Bevölkerung und zur Verhinderung einer solchen Praxis bei der Entsorgung von Abfällen eine lückenlose Aufklärung des Vorganges erforderlich ist und haben daher das MURL um Aufklärung gebeten.

Kontakt: Naturschutzbund NRW, Landesfachausschuß Energie-Abfall-Chemie Stellv. Sprecher: Willi Hennebrüder, Liebigstr. 92 A, D 32657 Lemgo, Tel. 05261/970975 Fax 05261/970976.



Ö-Verteiler "Abfall"

- Das Bessere Müllkonzept
 - LV Baden-Württemberg.
 - LV Bayern
 - LV Schleswig-Holstein
- Müllnetz Berlin

Internet-Hinweis

Das "Biogas-Journal" des Fachverbands Biogas e.V. im Internet unter www.biogas-info.de/Journal enthält Artikel zum den Themenbereichen Abfall und Vergärung.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

26

Herbst '99

• Kurznotiert

Zeitschriftenschau

anti atom aktuell

(Bestellung/ Abo: aaa, Helgenstockstr. 15, 35394 Giessen)

aaa Nr. 101 - 102, Mai 99

• mit Sonderteil gegen den Krieg in Jugoslawien

aaa Nr. 103 Juli 99

• Ausstieg und Arbeit (s-plätze)

graswurzelrevolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
 Jahresabo 35 DM GWR, Kaiserstr. 24, 26122 Oldenburg Fax: 0441 - 2489661
 Internet: <http://www.comlink.de/graswurzel/>

Einladung zur nächsten Anti-Atom-Konferenz

Wir freuen uns, euch zur nächsten Herbstkonferenz mal wieder ins Wendland locken zu können. Zur Situation vor Ort gibt's vor allem Fragen: Wird der Verladekran für Castorbehälter in Dannenberg für zukünftige Sixpacks vergrößert? Geht die PKA nun trotz "Ausstiegs" als neue Atomanlage unter rot-grün in Betrieb? Und wenn, "nur" für Kalthantierung oder für defekte Behälter als "Servicestation"? Wird es (und wenn ja wann) ein Moratorium fürs Endlager geben? Wann wird die Eisenbahnbrücke unter Denkmalschutz zu Seerau erneuert, so dass Castortransporte sie passieren können? Wann und wo steht der nächste Castortransport an? Nix genaues wissen wir auch nicht, aber eines sehen wir klar: Der Trog bleibt der gleiche, nur die Schweine wechseln! Während wir Schlafplätze, Volkküche, Teestube, Kinderbetreuung, Kulturprogramm und Infrastruktur organisieren, schickt ihr (bitte)unbedingt eure Vorschläge und konkreten Vorbereitungen für AGs an: [anti atom aktuell Tollendorf Nr. 9, 29473 Gohrde](mailto:antiatom@tollendorf.de).

Ansonsten sowie Anmeldungen an: *Komitee für Kommunikation und Konferenzen c/o Bürgerinitiative Umweltschutz Drawehnerstr. 3, 29439 Lüchow Fax: 05841 - 3197*

Programm der Konferenz in der nächsten aaa.

Jahr2000-Fehler in den AKWs

Wie aus gut informierten Kreisen (Belegschaft KWO) zu erfahren war, wird die gesamte Belegschaft des AKW Obrigheim den Jahrtausendwechsel gemeinsam verbringen. Grund dafür ist nicht ein gemeinsames großes Fest in der Betriebskantene... ..es bestehen vielmehr Bedenken hinsichtlich der Jahrtausendfähigkeit einzelner Betriebsteile. Was das bei einem Atomkraftwerk bedeuten kann, ist euch sicher allen klar!



In einer Kreistagssitzung habe wurde auf dieses Problem Jahrtausendfähigkeit KWO hingewiesen, der Pressesprecher des AKW hat heftig mitnotiert, der Rest der Anwesenden hat das offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Man nimmt eben doch nur das wahr, was man kennt ...

Man kann wohl davon ausgehen, das auch bei den anderen AKWs die Belegschaft gemeinsam das Jahrtausend erwarten wird.

Barsebäck-Offensive

Die Barsebäck-Offensive, eine schwedische und hoffentlich bald internationale Ini gegen Atomkraft (vgl. Ö-Punkte Sommer 99) hat eine Homepage:

<http://come.to/barseback>

Ausserdem gibt es eine 8seitige internationale Kampagnenzeitung mit Hintergründen, nützlichen Infos und Landkarte zur Fahrradtour. Die Texte in der Zeitung sind auf deutsch und englisch. Zu bestellen gibt's die Zeitung sowie deutsche Flugblätter unter unserer Adresse

barseback99@hotmail.com

Nicht hier, nicht dort ... und auch nicht anderswo!



Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald
 Hermann-Levi-Str. 9
 35392 Giessen
 Tel. & Fax 0641/29125
bernd.hanewald@med.uni-giessen.de

Lesetip

Der Demo Ratgeber Festnahme, was tun?

Die Demo-Sanigruppe rät Anmeldung einer Versammlung (Vordruck) u.v.m.

HerausgeberIn: Ermittlungsausschuß Gorleben 28 Seiten, A5, Preis: 3,00 DM, [anti atom aktuell](mailto:antiatom@tollendorf.de), Helgenstockstr. 15, 35394 Giessen
 Tel / Fax: 0641 491390
aaa-Vertrieb@amazonas.comlink.apc.org.de

Atomanlagen zwischen Bauernhöfen und Kuhwiesen

In Bure/Lothringen, ca. 150 km von der dt. Grenze entfernt, wird das erste europäische Endlager für Atommüll entstehen. Ab 2006 soll der Müll unter einer Lehm-Ton-Schicht gelagert werden. Nach dem Atomkraftwerk Cattenom wird nun die zweite große Atomanlage in Lothringen gebaut. Ein Blick nach Bure zeigt, warum die rot-grüne Regierung in Paris das Endlager ausgerechnet hier plant: In der dünn besiedelten, strukturschwachen Region rechnet sie mit wenig Protest. Die geplanten Lagerkapazitäten sind gigantisch, es ist nicht auszuschließen, daß dort auch deutscher Atommüll gelagert werden könnte. So stellte der Europa-Rat im März 1998 bereits fest, daß einem gemeinsamen internationalen Atommüllendlager technisch, ökonomisch und juristisch nichts im Wege stehen würde, allerdings wäre dies zur Zeit politisch noch nicht durchsetzbar. Aber machen wir uns nichts vor: Die deutsch-französische Atomzusammenarbeit, im zivilen wie im militärischen Sektor, war und ist sehr gut. Hinzu kommt, daß ein Atommüll-Endlager in Deutschland im Moment nur mit massiver Polizeigewalt durchsetzbar ist. Der Export des Atommülls wäre also für die rot-grüne Bundesregierung der Weg des geringeren Widerstandes.

Rot-Grün in Frankreich baut Atommüll-Endlager

Zwar wird bisher (noch) von einem Versuchslabor in Bure gesprochen, aber klar ist: Sollte sich nach 2006, nach Abschluß der "Forschungsarbeiten", der Standort als geeignet erweisen, könnte direkt mit der Einlagerung von hoch radioaktivem Atommüll begonnen werden. Bereits im Herbst 99 sollen die Bauarbeiten auf dem 17 Hektar großen Gelände beginnen. Zur Zeit sind in Frankreich 57 Atomkraftwerke in Betrieb und produzieren jährlich 1200 Tonnen radioaktiven Müll. Die AKW-Betreiber haben verständlicherweise starkes politisches und wirtschaftliches Interesse am Bau eines Endlagers, der dringend benötigte Entsorgungsnachweis wäre dann erbracht.

Die gekaufte Zustimmung oder Geld schafft Konsens

Auffallend ist, daß auch in Frankreich viele Atomprojekte in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten gebaut werden. Im Falle des lothringischen Atomkraftwerkes Cattenom an der dt.-frz.-lux. Grenze wurde der Ort von der EdF (Electricité de France) mit öffentlichen Gebäuden und Anlagen reich beschenkt und entschädigt - und damit der Widerstand eingekauft. Die EdF als Betreiberin der 4x1300 Megawatt großen Anlage präsentiert stolz die

Summe von rund 300 Millionen DM an jährlichen Einnahmen für die Region um Cattenom. Auch in Bure lassen sich die Betreiber die Zustimmung der Region zum Atomlager einiges kosten. Bis zur Fertigstellung des Projekts sollen jährlich 18 Millionen Mark in die Kassen der Departements Meuse und Haute-Marne fließen. Ein Geldsegen für die strukturschwache Region um Bure. Verständlich, daß auch der Generalrat des Départements Meuse den "Wirtschaftsfaktor Atommüllendlager" begrüßt. Einen Wertmüßer gibt es allerdings: Zwei Abgeordnete des Regionalparlaments Lothringen haben Klage gegen das Endlagerprojekt erhoben. Die staatliche Behörde ANDRA soll während der öffentlichen Anhörung im Planungsverfahren 5,7 Millionen DM an die umliegenden Gemeinden gezahlt haben, um sich die Zustimmung zum Endlagerprojekt zu kaufen .

Widerstand ohne Grenzen

Ähnlich wie in Cattenom stehen in Bure selber, aufgrund der versprochenen Arbeitsplätze, nur wenige der 100 EinwohnerInnen dem Projekt kritisch gegenüber. In der Region gibt es seit Bekanntwerden der Pläne immer wieder Protestaktionen.

AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/99305-6, Fax -7, a3wsaar@t-online.de

Repression

Offener Brief zu den Hausdurchsuchungen vom 6.7.1999, die mit "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" begründet wurden.

Am 6.7.1999 durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannewitz und im Landkreis Lüneburg, einen Taxi-Betrieb in Berlin Kreuzberg und ein Umweltinstitut in Bremen. Der Vorwurf lautet "Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (129a) oder "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" (315). Nach der Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes (vom 6.7.1999) waren 9 Staatsanwältinnen, 100 BKA-Beamtinnen und weitere 200 Polizistinnen der Länder beteiligt. Die angetroffenen Beschuldigten wurden erke- nungsdienstlich behandelt, teilweise wurden noch zusätzlich Speichelproben und Haarproben (aus Haarbürsten) für DNA-Analysen entnommen. In eine Wohnung in Berlin drangen verummte SEK-Beamtinnen mit Stahlhelm und gezogenem Revolver ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit "verbracht". Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion "intensive Ermittlungen der Arbeitsgruppe Energie beim Bundeskriminalamt" voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) zurückzuführen sind.

Begründet wurde der Vorwurf mit den Hakenkralleaktionen gegen die Deutsche Bahn AG, die laut Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes am 7. Oktober 1996 an 12 Orten im Bundesgebiet und am 25. Februar 1997 an 8 weiteren Orten in Norddeutschland stattfanden, sowie dem "Kommuniqué autonomer Gruppen" zu diesen Aktionen und weiteren Bekennerschriften. In dem breit veröffentlichten Kommuniqué heißt es dazu: "Ziel der Anschläge war es, die Deutsche Bahn AG unter Druck zu setzen, um die CASTOR-Transporte auf dem Schienennetz einzustellen." Aus der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamer Erklärungen schließt die Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation "Autonome Gruppen", deren "Führungskader" sie in den Beschuldigten gefunden zu haben glaubt. Es gibt eine weitere Beschuldigung wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel.

Die Staatsanwaltschaft unterstellt, daß durch die reißenden Oberleitungen Gefahr für Leib und Leben von Lokomotivführerinnen und Reisenden entstanden war. Dagegen geht aus den Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung ganz klar hervor, daß solche Aktionen so angelegt sind, daß keine Menschen gefährdet werden. In dem besagten Kommuniqué heißt es dazu: "Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden."

Es gibt elf "Beschuldigte" und neun weitere "Betroffene", wobei dieses Personen sind, die mit den "Beschuldigten" in Kontakt stehen sollen, oder zu deren Räumen die "Beschuldigten" Zugang haben sollen.

Die Durchsuchungen - zumindest bei den "Beschuldigten" - fanden in allen Räumen statt, zu denen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zugang haben. Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen. Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine Anwältin zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden.

In Bremen gehört ein Mitarbeiter der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) zu den Beschuldigten. Sein Arbeitsplatz, sowie die Räu-

me der Meßstelle und das gesamte Haus, in dem sich die Meßstelle befindet, wurden durchsucht. Geschäfts- und Arbeitsunterlagen wurden in einem Ausmaß beschlagnahmt, daß ein Weiterbetrieb gefährdet ist. Hier wurde vor Ort eine weitere Beschuldigung erhoben: "Anfangsverdacht des Betruges durch unzweckmäßig verwendete Fördergelder". Das geschah sicher nicht zufällig: Die Meßstelle hat z.B. die Kampagne gegen Atomtransporte durch Bremen und Bremerhaven ('97/'98) wissenschaftlich begleitet und politisch unterstützt. Diese Kampagne bekam durch den "CASTOR-Skandal" eine zusätzliche Bestätigung.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen beschlagnahmt (wobei bei den verschiedenen Durchsuchungen sehr unterschiedlich vorgegangen wurde): PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde (unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf), Krankenunterlagen und Therapieunterlagen über die eigene Behandlung, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Unterlagen zu Bankkonten, Quittungen, Verträge usw., Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben, Haarbürsten und Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarrettenkippen beschlagnahmt, da laut eines Durchsuchungsbeschlusses eine Zigarette (Marke Juwel) auf einer Betonschwelle im Gleisbett ausgedrückt worden sei. Sie soll 13,20 m von der Stelle gelegen haben, an der eine Hakenkralle bei Potsdam eingehängt worden sein soll.

Erfahrungsgemäß kann es eine zweite Welle von Durchsuchungen geben. Darauf sollten wir uns vorbereiten!

Diese Staatsschutzaktion steht für uns im ganz konkreten Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie. Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüch- tert, in "friedliche" und "gewalttätige" gespalten und dadurch geschwächt werden. Das bekommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung: * Weil sich die Grünen und die SPD von Ihrer Kritik an der Atomtechnologie mit der Übernahme staatlicher Macht immer stärker zu den Garanten der Atomindustrie entwickeln. * Weil demnächst wieder Atomtransporte von den AKW zu den Wiederaufarbeitungsanlagen LaHague (F) und Sellafield (GB), bzw. von diesen Anlagen in die "Zwischenlager" Gorleben oder Ahaus, oder von den AKW in die "Zwischenlager" rollen sollen. * Weil außerdem fast täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Uranhexafluorid für die Brennelemente- produktion durch die BRD fahren.

Abschließend wollen wir betonen:

Unsere Widerstandsformen gegen die menschenfeindliche Atomtechnologie bestimmen wir selbst. Wir lassen sie uns nicht von den VertreterInnen der Atomindustrie und deren staatlichen UnterstützerInnen vorschreiben!

Egal, welche "Farbkombination" in Berlin regiert: Wir werden solange gegen Atomanlagen und -transporte kämpfen, bis alle Anlagen stillgelegt sind!

Wir wissen: Gemeint sind wir alle - aber wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht spalten. Entscheidend für Veränderung war immer nur der Druck, den wir selbst erzeugen konnten.

Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände! Einstellung aller Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen! Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!



8.8 bis 5.9 Cochem nach Gorleben
"atom-pfad 99"
 Fahrrad- und Bahntour über Hanau, Ahaus, Berlin, Greifswald Tel: 030 - 4014472

15. bis 17.10 in Cochem
Kongress Atomwaffen Abschaffen
 Tel: 0641 - 22966, Fax: 9203553

22. bis 24.10 im Wendland
Anti-Atom-Herbstkonferenz

Regelmäßige Termine:

jeden Sonntag:
 Gorlebener Gebet
 14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen Erkundungswerk und Salinas-Claims

am 6. jeden Monats:
 Mahnwache am AKW Brokdorf zwischen 14 und 17 Uhr
 Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20, 25541 Brunsbüttel, Tel: 04852 - 54193

jeden 1. Sonntag im Monat:
 Spaziergang Rossendorf
 13 Uhr am Tor zum Forschungszentrum
 Tel: 034 25 - 817765

Spaziergang UAA Gronau
 14 Uhr, am Zufahrtstor Röntgenstraße
 Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau, Tel: 02562 - 23125

Spaziergang Garching
 14 Uhr, Bushaltestelle Atomel Garching

jeden 3. Sonntag im Monat:
 Spaziergang Ahaus
 14 Uhr, Brennelemente-Zwischenlager
 Kontakt: BI Ahaus, Tel: 02561 - 961101 oder: WlGA Münster, Tel: 0251 - 521112

jeweils nach dem Sonntagsspaziergang De- legiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg
 13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg
 Kontakt: Atomplenum Greifswald, Tel: 03834 - 89 75 14

jeden 3. Mittwoch im Monat:
 Mahnwache in Morsleben 18 Uhr am Tor an der Bundesstraße

Hoch die Internet-ionale Solidarität

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 15000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik...
http://www.dfg-vk.de/links_bookmark.htm

Aktuelle Anti-Atom-Informationen der letzten 30 Tage: <http://www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html>

Gorleben - TICKER der CASTOR-NIX DA-Kampagne mit den aktuellsten Informationen!

http://www.oneworldweb.de/castor/bl_ticker.html

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Alphabet) <http://members.aol.com/JueSiebert/adressal.htm>

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Postleitzahlen): <http://members.aol.com/JueSiebert/adressen.htm>

Aktualisierte Nachrichten zum Atomausstieg, <http://www.yahoo.de/schlagzeilen/politik/atomausstieg.html>

Das Jahr-2000-Problem und die AKW s <http://www.oneworldweb.de/castor/diskus/pc2000/pc2000.html> (incl. Linkliste)

Siemensboykott: <http://www.siemens-boykott.de>

Anti-Atom, Soziale Verantwortung: <http://www.ipnw.de>

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

● Kurz notiert



Literatur

Dirk Berendes
Nachträgliche Auflagen im Atomrecht
 (1997, Nomos in Baden-Baden, 217 S., 79 DM)
 Der Autor durchforstet die Gesetze und Verordnungen hinsichtlich der Notwendigkeit von Genehmigungen für nachträgliche Änderungen an atomaren Anlagen. Er deckt damit Wege der Versagung auf, zudem weist er auf Schwachstellen bei den Regelungskompetenzen der Behörden hin. Das Buch ist als Hintergrund für die laufende atompolitische Debatte zu gebrauchen.



Ö-Verteiler "Atom"

• anti atom aktuell



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

28

Herbst '99

• Kurz
notiert



**Themenredaktion
"Chemie/
Industrie"**

Coordination gegen
BAYER-Gefahren
Postfach 150418,
40081 Düsseldorf
Tel. 0211/3339-11, Fax -40
co_gegen_bayer@
nadeshda.gun.de

&
Christian Wagner
Umweltmagazin Global
2000, Radio Dreyeckld.
Adlerstr.12,
79098 Freiburg
0761/31868
wagner@sapphire.
chemie.uni-freiburg.de

Novartis startet Internet-Offensive

Novartis hat im Juli eine ganze Reihe neuer Internetseiten geschaffen. Mit der Seite über Life Sciences soll ein Überblick über diese "neue Wissenschaft" geben werden. Sie schildert Terminologie, Grundlagen und Zusammenhänge der Life Sciences. Dabei folgt Novartis offensichtlich der Erkenntnis von Monsanto, daß es einen guten Eindruck macht, wenn auch starke KritikerInnen gewürdigt werden. So verweist Novartis mit seinen Links u.a. zu Greenpeace und dem Freiburger Öko-Institut. Der Besuch der Seiten lohnt sich auf alle Fälle:
<http://www.life-sciences.novartis.com>
<http://www.novartis.com>
<http://www.pharma.novartis.com>

Globalisierung 1: AgrEvo/Aventis

Nunza B.V. kauft Rio Colorado Seeds. Nunza, ein niederländisches Gemüse-saatgutunternehmen, ist ein Teil von AgrEvo, dem agrochemischen Bereich von Hoechst (inzwischen mit Rhone-Poulenc und Schering zum neuen Life Scienc-Konzern Aventis fusioniert). Rio Colorado Seed hat sich auf Forschung, Produktion und Vermarktung von Hybrid-Zwiebelsaatgut für den weltweiten Anbau spezialisiert (Hybride tragen nur in der ersten Pflanzengeneration die gewünschten Eigenschaften; Saatgut kann also von den BäuerInnen praktisch nicht selbst vermehrt werden). Die niederländische Nunza ist ein weltweit führendes Unternehmen für Gemüse-Hybriden. Die Hoechst/AgrEvo/Aventis-Tochter Nunza ist wiederum eine Holding der niederländischen Nunhems-Gruppe sowie der amerikanischen Sunseeds Company. Sunseeds ist für die nord- und südamerikanischen Märkte zuständig. Viele Namen, mensch verliert leicht den Überblick. Nur eines ist klar: die Globalisierung der Konzerne geht weiter.

Quelle: AgrEvo

Globalisierung 2: AgrEvo/Aventis

Hoechst Schering AgrEvo hat mit der indischen Bilakhia-Gruppe eine Joint Venture Gesellschaft gegründet. Die Bilag Industries Privat Limited wird ihren Sitz in Bombay (Indien) haben. Inhalt des Joint Ventures ist Entwicklung und Herstellung verschiedener Pyrethroide für Landwirtschaft und Schädlingsbekämpfung in der Hygiene. Zum Hintergrund der Produkte: Pyrethroide werden in der Landwirtschaft als Insektizid eingesetzt, aber auch vielfach im Hygienebereich (z.B. gegen Läuse). Pyrethroide sind synthetische Insektizide, die sich von Pyrethrum ableiten, dem natürlichen Wirkstoff einer afrikanischen Chrysanthenart. Das natürliche Pyrethrum wird durch Licht sehr schnell zersetzt. Das ist einerseits gut für die biologische Abbaubarkeit, andererseits ist die Anwendung aufgrund der schlechten Haltbarkeit der Pyrethrum-Präparate stark begrenzt. Der Zusatz von Stabilisatoren löst zwar das Problem der Haltbarkeit, aber es verlangt dementsprechend auch den biologischen Abbau. Zudem führen die Stabilisatoren zu einer Vervielfachung der Giftigkeit des Pyrethrums! Pyrethroide sind synthetische Insektizide und keine biologischen Wirkstoffe, wie es die Werbung weismachen will. Mit dem natürlichen Pyrethrum haben die Pyrethroide nur das Grundgerüst des Wirkstoffs gemeinsam. Das ist aber chemisch so verändert, daß es nicht mehr mit Pyrethrum vergleichbar ist. Pyrethroide werden wesentlich langsamer abgebaut als ihr natürliches Vorbild und haben eine viel stärkere Giftwirkung.

Quelle: Mitteilung von AgrEvo

Konzernumstrukturierung 1: Procter&Gamble

Procter&Gamble (Ariel, Lenor, Pampers, Tempo, Punica) hat mit der völligen Neugestaltung des Konzerns begonnen, die im Rahmen des Plans Organisation 2005 in 5 Jahren abgeschlossen sein soll. Bisher war P&G in 4 Geschäftsbereichen organisiert, die auf geographischen Regionen beruhten. Von nun an gibt es sieben weltweite Geschäftseinheiten, die auf Produktgruppen basieren. Die globale Vereinheitlichung der Produkte ermöglicht eine Rationalisierung von Entwicklung und Herstellung. Bald kann also weltweit mit Lenor weichgespült werden. Kosten: ca. 1,9 Mrd Dollar, 15.000 Arbeitsplätze weniger, 10 Werkschließungen. Dafür gibt es eine jährliche Umsatzsteigerung von 6-8% und jährliche Einsparungen von 900 Mio. Dollar. P&G erzielt ein Fünftel seines weltweiten Umsatzes in Deutschland.

<http://www.procterundgamble.de>

Konzernumstrukturierung 2: ICI

Ähnlich wie Hoechst krepelt nun auch die britische ICI ihren Konzern völlig um. Bereits 1993 wurden die Life Sciences in die neue Zeneca ausgelagert. Jetzt werden nach und nach Industriechemikalien und Grundstoffproduktion ausgegliedert. Polyurethan und das Weißpigment Titandioxid wurden für 1,7 Mrd. Brit.Pfund an den US-Konzern Huntsman verkauft. Huntsman ist der größte US-Chemikonzern in Familienbesitz.

Quelle: ICI

Chlorchemie 1: Verdoppelung der Produktion bei ICI?

Der britische Chemiekonzern ICI hat angekündigt, die Produktion von ICI Chlor-Chemicals innerhalb von 10 Jahren zu verdoppeln. Trotzdem wird an der Absicht festgehalten, das Chlorchemie-



A new star is born: Aventis

Hoechst, Schering und AgrEvo haben ihre Agrarbereiche in einem neuen Konzern namens Aventis zusammengefaßt. Hoechst und Schering waren schon seit geraumer Zeit zu AgrEvo fusioniert. Durch den Zusammenschluß wird Aventis zu einem der stärksten Konzerne im Agrarsektor. Auf dem globalen Pflanzenschutzmarkt (Insektizide, Pestizide, Herbizide) hat Aventis einen Marktanteil von etwa 15 Prozent, in Europa sogar über 20 Prozent. Auch im Bereich der Pflanzenproduktion wird Aventis bei Kulturen wie Raps, Mais, Gemüse, Reis und Baumwolle eine Führungsposition einnehmen. Aventis wird eine Aktiengesell-

Tochterunternehmen zu verkaufen. Die Anlage zur Herstellung von Chlor in Runcorn ist momentan nur zu 70% ausgelastet und wirtschaftet in den roten Zahlen. Die industrielle Chlorchemie (z.B. PVC) ist hauptsächlich wegen ihrer Umweltproblematik umstritten. So können bei der Verbrennung von chlorhaltigen Produkten giftige Dioxine entstehen. Ebenso wird der Einsatz großer Mengen des giftigen Phosgens als chlorhaltiges Zwischenprodukt kritisiert. Für die Produktion bei ICI Chlor-Chemicals droht eine wesentliche Verteuerung durch Umweltauflagen. Wird das Verbot der Einleitung von quecksilberhaltigen Abwässern durch die Oslo-Paris (Ospar) Kommission umgesetzt, muß ICI die Chlorsynthese vom Amalgamverfahren auf das umweltfreundlichere Membranverfahren umstellen (Kosten einige hundert Mio. Pfund). Auch die Einführung einer britischen Energiesteuer würde die energieintensive Produktion stark verteuern. Und trotzdem soll die Chlorchemie ausgebaut werden?

Quelle: Chemistry in Britain Juni 1999

Chlorchemie 2: PVC auf ein Neues

BASF und die belgische Solvay haben zum 1.8.99 ihre PVC-Produktion in einem Joint Venture namens SOLVIN gebündelt. SOLVIN verfügt bei PVC über die breiteste Produktpalette in Europa mit einer Produktion von 1,1 Mio Tonnen pro Jahr. PVC ist vielseitig verwendbar und ist durch die Beimischung von bis zu 50% Zusatzstoffen (z.B. Weichmacher) ein Kunststoff mit sehr flexiblen Eigenschaften. Aber PVC wird seit langem stark kritisiert, u.a. wegen extrem schlechter biologischer Abbaubarkeit und Dioxinbildung bei der Verbrennung. Auch die Zusatzstoffe sorgen für Probleme. Die Weichmacher sind giftig (Verbot in Kinderspielzeug!), die Menge und Vielfalt der Zusätze behindern das Recycling.

Quelle: Solvay, BASF

Quellen: Mitteilungen von AgrEvo und den Kritischen Hoechst-Aktionären



Der Infodienst für Umweltautorinnen

Herbst '99

Kurz notiert



Konzerne vor Gericht: DuPont

Die Zeitschrift Chemistry & Industry meldet, daß die Klage einer britischen Familie vor einem US-Gericht zugelassen wurde. DuPont wird angeklagt, mit MCB, dem Wirkstoff der Fungizide Benlate und PUNCH C, die Mißbildungen der Augen des 9-jährigen Jonathan Attenborough verschuldet zu haben. Seine Augen sind unterschiedlich groß, seit der Geburt ist er teilweise blind. Ursache dafür soll eine fötale Schädigung durch das Versprühen der DuPont-Fungizide in Umgebung der schwangeren Mutter sein. In den USA wird der Klage eine größere Erfolgchance eingeräumt als in Großbritannien. Dort ist der Versuch gescheitert, DuPont vor Gericht zu bringen. Die Familie des geschädigten Kindes macht dafür das britische Rechtssystem verantwortlich. Es hätte DuPont ermöglicht, entscheidende Informationen zurückzuhalten. Sollte die Klage in den USA erfolgreich sein, wird dies hunderte weiterer Klagen nach sich ziehen.

Quelle: Chemistry & Industry 5.7.99



Quelle: Pressemitteilungen von BASF und La Roche

Konzerne vor Gericht: BASF und La Roche

Gegen etliche europäische und japanische Vitaminherstellern wird wegen verbotener Preisabsprache im Zeitraum der letzten 9 Jahre ermittelt. Roche und BASF haben nun mit dem amerikanischen Department of Justice einen Vergleich geschlossen. Roche wird eine Busse von 500 Mio. US Dollar zahlen, BASF kommt mit 225 Mio. US Dollar davon. Die verantwortlichen Manager sind entlassen. Beide Konzerne zeigen sich sehr betroffen, "gelten doch in allen Geschäftsbereichen weltweit hohe rechtliche und ethische Maßstäbe." Die Bußgelder waren laut den Geschäftsberichten für die Konzerne gut zu verkraften. Auch wenn die Antitrustverfahren mit den Vergleichen abgeschlossen sind, laufen die Zivilsammelklagen gegen die Konzerne noch weiter. Die Strafverfahren gegen die Verantwortlichen werden ebenfalls fortgeführt.

BASF: Ausbau der Pflanzen-Gentechnik in Sachsen-Anhalt

Für ca. 22 Mio. DM baut BASF in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) ein neues Forschungszentrum für Pflanzenbiotechnologie. Die Forschung richtet sich auf zwei Ziele aus: Saatgut für Kulturpflanzen soll widerstandsfähiger gegen Stressfaktoren werden (z.B. Kälte oder Trockenheit); es sollen Pflanzen mit verbesserten Qualitätsmerkmalen gezüchtet werden (höherer Vitamingehalt, gesündere Ölzusammensetzung). Das neue Forschungszentrum gehört zu SunGene, einer Tochter von BASF Plant Science. Daneben ist auch das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) beteiligt. BASF Plant Science wiederum gehört zu 85% BASF und zu 15% dem schwedischen Saatguthersteller Svalöf Weibull.

Quelle: Pressemitteilung BASF

Medikamente: Neue Beipackzettel – weniger Nebenwirkungen?

Der von BAYER gegründete VERBAND FORSCHENDER ARZNEIMITTELHERSTELLER und drei andere Pharma-Vereine wollen unter dem Motto "Schluß mit dem Fachchinesisch" die Beipackzettel von Informationen über unerwünschte Arznei-Wirkungen säubern. Nach den Vorstellungen der Pillenmacher sollen nur noch einige wenige Nebenwirkungen und Gegenanzeigen aufgeführt werden müssen. In dem Beipackzettel-Vorschlag für ein Schmerzmittel auf Paracetamol-Basis fehlen jegliche Hinweise auf mögliche Leberschäden und eine Wechselwirkung mit anderen Präparaten. Vor Überdosierungen, Nierenschädigungen als Folge zu langer Einnahme und Alkohol-Beikonsum wird nicht mehr gewarnt. Und seltener auftretende Nebenwirkungen ließen die Pharma-Verbände in ihrem Entwurf ebenfalls unter den Tisch fallen. Das für die Genehmigung zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte ging vorerst auf Distanz zum Industrie-Vorstoß – aber konsequente Lobby-Arbeit wird's schon richten.

Quelle: Coordination gegen Bayer-Gefahren

Zum Foto:

Werbung der Expo zum Thema Zukunft des Lernens



Deutsche Chemie auf der EXPO 2000

Ein kleiner Nachtrag zum Themenschwerpunkt der letzten Ausgabe des Ö-Punktes: Die chemische Industrie wird laut VCI 22 Mio. DM in ihren Themenpark investieren. Das Motto: LIFE IS CHEMISTRY. Um das zu verdeutlichen, wird dick aufgefahren. Acht computergesteuerte Züge schicken die BesucherInnen durch eine 280 Meter lange Röhre. Multimedia, 3D-Lasereffekte, Temperatur- und Windeffekte, Düfte - alles dabei. Der thematische Einstieg über die Biochemie von Muskeln, Gedanken und Gefühlen suggeriert: alles ist Chemie -

also ist Chemie gut. Es folgt ein Theater der Errungenschaften, das "den Beitrag der Chemie für mehr Lebensqualität im letzten Jahrhundert" demonstriert. Zum Abschluß werden die Visionen der Chemieindustrie für das nächste Jahrhundert dargestellt: "Die Sinfonie des Lebens, das Miteinander von Mensch, Natur und Chemie für eine nachhaltige Zukunft". Merke: Chemistry is life, alles ist Chemie. Also ist Chemie gut. Aber wenn ihr Einsatz von Konzernen bestimmt wird

Quelle: Verband der Chemischen Industrie (VCI), Frankfurt

IG Farben: Opfer von Menschenversuchen klagen

BAYER ließ in der Nazi-Zeit Medikamente an KZ-Häftlingen testen und unterstützte den berüchtigten KZ-Arzt Dr. Mengele bei seinen grausamen Zwillingsexperimenten. Im Februar hatte in den USA erstmals ein Opfer dieser Menschenversuche eine Sammelklage gegen BAYER eingereicht. Zwei weitere - gegen BAYER, HOECHST und SCHERING - wurden amerikanischen Gerichten im Mai vorgelegt; die eine von US-AmerikanerInnen, die andere von BürgerInnen osteuropäischer Staaten. Auf die Vorwürfe angesprochen, räumte BAYER-Sprecher Hans-Bernd Heier zwar ein, daß IG-FARBEN-Pharmazeutika unter dem Namen BAYER gehandelt

wurden, erklärte aber im gleichen Atemzug, daß der Konzern als eigenständiges Unternehmen nicht existent gewesen sei. Deshalb sind die Klagen seiner Meinung nach gegenstandslos. Das liest sich in der BAYER-Firmenchronik "Meilensteine" anders. Der Name "BAYER" wurde "zum Markenzeichen der I.G.-Pharmazeutika", verkündet man darin stolz und "Technisch und in der Personalpolitik blieben die großen Werke weitgehend selbständig". Also muß das Chemieunternehmen auch die Verantwortung für die Pharma-Experimente an KZ-Insassen übernehmen.

Quelle: Coordination gegen Bayer-Gefahren

Ö-termine
 30.9.-2.10.99
Europe Meeting Hamburg
 von PAN (Pestizid-Aktionsnetzwerk), Anmeldeschluß 15.9.
 Info+Anmeldung: Tel 040/399191022, Fax 3907520

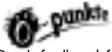
18. November in Essen (Grugahalle)
Hauptversammlung der RWE
 Info: Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Schalkstr. 16, 50737 Köln, 0221/599-5647

13. Dezember in Berlin
Hauptversammlung der BEWAG
 Info: Dachverband, s.o.

24. Februar in München (Olympiahalle)
Hauptversammlung der Siemens AG
 Info: Dachverband, s.o.

PAN-Europa: Treffen 1999

Das europäische Jahrestreffen des Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN) findet diesmal in Hamburg statt. Ziel ist es, die Kommunikation zwischen NGOs im Bereich Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu intensivieren. Neben Poster-Präsentation und Arbeitsgruppen besteht die Gelegenheit, direkt mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Kommissionsvertretern über die Pestizidpolitik zu diskutieren. Siehe auch Terminkalender.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

30 Herbst '99
● Kurz notiert



Themenredaktion "Energiewende"

umschalten e.V.
Nernstweg 32,
22765 Hamburg
Tel. & Fax 040/394078

Zeitschriftenschau

Photon 4/99

- Gebäudeintegrierte Photovoltaik
- Rückwärtslaufende Stromzähler
- Marktübersicht Komplettanlagen
- Erste Ergebnisse 100.000-Dächer

Neue Energie 8/99

- Ökoenergie im Saarland
- Geothermieprojekte in Bayern
- Genossenschaft Energie 2030
- Wind statt AKW in der Ukraine

Erneuerbare Energien 8/99

- Windenergie-Kleinanlagen
- Ostritz regenerativ versorgt
- Windstrom für die Expo
- Betriebsführung Hybrid-systeme

Wassertriebwerk 7/99

- Wasser kann Strombedarf decken
- Dr. Stoiber für Wasserkraft
- Wasserkraftpotential in NRW

Literatur

Rainer Schüle
Wärme, die aus der Sonne kommt
(Öko-Institut, 10 DM)
Das Öko-Institut hat als Ergänzung zu dem gleichnamigen Film ein Informationsheft herausgegeben. Auf 47 Seiten werden viele Hintergrundinformationen gegeben sowie ein Überblick über den Stand der Diskussion und Fragen beantwortet, die von potentiellen Nutzern am häufigsten gestellt werden. Darstellungen von Funktionsweisen und Kostenbetrachtungen geben dem interessierte Leser konkrete Entscheidungshilfen.

5 Jahre Bürgerwindrad

Die erste Betreibergemeinschaft für Windkraftanlagen im Märkischen Kreis feiert ihr fünfjähriges Betriebsjubiläum. Am 26.09. findet deshalb ein Tag der offenen Windmühle auf der Kracht in Altenaffeln statt. Inzwischen wird im Kreis das fünfte Bürgerwindrad gebaut. Im August/September soll in Menden-Oesbern der Bau des Fundaments für eine 600 kW-Anlage mit 70 m Nabenhöhe und 46 m Rotordurchmesser begonnen werden. Erwartet wird ein Jahresertrag von 950.000 kWh. Beteiligungen sind möglich ab 2.000 bzw. 20.000 DM als typischer/atypischer Gesellschafter.

Infos: Matthias Kynast, Finkenweg 4, 58809 Neuenrade, Tel. 0 23 94/13 07, Fax 548

Warsteiner Wasserkraftanlage reaktiviert

Eine Bürgerbeteiligungs- und Betriebsgesellschaft in Warstein hat die Wasserkraftanlage Warstein-Allagen reaktiviert. Bis in die 60er Jahre diente die Turbine mit 45 PS als Antriebsmaschine für die Marmorbearbeitung. Jetzt wurde eine moderne Kaplan-Turbine mit einer Leistung von 75-80 kW eingebaut. Bei einer Schlickleistung von 3.500 l/s und einer Gefällehöhe von 2,5 m sollen jährlich etwa 400.000 kWh umweltfreundlicher Strom erzeugt werden. Die Kosten von 980.000 DM wurden von 74 Beteiligten mit durchschnittlich 6.800 DM sowie durch Zuschüsse vom Land und der Stadt Warstein aufgebracht. Inbetriebnahme der Anlage wird voraussichtlich Ende des Jahres sein.

Infos: WKA Dasselpark GbR mbH, Erich Kaup, Probst-Böckler-Str. 3, 59581 Warstein-Belecke

Rückwärtslaufende Stromzähler

Die Nutzung der Sonnenenergie wurde in der Vergangenheit dadurch behindert, daß Photovoltaikanlagen, die an das allgemeine Stromnetz angeschlossen sind, über einen zweiten Stromzähler abgerechnet werden mußten. In Privathaushalten führten die Anschaffungs- und Anschlusskosten für diesen Zähler oft dazu, daß unterm Strich der Jahreserlös für den verkauften Strom von der zusätzlichen Zählergebühr nahezu aufgebraucht wurde. Die "Arbeitsgemeinschaft der Eichaufsichtsbeamten" stimmte jetzt dem Vorschlag zu, netzgekoppelte Photovoltaikanlagen im Kleinleistungsbereich über den vorhandenen Drehstromzähler abzurechnen. Scheint die Sonne, läuft der Zähler einfach rückwärts. Dem Betreiber wird so automatisch der Betrag in Höhe der Strombezugskosten gutgeschrieben. Mit dieser Regelung will der Verband dazu beitragen, daß die Einführung der regenerativen Energien nicht unnötig verteuert wird.

Konjunktur für GuD-Anlagen

Weltweit ist heute jedes zweite neue Kraftwerk ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk auf Erdgasbasis. Bei diesem Verfahren wird der Brennstoff doppelt genutzt: Die Gasturbine wird bei extrem hohen Temperaturen wie ein Düsentriebwerk befeuert. Die "Restwärme" treibt eine herkömmliche Dampfturbine an. Dadurch sind elektrische Wirkungsgrade von über 50% möglich. Die GuD-Technik erhöhte ihren Anteil an den Neubauten von 1985 bis 1998 von 5 auf 48%. Diese Zahlen nannte Werner Schröder, Leiter des Geschäftsbereiches fossile Energieerzeugung der Siemens AG. Vor allem in den USA habe es im vergangenen Jahr einen Boom gegeben. Aber auch in Deutschland hätten GuD-Kraftwerke aufgrund des härteren Wettbewerbs sowie der rot-grünen Politik des Atomausstieges (man beachte die Zusammenhänge!) Konjunktur.

Kampagne für Solarwärme

Mehrere Umweltverbände wollen mit der Informationskampagne "Solar - na klar!" der Nutzung von Solarwärme weiteren Auftrieb geben. Unter der Servicenummer 0180 / 500 18 71 kann jeder Bürger ein kostenloses Infopaket mit Wissenswertem zur Solarwärme, den Förderprogrammen von Bund und Ländern, eine Liste mit beratenden Handwerksbetriebe vor Ort sowie die 40seitige Broschüre "Solarwärme" kostenlos anfordern. Ziel der Aktion ist es, die installierte Kollektorfläche von derzeit 400.000 qm bis zum Jahr 2003 zu verzehnfachen.

Infos: B.A.U.M., Osterstraße 58, 20259 Hamburg, Tel. 040/49 07 11-00, Fax -99

Energieversorgung der Zukunft

Erfahrungen und neueste Ergebnisse, aber vor



HEW kürzt Förderung

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke haben die neue ab dem 1.7.99 gültige Förderung für Solarstromanlagen bekanntgegeben. Danach sinkt die Vergütung pro Kilowattstunde von Anlagen bis 5 kW von 1,80 DM auf 1,30 DM, von 5-10 kW von 1,60 auf 1,10 DM und bei noch größeren Anlagen von 1,40 DM auf jetzt nur noch 0,90 DM. Der Stromversorger hat damit nach eigenen Angaben die Finanzierungsvorteile, die durch das 100.000-Dächer-Programm entstehen, in seine Fördermodalitäten eingearbeitet. Für den Antragsteller wird die Sache dadurch nicht einfacher: Gilt es nun doch, ein weiteres Antragsverfahren zu bearbeiten. Damit erhöht sich das Risiko, daß es an einer der beiden Stellen zu Engpässen kommt, die dann die Projekte verzögern oder gar ganz scheitern las-

sem Konzepte und Strategien dafür, wie eine künftige nachhaltige Energieversorgung gestaltet sein könnte, stellen die Beiträge im jüngsten Themenheft des "Forschungsverbundes Sonnenenergie" vor, in dem sieben namhafte Forschungsinstitute zusammengeschlossen sind. Das 116 Seiten starke Heft mit dem Titel "Nachhaltigkeit und Energie" kann gegen eine Schutzgebühr von 17 DM angefordert werden.

Infos: Forschungsverbund Sonnenenergie, c/o DLR, 51140 Köln, Fax 0 22 03/601 47 40

Windpark auf Braunkohlenhalde

Europas größter Windpark entsteht in der Niederlausitz: 38 Maschinen der Firma Vestas mit je 1,65 MW werden in der Nähe von Senftenberg maximal 63 MW Strom ausreichend für 31.000 Haushalte erzeugen. Der Windpark der GHF-Unternehmensgruppe, dessen Fundamente auf einer ehemaligen Braunkohlenhalde besonderen Anforderungen standhalten müssen, schafft bei 25 beteiligten lokalen Firmen zahlreiche neue Arbeitsplätze und bei der Gemeinde erhebliche Gewerbesteuererinnahmen.

Schlesweg verweigert Netzzugang

Im Südwesten Schleswig-Holsteins kommt der Ausbau der Windkraft langsamer voran als möglich. Rund 96 MW Windkraft-Leistung könnten im Kreis Steinburg aufgebaut werden, wenn nicht die Netzbetreiber die Stromaufnahme blockieren würden. "Die Schlesweg behauptet, daß die Netzkapazitäten erreicht seien. Deshalb wollen wir direkt in das 380 kV-Netz der PreussenElektra einspeisen", sagt Martin Jensen als Sprecher einer Interessengemeinschaft, die mit den Energieversorgern über den Netzan-

sen. Gravierender ist allerdings, daß der Stromversorger die Laufzeit der Verträge eigenmächtig von den sowieso ungenügenden 15 Jahren um weitere 5 Jahre gekürzt hat. Offenbar kam dem Konzern zugute, daß das Energiereferat in der Hamburger Umweltbehörde nicht mehr besetzt ist (der Abteilungsleiter folgte seinem früheren Chef zu Shell!) und deshalb die im Kooperationsvertrag mit der Stadt festgelegten Regelungen nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck durchgesetzt werden können, da im entsprechenden Ausschuß eine Patt-Situation herrscht. Der Atomkonzern beherrscht mit den von ihm gesetzten Sachzwängen also die Energiepolitik der Stadt, obwohl der grüne Umweltsenator im Aufsichtsrat sitzt und der erste Bürgermeister sogar Aufsichtsratsvorsitzender ist!

schluß verhandelt. Allerdings weigert sich auch die PreussenElektra, die noch freien Kapazitäten der Leitungen offenzulegen - und verstößt damit gegen geltendes Energierecht: "Es gibt ganz klar eine Vorrangregelung für Strom aus erneuerbaren Energiequellen", sagt Jensen. Bislang transportiert der Stromkonzern vor allem seinen Atomstrom der beiden Kraftwerke Brokdorf und Brunsbüttel, bei Vollast zusammen rund 2.250 MW, über die Stromtrasse. "Bei diesen Größenordnungen machen unsere 100 MW nur wenige Prozent aus", rechnet der Sprecher vor. "Da das Projekt technisch machbar ist, gibt es keinen Grund, den Netzzugang zu verweigern. Auch das Kieler Energieministerium von Claus Möller hat sich mittlerweile eingeschaltet." Im Kreis Steinburg waren Ende 1998 lediglich 31 Windturbinen mit zusammen 16,5 MW installiert, die Ausbauprozentsätze sind demnach also noch beträchtlich.

HASTRA verzichtet auf Wucher

Für ein Projekt der Windwärts Energie GmbH in Schliekum verzichtet der Regionalversorger HASTRA AG auf die Berechnung eines Baukostenzuschusses von 133.400 DM. Den Betrag wollte die HASTRA ohne detaillierte Begründung als Entschädigung für die zusätzlichen Belastungen des Stromnetzes erheben. "So etwas gab es vorher noch nie, deshalb haben wir dagegen protestiert", sagt Ludwig Brokering, Regionalvertreter des Bundesverbandes WindEnergie. "Ich hoffe, daß von diesem Beschluß eine Signalwirkung auch für andere Projekte ausgeht." Die Betreibergesellschaft muß nun lediglich 11.000 DM für die Kabel- und Netzanschlußarbeiten von 3 Anlagen á 1,5 MW zahlen.

Ölkonzerne kaufen Solarteure

Die Solarmodulproduzenten Shell und BP kaufen derzeit größere Solarinstallationsbetriebe auf, um daraus eigene Vertriebszentren zu machen. Diese sollen gezielt Elektriker und Dachdecker betreu-

en. Shell hat in den letzten Monaten Solaris und Sotech gekauft, die nun zum Shell Solar Zentrum Nord bzw. West wurden. Insgesamt sind hier bereits 170 Betriebe geschult worden, bis Ende des Jahres sollen davon mindestens 70 unter Vertrag genommen werden. BP Solar arbeitet dafür mit Pro Solar (Süddeutschland), Wagner & Co. (Westen) und Elektro Broy (Berlin) zusammen. Insgesamt sollen 200 Elektriker als Partner gewonnen werden, denen Produkt- und Serviceleistungen, Training und Unterstützung beim Marketing geboten werden sollen. Bleibt abzuwarten, wie sich diese Struktur für die Endverbraucher auswirken wird.

Bunter Strom angeboten

Der Bund der Energieverbraucher bietet seit dem 1.6.99 "Bunten Strom" an. Dieser Strommix wird geliefert von einem "kleinen norddeutschen Energieversorger und erfahrenen Energiehändler", so Peter Alteheld vom BdE. Den Namen wollte er nicht nennen, um "den Druck durch die Energiekonzerne für unseren Partner möglichst klein zu halten". Garantiert wird jedoch, daß der "Bunte Strom" keinen Atomstrom enthält und zum Teil auch aus Kraft-Wärme-Kopplung stamme. Das BdE-Angebot soll durch die Sammelbestellung bis zu 20% preiswerter sein, wobei die Hälfte des Preisvorteils an den Kunden weitergegeben werde und mit der anderen Hälfte erneuerbare Energien gefördert würden. Der "Bunte Strom" kann allerdings nur von Mitgliedern des BdE bezogen werden, die jährlich 48 DM Mitgliedsbeitrag zahlen.

Infotelefon: 0180 / 500 22 60

Kids bekommen Ökostrom

Alle 23 Kindergärten des evangelischen Kirchenbezirks Lörach beziehen seit dem 1. Juli ihren Strom durch die Energiedienst GmbH, dem örtlichen Vertreter der Naturenergie AG. Der baden-württembergische Ökostrom-Händler

bietet Strom aus Wasserkraft und Photovoltaik an. Der Kirchenbezirk Lörach habe den Ökostrom-Vertrag als Reaktion auf die Rahmenvereinbarung unterzeichnet, den im Frühjahr die Evangelische Kirche Deutschlands mit dem "Atomkonzern" PreussenElektra und den Stadtwerken Hannover abgeschlossen hat.

Ö-termine

3.-4.09. in Nürnberg
"ZAT solar '99"
 Umweltztr. Karlshöhe/Ökol. Technik, Tel. 040/604 77 17

9.-12.9.
"Thermische Solaranlagen"
 für Solarberater (450 DM)
 EUZ, Tel. 050 44/975-20

7.9., 19.30 in Hamburg, Werkstatt 3
"Wo gib's grünen Strom?"
 umschalten e.V., Nernstweg 32

10.9., in Hamburg, Gänsemarkt (10-18 Uhr)
"Markt der Zukunft"

15.-16.9. an der FVS Neu-Ulm
"Zukunftstechnologie Brennstoffzelle"
 (75 DM), Tel. 07 31/95 30-606

17.9. in Frankfurt
"Gesellschaftsformen für Windkraftprojekte"
 BWE, Fax 05 41/350 60-30

22.-26.09.
"Husum Wind '99"
 (Messe und Fachkongreß)
 Tel. 048 41/83 55-0, Fax -55

23.-26.09. in Leipzig
"Klima '99"
 (Internat. Klimaschutz-Kongreßmesse)
 Tel. 03 41/960-67 97

27.-30.9.
"Photovoltaik" für Solarber. (450 DM),
 Sonnenkraft Freising, Tel. 081 61/87 27-27

2.10. in Barnstorf
Biogas-Fachtagung
 Erwachsenenbildung Nienburg, Tel. 054 42/28 24

13.10. im Haus der Technik München
"Energetische Nutzung von Holz"
 Tel. 02 01/18 03-1

15.-16.10. im Hannover Congress Centrum
"Passivhäuser in Holzbauweise"
 Tel. 050 44-975-20

21.-23.10. in Hameln
Fachmesse für Solartechnik
"Soltec 1999"
 Profair, Tel. 051 21/524 86

25.10., 19.00 im HWP Hamburg
"Erneuerung der Wirtschaft durch erneuerbare Energien", H.Scheer

29.-31.10. in der Stadthalle Wetzlar
"EnergieTage Hessen '99"
 (Ausstellung und Fachtagung)

30.-31.10. in Berlin
"Energiewende jetzt!"
 Bündnis 90/Die Grünen, Tel. 030/227-71 639

4.11., 19.00 an der TU Harburg
"Solares Europa"
 Harry Lehmann (Wuppertal Institut)

4.-6.11 an der FH Stralsund
Symposium "Nutzung regenerativer Energien"
 Tel. 038 31/456 713

12.-14.11. in Aachen
"Ökostrom - Nische für Idealisten?"
 Bischöfliche Akademie, Tel. 47 99 60

19.-21.11. in Springe
"Niedrigenergiehaus planen und bauen"
 EUZ, Tel. 050 44/975-20, Fax -66

**Ö-Verteiler
"Energiewende"**

• Leider keiner.

Literatur

BINE Informationsdienst
Solare Nahwärme wärmespeicher
Blockheizkraftwerke
 (1998/99 im TÜV-Verlag, Köln)

BINE-Bücher sind ein Garant für präzise und praxisverwertbare Informationen. Das findet sich auch in diesen drei Bänden wieder. Bei der solaren Nahwärme geht es z.B. um Koppelungen von Kollektorflächen und Blockheizkraftwerken, um Kollektoren und Speicher in einem Netz von AbnehmerInnen zu betreiben. Gut dazu passen die Bücher über Blockheizkraftwerke und Wärmespeicher, wobei beide auch über weitere Anwendungsgebiete z.B. im industriellen Bereich informieren.



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

32

Herbst '99

• Kurz
notiert



Themenredaktion "FreiRäume"

Nicht besetzt.
Wer hat Lust, regelmäßig
aus Zentren, Häusern,
politischen Kommunen
oder von Wagenplätzen
zu berichten? Von
reisenden Projekten oder
solchen im Aufbau?

Diesmal stellte Jörg
Bergstedt in der
Endredaktion die Rubrik
zusammen.



Ö-Verteiler "FreiRäume"

• FreiRäume-Verbund
(im Aufbau)

"FreiRäume" – Stiftung vor dem Start

Schritt für Schritt geht es weiter mit der Gründung einer Stiftung, die Rechtsträgerin autonomer Projekte, d.h. Häuser, Plätze oder Ausstattungsmaterialien werden soll. Die Idee zusammengefaßt: -Sicherung des Eigentumes in einer Art "Bollwerk" gegen staatliche Repression -Regelung der Autonomie des Projektes, das auf und mit dem Stiftungseigentum entsteht, über einen Vertrag, da dieser flexiblere Formen (z.B. basisdemokratische Strukturen) schaffen kann, was nach Vereins- oder Genossenschaftsrecht nicht möglich ist. -Sicherung öffentlicher Räume für politische und kulturelle Projekte gegenüber Privatisierung und Kommerzialisierung -"Einsammeln" von Spenden, Erbschaften usw. für die Schaffung von Freiräumen. -Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und mehr. Inzwischen gibt es einige Projekte, die konkret Interesse angemeldet haben, sich über die Stiftung zu organisieren. Ein erster Entwurf für den Autonomievertrag zwischen Stiftung und Projekt ist erarbeitet und wird zur Zeit mit potentiellen Projekten, z.B. zwei politischen Zentren, Wohn- und Arbeitsprojekten sowie einem Bauwagenplatz, diskutiert.

Weitere Projekte können sich melden bzw. die Infos gegen frankierten Rückumschlag (2,20 DM) anfordern. Stiftung FreiRäume, c/o Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe.

FreiRäume-Treffen auf dem A-Camp

Aachen, Eisingen, Braunschweig, Leipzig ... aus vielen Städten und ganz unterschiedlichen Zusammenhängen fanden sich Leute zu zwei Treffen zusammen, um sich auszutauschen oder über konkrete Kooperationen zu sprechen. Am konkretesten wurde über die Stiftung "FreiRäume" gesprochen (siehe oben).

Berichte aus Projekten

Anarchistisches Projekt geplant

(Aus einem Aufruf per Email) Wir suchen noch Leute für ein geplantes explizit libertäres Tagungs- und Projektzentrum im Bereich südwestliches Wendland / nordwestliche Altmark. Ein passendes Haus haben wir bereits gefunden, es fehlt eigentlich nur noch an Leuten. -Das Haus liegt abseits eines kleinen Ortes im ehemaligen Grenzgebiet und bietet für mindestens 10 Leute Platz zum Wohnen und mindestens 50 Leute Platz zum Tagung. Ein riesiges Grundstück und Nebengebäude sind auch vorhanden, es stehen also alle Möglichkeiten offen. -Angedacht sind bis jetzt Wohnen Tagungshaus und Druckerei; wenn sich jemand findet, der dazu Lust hat, wäre auch eine kleine Landwirtschaft möglich. -Die monatliche Kostenbeteiligung der im Haus Wohnenden wird bei ca. 300-400 DM (warm) liegen. Die Nutzung des Tagungshauses soll für libertäre Gruppen zum Selbstkostenpreis möglich sein. Außerdem sollen alle dort wohnenden auch im Besitz des Hauses sein. -Ziel soll es nicht sein, auf dem Land zu versauern und Schweine zu hüten, sondern aus dem Szenetrot herauszukommen und neue Ideen zu entwickeln. Gleichzeitig wäre über das Tagungshaus gewährleistet, daß man noch Anschluß an die Szene hat und neue Ideen verbreiten und diskutieren kann.

Weitere Infos gibt es bei: Libertäres Zentrum II, Thadenstrasse 118, 22767 Hamburg, Tel: 040 / 43 22 124 (Anrufbeantworter, Stichwort "für Schlauby", danach Telefonnummer und Namen aufsprechen), a20@gmx.net

Selbstverwaltetes Jugendzentrum eXil erhält Kündigung

Das vom Arbeitskreis Jugendarbeit (AKJ) selbstverwaltete Jugendzentrum eXil in Eisingen/Fils soll es nach dem Willen der Stadtverwaltung und des lokalen Agenda 21-Tisches ab Januar 2000 nicht mehr in dieser Form geben. Das Hausrecht soll wieder an die Stadtjugendpflege übertragen werden. Den eXilantInnen wurde zwar angeboten, weiterhin Veranstaltungen durchführen zu können, jedoch unter der Kontrolle von zwei SozialpädagogInnen, die bei der Raumbelegung und Veranstaltungsplanung das letzte Wort hätten. Die Begründung für diese Maßnahme ist folgende: der finanzielle Aufwand, den die Stadt für das eXil habe, stehe in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen: der AKJ mache viel zu wenig Veranstaltungen, die viel zu we-

nige Jugendliche ansprächen. Ob der AKJ sich den Rausschmiß bieten läßt, wird sich zeigen: Angedacht sind bisher eine Masseneintrittskampagne und auch weitergehende Methoden...

Kontakt über Jugendzentrum eXil, Schloßstr. 4, 73054 Eisingen/Fils

Saasener Zwischenlösungen

Für die Projektwerkstatt in Saasen werden zunächst Zwischenlösungen gesucht - in der Hoffnung, daß es auf Dauer wieder eine spannende Polit-WG gibt. Gesucht sind zur Zeit Menschen für eine WG auf Zeit, die mit ihrem Bauwagen auf das Grundstück ziehen oder ein Praktikum u.ä. machen wollen. Voraussetzung ist, mitzuhelfen, den politischen Betrieb der Häuser aufrechtzuerhalten (Tagungshaus, Archive, Bibliotheken usw.). Darüberhinaus gibt es viele Projekte wie die Umweltzeitung "Ö-Punkte"; die Anti-Expo-Arbeit usw., an denen eine Mitwirkung erwünscht ist. InteressentInnen für Wohnen auf Zeit oder zum Ausprobieren bzw. für ein Praktikum sollten sich in der Projektwerkstatt melden: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt__sa@apg.wwbnet.de. Achtung: Das Tagungshaus kann wieder belegt werden. Auch hier obige Nummer anrufen oder Unterlagen gegen frankierten Rückumschlag anfordern.

Antikapitalistisch-veganes Selbsthilfeprojekt

In Lychen, einen kleinen Ort mit rund 3500 Einwohnern rund 100 km nördlich von Berlin, entsteht derzeit ein Projekt, in dem vegan orientierte Menschen gemeinsam neue Lebensperspektiven gestalten können. Lychen ist bereits durch die »Ökostadt« mit visionären Ideen verbunden. Dieses Projekt basiert auf dem Ziel einer ökologischen Stadt, die ein naturverbundenes Leben und den Erwerb des Lebensunterhaltes verbindet.

Anläßlich der Möglichkeit, Gelände und Anlagen eines ehemaligen Kinderferienlagers zu erwerben, möchten nun einige Veganer aus dem Verein Morgenland e.V. ein veganes Lebens- und Arbeitsprojekt aufbauen. Dazu werden bereits heute vegane Produkte hergestellt und vertrieben sowie ein veganes Catering angeboten.

morgenland e.V., c/o Ökostadt-Lychen, Vogelgesang Str. 4, 17279 Lychen, Tel. 039888-3076, Fax 4195, oekostadtl@t-online.de



Kleinanzeigen

Das Wohnhaus in einem der spannendsten politischen Zentren des (meist langweiligen) Landes ist leer - wer baut eine neue WG mit auf??? Das Haus heißt (bisher) "Projektwerkstatt" und liegt 20

km östlich von Gießen. Mit Tagungshaus, Arbeitsräumen und vielem mehr. Nur Leben muß wieder in die Bude. Nix für Esos oder RückzugsidyllikerInnen! Infotelefon: 06401/903283.

Gemeinsam ökonomischen Zwängen entrinnen! Eigentum abschaffen! Wer hat Lust, mit mir nach Strategien selbstorganisiertem Lebens zu suchen und sich überregional an

einer gemeinsamen Kasse zu beteiligen? Nur Leute aus politischen Bewegungen. Jörg, 0171/8348430, projektwerkstatt__sa@apg.wwbnet.de.

GEN-Umzug

Das Gen-ethische Netzwerk ist umgezogen! Nach zwischenzeitlichen Unklarheiten lautet die neue Adresse nun: GEN, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin. Telefon und Fax wie bisher: 030-6858030 und -6841183.

Protestmarsch gegen Biopiraterie

500 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern protestieren derzeit in Europa gegen die Konzerne und Institutionen, die die Patentierung ihrer heimischen Saat- und Heilpflanzen betreiben. Gegen ihren Willen werden Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas derzeit massiv dazu gezwungen, ausbeuterische Handelsabkommen zu akzeptieren. Sie führen dazu, daß die heimische Bevölkerung zukünftig die seit Jahrhunderten selbst kultivierten Pflanzen bzw. entsprechende Lizenzen oder Wirkstoffe für teures Geld von den Firmen zurückkaufen müssen.

Infos bei: *InterContinental Caravan für Solidarität und Widerstand (ICC)*; eMail: icc@gmx.net; Internet: www.power-xs.de/icc-munich und "Kein Patent auf Leben" Ruth Tippe Tel. (089)35651842, Fax -3596622, eMail: KeinPatent@aol.com, Internet: <http://members.aol.com/KeinPatent/>.

Eingeschränktes Weltbild im gläsernen Labor

Seit dem 20.4.99 bietet die Berlin-Buch GmbH "Wissenschaft zum Anfassen". Interessierte Laien können sich ein paar Stunden lang als Wissenschaftler fühlen und "Gentechnik durch Erleben" verstehen. Die Botschaft: Die technische Seite der Erbgutmanipulation sei eine leicht beherrschbare Größe. Soziale, politische und wirtschaftliche Verflechtungen und Konsequenzen werden ausgeblendet. Mit Er-



Umkämpfte Genfelder

Das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche veranstaltete vom 13.-23. August ein Aktionscamp. Neben vielfältigen Aktionen und kulturellen Events wurde die Zeit für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Gentechnik genutzt. Das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche gibt es seit 1996. Die Gründung war eine Reaktion auf den Beginn der Freilandversuche der Firma AgrEvo in Schönfeld. Podiumsdiskussionen, Proteststraf Touren und -wanderungen, Feldbesetzungen und Öffentlichkeitsarbeit haben die Bevölkerung informiert und gleichzeitig den Versuchsfirmen das Leben schwer gemacht. Ergänzend haben Unbekannte alle Mais- und Zuckerrübenversuche in Schönfeld zerstört.

folg: es überwiegt das Staunen über die wissenschaftliche Präzision, kritische Fragen bleiben aus. Ein Erfahrungsbericht findet sich im GiD.

Quelle: GiD Nr. 133, Juni/Juli 1999

Klonforschung in den USA

Wissenschaftler der US-Firma Advanced Cell Therapeutics haben aus der Hautzelle eines Mannes und der Eizelle einer Kuh, aus der zuvor das Erbgut entfernt wurde, einen menschlichen Klon geschaffen. Als er bis auf ca. 400 Zellen gewachsen war, wurde er nach 14 Tagen abgetötet. Ziel der Firma ist es, aus Klon-Embryonen Stammzellen zu gewinnen, um Organe für Transplantationen zu züchten. Während vor zwei Jahren im Zusammenhang mit dem Schaf Dolly noch versprochen wurde, daß es den geklonten Menschen nie geben würde, wird mittlerweile auch hierzulande über die neuen Möglichkeiten diskutiert. Dabei wird geschickt zwischen "reproduktivem" und "therapeutischem" Klonen unterschieden. In den USA empfiehlt eine entsprechende Kommission, diese Forschung offiziell "um des Fortschritts für die Menschheit willen" zuzulassen.

Quelle: *Washington-Post* 14.6.99

Gen-Mais frißt Schmetterlinge

Raupen des Monarchfalters leben gefährlich, wenn sie Pollen von Bt-Mais verzehren. Mit solchem Pollen bestäubte Blätter verursachen bei den Raupen Kummerwuchs. In der Hälfte der Fälle töten sie sie sogar ab. Das Haben Laborversuche in den USA ergeben. UmweltschützerInnen und Biobauern haben gerichtliche Schritte gegen die höchste Umweltbehörde als Genehmigungsinstanz eingeleitet. Vorwurf: Die Umweltverträglichkeit sei vorab nicht ausreichend überprüft worden.

Quelle: GiD Nr. 133, Juni/Juli 1999

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche, c/o DO-STO, Breitscheidstr.43a, 16321 Bernau, genaktionsbuenndnis@bernaunet.net, <http://www.bernaunet.net/home/dosto/gengruppe.htm>, Tel+Fax: 03338/5590

Feld in Amelinghausen

Zu Genfeldbesetzungen kam es auch in der Nähe von Lüneburg. Die BesetzerInnen wurden vom Landwirt mit Jauche vom Feld gespritzt. Die krasse Aktion wurde durch die Polizei unterstützt. Weitere Aktionen sind geplant.

Lüneburger Bündnis gegen Gen, c/o Jugendumweltbüro, Am Kalkberg 5, 21335 Lüneburg, 04131/66295, Fax 66647.

Schweiz verbietet Freisetzung

Nach Ansicht des Schweizer Bundesamtes für Umwelt in Bern ist die Unbedenklichkeit für Mensch und Umwelt bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht gewährleistet. Aus diesem Grund lehnte das Amt im April zwei Freisetzung-Anträge für Mais und Kartoffeln ab.

Quelle: GiD Nr. 133, Juni/Juli 1999

Grundrecht auf unverletzliche Würde für Pflanzen

Die Forschung der letzten Jahre zeigt, daß Pflanzen von verletzten Artgenossen ausgesandte Duftstoffe "riechen", unterschiedliche Lichteinflüsse "sehen", Windeinflüsse "ertasten", Laute "hören" und ihre Schädlinge "schmecken" können. Warum also sollte nur für Tiere der Grundsatz gelten, daß "die Würde der Kreatur zu achten ist", während man Pflanzen als Sache behandelt und beliebig manipuliert?

Quelle: GiD Nr. 133, Juni/Juli 1999

Ziegenmilch mit Blutgerinnungshemmer

In den USA sind drei transgene Ziegen mit dem Gen für den menschlichen Eiweißstoff Antithrombin III ausgestattet worden. Damit enthält ihre Milch den medizinisch wertvollen Blutgerinnungshemmer, der bisher aus Plasma von Spenderblut hergestellt werden mußte. Bis zu 100 Ziegen könnten künftig den jährlichen Weltbedarf decken. Erstmals kann nun ein durch "Gene-Pharming" gewonnenes Produkt am Menschen getestet werden.

Quelle: GiD Nr. 133, Juni/Juli 1999

Kein Patent auf Babyblut

Am 8.6.99 widerrief das Europäische Patentamt in München ein Patent auf Babyblut. Es umfaßte jedwede medizinische Verwendung von Blutzellen aus der Nabelschnur und der Plazenta. Einspruch hatten u.a. die Initiativen "Kein Patent auf Leben" in München und die internationale Ärzteorganisation "Eurocord Transplant" eingelegt.

Quelle: taz 8. und 9.6.99

Ö-termine

10. - 12.7.99 in Hamburg

Gentechnologie in Hamburg
Stätten der Produktion und Kritik.
Bildungsurlaub der Heinrich-Böll-Stiftung.
Infos: Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg,
Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg,
Tel. (040)3895270, Fax -3809362

29.9. - 1.10.99 in Loccum
Der Umgang mit Krankheit und Behinderung

Einführungskurs in die Gesundheitsethik an der evang. Akademie Loccum, 160 DM.
Infos: Akademie Loccum, Knochenhauerstr. 33, 30159 Hannover, Tel. (0511)1241-496, Fax -497, eMail: zfg@evika.de


Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

• Kurznotiert

33



Themenredaktion "Gentechnik"

Thomas Schmidt
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel.&Fax 0451/7070646
jupluebeck@t-online.de



Ö-Verteiler "Gentechnik"

• Leider keiner.

Zeitschriftenschau

GiD Nr. 133, Juni/Juli 1999

- Schwerpunkt: Genetischer Fingerabdruck DNA-Datenbank in rot-grün (S. 3 - 6)
- "Ein wissenschaftlicher Rückschritt in jeder Beziehung": DNA-Analyse bei Straftatverdächtigen (S. 7 - 8)
- Rasterfahndung und Todesurteile: Eine Chronologie zum genetischen Fingerabdruck (S. 9 - 10)
- Schwerpunkt: Landwirtschaft und Lebensmittel Mais schädigt Schmetterlinge: Risiken von Bt-Mais (S. 14 - 15)
- Mais mit falschen Genen: Vermarktung von nicht zugelassenem Saatgut (S. 16)
- Pflanzen "wissen" mehr: Sensitive Pflanzen (S. 17 - 18)
- Politik und Wirtschaft Kein Patent auf Babyblut: Erfolgreicher Patenteinspruch (S. 35)
- Eingeschränktes Weltbild im gläsernen Labor: Wissenschaft zum Anfassen (S. 36 - 37)
- "Life-Science-Industrie": Konzernprofile (S. 41 - 46)



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

34

Herbst '99

• Kurz
notiert



Themenredaktion "Landschaft/ Naturschutz"

Jörn Hartje,
Institut für Ökologie
Turmstr. 14A,
23843 Bad Oldesloe
Tel. 04533/792259
Fax 04531/7116
joern_hartje@
public.uni-hamburg.de

Zeitschriftenschau

Unabhängige Bauernstimme (6/1999)

- Ein Platz an der Sonne
- Im Brucker Land vermieten Bäuerinnen und Bauern Ackerreihen

Wattenmeer international (1/2 1999)

- Naturschutz und Tourismus

Natur und Landschaft (5/1999)

- Naturschutzarbeit in Deutschland (nur staatliche und von großen Verbänden)
- Nationalpark Zukunft in Deutschland
- Perspektiven Roter Listen

Nationalpark (2/1999)

- Schwerpunkt Jagd (kritische Bestandsaufnahme)
- Kahlschlag in Rumäniens Wäldern

Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt (1/1999)

- Zur Bedeutung von Industrie- und Siedlungsbrachen für die Heuschreckenfauna

Steinbeisser (3/99)

- Natur und Nutzung
- Konflikt oder Chance?

Geographische Rundschau (6/1999)

- Ländliche Räume im Wandel
- Renaturierung von Bächen

- Ökologische Krise in Chiapas (Schwerpunkt Mexiko und Zentralamerika)

NUAnzen

- FFH: Naturschutz und Landwirtschaft nähern sich an

Reader Naturschutz von unten

Nachdem die Ö-Punkte im Dezember letzten Jahres ein Schwerpunkt zum Thema "Naturschutz von unten" veröffentlicht hatte, wollen wir nun die Diskussion weiter fortsetzen und beabsichtigen in Zusammenarbeit mit der BSÖ einen Reader zum Thema herausbringen. Wer da noch Infos hat, gute Naturschutzprojekte kennt oder selber einen Diskussionsbeitrag beisteuern will, ist herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Infos bei der Themenredaktion.

"Multimar Wattforum" in Husum eröffnet – mit Multimedia die Natur retten?

Mit einem großen Fest wurde (9. Juni) das Erlebniszentrum "Multimar Wattforum" in Tönning (Kreis Nordfriesland) eröffnet. Ministerpräsidentin Heide Simonis sagte vor über 600 Gästen: "Heute ist ein großer Tag für Tönning, für die Westküste und für ganz Schleswig-Holstein! Mit diesem Zentrum erhält unser Nationalpark endlich sein 'Nationalparkhaus', in dem Besucher auf spannende Weise Watt erleben können und hautnah erfahren, wie und wofür dort Forschung betrieben wird. Über die Landesgrenzen hinweg gibt es nichts Vergleichbares." Schleswig-Holstein sei stolz darauf, das "Multimar" im nächsten Jahr einem weltweiten Publikum als EXPO-Projekt präsentieren zu dürfen, so Heide Simonis. Das gesamte Investitionsvolumen für das Projekt beläuft sich auf 17,5 Millionen Mark.

Wer von den 600 geladenen Eröffnungsgästen jetzt ein Ökohaus begrünt mit lebendigen Naturerlebnismöglichkeiten erwartet hatte, war wohl ziemlich enttäuscht. Ein schnöder Betonklotz vollgestopft mit Computern soll das Wissen über das Ökosystem Wattenmeer vermitteln. Einer der geladenen Gäste, der aber anonym bleiben wollte, beschwerte sich dann auch noch: "Sogar das kalte Buffet war nicht nur nicht aus ökologischem Landbau, sondern es gab Köstlichkeiten aus aller Herren Länder und sogar Kaviar." Unglaublich: Informationstechnologien wie Computer-Animationen oder eine Unterwasser-Video-Kamera sollen dabei helfen, die heutigen Computer-Kids für das Ökosystem Wattenmeer zu interessieren. Nun brauchen die Großstadtkids endlich nicht mehr durchs "dreckige" Watt latschen, sondern können alles vom Bildschirm aus erleben, Technik-Feeling pur. Das ist dann also die schöne neue Technikwelt, die uns die EXPO vermitteln will: Selbst das Naturerlebnis kann durch Computer ersetzt werden – hoch die virtuelle Technikwelt. Wer das glaubt, vertauscht Ursache und Wirkung ...

Quellen: Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt in Schleswig-Holstein sowie persönlichen Auskünften

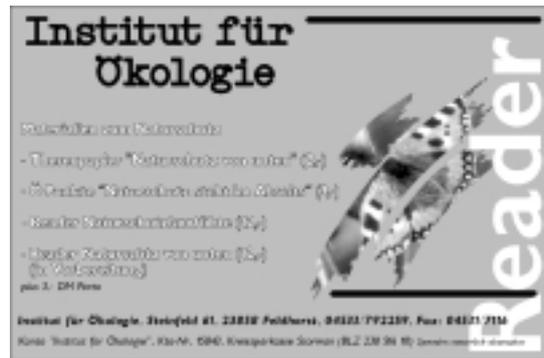
Kahlschlag im Kellerwald?

Nach dem Regierungswechsel in Hessen dreht sich in Hessen das Rad für den Naturschutz wieder rückwärts. Der neue Umweltminister Dietzel (CDU) möchte Kellerwald auf keinen Fall zum Nationalpark erklären, stattdessen möchte er den Wald nutzen und die über 100 Jahre alten Buchen fällen lassen, angeblich stekken in dem Wald 150 – 250 Mio. DM Holzwert. Nachdem sich anfangs die NationalparkgegnerInnen durchgesetzt hatten und die Ausweisung als Nationalpark verhindert hatten, haben sie sich nun mit

den Befürwortern auf eine gemeinsame Nationalparkverordnung geeinigt. Diese Einigung wurde möglich, weil klar wurde, daß der Nationalpark keine Einschränkungen außerhalb des Parkes bewirken würde und auch innerhalb des Parkes weiterhin eine eingeschränkte Nutzung möglich sein wird.

Protestbriefe gegen die Abholzung des Kellerwaldes können an den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, Pf 3147, 65021 Wiesbaden, Fax: 0611/323800 geschrieben werden.

Aus "Nationalpark" (2/99)



Kommentar:

Schlüsse aus dem Nationalparkurteil

Die Ö-Punkte berichteten in den letzten Ausgaben über die Elbtalau. Anstatt die Sorgen der Bevölkerung, die sich in der Klage gegen den Nationalpark Elbtalau widerspiegeln, ernst zu nehmen und nach neuen Methoden im Naturschutz zu suchen, versuchen die großen Naturschutzverbände dieses Urteil zu nutzen, um ihre eigene Macht auszubauen und noch härtere Gesetze durchzusetzen, die den Menschen vor Ort noch weniger Mitspracherecht lassen sollen.

Die faschistoiden Ansätze, die sich in dem aus der Nazi-Zeit stammenden Naturschutzgesetz widerspiegeln, sollen nun noch weiter ausgebaut und zementiert werden. So fordern WWF und EUROPARC: "Die Nationalparkbestimmungen des deutschen Naturschutzrechts [sollten] den Richtlinien der Internationalen Naturschutzunion (IUCN) angepaßt werden", eigentlich alle großen Naturschutzverbände fordern die verstärkte Ausweisung von Schutzgebieten für das Natura 2000 Programm der EU, fast alle Nationalparke werden mittlerweile durch Ranger vor unerwünschten Eindringlingen geschützt und nicht zuletzt wurden überall riesige Verwaltungen aufgebaut, die die letzten Reste von Natur verwalten sollen. Geführt hat das alles zu einem tiefen Mißtrauen und Gegnerschaft der Menschen gegen den Naturschutz. An die Menschen in den Nationalparks, aber auch außerhalb wird dagegen kaum gedacht. Auch die meisten Menschen vor Ort sind nicht grundsätzlich gegen Naturschutz, sondern engagieren sich sogar häufig im Naturschutz oder gegen die Zerstörung durch Großbauprojekte. So blockierten im Wendland teilweise die gleichen Bauern, die den Castor am Durchfahren hinderten, auch gegen den Nationalpark – verkehrte Welt? Nein, die Bauern aus dem Wendland kämpfen

genauso wie viele Bauern überall auf der Welt um ihr Selbstbestimmungsrecht. Dieses Selbstbestimmungsrecht beschränkt sich natürlich nicht nur auf die Bauern, sondern betrifft alle Menschen. Klar, daß auch die Bauern oder LandnutzerInnen allgemein nicht unschuldig an Naturzerstörung sind, jedoch liegen die größeren Bedrohungen ganz woanders (Straßenbau, Atom oder Siedlungsbau...). Wo bleiben die Forderungen der Naturschutzverbände nach stärkeren Einschränkungen bei naturzerstörenden Bauwerken? Ist da das Ökokonto nicht ein ziemlich fragwürdiger Ausweg? Wo bleiben die Forderungen nach einer Regionalisierung des Naturschutzes? Wer Lust hat, sich hierzu Gedanken zu machen, ist herzlich eingeladen sich an der "Naturschutz von unten"-Mailingliste zu beteiligen (bei der Themenredaktion melden).

Voraussichtlich vom 19. bis 21.11.99 veranstaltet das Institut für Ökologie ein Seminar zum Thema "Perspektiven eines Naturschutzes von unten". Der Ort steht leider noch nicht fest, wird aber in einem Naturschutzprojekt sein. Wer da was beitragen oder sich anmelden möchte, melde sich bitte bei der Themenredaktion.

Der Infodienst für
Umweltakteurinnen

Herbst '99

● Kurz
notiert

35

natur (8/99)

● ist das Projekt "Nationalpark Kellerwald" vom Tisch?

Wechselwirkung (Juni/Juli 99)

● Naturschutz und Wasserbewirtschaftung

Natura 2000 (Juni 1999)

● Osterweiterung von Natura 2000

Fachdienst Naturschutz

BaWü (Band 73)

● Landnutzung in Naturschutzgebieten in BaWü

Zeitschrift für Umweltrecht
(3/1999)

● OVG Lüneburg: Nationalpark Elbtalau (2/1999)

● Zur Umsetzung der FFH Richtlinie in Bundes- und Landesnaturschutzrecht

Naturschutz heute
(3/1999)● Kellerwald: Axt im Walde
● RabenvogeljagdSeevogel (2/1999)● Ölopfer in der deutschen Buch
● Ergebnisse der Bestandsaufnahme in den Naturschutzgebieten der Schleswig-Holsteinischen Ostseeküste 1997**Ö-Verteiler
"Landschaft/
Naturschutz"**● NABU Saarland
● BUND Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen
● Grüne Liga Thüringen, Sachsen**Interessante
Internetseite**Freunde der Naturvölker e.V. mit vielen Texten über die Auswirkung von Globalisierung auf die letzten Naturvölker
<http://www.fpcn-global.org>

Internationales

Konflikt zwischen Saami und Waldbesitzern spitzt sich zu

Das die Rechte indigener Völker fast überall zurückzustehen haben, ist ja seit langem bekannt, daß aber die schwedischen Waldbesitzer den Saami in Lappland ihre traditionellen Weiderechte streitig machen wollen, hätte wohl kaum jemand erwartet. Seit einigen Wochen versuchen Olaf Johansson und Ingrid Rehnfeld diesen seit nunmehr 10 Jahren währenden Streit zwischen den Waldbesitzern und den Saami an die europäische Öffentlichkeit zu bringen. Die schwedischen Waldbesitzer haben die Saami auf Schadensersatz verklagt, weil diese im Winter deren Wälder wie schon seit Jahrhunderten als Waldweide nutzen. Pech für die Saami: Dieses Recht wurde nie schriftlich genau fixiert und nun sehen die Waldbesitzer eine Chance, die Saami aus ihren Wäldern zu vertreiben. Das hier geerntete Holz wird zu einem großen Teil nach Deutschland und in andere europäische Länder geliefert. Wie auch in anderen Bereichen führt die zunehmende Globalisierung und die Gier nach Rohstoffen zu immer skurrileren Auswüchsen, nun sollen die ihres Landes beraubten Saami vor Gericht beweisen, daß sie die Wälder schon seit Ewigkeiten als Waldweiden nutzen. Ein auswegloses Unterfangen, da es kaum Aufzeichnungen darüber gibt.

Um die Saami zu unterstützen, bitten wir Euch, Euch an der Postkartenaktion von Robin Wood (Geschäftsstelle: Pf 102122, 28021 Bremen, Tel.: 0421/598288) zu beteiligen.

Robin Wood Magazin 2/99

Regenwald-Massaker mit Steuergeldern!

Einige der wichtigsten Regenwälder Afrikas sind in Gefahr durch europäische Kredite für Straßenbau in Kamerun. Schon früher haben einige Straßen, die mit Geld der Europäischen Union in Kamerun gebaut wurden, zur Zerstörung von Dorfgemeinschaften, verstärkter Abholzung und unkontrollierbarer Wilderei geführt. Zur Zeit plant die Europäische Union ein neues Geldgeschenk von 55 Millionen EURO, das sind 110 Millionen DM. Mit diesem Geld sollen weitere Straßen ausgebaut werden. Auf Initiative von "Rettet den Regenwald" wurde die Entscheidung vorerst ausgesetzt, aber sie ist noch nicht vom Tisch. Es sollen jetzt Möglichkeiten geprüft werden, wie die negativen Auswirkungen zu verhindern sind.

Wer den Protest von *Rettet den Regenwald* unterstützen will, kann an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Ministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn) schreiben.

Rettet den Regenwald e.V., Pöseldorfer Weg 17, 20148 Hamburg, 040/4103804, Fax 4500144, Regenwald@umwelt.ecolink.org

Lieber ertrinken als aufgeben

Seit einem Monat steht Domkhedi im Licht der Öffentlichkeit. Reporter kommen und gehen, Besucher treffen aus allen Teilen des Landes ein, am Dorfrand kampieren Polizisten. Medha Patkar, eine der Wortführerinnen des Protests und 1991 mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet, hat sich am 20. Juni mit Kollegen und Freunden in einer Bambushütte am Ortseingang eingerichtet. Die Aktivisten und die Dorfbewohner

protestieren gegen die Überflutung von Domkhedi und vielen anderen Bhil-Dörfern durch den Stausee des Sardar Sarovar-Dammes, der 50 Kilometer stromabwärts entsteht. Jetzt hängt alles vom Monsun ab. Wenn nach starken Regenfällen der Fluß rasch anschwillt, bildet sich hinter dem halbfertigen Damm ein Rückstau, der Flutwellen auslösen kann. Mitte Juli etwa stieg der Pegel in Domkhedi vorübergehend um 7 Meter. Damals machte die Flut erst kurz vor dem kleinen Bergdorf Halt. Für den Ernstfall haben die Demonstranten gelobt, ihre Hütte nicht zu verlassen. Eher wollen sie ertrinken, als ihr Land aufzugeben. Das Narmada-Projekt sieht den Bau von 30 Großstaudämmen und Tausenden kleinerer Talsperren über die 1.300 Kilometer lange Narmada und ihre Nebenflüsse vor. Zwei Großdämme sind bereits in Betrieb, an zehn weiteren Projekten wird gearbeitet.

Quelle: taz vom 31.7.1999, Seite 9

Ö-termine

24.-25.9.1999 in Erfurt
Tagung angewandte Stadtoökologie
Info: FH, Fachbereich Landschaftsarchitektur, Leipziger Str. 77, 99085 Erfurt, Tel: 0361/6700-282, Fax -259, n.mueller@la.fh-erfurt.de

25.9.99 in Verden
Permakultur Besuchstag
Info: Allmende e. V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel. 04231/957571

28.-31.10.1999 in Bergisch Gladbach
Fachsymposium "Wolf & Co"
Info: Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V., Am Graben 3, 50259 Pulheim, 02234/89697

29.9.-1.10.1999
Fachtagung zum Baum des Jahres
Silberweide - ein Baum mit vielen Facetten
Nationalpark unteres Oderal, Pf 100437, 16294 Schwedt, Tel. 03332/2547-O, Fax -33

1.-2.10.99
Naturschutz im Wald
Naturschutztag Schleswig-Holstein
Info: Akademie für Natur und Umwelt, Carlstr. 169, 24537 Neumünster, Tel. 04321/9071-O Fax: 04321/907132, zentrale@umweltakademie.netzservice.de

14.-15.10.1999 in Hamburg
Zukunft gestalten für Mensch und Natur - Neue Perspektiven für den Umwelt- und Naturschutz

22.10.1999 Schloß Holle
Fachtagung "Nationalpark Senne: Chance für das Land"
Info: Heinrich Böll Stiftung NRW

Aktionskonferenz Nordsee (AKN)
Die Nordsee

Diese CD-ROM soll einen Einblick in die Ökologie der Nordsee geben. Inhaltlich ist ihr das auch ganz gut gelungen, auch die Bedienung der CD ist recht einfach und übersichtlich gestaltet. Viele Aspekte, die für das Kennenlernen eines Ökosystems wie der Nordsee wichtig sind (Gefühle, Gerüche oder Geschmäcker), können über die CD natürlich nicht vermittelt werden. Somit sollte diese CD auch nur als Ergänzung zum "echten" Kennenlernen des Ökosystems Nordsee verwendet werden, aber nicht als Ersatz. Bezug: AKN, Kreuzstr. 61, 28203 Bremen, Tel.: 0421/77675, Fax: 0421/78931, eMail: AKNeV@gmx.net



nahtour '99
(1999, NABU in Bonn)

Zusammen mit den Lieblingspartnerfirmen Tupperware und Otto hat der Naturschutzbund auf einer Deutschlandkarte zweierlei eingetragen: Zum einen ausgewählte Informationszentren und Naturkundemuseen, zum einen die regionalen Verkaufsstellen von Tupperware-Schachteln. Die prangen auch auf der anderen Seite und mittels Preisausschreiben soll das Land mit 9,800 Tupperware-Produkten (als Preise) überschwemmt werden. Und auch sonst steht hier (NABU-typisch?) platte Werbung im Vordergrund. Die Informationen über Naturerlebnisorte sind sehr dünn, z.B. in Hessen nur 6 museale Einrichtungen und 1 Zoo. Was das mit Naturerlebnis zu tun hat?

U. Philipp/B. Kolonko
Der Abbau von Bodenschätzen
(1996, IDUR in Frankfurt, 33 S.)

In der Reihe "Recht der Natur" erschien als Nr. 49 diese "Einführung in das Bergrecht und umweltrelevante Regelungen" (Untertitel): Kapitel für Kapitel werden die erforderlichen Genehmigungsverfahren nach verschiedenen Sachgebieten vorgestellt: Bergrecht, Wasserrecht, Naturschutz usw. Hinzu kommen Informationen zur Bedeutung der Landesplanung und zu den Einflußmöglichkeiten der Kommunen. Wie sich zeigt, handelt es sich um einen komplexen Bereich - Vorteil: Viele Einflußmöglichkeiten.



Neue
CD-ROMs

Christian Köppel
Rote Liste auf CD-ROM

Mit dieser CD-ROM haben die AutorInnen eine wirkliche Pionierleistung vollbracht. Es wurden mehr als 2000 aktuelle und historische Rote Listen verarbeitet und auch untereinander angeglichen. So finden sich auf der CD fast 1 Million Datensätze, die von 50 StudentInnen eingegeben wurden. Auch die CD selber ist sehr komfortabel angelegt, sie bietet vielfältige Abfrage-, Auswertungs- und Exportmöglichkeiten. Neben den Roten Listen enthält die CD auch "Blaue Listen" sowie weitere Texte rund um den Naturschutz. Bleibt zu hoffen, daß diese Zusammenstellung an Gefährdungsdaten zu einem besseren Naturschutz führt, was die einzelnen Roten Listen in der Vergangenheit allerdings kaum vermochten. Bezug: Verlag für interaktive Medien, Orchideenweg 12, 76571 Gaggenau, Tel: 07225/79137, Fax: 07225/79132





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

36

Herbst '99

• Kurznotiert

Infos en masse zum Thema Tauschen

Menschen, die regelmäßig Infos aus der Welt der Tauschringe lesen möchten und Zugang zu einer Mailbox haben, können sich in folgende Mailingliste einschreiben: austausch@list.free.de. Die Mailingliste gibt es seit Frühjahr 1997. Sie entstand aus einem Mailverteiler, der von Ottmar Miles-Paul von der Zeitbörse Kassel begonnen wurde. Die Anzahl der TeilnehmerInnen beträgt ca. 90 Personen.

Wer Mails an die Liste schicken möchte, verwende die Adresse: AUSTAUSCH@LIST.FREE.DE Mails an die Liste bitte in ASCII ohne Attachements! Zum Anmelden bei der Liste einfach eine eMail an AUSTAUSCH-SUBSCRIBE@LIST.FREE.DE, der Betreff und Text ist beliebig! Die Teilnahme an der Liste kostet nichts. Wer trotzdem Fragen hat, stellt sie am besten an Karl Dietz (dietz@koma.free.de). Schonmal verzweifelt nach Informationen über Tauschringe gesucht?

Eine Internet-Volltextsuche zu Tauschringen und neuen Geldkonzepten ermöglicht <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/>

Und umfangreiche Adressenlisten von Tauschinitiativen gibt es unter: <http://www.talent.ch/adr/lets.htm>

sowie

<http://home.t-online.de/home/h.j.werner/taurnf2.htm>

Weitere Adressenlisten: Liste der österreichischen Tauschringe: Mag. Reinhard Pichler, Bildungshaus St. Georgen, A-9313 St. Georgen a. L., Tel: ++43 (0)42 13/2046-39 oder: ++43(0) 664/25 23 22 6, Fax: ++43(0)42 13/2046-46, pichler@bildungshaus.at

Liste von deutschen Tauschringen in: BUNTE SEITEN von Contraste (contraste@link-n.cl.sub.de)

In der Contraste Nr.163 (April 1998) und Nr.171 (Dez. 98) waren Tauschringe das Schwerpunktthema.

Fachredaktion Tauschen: Sozialagentur E. Kleffmann / Deutsches Tauschring-Archiv, Hasenkamp 30, D-49504 Lotte, Tel. 05404-72400, Fax 05404-48 22, <http://www.tauschring-archiv.de>, eMail: archiv@tauschring-archiv.de, Kontakt: Klaus Kleffmann

Immer noch empfehlenswert ist die Faxabrufliste mit aktuellen Adressen der Tauschringe – einfach mit dem eigenen Faxgerät die Nummer anwählen und auf "Start" drücken: Fax 030- 690 404 67. Diese Liste wird vom Kreuzberger Tauschring erstellt. Enthalten sind ca. 270 Adressen.



Berlin-Berlin

Zweimal Berlin vor ca. 20 Jahren: Die Suche nach Alternativstrukturen zum Arbeiten und Leben hat viele erfaßt. Mit großem Schwung gründen sich verschiedenste Gruppen, Netzwerke und Austauschformen. Heute gibt es einige noch, doch viel vom alten Glanz ist ab.

Netzwerk Selbsthilfe – Der Traum ist aus?

Auf den ersten Blick verbirgt sich dahinter ein kleines Büro im Berliner Alternativen-Zentrum "Mehringhof", das einige politische Projekte unterstützt, die anderswo keine oder zu wenig Gelder aufreiben können. In diesem Jahr profitieren davon verschiedene Berliner Gruppen wie das Anti-Diskriminierungsbüro, die Anti-MAI-Gruppe, F.e.I.S., die Zeitschrift "cult" und andere. Ein zweiter Blick zeigt mehr von den Zielen und Ansprüchen der Netzwerk-Arbeit: Unabhängig von Staatskohle kommen die Fördergelder aus einer Gruppe von knapp 1000 FördererInnen. Es geht den NetzwerkmacherInnen um eine Politik von unten, um kleine Projekte, die größere Steine ins Rollen bringen, um alternative Lebensqualität in Berlin.

Der Blick zurück offenbart eine spannende Geschichte von einem Häuflein Menschen, die mit großer Energie darangingen, Berliner Kiezkultur, alternative Ökonomie und solidarisches Miteinander aufzubauen. 1978 kamen diese Leute aus der Hausbesetzungsbewegung und den Kollektiv-Betrieben, die Berlin ein neues Gesicht geben wollten. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob da wirklich etwas entstehen könnte. In den Räumen des Netzwerkes war immer etwas los. HausbesetzerInnen entwickelten Strategien, an Verträge für ihre Häuser heranzukommen, KollektivistInnen debattierten Kooperationen und versuchten, Probleme gemeinsam zu lösen. Diskussionen um anderes Wirtschaften sowie um alternative Medienmacht führten zu der

Gründung zweier bekannter Einrichtungen: der Ökobank und der taz. Diese "Kinder" des Netzwerks Selbsthilfe sind groß geworden, vielleicht anders als ihre InitiatorInnen sich das vorgestellt hatten.

Das Netzwerk ist kleiner geworden. Es gründen sich kaum noch Kollektive, es gibt keine besetzten Häuser mehr. Die Förderanträge haben konkrete Alltagspolitik zum Hintergrund, keinen Aufbau von alternativer Ökonomie und Kiezstruktur mehr. Ob sich das noch einmal ändert? Die Suche der heutigen NetzwerkerInnen nach Perspektiven für ein Netzwerk, daß viele tragen und wollen, ist nicht beendet. Mitsuchen ist ebenso erlaubt wie lernen aus den Erfahrungen und schöpfen aus dem Wissen der Gruppe. Förderanträge können nur Berliner Gruppen stellen.

Netzwerk Selbsthilfe, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 030/6913072, e-mail: Netzwerk-Berlin@t-online.de.

Der PAULA-Projektverbund

Einige LehrerInnen und Auszubildende der FU Berlin des Bereiches Arbeits- und Berufspädagogik werden entlassen bzw. nicht übernommen. Der Ärger ist groß, doch statt umzuschulen oder zu resignieren gründet die Gruppe ein gemeinsames Projekt PAULA (Projekt der Auszubildenden und Lehrer der Arbeits- und Berufspädagogik). Daraus gehen schon bald mehrere Netzwerke und Projekte hervor, die alle die berufliche Selbsthilfe zum Thema haben: Das Technologie Netzwerk Berlin, das kommunale Forum Wedding sowie zur besseren Handha-

lung PAULA e.V. und PAULA GmbH. Auch hier sind inzwischen ca. 20 Jahre vergangen. Das Technologienetzwerk forscht mit wechselnden Forschungsaufträgen und gelegentlich ohne solche zu ökonomischer Selbsthilfe und lokaler Entwicklung in Europa. Es pflegt einen interessanten Austausch mit ähnlichen Ansätzen in vielen Ländern und bietet in seiner "Bildungsstätte ökonomischer Selbsthilfe" Unterstützung für Projekte, die ökonomisch auf eigene Füße kommen wollen.

Das kommunale Forum Wedding probiert vieles von dem aus, was im Technologie-Netzwerk erforscht wird: konkret im Kiez wird an Nachbarschaftsprojekten gearbeitet, Betriebe vernetzt und lokale Dienstleistungen wie ein Altenhilfeprojekt gestartet. Die Aktiven im Projektverbund wollen heute wie vor 20 Jahren von ihrer Arbeit leben. Oft hangeln sich die einzelnen Bereiche von Auftrag zu Auftrag und Förderung zu Förderung. Einen Riesenumbuch im Kiez hat das Engagement nicht zur Folge gehabt, aber dennoch haben viele Menschen etwas mitbekommen, gibt es einen Nachbarschaftsladen und verschiedene lokale Betriebe, die miteinander und mit dem Netzwerk zusammenarbeiten. In Kooperation vor allem mit der Technischen Universität bringen die ForscherInnen des Verbundes immer wieder Themen an die (Fach-) Öffentlichkeit.

PAULA-Projektverbund, Technologie-netzwerk Berlin, Kommunales Forum Wedding, Wiesenstr. 29, 13357 Berlin, 030/46507345.



Themenredaktion "Local economy"

Jutta Sundermann
Friedensallee 6,
27283 Verden
04231/957-322,
Fax -400



Ö-Verteiler "Local economy"

- koop-telegramm
- TAK AÖ (Rundbrief)
- cash coop (interner Rundbrief)
- TauschringArchiv (interner Verteiler)

Zeitschriftenschau

- Contraste Augst '99:
- Freiburger Wohnungsbaugenossenschaften (S. 1, 6-9)
 - Kritik an Eso-Kommunen (S. 2)
 - Bewegungsarchive (S. 10)
 - Jugoslawien (S. 10-12)

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Herbst '99

● Kurz
notiert

37

Zapatistischer Kaffee auf dem Markt!

Der Kaffee stammt aus dem autonomen Landkreis San Juan de la Libertad im Hochland von Chiapas, in dem sich die indigenen Gemeinden im Zuge des Aufstandes der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN organisierten.

Die neugegründete Café Libertad Kooperative in Hamburg-Ottensen organisiert den Import und den Vertrieb dieses Kaffees in Deutschland und leistet politische Solidaritätsarbeit, mit dem Ziel, die indigenen Gemeinschaften in ihrem Kampf um Würde und Gerechtigkeit zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir durch unsere Arbeit den Aufbau einer ökonomischen Alternative stärken, die auf indigenen Erfahrungen, direkter Demokratie, Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit beruht und ebenso die Grundbedürfnisse der Menschen nach ausreichender Ernährung, ärztlicher Versorgung und lokaler Infrastruktur erfüllt.

Unser Partner in Chiapas ist die Sociedad de Solidaridad Social S.S.S. Mut Vitz (Gesellschaft der Sozialen Solidarität "Berg der Vögel"), in der sich aus 24 Dörfern im autonomen Landkreis San Juan ca. 1.000 Tzotzil sprechende KleinbäuerInnen zusammengeschlossen haben. Bei der Umstellung von natürlichem auf zertifiziert-biologischen Kaffeeanbau und der Festigung der Organisationsstrukturen wird Mut Vitz vor Ort vom unabhängigen Netzwerk "Enlace Civil" beraten, einer international anerkannten NGO, die wichtiger Ansprechpartner für Projekte in den zapatistischen Gebieten ist.

Unsere erste Kaffeelieferung haben wir im Juli über The Human Bean Company in Denver, Colorado/USA erhalten, die nach dreijähriger Vorarbeit mit zapatistischen Produzenten im Mai einen ersten Vertrag mit der Kooperative Mut Vitz über den Import ihres Kaffees abgeschlossen hat. Für die Zukunft hoffen wir, den Mut Vitz-Kaffee in biologischer Qualität direkt aus Mexiko importieren zu können.

Nun zu dem Konzept unsere Kooperative: Wir arbeiten nicht profit-orientiert und organisieren uns basis-demokratisch. Wie im alternativen Handel üblich, bezahlen wir für den Kaffee mehr als der Weltmarkt (mindestens 1,26 US-Dollar pro Pfund). Außerdem unterstützen wir

durch einen Spendenaufschlag von 0,50 DM je Kilogramm verkauften Röstkaffees Mut Vitz und andere oppositionelle Gruppen in Chiapas.

Für Anregungen zu unserem Konzept oder die Verwendung des Spendenaufschlags sind wir jederzeit offen. Natürlich freuen wir uns auch, wenn Sie/Ihr unser Projekt durch den Kauf von Kaffee (oder auf andere Weise) unterstützen.

Bisher bieten wir den Mut Vitz-Kaffee in zwei Variationen an:

Milde Röstung Café Libertad "El Durito" (der Käfer Durito ist der literarisch-politische Diskussionspartner des zapatistischen Sub-Kommandanten Marcos)

Espresso RebelDía (tägliche Rebellion).

- Windkraft ab 5.000 DM
- Baufinanzierung
- Renditebauparen 5% + Wohnungsbauprämie oder Bauen in Zukunft
- Vorsorgekonzepte (z.B. priv. Haftpflicht ab 70,- DM)

Karl-Anton-Str. 17 - 40211 Düsseldorf

☎ 0211-171 00 12
www.fairinvest.de

Ö-termine

24.-26.9. in Rostock

Bundestreffen der Tauschringe

Erfahrungsaustausch, Perspektivendiskussionen, Veranstaltungen zu rechtlichen Grundlagen und zur Öffentlichkeitsarbeit.
Kontakt: "Wi daun wat", Erich-Schlesinger-Str. 21, 18059 Rostock, 0381/4052923

27.-29.9.

Genossenschaftliche Selbsthilfe im 21. Jahrhundert

Tagung über Probleme und Zukunft genossenschaftlicher Selbsthilfe, über neue Formen selbiger, über unterschiedliche Ansätze in verschiedenen europäischen Ländern, über Netzwerke der Gemeinwesenökonomie. Kontakt: <http://www.nadir.org/periodika/contraste/terminka.htm>

8.-10.10 in Fulda

Region 2000 - neue Ansätze der Regionalentwicklung

Seminar über neue Modelle bürgerschaftlicher Beteiligung, integrierter Regionalplanung, Entwicklungsperspektiven. Agenda21-freundlich.
Kontakt: Akademie der kath. Landjugend, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef, 02224/946540

**Themenredaktion
"VerbraucherInnenpolitik"**

&

"Umwelt & Entwicklung"

Nicht besetzt.

Wer Interesse hat, sollte sich melden!



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

38

Herbst '99

• Kurz notiert



Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel./Fax 0451/7070646
jupluebeck@t-online.de

Zeitschriftenschau

bio-land 3/99
• Abokisten & Lieferdienste
• Öko-Tiefkühlkost Hühnerhaltung
• Fruchtfolgen im Gemüsebau

bio-land 4/99
• Heil- und Gewürzkräuter
• Moisanbau
• EU-Tierhaltungsverordnung
• Öko-Prüfzeichen
• Ökolanbau in Schweden
• Agenda 2000

Naturland magazin 2/99
• Shrimps aus ökologischer Erzeugung
• Öko-Wald
• Gensaatgut
• Öko-Winzer contra Genwein

Ökologie & Landbau 3/99
• Biologisch-dynamische Landwirtschaft
• Mykorrhizen fördern die Stickstoffaufnahme
• Ökologischer Landbau in Mexiko
• EU-Tierhaltungsverordnung
• Agenda 2000

Erster Prozeß gegen Nachbaugebühren

Bauern müssen den Sortenschutzinhabern Auskunft darüber geben, wieviel Saatgut sie aus ihrer eigenen Ernte im nächsten Jahr wieder aussäen. Diese Meinung vertrat das Landgericht Mannheim im bundesweit ersten Prozeß um den Nachbau von Saatgut. Vier Bauern waren von der Saatgut-Treuhandverwaltung (STV) als Vertretung der Pflanzenzüchter verklagt worden, weil sie sich weigerten, der STV in einem Fragebogen Auskunft über den Umfang der auf ihren Äckern nachgebauten Früchte zu geben. Seit 1998 verlangen die Saatguthersteller von den Bauern Lizenzgebühren für nachgebautes Saatgut. Die Strategie der Sortenschutzinhaber besteht darin, den Nachbau von Saatgut so teuer zu machen, daß nur noch zertifiziertes (Z-) Saatgut gekauft wird.

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, AbL, 04131-407757

Ökolanbau bezieht Position zur Agenda 2000

Es gibt aus Sicht des Ökologischen Landbaus zahlreiche Kritikpunkte an der Agenda 2000: Dies sind unter anderem die Preissenkungen, die auch den Ökolanbau treffen werden, weiterhin die Beibehaltung der obligatorischen Flächenstilllegung, die Erhöhung der Silomaisprämie sowie die Beibehaltung der an die Produktion (Erträge, Viehbestände) gekoppelten Direktzahlungen. Kritisiert wird auch, daß die Agenda 2000 den Ökologischen Landbau nicht erwähnt, obwohl er zahlreiche Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verwirklicht. Positiv wird bewertet, daß diese Reform der GAP erstmalig Ansätze zu flächenbezogenen Zahlungen sowie die Möglichkeit deren Differenzierung nach Umweltkriterien beinhaltet. Ein guter Punkt sei auch die zweite Säule der Agrarreform – die Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raums -, die zahlreiche Möglichkeiten zur Förderung des Ökolanbaus eröffnet. So solle im Rahmen der Agrarumweltprogramme der Ökologische Landbau angemessen gefördert werden, die Förderung des integrierten Landbaus sollte abgeschafft werden. Bei der Investitionsförderung sollte der Ökologische Landbau bevorzugt werden, insbesondere bei Stallumbauten.

IFOAM-Regionalgruppe deutschsprachige Länder, Helga Willer, SÖL, 06322-66002, willer@soel.de

Öko-Tierhaltungsverordnung

Der Agrar-Ministerrat der EU hat auf seiner Sitzung am 15. Juni Einigkeit über die künftigen Regeln für die ökologische Tierhaltung erzielt. Damit steht der baldigen Verabschiedung dieser lange erwarteten Erweiterung der EG-Verordnung Ökolanbau nichts mehr entgegen. Sei-

tens der AGÖL wird dieser wichtige Schritt auf dem Weg zu einer EU-einheitlichen Regelung der ökologischen Erzeugung von tierischen Lebensmitteln, wie Milch, Fleisch oder Eier, begrüßt. Allerdings verlangt die europäische Verordnung nicht die Umstellung des Gesamtbetriebes einschließlich pflanzlicher Erzeugung und Tierhaltung auf die ökologische Bewirtschaftung. Die AGÖL betont daher die Bedeutung des von den Organisationen des Ökolanbaus in Deutschland gepflegten ganzheitlichen Systemansatzes.

Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL) e. V., www.agoel.de

Internationale Richtlinie verabschiedet

Für den Ökolanbau gelten jetzt weltweit harmonisierte Regeln. In der Codex Alimentarius Kommission sind 165 Staaten vertreten, die am 1. Juli in Rom Richtlinien für ökologisch produzierte pflanzliche Lebensmittel verabschiedete. Der Codex Alimentarius ist ein umfangreiches System technischer Normen für Lebensmittel, das gemeinsam von FAO (Welt-Ernährungs- und Agrarorganisation) und WHO (Weltgesundheitsorganisation) seit 1961 entwickelt wird. Der Ökolanbau wird als Agrarwirtschaft ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und ohne Gentechnik in ei-



nem ganzheitlichen Produktionssystem beschrieben, das sich auf biologische Kreisläufe stützt. Die Richtlinien enthalten auch Mindestanforderungen an die Kontrolle und Vorschriften für die Deklaration. Jetzt ist weltweit verbindlich klargestellt, daß Öko-Produkte ohne Einsatz der Gentechnik hergestellt werden. Damit haben die Öko-Bauern Anspruch auf Schutz vor Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft.

Otto Schmid, Forschungsinstitut für biologischen Landbau, 0041-628657253, otto.schmid@fibl.ch

Kriterienkatalog zur Bewertung der "guten fachlichen Praxis"

Das Bundesamt für Naturschutz hatte im Rahmen des Umweltforschungsplans 1998 die "Entwicklung eines Kriterienkataloges zur Bewertung der guten fachlichen Praxis" in der Landwirtschaft ausgeschrieben. Dieses Projekt wird seit Herbst 98 von Mitarbeitern des Instituts für ländliche Strukturforchung an der Universität Frankfurt bearbeitet. Ziel ist es, den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisstand über die direkten und indirekten Einflüsse der Landwirtschaft auf Flora, Fauna und Lebensräume zu dokumentieren, qualitativ und quantitativ einzuschätzen, sowie darauf aufbauend einen naturschutzfachlichen Kriterienkatalog zur Bewertung der "guten

Sortenschutz: Die Wiedereinführung des Zehnten?

Seit es Ackerbau gibt, haben Bauern Pflanzen angebaut, sie veredelt und verbessert, also Pflanzen gezüchtet. Die Pflanzenzüchter der Neuzeit haben in der ganzen Welt Landsorten und auch Wildpflanzen gesammelt, ohne etwas dafür zu bezahlen. Sie haben daraus verbesserte Sorten gezüchtet und kassieren eine Lizenzgebühr beim Verkauf des Saatgutes. Damit sind sie jedoch jetzt nicht mehr zufrieden. Sie behaupten, die geschützten Sorten seien ihr "geistiges Eigentum". Sie meinen, so wie die GEMA bei dem "Nachspielen" von Liedern Gebühren verlangen zu können, so könne man auch bei jedem "Nachbauen" geschützter Pflanzensorten Gebühren verlangen. Daß das Komponieren von Liedern geistiges Eigentum der Komponisten ist, ist wohl nicht zu bezweifeln. Die Pflanzensorten der Pflanzenzüchter sind jedoch aus den "allen gehörenden" alten Landsorten und Wildpflanzen gezüchtet worden. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat eine Interessengemeinschaft "Gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren" gegründet und

meint, wenn ein Bauer Saatgut gekauft und Lizenzgebühren bezahlt hat, dann ist es sein Eigentum. Den zum größten Teil zu multinationalen Chemiekonzernen gehörenden Sortenschutzinhabern ist es gelungen, daß unbemerkt von der Öffentlichkeit, ein neues EU Sortenschutzgesetz und ein neues nationales Sortenschutzgesetz 1997 verabschiedet wurde. Die Gesetzgeber haben in den Gesetzen weder die Höhe der Gebühren festgesetzt noch konkrete Ausführungs- und Kontrollbestimmungen erlassen. So wie früher die Fürsten es dem niederen Adel überlassen haben, die Höhe ihres Lehens selber festzusetzen und von den Bauern einzutreiben, so überlassen es heute die Gesetzgeber den Pflanzenzüchtern die Nachbaugebühren festzusetzen und einzutreiben. Sogar die Überwachung der Landwirte haben die Gesetzgeber den Sortenschutzinhabern übertragen.

Interessengemeinschaft Gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, AbL, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg



Der Infodienst für Umweltdaughterinnen

Herbst '99

• Kurznotiert



fachlichen Praxis" auf Anwenderebene zu entwickeln.

Karlheinz Knickel, Inst. f. Ländliche Strukturforschung, J.W.Goethe-Universität, 069-775001, Knickel@em.uni-frankfurt.de

Permakulturprojekt sucht MitstreiterInnen

Nah der Kleinstadt Verden gibt es ein 7 ha großes Gelände, das eine Gruppe junger Menschen bearbeitet. Ein Teil des Geländes besteht schon aus Hochwald, andere sollen in frucht-, nuß- und gemüsetragende Waldgärten, Niederwälder und reine Naturschutzbiotope verwandelt werden. Die AktivistInnen verfolgen mit dem Projekt bis jetzt keine kommerziellen Ziele, sondern sind interessiert an Naturschutz, Selbstversorgung, Forschungen und Erfahrungen im Bereich der Permakultur. Permakultur ist eine bestimmte Art, Landschaften und Ökosysteme zu gestalten, die experimenteller und radikalökologischer als z.B. biologisch-organische Landwirtschaft ist. Hier werden die Stärken und Wechselwirkungen innerhalb natürlicher Ökosysteme nachgeahmt und die Kräfte der Natur möglichst optimal eingesetzt. Neben dem Inhaltlichen sind Gleichberechtigung und ein aufmerksamer Umgang in der Gruppe wichtig.

Besuchstag: 25.9. in Verden, Allmende e.V., 04231-957 571



Allergien durch "Öko"-Insektizid

Das Insektizid Bt (Bacillus thuringiensis) steht im Verdacht, allergische Reaktionen auszulösen. Das berichten Forscher der University of Cincinnati (USA), die eine erhöhte Bt-Allergie-Sensitivität bei Erntearbeitern festgestellt haben. Bei Personen, die mit Bt-gespritzten Pflanzen in Berührung kamen, wurde eine erhöhte Allergie-Sensitivität gefunden. Bestätigt sich dieser Verdacht, bedeutet dies besonders für den Ökologischen Landbau eine schlechte Nachricht: Bt-Toxine werden im Ökolandbau seit 30 Jahren

Ökolandbau ist für Naturschutz unerlässlich!

Vom 21. bis 23. Mai fand in Vignola (Italien) erstmalig ein internationaler Erfahrungsaustausch von Naturschutz- und Ökolandbau-Organisationen zum Thema ökologischer Landbau und Biodiversität statt. Die Ergebnisse über die Bedeutung des Ökologischen Landbaus für den Naturschutz und die biologische Vielfalt mündeten in die "Erklärung von Vignola" und in einen Aktionsplan.

Der Aktionsplan und die Erklärung von Vignola sind im Internet abrufbar (<http://www.soel.de/ifoam/biodiversity>). IFOAM, Bernward Geier, Hofgut Imsbach, D-66636 Tholey-Theley

10% Öko-Anbaufläche in 5 Jahren

Innerhalb von 5 Jahren soll der Flächenanteil des Ökologischen Landbaus von derzeit 2 auf mind. 10 Prozent steigen, so fordert es der NABU im Rahmen seiner Kampagne "Landschaft schmeckt". In einem Szenario wurden zunächst einmal die Zielflächen und Zielmengen für die einzelnen Erzeugnisse berechnet. Für den Single-Haushalt bedeutet dies: 3 kleine Brote, 1,5l Milch, 0,5kg Kartoffeln, 4 Eier und 75g Fleisch pro Monat aus ökologischer Erzeugung genügen, um das 10%ige Ziel zu erreichen.

Herausgeber der Studie: NABU, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn

Öko H-Milch

Die Molkerei Berchtesgadener Land macht es möglich: Ab jetzt braucht kein Umweltbewußter auf die praktische H-Milch verzichten. Diese haltbare Milch gibt's in der schlanken Tetra-Slim-Verpackung und ist im Gegensatz zur herkömmlichen Milch um 50% geringer erhitzt.

Naturland magazin 2/99

Ökoprodukte boomen in den USA

Ökoprodukte in den USA verzeichneten im Jahr 1997 durchschnittliche Zuwachsraten beim Verkauf von 36%. Für Milch wurden Zuwächse von 73% verzeichnet und für Eis gar um 292 Prozent. Im Jahr 2000 wird mit Einnahmen im US-Biosektor von 9,2 Milliarden Dollar gerechnet.

Naturland magazin 2/99

Institut für Ökologie

Unsere Spezialitäten:

Umfassende Gutachten und Konzepte für (Kirchen-)Gemeinden Verbände und Vereine LandwirtInnen usw.

Außerdem: Beratung für Umweltgruppen, Vorträge und Seminare. Veröffentlichungen. Umweltbildung. Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Angebote zu.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14 A, 23843 Bad Oldesloe

Ö-Verteiler "Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.

Informationen im Internet

Viele Links, Termine und Hintergrundinfos: www.soel.de

Informationsdreh Scheibe für gentechnikfreie Produkte: www.biogene.org

Datenbank InfoXgen für eine Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik: www.infoxgen.com

Nachrichtendienst Landwirtschaft & Naturschutz: www.agrar.de

Der Tip:

Handbuch Angewandter Biotopschutz - dick und recht teuer ist es, aber das lohnt sich auch. Umfangreiche Sammlung für den praktischen Biotopschutz, mit ökologischen Grundlagen, Kartierungs- und Planungsmethodik, Durch- und Umsetzung einschl. Rechtsfragen und Finanzierungstips, Kartierungsbögen, Gesetzestexte und Beispiele. Die Loseblattsammlung wird z. Zt. halbjährlich aktualisiert.

Ca. 1100 S., in 2 farbigen Ordnern ... für 178 DM (bei Abo der Nachlieferungen)
ISBN 3-609-75490-7. Autor: Jörg Bergstedt.



Ö-termin

12.10. in Wiesbaden: **Einsatz aller Haustierrassen** in Naturschutz und Landschaftspflege Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt, NRW, 02932-4201.

12.10. in Eichenhof/ Rommersheim (RLP) **Umweltschonendes Pflügen** Fachseminar mit Vorträgen, Feldbegehung und Maschinendemo Dr. Ulrich Hampf, Stiftung Ökologie & Landbau, 06322-8666

29.10. in Frankfurt **Tagung für Kulturpflanzenvielfalt und Biologische Pflanzenzüchtung.** Zuchtziele, Zuchtmethoden und Sortenkriterien für eine Pflanzenzüchtung für den ökologischen Landbau Cornelia Wiethaler, NABU-Projekt "Kulturpflanzenvielfalt", 07551-912-00, Fax -01,

12.-14.11. Ort: ? **Soja-Seminar** vom Bündnis "Soja und Menschenrechte" & dem 3. Welt-AK des evangelischen Bauernwerks Dr. Bernhard Walter, 07961-9055-30, Fax -66



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

40 Herbst '99
● Kurz notiert



**Themenredaktion
"Politik
von unten"**

Jörg Bergstedt,
c/o O-Punkte
Ludwigstr. 11,
35447 Reiskirchen
Tel. 06401/90328-3,
Fax -5
oe-punkte@gmx.de

&
Thomas Fiedler
c/o ICC, Haus der
Demokratie
Friedrichstr. 165,
10117 Berlin
Tel. 030/2045-3190,
Fax -5857
icc-cic@t-online.de

Umzug!

Die "Inter Citizens' Conferences" (ICC), d.h. also auch die Themenredaktion, zieht demnächst um.

Es besteht die Hoffnung, daß die Telekom die Umstellung der Telefone schaffen wird. Die neue Adresse voraussichtlich ab Mitte September.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Zeitschriftenschau

Zeitschrift für Direkte
Demokratie 2/99

• Sonderheft zum Gesetzentwurf zum bundesweiten Volksentscheid

Mitarbeiten 2/99

• Bürgergesellschaft (S. 1-2)
• Zukunftskonferenz (S. 3)

Es wird konkret: Vorschlag zum Volksentscheid

Mehr Demokratie hat in der Ausgabe 2/99 der "Zeitschrift für Direkte Demokratie" den Vorschlag für ein bundesweites Gesetz zum Volksentscheid vorgelegt. Zudem findet sich der genaue Zeitplan der Kampagne sowie die Eckpunkte des Papiers. Gut ist dabei, daß auch abweichende Voten und Bedenken in der Synopse übersichtlich vermerkt sind. So ist der Diskussionsablauf gut nachvollziehbar. Mit diesem Vorschlag will Mehr Demokratie nun allmählich in die heiße Phase einsteigen. Nach einigen Anhörungen zum Entwurf soll im Jahr 2000 das Bündnis für einen Volksentscheid geschmiedet werden. Im Jahr 2001 geht es dann um die erste Stufe, eine Volksinitiative, die 100.000 Unterschriften benötigt.

ZfDD, c/o Mehr Demokratie, Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, 089/8211-774, Fax -176, bundesbuero@mehr-demokratie.de

Positionspapier zur Direkten Demokratie

Das Institut für Ökologie, Fachbereich Politik&Wirtschaft, hat sein angekündigtes Papier zur Direkten Demokratie vorgelegt. Dabei wird die direkte Demokratie als Schritt zu einer emanzipatorischen Gesellschaft begrüßt. Jedoch müßten die Abstimmungsverfahren so ausgelegt sein, daß alle Menschen, nicht nur die Wahlberechtigten, mitstimmen dürften und daß in einer qualifizierten, transparenten Diskussion vor der eigentlichen Abstimmung Anregungen und neue Vorschläge in das Verfahren einfließen können. Hauptpunkt des Positionspapiers ist die Auseinandersetzung mit den fehlenden demokratischen Strukturen in der Gesellschaft insgesamt. So wird angemerkt, daß eine alleinige Anlehnung von Volksentscheiden an parlamentarische Befugnisse gerade in einer Zeit, in der zunehmend Konzerne und Medien die Gesellschaft dominieren und politische Strukturen immer

weiter zentralisiert werden, zu wenig ist. Ziel muß eine durchgreifende Demokratisierung der gesamten Gesellschaft sein. Eine Dezentralisierung politischer Strukturen ist dafür unerlässlich. Das Positionspapier ist im neuen Reader "Politik von unten" enthalten.

Der Reader kann gegen 12 DM plus Porto beim Institut für Ökologie, Fachbereich Politik&Wirtschaft, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen bestellt werden.

Erstes Resümee in Hamburg

Mehr Demokratie Hamburg hat nach den ersten BürgerInnenentscheiden ein erstes Fazit gezogen:

➤ Die Höhe der erforderlichen Beteiligung (Quorum) ist auf keinen Fall zu niedrig, wie die 4 bisher gescheiterten Unterschriftensammlungen gezeigt haben.

➤ Die Zahl der ungültigen Unterschriften fällt außergewöhnlich hoch aus, dies liegt wahrschein-



Für Volksentscheide ... damit die BürgerInnen mitentscheiden können!

Demokratie kann nicht allein den Parteien überlassen werden. Alle vier oder fünf Jahre wird ein Parlament gewählt, und dann haben die Bürgerinnen und Bürger kaum noch Einfluss auf das, was dort beschlossen wird. Immer wieder fallen Beschlüsse sogar offensichtlich gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung – oder das, was das Volk für wichtig hält, wird gar nicht wahrgenommen. Aber schon im Grundgesetz steht: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt." (Artikel 20)

Volksabstimmungen sind bisher in Deutschland die Ausnahme. Das liegt daran, dass die jetzigen Vorschriften die Möglichkeiten stark beschränken. Viele Themen sind nicht zugelassen, dann müssen meistens in sehr kurzer Zeit die Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt werden, und schliesslich gelten beim Volksentscheid nicht die Regeln wie bei Wahlen: Wenn eine Mindeststimmzahl (das Quorum) nicht erreicht wird, wird auch ein klarer Mehrheitsbeschluss nicht anerkannt. In Baden-Württemberg konnte wegen dieser Hindernisse noch nie ein landesweiter Volksentscheid zustande kommen. Die Schweiz, in der das Volk nicht so bevormundet wird, ist dagegen zu Recht das internationale Vorbild für Demokratie. Aber auch in Bayern sind freie Volks- und Bürgerentscheide eine Selbstverständlichkeit geworden und sorgen dafür, dass die Obrigkeit nicht zu mächtig wird – das ist ein Erfolg der Demokratiebewegung, an der sich immer mehr Menschen beteiligen.

Mehr Demokratie e.V. Baden-Württemberg möchte zunächst erreichen, dass die Bürgerentscheide in Städten und Gemeinden erleichtert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen den ihnen zu-

stehenden Einfluss auf die Politik bekommen. Das soll vor allem dadurch geschehen, dass in Zukunft über alles Wichtige abgestimmt werden kann und das Quorum von 30 % der Stimmberechtigten wegfällt. Bei dem ausnahmsweise gelungenen Bürgerentscheid in Karlsruhe zur U-Strab waren trotz deutlicher Mehrheitsverhältnisse mehr Stimmen erforderlich als für die Wahl des Oberbürgermeisters! Damit dies neu geregelt werden kann, muss die baden-württembergische Gemeindeordnung geändert werden, und dafür soll es demnächst einen landesweiten Volksentscheid geben.

Die erste Stufe auf diesem direkten demokratischen Weg ist die Einleitung eines Volksbegehrens. Die nötige Zahl von Unterschriften ist inzwischen überschritten; es wird allerdings noch weiter gesammelt, um die Stärke der Initiative zu zeigen. Voraussichtlich im kommenden Frühjahr findet das Volksbegehren statt. Dann müssen sich innerhalb von zwei Wochen mindestens 1,2 Millionen Wahlberechtigte auf Ämtern in Listen eintragen. Anschliessend könnte der Volksentscheid angesetzt werden. Dann sind noch einmal die Stimmen von einem Drittel aller Wahlberechtigten des Landes nötig.

Mehr Demokratie hat als weiteres Ziel, auch die Regelung für den landesweiten Volksentscheid in Baden-Württemberg zu verbessern. Ähnliche Bemühungen gibt es derzeit in anderen Bundesländern. Zugleich wird jetzt schon die Einführung des bundesweiten Volksentscheides vorbereitet. Mit einer selbst organisierten Volksabstimmung soll dem Bundestag verdeutlicht werden, dass die Zeit dafür reif ist.

Wie an vielen anderen Orten hat sich in Karlsruhe ein Aktionskreis von Mehr Demokratie gegründet. Bürgerinnen und Buerger, die sich für die Demokratie einsetzen wollen, sind herzlich willkommen. Die Treffen des Aktionskreises sind in der Regel jeweils am 2. Mittwoch eines Monats um 19.30 Uhr im "El Greco", Augartenstr. 27.

Mehr Demokratie e.V., Landesverband Baden-Württemberg, Aktionskreis Karlsruhe. Jürgen R. Wenzel, Rittnerstr. 66A, 76227 Karlsruhe, Tel. 0721-494415, Fax 0721-386888, karlsruhe@mehr-demokratie.de, www.mehr-demokratie.de/Baden/kahaupt.htm.

Spenden sind steuerlich absetzbar: Kto. 5819999010, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 37020500.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

● Kurz notiert



lich an der Schwierigkeit, die Bezirks-
grenzen genau zu berücksichtigen.

➤ Bürgerbegehren sind in Einzelfällen
bereits erfolgreich, bevor es zur Abstimmung
kommt.

Presseinfo vom 24.6.1999

Bessere Regeln für Volksentscheide angestrebt

In Bayern haben zwei Volksentscheide
die nötigen Unterschriften für die erste
Stufe erreicht. Dabei sollen die Möglich-
keiten für die Abstimmungen verbessert
werden, u.a. durch die Aufnahme einer
Regelung, daß sich Abstimmungsgegen-
stände auch auf den Staatshaushalt aus-
wirken dürfen und für die Zulassung zur
Abstimmung nur noch fünf Prozent der
Wahlberechtigten unterschreiben müs-
sen. Für kommunale BürgerInnenent-
scheide soll künftig wieder das
Mehrheitsprinzip gelten – die
CSU hatte im Frühjahr 99
handstreichartig die Bedingun-

gen verschlechtert, indem Enthaltungen
plötzlich wie Gegenstimmen gewertet
würden. Zudem hatte die Landesregie-
rung weitere Verschlechterungen be-
schlossen, die dem Votum der BürgerIn-
nen entgegenstehen: Ein Zustimmungs-
quorum wurde eingeführt, zudem sind
Entscheide nur noch ein Jahr bindend,
dann kann der Gemeinderat weiterma-
chen wie zuvor. Auf diese Weise und
über die Amtshilfe des Bayrischen Verfas-
sungsgerichtes (deren Besetzung von der
CSU kontrolliert wird!) hat die CSU jetzt
ihre Version der Abstimmungsmoda-
litäten durchgesetzt, obwohl diese bei der
Abstimmung am im Oktober 1995 noch
mit 38,7 Prozent deutlich unterlegen
war.

Mehr Demokratie, Fritz-Berne-Str. 1,
81241 München, 089/8211-774, Fax
-176



Berichte von BürgerInnen-Entscheiden

Macht der Politik

Am 23. Juni 1996 hat die Mehrheit
der Marktrechwitzter WählerInnen die Ein-
richtung einer FußgängerInnenzone be-
schlossen. Der Stadtrat entschied jedoch
mit 24:1 (!) Stimmen, diesen Beschluß
einfach nicht umzusetzen. Beschwerden
per Dienstaufsichtsbeschwerde oder Peti-
tion blieben erfolglos. Selten wurde so of-
fensichtlich, wie weit der Abstand zwi-
schen Politik und BürgerInnen sein kann
und wer trotz der formalen Demokratie
tatsächlich das Sagen hat.

Hamburg-Altona: Direkte Demokratie ausgehebelt?

Mit einigen Verfahrenstricks versucht
die Hamburger Stadtregierung, den Be-
bauungsplan Altona-Altstadt 21 von jegli-
chen Mitbestimmungsrechten der Bürge-
rInnen fernzuhalten. Hauptakteur ist aus-
gerechnet der GAL-Senator Wilfried Mai-
er, der dem Bezirk die Planungskompe-
tenz entzog. Nun soll die Bürgerschaft
entscheiden - und zwar schnell. Der Trick
dabei: Auf hamburgischer Ebene besteht
keine Möglichkeit zum BürgerInnenent-
scheid. Somit wäre die B-Planung allein
in politischen Gremien zu entscheiden.

Kontakt: Rettet das Elbufer, Marcus Hil-
ler, Tel. 040/3860033-3, Fax -4.

Niendorfer Initiative für Grünen Ring gescheitert

Auf recht ungewöhnliche Art ist das
BürgerInnenbegehren für einen Grünen
Ring gescheitert. Von 7229 Unterschrif-
ten waren nur 5580 gültig – 179 zu we-

nig. Das beweist, wie wichtig es ist,
deutlich mehr Unterschriften als die erforderliche
Zahl zu sammeln, um ein ausrei-
chendes Polster zu haben. Rechtlich
überprüft werden soll noch eine Aktion
der SPD, während der dafür in die Länge
gezogenen Auszählung der Unterschrif-
ten mit AnwohnerInnen zu verhandeln
und 150 von ihnen zur Rücknahme der
Unterschriften zu bewegen. Immerhin:
Für alles mußten einige Zugeständnisse
gemacht werden, so daß das BürgerIn-
nenbegehren einige Wirkungen hatte.

Gescheitert: Begehren gegen Fixerstuben und Wohnheim

Die drei BürgerInnenbegehren, die
sich jeweils gegen Minderheiten richteten,
sind in Hamburg gescheitert. Das
spricht gegen die Angst, die teilweise als
Argument gegen direkte Demokratie an-
gebracht wird, daß sich bürgerliche
Mehrheiten auf Kosten von Minderheiten
durchsetzen werden.

Volksbegehren "Unabhängige Richter"

In Bayern werden Verwaltungsrichte-
rInnen immer noch allein vom Innenmi-
nisterium zugelassen - die regierende
Verwaltung ernennet ihre eigenen Kontrol-
leurInnen. Dagegen wendet sich ein Bür-
gerInnenbegehren, das von den Grünen,
den Freien Wählern, der FDP und ÖDP,
ASJ und den Jusos sowie verschiedenen
Organisationen unterstützt wird.

Kontakt: Mehr Demokratie, 089/
8211-774, Fax -176

Rechtsstreit in Nordrhein-Westfalen

Die rotgrüne Landesregierung hat das
angestrebte Begehren für einen landes-
weiten Volksentscheid untersagt. Wieder
einmal zeigt sich, daß alle Mächtigen -
egal welcher Partei - GegnerInnen von
direkter Demokratie sind, weil ihre Macht
beschnitten würde. Mehr Demokratie
Nordrhein-Westfalen hat am 30. Juli ge-
gen das Verbot Klage eingereicht.

Mehr Demokratie, 02203/592859

Expo und Agenda auf dem Vormarsch

Fast alle Organisationen, die sich im
Bereich neuer BürgerInnenbeteiligungs-
modelle tummeln, unterstützen die Expo
2000 und die Agenda 21 - oder sind dort
direkt aktiv. Beide, Expo und Agenda,
sind von der Zielrichtung aber gegen
Selbst- und Mitbestimmung ausgerichtet.
Insofern zeigt sich, daß sich worthülse-
reiche Beteiligungsexperimente ohne
echte Mitbestimmungsrechte und die
Sympathie für neoliberale Konzepte nicht
ausschließen, sondern sogar zusammen-
gehören: Das eine ist die Mogelpackung
für das andere. Um echte Beteiligungs-
rechte durchzusetzen, wird nötig sein, die
anti-emanzipatorischen Ziele von Agenda
21 und Expo 2000 klar zu benennen.
Beispiele für positive Bezüge auf Expo
(siehe auch Ö-Punkte 2/99) und Agen-
da sind der Rundbrief für Bürgerbeteili-
gung, wo die Agenda prägend ist und
mehrere Expo-Projekte als Bürgerbeteili-
gung dargestellt werden, die Stiftung für
die Rechte zukünftiger Generationen (in-
itiiert von ehemaligen KinderrechtlerIn-
nen!), die auf der Expo mitarbeitet, sowie
das Netzwerk Zukunft, das die Expo
hochjubelt und in dem u.a. auch die Stif-
tung Mitarbeit beteiligt ist.

Literatur

Paul Ackermann
Bürger-Handbuch
(1999, Wochenschau in
Schwalbach, 213 S.)
Hohe Informationsdichte,
locker aufgemacht und
die ganze Breite möglicher
Formen des BürgerInnen-
engagements darstel-
lend: So präsentiert sich
dieses Taschenbuch als
optimaler Einstieg für alle,
die einen Überblick über
die Möglichkeiten zum
Handeln gewinnen wollen.

**Ö-Verteiler
"Politik
von unten"**

• Mehr Demokratie
(interner Verteiler)

Ö-termine

15./16. Oktober in Hamburg
planning for real
Experimentelle Werkstatt zur Methode
Info: Brigitte Voß, 040/8901848-8, Fax -9

28.-31.10. in Freiburg
StadtVisionen
Nachhaltige Stadtentwicklung und Bürger-
beteiligung am Beispiel Vauban
Info: Laurenz Hermann, Forum Vauban e.V.,
0761/407-773, Fax -395

20.+21. November
**Tagung zu mehr
Demokratie in Europa**
Infos: Roman Huber, Mehr Demokratie Mün-
chen, 089/82020346

20. November + 4. Dezember in Hamburg
**1.+2. Hearing zum Gesetzentwurf
"Bundesweiter Volksentscheid"**
Infos: Claudia Nierth, Mehr Demokratie Ham-
burg, 040/7769100

26.-28. November in Loccum
**Bundestagung "Modelle der lokalen
Bürgerbeteiligung"**
Jährliches Treffen zum Austausch von Beteili-
gungsmethoden
Info: Adrian Reinert, 0228/60424-14, Fax -22

6.-10. Dezember
Planungsseminar z. Volksbegehren
Info: Claudia Nierth, so.

Quellen und Datenbanken

- <http://members.aol.com/paust100/>
Texte, Leitfaden, Links
(Andreas Paust, Mehr De-
mokratie Nordrhein-West-
falen)
- <http://www.uni-marburg.de/fbo3/neu/fsbbdd>
Forschungsstelle für Bür-
gerbeteiligung und Direk-
te Demokratie
Schwerpunkte:
• Konfliktlösungsverfahren
• Wirkung von Bürgerbe-
teiligungs- und direkt-de-
mokratischen Verfahren
- <http://europa.crossnet.ch>
europa-magazin, Forum
für direkte Demokratie



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

42 Herbst '99
● Kurz notiert



**Themenredaktion
"Tierschutz -
Tierrechte -
Tierbefreiung"
(TTTT):**

RAGE c/o Umweltzen-
trum, August- Bebel-Str.
16-18, 33602 Bielefeld
xhummer@
geocities.com

&
TUN e.V.
(Hans-Jürgen Lutz),
Postfach 1420,
65764 Kelkheim
Tel.&Fax 06195/65118
und 0172/6712118

Literatur

W. Bode/E. Emmert
Jagdwende
(1998, C.H. Beck in Mün-
chen, 318 S., 24 DM)
Nach Lektüre dieses Bu-
ches wird wohl niemand
mehr behaupten, Jagd
hätte irgendwie eine Tra-
dition, die nicht einfach
nur aus Arroganz, Unter-
drückung und Ausbeu-
tung besteht. Widerstand
gegen die Jagd ist daher
nicht nur ökologisch oder
tierrechtlich begründbar,
sondern auch als symboli-
sche Aktion gegen pure
Macht. Detailliert werden
im Buch die verschie-
denen Epochen und die
Rolle der Jagd als Instru-
ment der Herrschenden
geschildert. In der Konse-
quenz fordern die Autoren
eine ökologische Jagd –
ein mildes Urteil. (jb)

Prozess gegen Jagdstörer

Am 17.6.99 fand am Amtsgericht Düsseldorf der Prozess gegen den Biologiestudenten Ulf wegen "mutwilliger Störung einer Jagd" statt. Nach einer Personalienfeststellung bei einer vorweihnachtlichen schon mehrfach gestörten Treibjagd bei Meerbusch, wurde er nun im Prozeß zu 100 statt der ursprünglich geforderten 200 DM Bußgeld verurteilt. Im Prozess erklärte Ulf warum er Jagden stört und berief sich unter anderem auf die Gewissensfreiheit und das Nothilferecht, das ihn zwingt bei Angriffen auf die Tiere einzugreifen und diese zu beschützen. In seiner 5-seitigen Erklärung ging er auch auf ökologische und jagd-

rechtliche Aspekte ein. Z.B. hätten die Jäger die Jagd einstellen müssen, da Menschen sich im Gefahrenbereich aufhielten. Jäger durchschossen sogar einen Regenschirm von JagdgegnerInnen! Anwesende Beamte des Ordnungsamts gingen nicht gegen die strafbar handelnden Jäger vor, sondern gegen den friedlichen Jagdstörer. Obwohl der Richter Sympathie für Ulfs Einstellung äußerte, verurteilte er ihn nach dem Landes-Jagd-Gesetz. Ulf hat aber schon angekündigt, dass er für sein Verhalten keine "Buße" leisten will. In der Presse wurde ausführlich über den Prozess berichtet. Die Prozessklärung und der Pressespiegel sind gegen 1,50 Porto bei TTTT erhältlich.

Busfahrt zu Pelztierfarmen

Dies sind Bilder von der Busrundfahrt gegen drei niederrheinische Pelzfarmen. Mit drei Bussen wurde direkt an den Farmen protestiert. Teilweise waren etliche Helfer der Tierquäler vor Ort und hatten sich hinter Nato-Draht und 2 m hohem Zaun versteckt. Die Farm mit dem Nato-Draht war wenige Tage vor der Busrundfahrt Ziel einer Befreiungsaktion von "Autonomen TierschützerInnen". Die Kampagne zur Abschaffung der Pelzindustrie geht weiter. Zur Zeit konzentriert sie sich auf die Nerzfarm in Willich/Schiefbahn, wo schon Flugblätter an EinwohnerInnen des Ortes verteilt wurden und kleinere Demos stattfanden.



Genauere Informationen, Pressemappen,... gibt es bei der Anti-Pelz-Kampagne (siehe Kontaktadressen) oder auch auf einer neuen Anti-Pelz-Internet-Seite, die auch noch zahlreiche gute Informationen zur Pelzindustrie enthält: "http://www.geocities.com/RainForest/Wetlands/6456/"

Quellen zur Debatte über Tierrechte

Archiv für Tierrechte und Radikalökologie

Das "Archiv für Tierrechte und Radikalökologie" ist für alle an diesem Bereich Interessierten die erste Adresse um z.B. gelaufene Diskussionen und andere Informationen zu bekommen! (Bei Anfragen bitte Rückporto und evt. Geld für Kopierkosten mitschicken).

Neue Adresse: das Archiv, PSF. 100706, Leipzig 04007

in der anarchosyndikalistischen Freien ArbeiterInnen Union – Internationale ArbeiterInnen Assoziation (AK FEMT in der FAU-IAA), und vieles mehr enthält.

Für 4 DM (+ 1,50 DM Porto) erhältlich bei: Schwarz Grünes Gegengift, c/o M99 Infoladen, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin

"VEGAN QUO VADIS"

"Eine immanente Kritik an der Tierrechtsbewegung": Dies ist eine Textsammlung von drei Autoren die sich mit der heutigen, problematischen Situation der Tierrechtsbewegung beschäftigen. Dazu befassen sie sich mit der Entstehung der Tierrechtsbewegung, mit Wesenszügen und Mechanismen in ihr (aber nicht nur in ihr), mit dualistischem Denken und Dogmatismus, und vielem mehr.

Diese Texte sind für 7 DM (inklusive Porto) erhältlich bei: Thought Crime, c/o Grünes Büro, Am Ramsberg 44, 58509 Lüdenscheid.

"Tierbefreiung – Das aktuelle Tierrechts-Magazin"

Diese Zeitung vom "tierbefreier(Innen) e.V." enthält Infos zu den Geschehnissen um die Ex-Internet-Adresse "tierbefreier.de", zu direkten Aktionen gegen TierquälerInnen, zur "Frankfurter Schule" ...

Erhältlich für 3,50 bei: die tierbefreier e.V., Schmilinskystr. 7, 20099 Hamburg
Im Internet: www.die-tierbefreier.de und www.tierbefreiung.de

Bewachte Jagd-Messe

Das Bild unten stammt von den Dortmunder Westfalenhallen zur Zeit der "Jagd & Hund"-Messe Ende Januar/Februar. Hier ist zu sehen das die Polizei eine Hundestaffel mit einem Lift auf das Hallendach brachte, um Dachbesetzungen und heruntergehängte Transparente zu verhindern.



Diesjähriges Pamplona-Stierrennen

Beim diesjährigen "Stierrennen" in Pamplona (Nordspanien) trieb man wieder einmal die gequälten Tiere durch die engen Gassen. "Mutige" junge Männer (neuerdings auch einige Frauen) versuchen dann, möglichst in letzter Sekunde rettende Hauseingänge oder Vorsprünge zu erreichen, einer hatte Pech: Ein Stier durchbohrte sein Knie, wahrscheinlich wird er sein ganzes Leben lang nur noch humpeln können, ausserdem wurden noch mehr Menschen verletzt, neuerdings kümmern sich sogar relativ neugegründete Tierrechtsorganisationen um die altbekannte und überflüssige Stierhatz; über etwaige Erfolge werden wir berichten. (TUN e.V.)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

● Kurz notiert

43

Sieg über den Welthunger durch Kaninchenfleisch?

Der April ist lange vorbei – und doch ist es kein Witz. Die "Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen" (FAO) empfiehlt allen Ernstes das Fleisch von Kaninchen,

um den Welthunger zu besiegen! Kaninchen, so die FAO-"Experten", hätten ein fettarmes, aber proteinreiches Fleisch und seien produktiver als die meisten für den Fleischverzehr gezüchteten Tiere; auch liessen sie sich relativ preisgünstig halten. Um diesem Schwachsinn noch

die Krone aufzusetzen, baut die FAO derzeit ein Netzwerk in 14 Ländern rund um das Mittelmeer auf, um das Kaninchenzüchten voranzutreiben, TUN (siehe Redaktionsadresse) bietet allen Leserinnen und Lesern an, bei ihrem Protest behilflich zu sein. (TUN e.V.)

Antisemitismus

Erwin Kessler vom "Verein gegen Tierfabriken" (VgT) aus der Schweiz, der laut "Der rechte Rand" in den vergangenen Jahren mehrfach in rechtsextremen Zusammenhängen aufgetaucht war, verbreitete unter anderem in einer Tierrechts-News-Rubrik auf der "Fellbeisser"-Seite antisemitische Äußerungen (z.B. ..."jüdische Weltverschwörung gegen Tierschützer"...). Ein Andreas Schneider (ex-Mitglied beim "Bund für Gesundheit", welcher eine Vereinigung von RohköstlerInnen ist, bei denen er mittlerweile rausgeflogen ist) war der Besitzer der Internet Domain "tierbefreier.de". Er fiel durch "Instinkto-Ernährung" verherrlichende Internetseiten auf, die teils sogar Anti-Vegan waren. Sie enthielten auch Seiten, die von einem nicht näher bekannten S.J. beigesteuert wurden und welche ein dokumentiertes Interview mit "Guy Claude Burger" (Dem Instinkto-Papst) enthielten, indem der sich positiv zum sogenannten "Meta-Sex" mit Kindern äußert. Zuguterletzt

war A. Schneider auch noch unerlaubt kommerziell für den S.J. auf dieser Internet Seite tätig und flog wegen den gesammelten Vorfällen beim BfG e.V. raus. (Frei übernommen aus einer Stellungnahme-Email des BfG e.V., www.bfgev.de). Die antisemitischen Mails und die anderen Dinge wurden unter anderem von TTTT und Leuten von "die tierbefreier e.V." kritisiert und die Löschung der Beiträge aus der automatisierten News-Seite gefordert. Nun gab es eindeutige Stellungnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus, leider aber auch als Reaktion darauf Solidarisierungen mit dem vermeintlich gegen das Schächten aktiven rechten Erwin durch den schon erwähnten Andreas Schneider, sowie einen Karl Heigl und Volker Wöhl vom "Fellbeisser" (laut tierbefreier e.V.), die die Stellungnahme von "die tierbefreier e.V." löschten und den Zugang sperrten. Weitere Stellungnahmen zu dieser nicht unkomplizierten Geschichte sind angekündigt.

Europäisches Tierrechtstreffen in der Schweiz/Vogelmord-expedition

Am 25. September 1999 findet ein internationales Tierrechts-Treffen in der Schweiz statt, Hans-Jürgen Lutz (TUN – Tier Und Naturschutz e.V.) wird einen Überblick über die europäische Tier-schutz- und Tierrechtssituation geben, ausserdem folgt u.a. ein Vortrag über den Vogelmord: "Die Vogeljagd in Italien - ein spannender Dia-Vortrag mit anschließender Diskussion", gleich ab dem nächsten Tag beginnt die diesjährige Anti-Vogelgangexpedition in die Hauptvogelgebiete Italiens, hierfür Werden noch jede menge Mitstreiterinnen gesucht, ein Infoblatt hierzu ist (gegen Rückporto) bei TUN erhältlich. (TUN e.V.)

Adressen

Tierrechts Aktion Nord
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Archiv Tierrechte/ Radikalökologie
NEUE ADRESSE: das Archiv, PSF. 100706, Leipzig 04007

Schwarz Grünes Gegenoff
c/o M99 Infoladen, Mantuffelstr. 99, 10997 Berlin

Text "Vegan quo Vadis?":
Thought Crime, c/o Grünes Büro, Am Ramsberg 44, 58509 Lüdenscheid

die tierbefreier e.V.,
Schmilinskystr. 7, 20099 Hamburg
Im Internet: www.die-tierbefreier.de
www.tierbefreiung.de

Anti-Pelz-Kampagne,
c/o AZ, Auerstr. 51, 45468 Mülheim a. d. Ruhr
Internet: http://www.geocities.com/RainForest/Wetlands/6456

Ö-termine

24. - 26. September 99 in Hamburg
Seminar im Haus am Schüberg
"Schmackhafte vegan-Küche, leicht gemacht"
mit Öko Koch und Autor Alexander Nabben.
Gebühr: 140,- DM (erm. 70,- DM) inkl. Übernachtung. Infos: fon 040 - 605 10 14

25. September 99 in Speyer
Drittes RADIX - Tierrechtsfestival.
Speyerer Halle 101 Planung wie folgt: Tierrechtsmarkt ab 12.00 bis 16.00 Uhr, ab 16.30 Uhr Live Musik. Wer sich beteiligen möchte informiert sich bei: Radix: fon: 0 62 33 / 31 94 34 - fax: 0 62 33 / 31 94 35

25. September 99 in der Schweiz
"Internationales Tierrechts Treffen"
danach Anti-Vogeljagd-Expedition nach Italien, Infos bei TUN

25. September 99 in Amsterdam
Dierendag - tierdemo
mit vielen tierschutzgruppen
info: dierenbelangen zuid- limburg, gertu ploeg, merkelbeckerstraat 86, NL6441 brunssum, tel 045-52770776, email dierenbelangen@hotmail.com

16. Oktober 99 in Aachen, 9:00 Uhr
Anti-Pelz-Infostände
in Aachener Innenstadt
11:00 Uhr: **Anti-Pelz-Demo**
in Aachener Innenstadt
14:30 Uhr: **Anti-Pelz-Demo**
in Aachen-Orsbach
Infos unter: 02406-79229 oder tvg_aachen@tierrechte.de
Wenn Eure Gruppe einen Infostand machen kann, meldet Euch bitte, damit wir den Stand für Euch anmelden können. In AC-Orsbach ist eine der größten Nerzfarmen in Deutschland. Unter http://vegan-welt.de/tvg_aachen/pelze2.html findet ihr ein paar Bilder von der Demo letztes Jahr.

Aktuelle & offizielle Demo- und Veranstaltungstermine gibt es auf dem **Tierrechts-Infotelefon**:
Termine abrufen: 02 08 - 59 34 02
bekanntgeben: 02 08 - 59 34 00
zufaxen: 02 08 - 59 34 01
TierquälerInnen hören mit!



Ö-Verteiler
"Tiersrechte - Tierbefreiung"

• Tierbefreiung aktuell



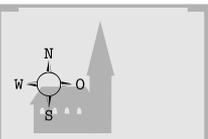


Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

44

Herbst '99

• Kurz
notiert



**Themenredaktion
"Über den
Tellerrand"**

Leider unbesetzt!

Neue Betreuung der
Themenredaktion ge-
sucht!

Quellenangaben

Meldung "Mutter von
Schulverweigerer bleibt
straffrei": Berliner Morgen-
post

Meldung "Über eine Milli-
on "Problemkinder":
Frankfurter Rundschau v.
15.5.99

Kontakte
K.R.A.T.Z.Ä. Dunckerstr. 11,
10437 Berlin, Tel.
030-4479722, kraetzae@
kraetzae.berlinet.de

Zeitschriftenschau

Regenbogen Nr. 24
• Menschenrechtsreport
• Einsatz für ein Züch-
tungsverbot
• Anfechtung der Bundes-
tagswahl

Kinderrechtliche News

- Wahlalter
- Schulpflicht
- Züchtungsverbot

Kinderrecht im Internet:
[http://privat.schlund.de/
kraetzae](http://privat.schlund.de/kraetzae)

Mutter von Schulverweigerer bleibt straffrei

Der Prozeß gegen die Mutter eines 15jährigen Schülers, der seit September 1998 nicht mehr zur Schule ging, ist nach einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten eingestellt worden. Sie hatte 160 DM wegen Verstoßes gegen das Schulgesetz zahlen sollen, sah sich aber grundsätzlich nicht dazu in der Lage, den Schulbesuch ihres Sohnes zu garantieren. Wenn sie ihn bei der Schule abliefern wollte, drohte er abzuhaufen und sich umzubringen. Auf Gewalt gegen ihn würde er mit einer Anzeige reagieren. Der Richter erklärte der Staatsanwältin: "Ich sehe nicht ein, Frau M. hier eine Geldbuße zu geben, nur weil der Bur-sche da nicht in die Schule will."



Über eine Million "Problemkinder"

Rund eine Million Kinder und Jugend-liche in Deutschland sind nach Auffas-sung von Kinderärzten psychisch krank oder in ihrer Entwicklung gestört. Gleich-zeitig werde der Griff zu Pillen jeder Art häufiger, um Probleme zu lösen. Gründe für diese Befindlichkeitsstörungen sind nach den Erfahrungen von Gesundheits-wissenschaftlern u.a. Schulangst und er-höhter Leistungsdruck.

Texte: Patrick Schmidt

Nazis und Spiris feiern Schulerschluß

Nicht nur der Nazi-Barde Frank Ren-nick und ein paar Ewiggestrige träumen von einem neuen Großdeutschland. In der aktuellen Ausgabe August/September 1999 des kostenlo-sen Veranstaltungskalenders Körper-GeistSeele für Berlin und Umland, das in jedem Bioladen aus-liegt, wird, wie in jeder an-deren esoterischen Zeitschrift zur Zeit auch, das "überwältigen-de Himmelsschauspiel" Sonnenfinsternis abgefeiert. Als "besonders" stellt Markus Jehle, Leiter des Astrologie-Zentrums Berlin, die Tatsache heraus, daß der Finsternisstreifen durch Deutschland wandern wird, u.a. "von Saarbrücken über



Text: Andreas Hechler

Offener Brief:

Phantasie ist keine Straftat

Die Bundeswehr muß sich, "wenn sie sich demonstrativ in die Öffentlichkeit begibt, auch öffentliche Proteste gefal- len lassen". Verwaltungsgericht Berlin, 19. Juli 1999

Öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr sind, zumal in Berlin, eine politisch um-strittene Veranstaltung. Dies mußte die Bundeswehr auch am 20. Juli zur Kenn-tnis nehmen. Noch niemals zuvor war ein Gelöbniß derart massiv gestört worden. Die Störaktion verlief in der Form eines Gesamtkunstwerks: Halbbekleidete Fra-uen, Männer mit parolenverzierten Regen-schirmen und Protestrufe brachten die Feierlichkeit durcheinander. Wir halten fest, daß es sich bei den Protesten um ei-ne legitime Form der politischen Mei-nungsäußerung gehandelt hat.

Bundeswehr und Berliner Polizei ma-chen wir zum Vorwurf, durch ihr Verhal-ten am 20. Juli die Meinungs- und Ver-sammlungsfreiheit massiv eingeschränkt zu haben. In einer rechtswidrigen Aktion untersagte die Polizei dem AnmelderIn-nenkreis der Protestkundgebung das Be-treiben der Lautsprecheranlage, obwohl sämtliche im Vorfeld ergangenen Auf-la-gen hinsichtlich Standpunkt und Ausrich-tung der Lautsprecher eingehalten wor-den waren. Weil die Gäste der Gelöbniß-zeremonie die Demonstration dennoch hören konnten, wollte die Polizei die Kundgebung willkürlich beenden. Dabei hatte das Verwaltungsgericht Berlin noch

am 19. Juli anderslautend entschieden, die Bundeswehr muß sich, "wenn sie sich demonstrativ in die Öffentlichkeit be-gibt, auch öffentliche Proteste gefallen las-sen".

Polizei und Feldjäger wollten am 20. Ju-li nicht zulassen, daß öffentliche Kritik an der Bundeswehr an deren Ohren dringt. Unter diesen Umständen war die Aktion des zivilen Ungehorsams, deren sich die 18 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner auf dem Gelöbnisareal bedienten, die ein-zige adäquate Protestform. Wir begrüßen es, daß junge Leute phantasievoll und kreativ genug sind, ihre Meinung auch unter widrigen Umständen zu äußern.

Das jetzige Vorgehen der Berliner Justiz gegen diese Personen ist in unseren Au-gen völlig überzogen. Mit Vorwürfen der Urkundenfälschung und des Hausfrie-densbruchs wurden Ermittlungen eingeleitet und 14 Wohnungen sowie das Büro der JungdemokratInnen/Junge Linke durchsucht, ohne daß die Bundeswehr Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstat-tet hat. Bei der Durchsuchungsaktion wurden auch Mitglieds- und InteressentIn-nendateien beschlagnahmt, obwohl diese Personen offenkundig nicht mit dem Pro- test im Zusammenhang stehen. Diese Er-

Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München, Salzburg und Graz". Nun könnte man/frau vermuten, daß das mit den "deutschen" Städten Salzburg und Graz ein dummer Fehler ist, wäre das ein Einzelfall in der Eso-Sze-ne. Dummerweise ist dem nicht so; die vielfältigen ideologischen und personel-len Verflechtungen zwischen esoterischen, neuheidnischen, naturreligiösen und anderen spirituellen Gruppierungen und neofaschistischem Spektrum sind hinreichend dokumentiert. Die gezielten Verblödungsversuche kombiniert mit ei-ner kosmischen Weltsicht läßt zwar die Kassen der diversen Lichtgestalten klingeln und dient bei einem Großereignis wie der Sonnenfinsternis der Standortsi-cherung, ist aber der Selbstbestimmung von Menschen nicht dienlich und bereitet auf die wohlbekanntes sanfte Art und Wei-se den Boden für finsternerer Zeiten als zwei Minuten Sonnenfinsternis.

mittlungen ignorieren die Tatsache, daß es sich beim Protest um eine durch das Grundgesetz legitimierte politische Mei-nungsäußerung handelte. Die Unter-zeichnerInnen wenden sich gegen jede Kriminalisierung des Protestes. Wir halten es für unverhältnismäßig, wenn Polizei und Justiz mit Mitteln des Strafrechts ge-gen die Beteiligten vorgehen. Statt dessen sollten sich Bundeswehr und Bundesreg-ierung fragen, ob sie an der Form öffent-licher Gelöbnisse immer noch festhalten wollen.

Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, die Ermittlungsverfahren gegen die Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner einzustellen. Phantasie ist keine Straftat.

Unterschriften bitte an uns oder direkt an: JungdemokratInnen / Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin, Fax: 030 24729747, e-mail: info@jungdemokraten.de

Spendenkonto: für Prozeßkosten JungdemokratInnen / Junge Linke, Kennwort "Operation Regenschirm" Postgiro 100 100 10, Kto. 20516-106 (Eventuelle Überschüsse werden proTotal, den Totalverweigererfonds weitergege-ben.)



Rostocker Naziaufmarsch 98: Wird Verfahren gegen Nazi eingestellt?

Am 19.9.98, vor fast einem Jahr, wurde unser Genosse Holger von Nazis in Rostock angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Nach einem wochenlangen Koma kämpft er bis heute mit den Folgen des Angriffs und wird auf unabsehbare Zeit weiter mit den Reha-Massnahmen befasst sein. Nachdem der Mordkommission das Verfahren entzogen wurde, bevor Gutachten und ZeugInnenaussagen vorlagen, ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft gegen den Täter wegen Verursachung eines Verkehrsunfalles. Das Gericht erwägt jetzt, das Verfahren gegen Geldauflage einzustellen, weil Holger "eine mögliche Mitschuld" unterstellt wird.

Zur Erinnerung: Im letzten Sommer mobilisierten NPD und JN zu einem Naziaufmarsch als Höhepunkt ihres Bundestagswahlkampfes nach Rostock-Lichtenhagen; dorthin, wo Faschisten gemeinsam mit dem deutschen Mob im August 1992 über mehrere Tage ein angekündigtes Pogrom gegen ein Wohnhaus ehemaliger vietnamesischer VertragsarbeiterInnen abhielten. Damals sah die Polizei tatenlos zu und beschäftigte sich hauptsächlich damit, die eher spärlich eintreffenden AntifaschistInnen einzusammeln.

Von Seiten der bürgerlichen Parteien wurde vor allem Verständnis für die rassistischen Gewaltorgien geäußert und die Hetze vom "Asylmissbrauch" forciert.

Betroffenheit wurde nur für das Erscheinungsbild Deutschlands im Ausland mobilisiert, ebenso wie für die Befürchtung, der Tourismus in Mecklenburg könnte Schaden nehmen.

Am 19.9.98 marschierten nun 3000 Nazis in Rostock-Dierkow, nachdem ihnen eine Kundgebung an der Stätte des Pogroms von 92 verboten worden war; geschützt von einem Grossaufgebot der Polizei.

Im Verlauf des Tages kam es zu einem Überfall von 30 bis 40 Nazis auf das Anti-fa-Infozelt am Stadthafen. Holger befand sich zu diesem Zeitpunkt auf der Antifa-Demo. Als er von dem Nazi-Überfall hörte, versuchte er, zum Infozelt zu gelangen und wurde auf dem Weg dorthin von einem Pkw, in dem 4 Nazis sassen, überfahren.

Es gibt zahlreiche Zeugen, die den Tathergang beobachtet haben. Nach ihren Schilderungen hat der Fahrer weder versucht zu bremsen, noch auszuweichen, obwohl dies ohne weiteres möglich gewesen wäre. Ein später erstelltes Gutachten ermittelte die Geschwindigkeit des Wagens beim Aufprall auf ca. 80 km/h.

Die Polizei hat alles dafür getan, den Hergang der Tat zu verwischen. Mehrere Zeugen mussten darauf bestehen, vernommen zu werden, Spuren wurden erst nach Tagen gesichert. Der polizeiliche Unfallbericht wurde stark wertend und verharmlosend formuliert.

Die Staatsanwaltschaft bemühte sich,

die Tat als Verkehrsunfall darzustellen und den faschistisch gewalttätigen Hintergrund des Täters zu leugnen.

Dem scheint jetzt das Gericht folgen zu wollen. Seit November 98 ist das Jugendgericht Tecklenburg zuständig. Angeklagt ist der Fahrer des Wagens wegen Körperverletzung. Nachdem der Jugendrichter das Verfahren an das Jugendschöffengericht abgeben wollte, da bei der Schwere der Tat das von ihm zu bemessende Strafmaß nicht ausreichend sein könne, lehnte das Schöffengericht eine Übernahme ab. Es erteilte die Empfehlung, das Verfahren gegen eine Geldbusse von 2000 DM einzustellen wegen "Mitschuld des Opfers". Hierüber muss jetzt das Jugendgericht entscheiden, wobei Holger als Nebenkläger kein Widerspruchsrecht hat.

Das Gericht versucht einen Mordanschlag von Nazis als Verkehrsunfall darzustellen. Wir sehen darin den Versuch, faschistische Gewalt zu verharmlosen und gesellschaftlich Akzeptanz hierfür zu schaffen. Dies findet Ausdruck

in der Tatsache, dass der Mordkommission das Verfahren zu einem Zeitpunkt entzogen wurde, zu dem die Ermittlungen noch gar nicht begonnen hatten

in der Art und Weise der Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft

in der verharmlosenden Anklage wegen Körperverletzung

und als Krönung in der Einstellung des Verfahrens wegen angeblicher Mitschuld des Opfers. Wir werden das nicht hinnehmen!

Wir fordern die Eröffnung des Verfahrens gegen den Täter und seine Verurteilung!

WIWA Wendland und SolidariTAT Hamburg für das bundesweite YA-Bastanetz. Wer in den Presseverteiler aufgenommen werden möchte, mail an wiwa-wend@mail.nadir.org Stichwort Holger

Rückfragen unter 05841/5452, 040/4301451 oder 0172/411820

Neben einer kontinuierlichen Infoarbeit zum Prozess und Prozessbegleitung planen wir eine Faxaktion an Richter und Staatsanwalt sowie eine bundesweite Antifa-Demo am Ort des Prozessbeginns.

Abschiebung verhindern!

Garbi Yildirim sollte schon Ende Juli in die Türkei abgeschoben werden – kurz nach seinem 18. Geburtstag. Er lebt seit 8 Jahren in der Nähe von Bremen. Als Kurde wäre er dort dem Staatsterror ausgesetzt und gezwungen sein, seinen Militärdienst abzuleisten. Dies aber lehnt er entschieden ab, da er als Soldat seine Waffe gegen andere KurdInnen richten müßte.

Am 2. August wurde Garbi verhaftet und zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Diese "Bewährung" aber gibt es nur für Deutsche, Garbi dagegen soll nun abgeschoben werden, d.h. es kommt trotz Bewährungsstrafe zu einer tatsächlichen und wahrscheinlich grausamen Bestrafung.

Welchen Gefahren Kriegsdienstverweigerer in der Türkei ausgesetzt sind, zeigt der Fall von Süleyman Aksoy, der im Februar dieses Jahres abgeschoben wurde und zu Tode gefoltert wurde (was nur rauskam, weil seine Familie den Sarg verbotenerweise öffnete).

Der Internationale Menschenrechtsverein in Bremen ruft zu Protestfaxen an die AusländerInnenbehörde in Osterholz-Scharmbeck unter 04791/930358 sowie das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unter 0911/9434000 auf.

Intern. Menschenrechtsverein, Kornstr. 51, 28201 Bremen, 0421/ 557709-3, Fax -4, mail@humanrights.de.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

• Kurznotiert

45

Literatur

Ivan Illich
Selbstbegrenzung
(1998, C.H. Beck in München, 175 S., 19,80 DM)
Ein Buch, das gut zu der eigentlichen Frage politischer Gegenwart gehört (auch wenn diese angesichts Detail-Scheuklappen und Anpassungsdruck selten erkannt wird): Wer bestimmt über die Zukunft? Illich zeigt, daß die Technisierung der Gesellschaft ein Selbsttäufer wird. Gegenmodell sei der Mensch als sich selbst bestimmendes Wesen. (jb)



Ö-Verteiler "Über den Tellerrand"

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- LIRA-Rundbrief (Uni-Gruppen)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)

G. Fischer/
M. Wölflingseder
Biologismus, Rassismus,
Nationalismus
(1995, ProMedia in Wien, 264 S., 29,80 DM)
Verschiedene AutorInnen schreiben zu den drei Bereichen "Natur versus Mensch", "Mensch-Barbar-Tier" und "Nationale Frage", d.h. zu den ideologischen Grundlagen rechten Gedankengutes. Für UmweltschützerInnen wichtig ist die Darstellung des Naturbegriffes als Ersatzmoral für die Selbstbestimmung des Menschen. (jb)

Zu Rostock

Spendenkonto
Projektwerkstatt Abraxas
Konto Nr. 2219988
Kreissparkasse
Lüchow-Dannenberg
(BLZ 258 513 35)
Stichwort Holger.
Alles, was sich bewegt, wird begrüßt alles, was sich nicht bewegt, wird grau angestrichen!

Ö-termine

24.-20.9. in Bonn
Die Linke im Jahr Eins nach dem Kosovo-Krieg
Seminar des BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040/393156, Fax 3907520, bukohh@t-online.de

29.10.-1.11. in Solingen
Femiotopia 1999
AGs zu feministischen Themen plus Rahmenprogramm
Info: Ludwig Quide Forum

27.-28.11. in Leichlingen
Kein Fußbreit den FaschistInnen
Anregungen für die antifaschistische Theorie und Praxis
Info: Ludwig Quide Forum, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal, 0202/455054, lqf@gmx.de

3.-5.12.99 in Brandenburg
Rechte Ökologie und Esoterik
"Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf! Daß dieser Satz des spirituellen Ökologen Rudolf Bahro kein "Ausrutscher" in der Esoterikszenen ist, daß antiemanzipatorische Vorstellungen bis hin zum Rechts-extremismus häufig sogar ganz und gäbe sind, soll auf diesem Seminar deutlich werden. Weiterhin soll aufgezeigt werden, wo rechte Inhalte ökologisch verpackt und propagiert werden, sei es jetzt als "Ökoaktatur", der Forderung nach einer Reduzierung der angeblichen "Überbevölkerung" oder dem Einsatz von "Grünhelmen", die Umweltverbrechen weltweit ahnden sollen oder aber die Rückkehr zu einer "naturgemäßen Lebensweise". 30,- DM (20,- DM für Mitglieder).
Anmeldung: JungdemokratInnen./Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin, Tel./Fax: 030 / 247 297 47, info@jungdemokraten.de



Umwelt- zu Neoliberalismusbildung

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

46 Herbst '99
• Kurz notiert

Zeitschriftenschau

- Ökopädnews Nr. 98
 - Umweltbibliotheken
- Rundbrief Ökopädagogik Mai 99
 - Ökoaudit in Kindergärten
- Juni 99
 - Von der Umweltbildung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Juli 99
 - Weiterbildung in der Umweltbildung
- DGU Nachrichten Nr. 19
 - Lokale Agenda 21
- Naturschutz heute 1/99
 - 100 Jahre NABU
 - 2/99
 - Solarenergie
- BUND-Magazin 1/99
 - Ökosteuern
 - 2/99
 - anders mobil
 - Kindergärten
- Biologie in der Schule 1/99
 - Amphibien
 - Wildbienen
 - Brachland
 - 2/99
 - Vogelpark Marlow
 - Blütenökologie
 - Straßenbäume

Die VeranstalterInnen von Umweltbildungsmaßnahmen richten sich immer mehr an staatlichen Normen aus, statt selber der Gesellschaft Konturen zu geben. Die umweltzerstörerischen Ziele der Agenda 21 werden kritiklos übernommen, und die Weltausstellung Expo 2000 wird für immer mehr Umweltgruppen ein salonfähiger Partner. Umweltbildung verwandelt sich in Neoliberalismusbildung.

Seit dem Ruf in den 70er Jahren nach mehr Umweltbildung hat sich vieles verändert. Die auffälligste Veränderung der letzten Zeit in der Umweltbildung geht von der Agenda 21 aus. Viele freie UmweltbildungsträgerInnen machen jetzt Agendaarbeit. Die Umweltbildung der Agenda 21 wird vom Staat gefördert. Doch der Staat formt auch über diesen Weg die Umweltbildung, denn noch kein Staat hat sich letztlich das Monopol für Bildung aus den Händen nehmen lassen. Regierungen haben immer ein Interesse an stabilen Verhältnissen. Die derzeitige Umweltbildung ist daher systemerhaltend, sie stützt somit umweltzerstörende Strukturen in unserer Gesellschaft: Die Agenda 21 fordert u.a. Gentechnik und Atomkraft und stellt die Belange der Wirtschaft über die der BürgerInnen. Dies allein schon müßte der Umweltbewegung genügen, die Agenda als Leitbild für ihre Arbeit nicht akzeptieren zu können. Da aber die öffentlichen Gelder im Umweltschutz in Deutschland immer mehr über zentrale Strukturen, wie eben Agenda, Expo 2000, ... verteilt werden, machen sich viele krumm, um im Schauer des Geldregens zu stehen und verstummen mit ihrer Kritik.

Wo sind die Stimmen aus der Umweltbildungsbewegung, die das neoliberalistische Wirtschaftssystem als Ursache der Umweltzerstörung und sozialer Ungerechtigkeit anklagen und über die Zusammenhänge informieren? Ist es den nicht die originäre Aufgabe von Umweltbildung genau diese Information zu bieten? Statt dessen wird verstärkt ein systemkonformer Weg gegangen: Es gibt z.B. in Deutschland mehr UmweltbildungsveranstalterInnen, die mit der Expo kooperieren, als welche, die die Expo öffentlich wegen ihrer umweltzerstörerischen Wirkung kritisieren. Die Umweltbildungsinitiativen, die mit der Expo 2000 kooperieren betreiben aber somit "Neoliberalismusbildung" statt Umweltbildung. Wie kommt es dazu, daß Umweltgruppen etwas unterstützen, was ihren Zielen eigentlich entgegensteht? Die Umweltbildung unterliegt dem Zwang, die eigenen Umweltbildungsmaßnahmen mit TeilnehmerInnen voll kriegen zu müssen - die Einrichtungen müssen ausgelastet sein, wenn sie gefördert werden wollen. Maßnahmen werden da schnell nach der Vorgabe Finanzierbarkeit ausgerichtet. Der Professionalisierungsdruck verhindert gute Arbeit und macht blind für die „alten Ideale“. Man ist immer mehr mit der eigenen Qualitätskontrolle und Projektf

chen die Runde. VerursacherInnen für Umweltzerstörung werden nicht mehr so leicht beim Namen genannt, es könnte ja ein SponsorpartnerIn sein. InitiatorInnen der Umweltbildung sollten aber ihren eigenen Idealen und dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag vor Augen haben statt "systemkonforme, kleine Bröckchen zu backen".

Statt Bildungscontrolling sollte eine innere Standortbestimmung stattfinden: Sind wir noch auf dem Weg, den wir einschlagen wollten? Was hat sich in der Umwelt verändert, wie wollen wir darauf reagieren? Und sind wir eigentlich von der Wirkung und dem Sinn unserer Arbeit überzeugt?

Wenn das Ziel von Umweltbildung tatsächlich die Verbesserung der Umweltsituation ist, dann muß anders agiert werden, als es momentan geschieht. Was der Umweltbildung fehlt, sind Menschen mit Idealen und dem Mut dafür einzutreten. Wir brauchen in der Umweltbildung AkteurInnen, die von Ihren Idealen überzeugt sind und entsprechend handeln auch gegen den staatlich Druck und sich nicht von ihrem Weg abbringen lassen, weil sie befürchten, von ihren KollegInnen belächelt zu werden. (pcm)



nanzierung beschäftigt. Qualitätssicherung, Marketing und Bildungscontrolling ma-



(1999, Wochenschau in Schwalbach, 680 S.)

Ein dickes Buch mit den Grundlagen, Lernformen, konkreten Gesattigungsmöglichkeiten, Einsatz von Techniken und einem abschließenden Überblick über die verschiedenen Fächer. Das Wissen über politische Bildung sollte in die Umweltbildung mehr einfließen. Gemessen an den im Buch genannten Kriterien wird nur noch einmal mehr deutlich: Umweltbildung ist eine unpolitische Bildung. Handlungsbezug, Fallbeispiele und Planspiele, Projekt- und Szenariotechnik - all das wird im Buch angesprochen. (jb)

Hajo Dröll
Weiterbildung als Ware
(1999, Wochenschau in Schwalbach, 551 S.)

Eine dramatische Studie. Am Beispiel Frankfurts wird gezeigt, wieweit wirtschaftliche Überlegungen bereits den Bildungs-"markt" dominieren. Das geht auf Kosten politischer oder emanzipatorischer Ziele der Bildung. Bildung verkommt immer mehr zur verwertungsgerechten Formung von Menschen. Zusammengefaßt wird das Ergebnis in 8 Thesen. (jb)

Ökologische Bildungsarbeit an der Hochschule

Die BSÖ ist ein bunter Haufen von Studis und Nichtstudis aus der ganzen Republik, die sich einmal im Semester zum Bundesökotreffen (BÖT) zusammenfinden (nächstes ist vom 17.-21. November in Bielefeld). Über hundert StudentInnen tauschen sich aus, erarbeiten inhaltliche Themen und schmieden Pläne. Ein sechsmal im Jahr erscheinendes Hochschul-Umwelt-Info (HUI), was ihr abonnieren könnt, informiert über Termine, Veranstaltungen, die aktuelle Arbeit vor allem im Hochschulbereich und gibt ebenfalls inhaltliche Schwerpunkte.

den gespendet werden kann und der Studis, die aus politischen Gründen in rechtliche Nöte gekommen sind, unterstützt. Weiterhin haben wir ThemensprecherInnen, die als "ExpertInnen über den aktuellen Sachstand in den einzelnen Umweltthemen informieren können, sowie LandesprecherInnen, die die Koordination in den einzelnen Bundesländern übernehmen". Ob es um Semesterticket, Gentechnik, Ökomensa oder Atomausstieg geht, die BSÖ ist zentrale Anlaufstelle für die Hochschulen im Bundesgebiet. Seit über einem Jahr befindet sich die Vernetzungsstelle in Münster. Dort sind Reader und Falblätter zu den hochschulpolitisch relevanten Umweltthemen, wie z. B. Energiesparen in Wohnheimen und die Einführung von Produkten aus ökologischem Landbau in den Mensen erhältlich. (Iris Kunze)



Außerdem bietet die BSÖ Wochenendseminare zu Themen wie "anders leben", "Verkehr", "Ökologisches Bauen" oder "Gentechnik" an. Es gibt auch die Möglichkeit, selbst Seminare über die BSÖ zu organisieren. Seit neuestem gibt es einen Rechtshilfefond, auf

Umwelt im Internet

200 Internetadressen von Behörden, Instituten, Vereinen, Beratungsstellen, Datenbanken, ... bietet die kleine Broschüre des Bundesumweltministeriums. Sie ist als Orientierungshilfe geeignet, um etablierte Webseiten zum Thema Umwelt zu finden.

Bezug: OEA-1000@bmu.de



Themenredaktion "Umweltbildung"

Peter Szekeres
Liebigstr. 50,
35037 Marburg
Tel. 06421/24552
petersz@apg.lahn.de

- Unterricht Biologie 242
- Amphibien
- 243
- Biologischer Pflanzenschutz
- 244
- Information und Kommunikation
- 245
- Saumbiotope



Ökopädnews jetzt im Informationsdienst „punkt.um“

Ein neuer Infodienst ist auf dem Markt: punkt.um. Der ökom Verlag hat den aktuellen Teil der Zeitschrift "Politischen Ökologie" zu einer eigenständigen Zeitschrift gemacht. Der neue Informationsdienst berichtet über aktuelle Umweltdiskussionen in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen. Neu ist die Kooperation mit dem ANU-Netzwerk: Die bisher solo erscheinenden Ökopädnews sind jetzt beigeheftet und ergänzen punkt.um mit Infos aus der Umweltbildung. Wie der Rundbrief Ökopädagogik von MobilSpiel hat Ökopädnews jetzt auch eine Agenda21-Rubrik. punkt.um erscheint monatlich und kostet in Jahresabo 98,- DM (38,- DM für Abonnentinnen der Politischen Ökologie).

Pan-Adress GmbH, punkt.umLeserservice, Semmelweisstr. 8, 82152 Planegg

Umweltbildung mit behinderten Menschen

Blindelehrpfade, Naturerfahrung mit geistig behinderten Menschen oder rollstuhlgerechte Einrichtungen von Naturkundemuseen sind in der Umweltbildung noch eher selten. Das Institut für Ökologie plant einen Reader zum Thema "Umweltbildung mit behinderten Menschen" herauszugeben. Es sollen verschiedene Projekte vorgestellt werden. Der Reader soll Tips aus der Praxis für die Praxis vermitteln. Hierzu werden noch Kontakte und Erfahrungsberichte gesucht.

Wer Erfahrungen in diesem Bereich der Umweltbildung hat und diese gerne weitergeben möchte, wende sich bitte an: Institut für Ökologie, Liebigstr. 50, 35037 Marburg, Tel. 0170/55 23923, petersz@apg.lahn.de

Ö-termine

8.9.99 in Arnberg
10. Arnberger Umweltsprache
 Nachhaltiger Tourismus in ländlichen Regionen anhand konkreter Beispiele werden Ausflugsverkehr und Umweltbelastung in Naturschutzgebieten diskutiert. Weiteres Thema Naturelebnissräume. Beginn 9.00 Uhr, Kosten 45,- DM incl. Verpflegung
 LNU - Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V., Heinrich-Lübke-Str. 16, 59759 Arnberg, Tel. 02932/42 01 Fax. 54 491

30.9.99 in Bad Orb
Trouble in Paradise
 Die Tagung beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Tourismus auf Ökologie und Entwicklung in den Ländern des Südens. Ideen zur Akzeptanzbeschaffung für Nachhaltigen Tourismus werden diskutiert. Kosten: 50,- DM
 Ev. Akademie Hofgeismar, Pf 12 O5, 34362 Hofgeismar, Tel. 05671/881-118, Fax. -154, Ev.Akademie.hofgeismar@t-online.de

30.9.-3.10.99 in Bonn
Umwelt-Theater-Festival
 Kunst in der Umweltbildung ist ein aktueller Trend. Neues aus dem Bereich Theater und Umwelt ist in Bonn zu bestaunen. In der Bonner Broffabrik findet zum dritten Mal das bundesweite Umwelt-Theater-Festival statt. Beginn 19.00 Uhr, Eintritt 15,- DM an der Abendkasse (Ermäßigung möglich)
 Wissenschaftsladen Bonn e.V., Buschstr. 85, 53113 Bonn, Tel. 0228/20 161 20, Fax. 26 52 87, WilaBonn@t-online.de

23.-24.10.99 in Naumburg bei Kassel
Korbflechten
 Wer für seine Jugend- oder Kindergarten-gruppe naturnahe Praxistips haben will, kann diesen Flechtkurs bei einem Korbflechtenmeister mitmachen. Geflochten wird mit Weiden, Binsen, Seegras, Holz, ...
 Kosten: 112,- DM plus Material
 Raum für Natur, Burgstr. 15, 34311 Naumburg, Tel. 05625/ 79 09-21, Fax. -50

6.-8.10.99 in Schneverdingen
Arbeitsweisen und Strategien von Naturschutzverbänden
 Akzeptanzbeschaffung ist ein aktuelles Thema im Naturschutz. Die Fachtagung hat das Ziel, die Arbeitsweisen verschiedener Naturschutzverbände im internationalen Raum zu vergleichen. Gebühr: 180,- DM
 NNA, 29640 Schneverdingen, Tel. 05199/989-0, Fax. -46, naturschutzakademie-nna@t-online.de

15.-16.10.99 in Freiburg
Neue Ansätze in der Naturpädagogik
 Die Studientage bieten ein Forum, die Bedeutung der Naturpädagogik für die gesundheitliche und psychische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu beleuchten. Die Frage nach ihrer Wirksamkeit für Selbstwertgefühl, Immunsystem, Suchtprophylaxe, soziales Verhalten und Umweltverantwortlichkeit wird zur Diskussion gestellt.
 Kath. Akademie, Pf 947, 79009 Freiburg, Tel. 0761/ 31918-0, Fax. -111, Akademie.Freiburg@t-online.de

5.-6.11.99 in Hankensbüttel
Amerikanische Methoden in der Umweltbildung
 Viele der bei uns verwendeten Methoden der Umweltbildung haben ihren Ursprung in den USA: Outdoor-Education, Nature-Interpretation, ... Diese Methoden werden auf dem Seminar vorgestellt und diskutiert.
 Gebühr: 80,- DM NNA, 29640 Schneverdingen, Tel. 05199/989-0, Fax. -46, naturschutzakademie-nna@t-online.de

10.11.-11.11.99 in Kranenburg (NRW)
Besucherbetreuung in Ramsar-Gebieten
 Ramsar-Gebiete sind Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung. Im Seminar werden Anforderungen an eine moderne und akzeptanzfördernde Naturschutz-Kommunikation erarbeitet und Hilfen für die Praxis erläutert.
 NABU-Station Kranenburg, Bahnhofstr. 15, 47559 Kranenburg, Tel. 02826/9209-4, Fax. -8

Der Infodienst für Umweltdienstleistungen

Herbst '99

● Kurznotiert



Literatur

A. Homburg/E. Matthies **Umweltpsychologie** (1998, Juventa in Heidelberg, 248 S., 29,80 DM)
 Drei (psychologische) Fragen stehen im Vordergrund – die Wahrnehmung der Umweltkrise, die psychischen Folgen und die Bedingungen, unter denen Menschen umweltgerecht handeln. Neben der Darstellung von Forschungsergebnissen werden, zum Schluß des Buches zunehmend, konkrete Hinweise für die Strategie von Umweltschutz gegeben. Warum dabei die Frage des Rollenwechsels von Menschen als Objekt von Umweltschutzappellen hin zum gestaltenden Akteur nur in Nebensätzen anklingt, bleibt offen – gerade hier sollte "Psychologie" ansetzen: Es geht nicht um eine intelligente Manipulation, sondern um eine grundlegende Veränderung. Die Menschen müssen selbst zu den Handelnden und dadurch Verantwortung tragenden werden. (jb)



Ö-Verteiler "Umweltbildung"

• Leider keiner.

Katrin Krüger **Lernort Schulgelände** (1998, Umweltbüro Nord in Pöglitz, 56 S., 20 DM)
 Der Titel ist ein bißchen zu weit gefaßt. Es geht nicht um das gesamte Gelände, sondern um die Freiflächen und den Schulgarten im speziellen. Das Schulgelände, die befestigten Flächen wie Wege und Parkplätze und anderes werden nicht behandelt. Zu Schulhof und Schulgarten zeigt das Heft seine Stärke in vielen Tips, wie das Thema Schulbegrünung von verschiedenen Fächern als Praxisprojekt integriert werden kann – von den Flächenberechnungen im Fach Mathematik bis zu Skulpturen im Kunstunterricht. (jb)

4/99: Umweltbildung auf dem Prüfstand Perspektivsuche abseits aktueller Wirkungslosigkeit

Im Grunde genommen ist es eine Binsenweisheit: Die weltweiten ökologischen Probleme hängen eng mit sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zusammen, die sich nur mit Hilfe konsequenter politischer Entscheidungen verändern lassen.

Doch der Mainstream der Umweltbildung ignoriert dies. Seit Jahren wird so getan, als ließe sich mit Hilfe biologischer Wissensvermittlung, möglichst vielen Naturerlebnissen und einigen handwerklich-praktischen Tätigkeiten eine Persönlichkeitsentwicklung anstossen, die dazu führt, dass der Einzelne die Probleme dadurch löst, dass er sein privates Verhalten ändert.

Sicher ist das notwendig. Es reicht aber nicht. Erstens ist entsprechendes Privatverhalten ambivalent. Es kostet die Wirtschaft nichts und stabilisiert ihre ökologisch zerstörerischen Strukturen, weil der Einzelne für ein Abfedern der Konsequenzen sorgt. Zweitens hat sich gerade infolge der Umweltproblematik in der Bevölkerung der Eindruck verhärtet, immer weniger Einfluß auf die Gestaltung der persönlichen Lebensumstände zu haben. Teilweise zu recht: man erinnere sich z.B. nur an die auf breite Ablehnung stossende Einführung genmanipulierter Nahrungsmittel, ohne dass eine ausreichende Kennzeichnung erfolgt.

Wenn erforderliche Entscheidungsspielräume aber fehlen und in den Augen der Mehrheit außerdem offen ist, wie eigentlich gehandelt werden sollte, sind allgemeinverbindliche Appelle an ein zu steigendes ökologisches Verantwortungsbewusstsein eine Zumutung. Die Folge: Ohnmachtsgefühle und schlechtes Gewissen bleiben. Die 'Lösung': das gesamte Problem wird verdrängt. Umweltbildung wird also weitgehend wirkungslos bleiben, wenn sie weiterhin ignoriert, was eine ihrer Hauptaufgaben sein sollte:

die Beteiligten in die Lage zu versetzen, sich verloren gegangene Gestaltungsmöglichkeiten abseits konsumorientierter Verhaltensweisen wieder zu eröffnen und zu erobern.

Ohne eine Befähigung zu erfolgreicher Einflußnahme und Mitwirkung an entsprechenden gesellschaftspolitischen Entscheidungen ist das jedoch unmöglich. Einzelne Wissensbrocken und Naturerlebnisse reichen dazu aber wiederum nicht aus. Am konkreten Erproben politischer Einflußnahme im Sinne einer grundlegenden Änderung sozialer und wirtschaftlicher Strukturen führt kein Weg vorbei. Das schließt aktives Einüben der gesamten Bandbreite möglicher Aktivitäten ein, also auch solcher zivilen Ungehorsams. Denn ohne umfassendes kritisch-politisches Lernen, ohne eine Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber den herrschenden Verhältnissen und ohne die konsequente Verwirklichung der selbstbestimmten Ziele ist sozialer Wandel gar nicht vorstellbar.

Doch wie viele Umweltbildungsmaßnahmen verfolgen derzeit diesen Weg? Die Konsequenz: Eine Änderung der Schwerpunktsetzung umwelpädagogischer Arbeit ist überfällig. Ziel sollte es sein, zumindest eine Anerkennung und Verbreitung kritisch-gesellschaftspolitischer Umweltbildung zu erreichen.

Die Diskussion ist eröffnet: Zustimmung und gegenteilige Zuschriften und Beiträge bitte an: Umweltwerkstatt Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel.&Fax 0451/7070646, jpluebeck@t-online.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

48

Herbst '99

● Kurz notiert

EU-Altauto-Richtlinie

Nach dem Märztreffen der EU-Umweltminister bezeichnete die EU-Kommission die Diskussion im Rat als "ziemlich peinlich". Grund war Trittin, der die Wünsche Schröders vortragen mußte, der wiederum kurz vorher von VW-Piech instruiert worden war. Die Autoindustrie wehrt sich dagegen, daß sie schon ab 2003 für die bestehende Autoflotte zuständig sein soll beim

fachgerechten Zerlegen des Schrotts. Trittin konnte einen Aufschub bis Juni erwirken und dann mit der Enthaltung den Auftrag der deutschen Autoindustrie erfüllen. Damit wird die Richtlinie im Jahr 2000 nicht mehr abgeschlossen werden können. Ihr In-

gelandener Wagen ab 2003 an, ab 2010 würde die Industrie dann alle Wracks annehmen wobei "annehmen" noch längst nicht das geforderte Recycling von 85% des Gewichts bedeutet. Die 160 Millionen derzeit rollenden Schredderkandidaten haben



12. BürgerInitiativen-Verkehrskongreß in Köln vom 13.-16. Mai

Verführung zum Spaß am Gehen

Der 12. BürgerInitiativen-Verkehrskongreß, der vom 13.-16. Mai in Köln mit knapp 400 Teilnehmern stattfand, verlief eingetretene Pfade. So war es ein Schwerpunkt, sich in zwei Podiumsvorträgen, in Arbeitsgruppen, Praxiskursen und Aktionen mit dem Themenbereich Lebenslust und Gehlust zu beschäftigen.

Die Tatsache, daß die meisten Menschen gerne gehen, muß als Chance begriffen werden. Benötigt werden Programme und Kampagnen, die das Selbstbewußtsein der Fußgänger in unseren Städten erhöhen, ohne diese zusätzlich in Gefahr zu bringen. Das ist mit einem relativ geringen Aufwand möglich und der Fußgängerschutzverein FUSS e.V. ist bereit, daran aktiv mitzuwirken. Sicherheit und Komfort sind Voraussetzungen dafür, den Spaß am Gehen zu fördern und damit zur Stärkung des Umweltverbundes beizutragen.

Nach Ansicht des Ethnologen Wolfgang Wehapp aus Graz, der mit seinem Vortrag "Gehlust statt Autofrust" den Kongreß in Köln eröffnete, "deutet vieles darauf hin, daß das Gehen eine Renaissance erleben kann." Er empfiehlt der "neuen Generation von FußgängerInnen, die Kombination des Nützlichen - der Fortbewegung, mit dem Notwendigen - der körperlichen Bewegung."

Der Kongreß forderte die Anerkennung und jedwede Hilfestellung bei der Durchsetzung der Rechte der Fußgänger, so wie sie die Bundesrepublik Deutschland eigentlich seit zehn Jahren - mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta für Fußgänger - umsetzen müßte. Wir werden die Arbeit der neuen Regierung daran messen, ob sie bereit ist, dieses europäische Regelwerk in Deutschland aktiv einzuführen. Der zentrale Satz in der Charta lautet: "Jeder Staat hat die Pflicht, durch bestmögliche Mittel detaillierte Informationen über die Rechte der Fußgänger und über humane und umweltfreundliche Verkehrsalternativen zu verbreiten; dies gilt auch für die Schul- und Vorschulerziehung."

Fliegender Export von Arbeitsplätzen

Ein weiterer Schwerpunkt des Kongresses war der Flugverkehr. Das Totschlag-Argument "Arbeitsplätze" soll die Kritiker des ausufernden Flugverkehrs zum Verstummen bringen. Tatsache aber ist,

daß dieser Verkehrssektor nie die tatsächliche Jobmaschine war. Zur Zeit bieten Fluggesellschaften und Betreiber gerade jeden 500.sten Arbeitsplatz in Deutschland, wobei in den letzten Jahren stark rationalisiert wurde. Lediglich im Tourismusbereich schafft der Flugverkehr neue Arbeitsplätze - und zwar im Ausland. Die inländische Tourismuswirtschaft schaut im wahrsten Sinne des Wortes in die Röhre. Auch das Klima könnte beim Umsteigen aufatmen.

Neue Zebrastreifen für unsere Städte!

Die Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (RFGÜ 84) war von Anfang an in Fachkreisen höchst umstritten. Die zwei Hauptforderungen des Fußgängerschutzvereines FUSS e.V. waren:

Die Überprüfung der nicht einsichtigen Einsatzkriterien, die die Richtlinie eher zu einem Zebrastreifen-Verhinderungs-Regelwerk machten und Die Aufnahme von baulichen Begleitmaßnahmen, die teilweise für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und den Gehkomfort unerlässlich sind.

Seit längerem ist eine umfangreiche Untersuchung der Uni Hannover abgeschlossen, die leider nicht veröffentlicht wurde. Nach Studium der Untersuchung wurde klar warum: FUSS e.V. wurde in seinen Forderungen durch die Untersuchung bestätigt. Die Erkenntnisse der Untersuchung sollten nun umgehend in die Richtlinie eingearbeitet werden!

Europäische Verkehrspolitik auch von lokaler Bedeutung

Europäisches Umwelt- und Verkehrsrecht wird für die BürgerInnen hierzulande immer entscheidender, da in den letzten Jahren die Lücken im EU-Recht geschlossen wurden. Auffällig ist, daß die von den Bundesregierungen stets betonte Vorreiterrolle Deutschlands nicht der Realität entspricht. Bürgerinitiativen soll-

ten bei Vor-Ort-Problemen daran denken, daß europäisches Recht durchaus ein Hebel zum Erhalt unserer Umwelt sein kann.

Ökosteuern unzureichend

In diesem Bereich hat das bisher im Sinne des Umweltschutzes nicht sonderlich aktive Großbritannien die rotgrüne Bundesregierung überholt. Vorgesehen sind jährliche Mineralölsteuererhöhungen von sechs Prozent zuzüglich der Inflationsrate. Die bei uns beschlossene "Ökosteuern" kann höchstens als ein Einstieg gewertet werden. Der Einfluß der gegenwärtigen Steuer wird gegen Null tendieren. Die Teilnehmer der AG forderten die Bundesregierung auf, keine Vignette im Schwerverkehr einzuführen sondern eine Abgabe, die nach gefahrenen Kilometern gestaffelt ist.

Weitere Arbeitsergebnisse/-themen:

➤ Durch Mobilitätsdienstleistungen weniger Pkw-Verkehr?

➤ Effektiver Mitteleinsatz für den Öffentlichen Verkehr

➤ Mit Recht gegen Lärm und Luftverschmutzung.

In dem Abschlußvortrag bekräftigte der weltweit anerkannte Verkehrswissenschaftler Professor Hermann Knoflacher von der TU Wien die Aussagen der Verkehrsbürgerinitiativen und Verbände: "Nur wer in kleinteiligen Strukturen investiert stärkt die Kaufkraft und erzeugt Arbeitsplätze vor Ort." Knoflacher betonte darüberhinaus, daß die Lebenslust hauptsächlich von der Fülle der Eindrücke während der Mobilität abhängt und diese Eindrücke mit sinkender Geschwindigkeit intensiviert werden.

Die Veranstalter des 12. BürgerInitiativen-Verkehrskongresses, das Forum Kölner Verkehrsinitiativen, der VCD Köln, FUSS e.V. und UMKEHR e.V. äußerten sich zufrieden über den Verlauf und die konstruktiven Ergebnisse in den Arbeitsgruppen. Der 13. Kongreß wird in zwei Jahren in Leipzig vom ÖKOLÖWEN und UMKEHR e.V. veranstaltet werden.



Themenredaktion "Verkehr"

Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20,
13357 Berlin-Wedding
Tel. 030/4927473,
Fax 4927972
info@umkehr.de

Fotos oben

Bilder vom BIVKO



Der Kongress wird in den Ausgaben 60 und 61 des "InformationsDienstes Verkehr (IDV)" ausführlich nachbereitet. Das erste dieser beiden Hefte ist ab sofort erhältlich gegen 15,- DM in Briefmarken oder auf Rechnung (Preis für beide Hefte) oder im Abo durch Überweisung von 40,- DM (für 6 Hefte) auf das Konto Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V., 13 357 Berlin, Kto-Nr. 33 1978-102 bei der Postbank Berlin (BLZ 100 100 10). UMKEHR e.V., Dachorganisation der Verkehrs-Bürgerinitiativen, Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/492-7473, Fax: 7972, info@umkehr.de, http://www.umkehr.de

die gewohnte Zukunft vor sich: Einige landen zum Ausschlichten beim Schrotthändler, andere werden Osteuropas Straßen unsicher machen und die dritte Gruppe findet ihre letzte Ruhestätte im Wald.

Geliebte Chaoten

Die alljährlichen, meist im Frühjahr startenden Medienkampagnen gegen radelnde "Rowdies", haben anscheinend wenig Einfluß auf die Meinung der Bevölkerung. Nach einer Befragung von Grazer Bürgern werden Radfahrer differenziert wahrgenommen. So meinten vier von fünf Befragten, daß Radler Verkehrsregeln mißachten, über die Hälfte glaubte, daß die Pedalritter wenig Rücksicht auf Fußgänger nähmen. Nach Ansicht der Befragten seien es lediglich ein bis zwei fünfteil aller Radler, die sich regelwidrig verhalten würden. Die Stimmung hinsichtlich der "Strafen" Einführung eines Fahrradführerscheins und Kennzeichnungspflicht für Räder ist seit der letzten Befragung 1991 sogar rückläufig: Waren es vor acht Jahren noch über die Hälfte der Befragten, die solche Maßnahmen forderten, stimmten jetzt knapp zehn Prozent weniger dafür. - Kleine Einschränkung: Beachtenswert ist sicherlich, daß Graz eher eine Stadt mit gutem Fahrradklima ist, daher ist eine direkte Übertragung auf Berlin, München Hamburg & Co sicherlich nicht sinnvoll.

Zivile Luftfahrt Teil der Friedensbewegung?

Anfang Mai wandte sich BARIG, das ist die Vereinigung aller in Deutschland tätigen Luftfahrtunternehmen, gegen die durchschnittlich 70 militärischen Flüge vom Frankfurter Flughafen. Lufthansa-Chef Weber beklagte sich, daß wegen des Kosovo-Krieges täglich 300 Luft-

hansflieger Umwege fliegen müßten, was über den Tag die Kapazität von vier bis fünf Flügen binden würde. Was sich auf den ersten Blick wie Solidarmaßnahmen mit den lärmgeschädigten Anwohnern darstellt oder als Aktivitäten zum Kerosinsparen, sind reine Maßnahmen zur Wettbewerbssteigerung. Man verwies darauf, daß Frankfurt am stärksten von allen europäischen Verkehrsdröhscheiben durch die Militärfliegerei belastet sei und die Verspätungen "inakzeptable Ausmaße angenommen" habe. Zusätzlich verwies man auf vorhandene bzw. nicht mehr genutzte Militärbasen, die doch ausreichend Kapazität hätten. Lufthansa forderte den Ausbau des Flughafens.

Nordbahn in Frankfurt

Die Frankfurter Flughafen AG hat aus einer Studie zum geplanten Bau der Nordbahn, die ausdrücklich keine Umweltauswirkungen enthielt, "Berechnungen" in einer Ergebnisauswertung präsentiert, die dort nicht enthalten waren. Dabei ist, wie nicht anders zu erwarten, die Zahl der von Lärm Betroffenen klein gerechnet worden. Die Flughafen AG hielt sich dazu wohl berechtigt, schließlich hatte sie die Studie bezahlt ... Das Bündnis der Bürgerinitiativen hat aus dem Lärmschutzbericht dagegen gefolgert, daß mehr als 180 000 Menschen zusätzlich durch Fluglärm belastet wären. Das ist nicht verwunderlich, denn der Flugverkehr von und nach Frankfurt soll um etwa achtzig Prozent steigern - schließlich ist nach dem eventuellen Bau der Nordbahn der nächste Engpass schon jetzt zu erkennen. Da bereits heute Abstellpositionen und Abfertigungsanlagen fehlen, wird der nächste Schritt nach der Nordbahn der Bau eines neuen Terminals, zusätzlicher Taxiways und Abstellpositionen sein.



Radler leben gesund: Entweder kurz oder lang

Zwei britische Studien über den Komplex Gesundheit und Radfahren wurden auf dem Velo-City-Kongreß vorgestellt. Die erste Untersuchung bestätigte eigentlich nur, was man sowieso schon ahnte. Eine Gruppe unsporlicher Erwachsener wurde dazu bewegt, sich regelmäßig mit dem Rad zu bewegen. Schon nach sechs Wochen waren deutliche Verbesserungen bei allen Teilnehmern in den Bereichen Blutdruck, Gewicht und Ausdauer festzustellen. (Wobei der Gewichtsverlust nicht sehr drastisch war, da Fett durch Muskel ersetzt wurde.) Die geforderten Wochenkilometer waren anscheinend sehr niedrig angesetzt, da eine "Höchstleistungsgruppe" von mehr als 30 Wochenkilometer erwähnt wurde, die noch

deutlich bessere Werte erzielte. - 30 Kilometer bedeutet einen Arbeitsweg von drei Kilometern.

Die Grundlage der zweiten Studie waren die Todesanzeigen früherer Mitglieder eines Fahrradvereins und die Annahme, daß Radler nicht so häufig an Herz- und Kreislauferkrankungen leiden und sterben. Nach dieser Statistik lebten männliche Clubmitglieder mehr als zwei Jahre länger als der Durchschnitt. (Ob das die Rentenkassen erfreut, ist eine zweite Frage). Allerdings betrafen 8,7 % der Todesanzeigen Opfer von Verkehrsunfällen, was eine viermal höhere Rate darstellt als die der durchschnittlichen.

Keine Ausweitung des Flugverkehrs in Düsseldorf

Ende 1997 hatte das nordrhein-westfälische Verkehrsministerium unter dem irreführenden Begriff "Lärmkontingent" dem Flughafen Düsseldorf eine Betriebsgenehmigung erteilt, die eine gestufte Ausweitung des Flugbetriebs zuließ. Da diese Genehmigung sofort vollzogen werden durfte, gab es im Sommerfahrplan 98 eine erhebliche Ausweitung des Flugverkehrs. Dagegen hatten Anwohner geklagt und bekamen in einem vorläufigen Beschluß des Oberverwaltungsgerichtes NRW Recht: Ab dem 1.11.99 darf die Flughafengesellschaft vorläufig keinen Gebrauch von der Betriebsgenehmigung mehr machen. Eine endgültige Entscheidung wird im Hauptverfahren gefällt werden.

OVG, Beschluß vom 17.5.99, 20 B 2493/98.AK

Ö-termine

bis 9.12.000 im Museum in Weil
"Automobility - Was uns bewegt"
 Hierbei handelt es sich um keine gewöhnliche Ausstellung, denn sie besteht aus Computer- und Videoterminale. Also Bilder und Texte auf Bildschirmen, den Schaukästen der Zukunft. Die Geschichte der Automobilität handelt vom Siegeszug neuer Techniken der Selbstbeweglichkeit.

6.-7.9.99 in Lemgo
Symposium "5 Jahre Lippische Stadtbusse in Bad Salzuffen, Detmold und Lemgo Mobilität in Klein- & Mittelstädten"

Ein Schwerpunkt dieser Veranstaltung wird sein: "Was bedeutet die EU-Liberalisierung des ÖPNV für die Konzessionsgestaltung und die Querverbundfinanzierung". Erfahrene Praktiker werden sie über den aktuellen Stand informieren. Neue Bereiche wie Car-Sharing und Mobilitätszentrale werden auch vorgestellt. Der Beitrag: 464 DM. Kontaktadresse: Stadtwerke Lemgo GmbH, Postfach 708, D-32637 Lemgo, Tel. 05261/255-126.

12.-17.9.99 in Berlin
Seminar "Hauptstadt im Stau"
 Hier werden mögliche Alternativen am Beispiel Berlin aufgezeigt, wie es auch menschenfreundlicher und ökologischer in städtischen Ballungsräumen gehen könnte.

19.9.99 europaweit
Aktionstag "Autofreier Sonntag"
 Kontaktadresse: LOAZ National Committee for a carfree Sunday, c/o Aleid Groothoff, Klaverhoeve 47, NL-3993 NX Houten, Tel. 0031/30/6372621, Fax: 0031/20/4281875, email: klaas.breunissen@wxs.nl

23.-24.9.99 in Trier
Deutscher Nahverkehrstag
 "Rheinland-Pfalz-Takt - ein Land spart Zeit"
 Kontaktadresse: projekt büro Agentur & Verlag, Eulenmühle, D-55218 Ingelheim

27.-28.9.99 in Bonn
Tagung "König Kunde in Bus & Bahn - Kundenorientierung im ÖPNV"
 Ziel dieser Tagung soll sein, Anforderungsprofile an einen kundenorientierten ÖPNV zu entwickeln und zu konkretisieren, zum Austausch von Best-practice-Beispielen beizutragen sowie Umsetzungsstrategien zu diskutieren. Die Gebühr beträgt: 250 DM. Kontaktadresse: VCD e.V. Kilian Lakebrink, Postfach 17 01 60, D-53027 Bonn, Tel. 0228 / 985 85-69, Fax: 0228 / 985 85-10, email:

Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Herbst '99

● Kurz notiert

49

Literatur

Michael Thieses
Mobilitätsmanagement
 (1998, Erich Schmidt in Bielefeld, 111 S.)
 Das Heft in der Schriftenreihe für Verkehr und Technik versucht, Handlungsstrategien für umweltschonende Verkehrskonzepte zu entwerfen. Beschrieben werden Analyse- und Strategieemodelle, wie innovative Ansätze die Mobilitätsfrage angehen können. Es geht nicht um konkrete Maßnahmen, sondern um Formen des Managements, z.B. der Schaffung von Mobilitätszentralen, der Aufstellung von Plänen usw. (Jb)



F. Eckardt/R. Ehret
Die Privatfinanzierung von Verkehrswegen
 (1996, IDUR in Frankfurt, 30 S., 15 DM)
 Nach einer erklärenden Einleitung geht es vor allem um die Frage der Verfassungsmäßigkeit privat vorfinanzierter Straßen. Ein abschließendes Kapitel zeigt Widerspruchsmöglichkeiten auf. Hier wäre Genaueres wünschenswert gewesen (und fürs Preis-Seiten-Verhältnis auch sinnvoll). (Jb)

ADFC-Regionalkarten
Berlin und Umgebung
Lüneb. Heide/Hannover
 (BVA in Bielefeld, 12,80 DM)
 Die Radkarten des ADFC liegen in verschiedenen Maßstäben vor. Die Ausgabe "Lüneburger Heide/Hannover" gehört zum Kartenwerk, das flächendeckend für Deutschland existiert. Hier ist das überörtliche Straßennetz auf seine Tauglichkeit für das Radfahren (Verkehrsbelastung, Belag, Steigungen) untersucht. Die Berlin-Karte ist genauer und zeigt sogar innerörtliche Verbindungswege - wenn auch nur die wichtigeren. Solche Karten sind bisher nur für einige Ballungszentren und deren Umgebung sowie einige Urlaubsregionen erschienen. (Jb)



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

50

Herbst '99

Widerstand

Leider hat es eine technische Panne bei der Datenübertragung gegeben – und das kurz vor einem Urlaub ... daher sind einige Texte verlorengegangen!

Tschuldigung ...

Direkte Aktionen

Achtung! Ab der nächsten Ausgabe werden diese Seiten unbesetzt sein! Wer hat Lust, sich liebevoll um sie zu kümmern? Rückmeldungen bitte an die Themenredaktion, auch Artikel können weiterhin an diese geschickt werden.

Leia Organa, c/o JUP! Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel./Fax: 0451/7070646, Email: Jupluebeck@t-online.de

18. Juni war globaler Aktionstag

Auch wenn in Köln die Stimmen in Form einiger Demos und kleiner Aktionen eher ruhig waren, so ging das Konzept eines globalen Aktionstages, gerichtet gegen Globalisierung und die Macht der Konzerne, doch auf und sorgte an mehreren Orten rund um den Erdball für Wirbel. Besonders in London gab es Straßenparties, Critical Mass Fahrradtouren und Aktionen gegen McDonalds, Autohäuser, Banken und Genteckkonzerne. Unter anderem blockierten 2 Kletterer die London Bridge und ließen ein Transparent mit der Aufschrift "Life before Profit" herunter. Der alternative Nachrichtendienst undercurrents hat ein Video von den Aktionen erstellt, mehr info auf der

website www.j18.org. Es existiert eine internationale Email-Liste, welche sich ab nun mit der Koordination für den nächsten Global Action Day beschäftigen wird. Die Nachricht "subscribe j18discussion" an listproc@gn.apc.org bringt euch ans Herz der Diskussionen – Global Ecology not Global Economy!

Der nächste globale Aktionstag ist der 30.11. (siehe im Terminkasten).

No more Cars!

Unter dem Namen "Towards Car Free Cities" fand im Herbst 97 in der französischen Stadt Lyon eine Konferenz statt, aus welcher neben einer beeindruckenden RTS-Party und Innenstadtktionen auch der Beginn eines Netzwerkes für VerkehrsaktivistInnen in ganz Europa entstand. Voraussichtlich Ende des Jahres werden sich um die 100 Leute nun erneut treffen, um die alles-verschlingende Autokultur, den Verkehrszuwachs, die Straßenbauprojekte und den zunehmend reduzierten ÖPNV in (Ost)Europa zu analysieren und zu kritisieren. Zu dieser mehrsprachigen Konferenz (hauptsächlich Englisch/Polnisch, aber auch Übersetzungen ins Deutsche) in Krakau (Polen) werden TeilnehmerInnen aus ganz

Europa kommen um Ideen, Aktionstips, Erfahrung und Wissen auszutauschen. Auf den Westen wird bezüglich der bereits gemachten Fehler in seiner Auto-"Kultur" geblickt werden, aber auch hinsichtlich der erzielten Erfolge und Versuche, eben diese einzudämmen, um somit zu schauen, was für Möglichkeiten Osteuropa noch hat. Ein Kollektiv von Leuten aus West- und Osteuropa wird die Konferenz organisieren und braucht noch Hilfe.

Kontakt: Car Busters, 44 rue Burdeau, F-69001 Lyon, Tel: +(33)472 00 23 57; Fax +(33) 478 28 57 78, carbusters@wanadoo.fr

Email-Liste Verkehr

Das europäische Netzwerk ASEED hat seit einiger Zeit eine Email-Diskussionsliste zum Thema "Verkehr" eingerichtet. Sie bietet ein Diskussionsforum für AktivistInnen, beleuchtet Strategien und verschafft Kontakte. Eine mail mit "subscribe transport-l" im Textfeld schicken an Majordomo@freeteam.xs4all.nl

Bei sonstigen Fragen: A SEED Europe, PO Box 92066, 1090 AB Amsterdam, The Netherlands, frank@aseed.antenna.nl, <http://www.antenna.nl/aseed>



Themenredaktion "Widerstand, Direkte Aktion"

Leia Organa, c/o JUP Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck Tel.&Fax: 0451/7070646 jupluebeck@t-online.de

Die Themenredaktion ist das letzte Mal dabei. NachfolgerIn gesucht!!!

Foto: Beim Pfingstcamp gegen die Ostseeautobahn A20

Email-Kontakt zu Hüttendorf:

huettendorf.a33@web.de
Kontakt: Anti A33 Hüttendorf, Stockkämper Str. 22a, 33829 Borgholzhausen, Tel: 0172/5603161 oder 05425/270, Hüttendorf im Exil, Talstr.7, 01099 Dresden, Tel: 0171/8429408 oder 0171/1748466, Email: thschmutzer@gmx.de oder m.karich@link-dd.cl.sub.de



Widerstands-Netzwerke

Gewaltfreie Klettergruppe

c/o JUMP in der Roten Flora Schullerblatt 71, 20357 Hamburg jump_hamburg@hotmail.com Aktionen gegen Castor und Autobahnen.

Themenredaktion "Widerstand" der O-Punkte

c/o Umweltwerkstatt Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck Tel.&Fax: 0451/7070646, jupluebeck@t-online.de Vierteljährliche Übersichts und Berichte von Aktionen in der Zeitung "O-Punkte".

Projektwerkstatt AbraXas

Marschorstr. 56, 29641 Dannenberg Tel.+Fax 05861/2527 Anti-Atom und Besetzung von Genfeldern.

Direkte Aktionsgruppe DABS

c/o ASTA TH Braunschweig Anti-Expo, Baumkletterseminare, RTS.

Gruppe Landfriedensbruch

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen Tel. 06401190328-3, Fax -5 projektwerkstatt@t-online.de Büchertisch, Seminare, ReferentInnenliste, Archive im Haus, Vernetzung.

Anti-Expo-Netzwerk

c/o Büro für mentale Rindale Wickingsstr.17, 45657 Recklinghausen Tel. 02361/17483, antifa-rel@koma.free.de Regelmäßiger Rundbrief zu Anti-Expo-Arbeit.

Gen-ethisches Netzwerk

Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin 030/6857073, Fax 6841183 Infoservice, Koordination von Anti-Gentechnik-Aktionen.

NiX mehr! Nord

c/o Haus für alle Amandastr. 58 20357 Hamburg

Hüttendorf gegen A33

Stockkämperstr. 22a 33829 Borgholzhausen Tel. 0172/5603161 huettendorf.a33@web.de

Infam Ahaus

Postfach 1632 48666 Ahaus 02561/96394

BI Kernenergie

Fleischerstr. 22 17489 Greifswald Tel. 033834/892150

BI Lüchow-Dannenberg

Drawehner Str. 3 29439 Lüchow 05841/4684

Hüttendorf gegen A17

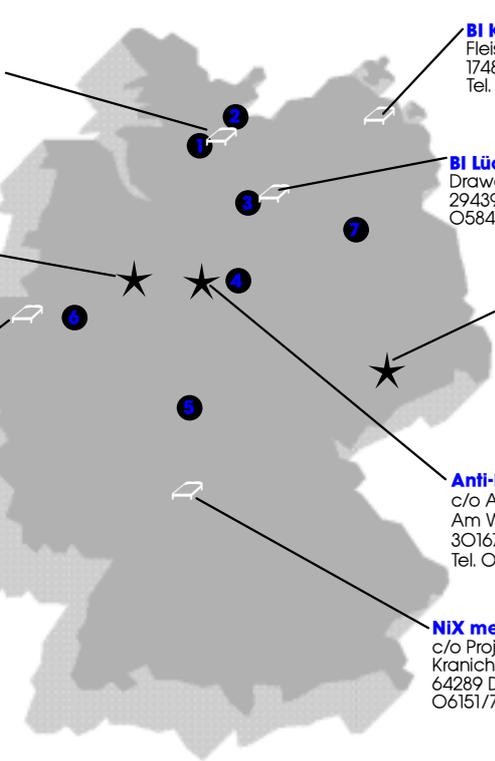
Talstr. 7, 01099 Dresden Tel. 0171/1748466+8429408 EA, 0351/8582916 oder Infoladen: 0351/8045444 th.schmutzer@gmx.de

Anti-Expo-AG/TIPP-EX

c/o ASTA Uni Hannover Am Wolfengarten 1 30167 Hannover Tel. 0511/7625061, Fax 717441

NiX mehr! Süd

c/o Projektwerkstatt Kranichsteiner Str. 81 64289 Darmstadt 06151/712365



Der Infodienst für
Umweltaktivist:innen

Herbst '99

• Wider-
stand

51

Die neue "Mega-Rubrik"?

Das 3. bundesweite Anti-Expo-Treffen war der Anlaß für eine neue Redaktionsstruktur innerhalb der Ö-Punkte. Die Redaktionen, die sich bisher im Bereich Anti-Expo-Arbeit, Widerstand gegen den Neoliberalismus (MAI, WTO usw.) sowie um die Weltwirtschaft allgemein kümmerten, werden zukünftig zusammen eine gemeinsame, aber dann hervorgehobene Rubrik füllen.

Das Anti-Expo-Treffen hatte der langen Vordiskussion Taten folgen lassen und wird sich ab sofort aktiv nicht mehr nur um den Expo-Widerstand kümmern, sondern auch in andere gesamtgesellschaftliche, vor allem internationale Widerstandsbewegungen einbringen.

Die Expo ist nichts als ein Symbol für die neoliberale Welt, deshalb bietet sie sich einerseits als Bezugspunkt der Auseinandersetzung an, andererseits ist der Widerstand gegen die Expo, aber nicht gegen die Ausstellung als solches, sondern das dahinterstehende neoliberale Gesellschaftsmodell gerichtet.



Wider die Globalisierung - einmal für alle!

Die Auswirkungen der Globalisierung zu veranschaulichen, und zwar so, daß es jedeR versteht – das war das Ziel unserer diesjährigen Straßentheater-Tournee.

Sechs Leute, ein bunter Reisebus und 12 Tourtermine in ganz Deutschland - das waren unsere Voraussetzungen mit denen wir Mitte Juni auf Tournee gingen, um BürgerInnen auf der Straße dazu zu bewegen, einmal darüber nachzudenken, was sich hinter dem Schnittblumenstrauß aus Afrika noch alles verbirgt, außer einer bunten Fleurop-Werbung. Der Blumenstrauß in der Hand eines Afrika-Touristen dieses Bild begleitete die Zuschauenden durch das 25 Minuten dauernde Stück, in der Hoffnung, ihm oder ihr einen Anknüpfungspunkt zu liefern, der nicht zu weit hergeholt ist. Wie die ersten Auftritte dann allerdings zeigten, hatten wir alle nicht genug Erfahrung mit den Bedingungen des Straßentheaters, sodaß anfangs die Mischung aus Attraktion (die alleine den Anreiz zum Stehenbleiben ausmacht, wie wir feststellen mußten) und transportiertem Inhalt nicht stimmte und unsere tolle erste Szene, die auf spielerische Weise die Funktion der Weltbank in der Globalisierungsmaschinerie aufzeigen sollte, nach Reaktionen wie: "Worum geht es in dem Stück denn eigentlich?" radikal gekürzt wurde. Nichtsdestotrotz waren wir alle von unserem Stück überzeugt und hatten viel Spaß bei den Auftritten, durchschnittlich vier Stück in jeder Stadt, darunter ein paar absolute Heim-

spiele, wie z.B. auf dem Kirchentag in Stuttgart, wo das Publikum am liebsten die ganze Zeit mitgeklatscht hätte, oder auf dem Anti-Globalisierungscamp in Köln, wo wir am späten Abend im Schein einer Straßenlaterne noch spontan eine englisch-deutsche Version zum Besten gaben. Das andere Extrem blieb uns allerdings auch nicht erspart, in Bonn, zur Zeit des Ladenschluß, wo uns nach der Hälfte des Stücks, als der Döner alle war, unser einziger Zuschauer verließ. Oder der Auftritt in Bremen, wo wir so blöde standen, daß die einzigen Zuschauenden entweder krümelpickende Tauben oder Fahrgäste in den vorbeifahrenden Straßenbahnen waren. Alles in allem war die Bustour jedoch eine tolle Sache, einerseits als Erfahrung für uns, andererseits als kleiner Schritt, den Widerstand gegen die menschenverachtenden Praktiken der Großkonzerne ein wenig populärer zu machen. Die Bustour der BUKO-Pharmakampagne findet jedes Jahr im Sommer statt, mitmachen können alle, das erste Vorbereitungsseminar ist meistens im Dezember.

Kontakt und Infos zum Thema "Gesundheit und Entwicklungsländer": BUKO-Pharmakampagne, August-Bebel-Straße, Bielefeld, 0521/60550.

Daher ist es nur konsequent für die "Ö-Punkte" als Bewegungszeitung, diesen Schritt nicht nur mitzugehen, sondern offensiv mit zu entwickeln – mit dem Ziel, zerrissene Bewegungen zusammenzubringen und gemeinsame Widerstandslinien zu entwickeln.

Alle anderen Redaktionen der "Ö-Punkte" sowie alle Mitwirkenden drumherum können diese Rubrik ebenfalls nutzen und Texte aus ihren Bereichen, die sich auf Expo, Weltwirtschaft usw. beziehen, auch hier "unterbringen" – ein Stück weitere praktische Verknüpfung.

Weitere InteressentInnen z.B. aus Anti-MAI-Gruppen, internationalistischen Bewegungen usw. sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken. (jb)

Ö-termine

Ende Oktober/Anfang November
Manifest gegen die Arbeit

Veranstaltungsreihe zur Diskussion um einen anderen Umgang mit dem Problem "Arbeit".
Kontakt: Krisis, Karl-Heinz Wedel, Waltherrstr. 1,
90429 Nürnberg, 0911/2877842

1. oder 2. Nov.-Wochenende in Bielefeld
4. bundesweites Anti-Expo-Treffen

**Innenstadtaktionstreffen am letzten
Novemberwochenende**
JUJ Korn, Kornstr. 8 H

30. November

Globaler antikapitalist. Aktionstag

An diesem Tag werden sich Mitglieder aus 150 Regierungen in Seattle zu einer Konferenz der World Trade Organization (WTO) treffen und dort die Politik einer weltweit eskalierenden Ausbeutung von Mensch und Natur vorantreiben. Es wird u.a. Versuche geben, eine neue Version des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) durchzusetzen, die Ausbeutung "genetischer Ressourcen" des Südens zu intensivieren und über eine neue Runde von Freihandels-Verhandlungen die neoliberalen Umstrukturierungen der letzten zwei Jahrzehnte fortzusetzen.

Während sich in Seattle ein Bündnis radikaler Aktivist:innen gebildet hat, um vor Ort Aktionen gegen die Konferenz zu organisieren, planen soziale Bewegungen, die im Netzwerk "People's Global Action" (PGA) organisiert sind, und viele kleinere autonome Gruppen aus verschiedenen Zusammenhängen planen Widerstandsaktionen in ihren jeweiligen Bereichen weltweit.

Beispiele bisheriger Aktionsformen sind: Strassenparties - Strassentheater - Streiks - Flugblattverteilungen - Demos - Bürobesetzungen - Blockaden - Aneignung und Beseitigung luxuriöser Konsumgüter - "critical mass" Fahrrademos - Anbringen von Transpis - Sabotage oder Störung kapitalistischer Infrastruktur - Volksküchen - Musik - Gründung unabhängiger Gemeindeversammlungen - Gründung ökonomischer Alternativen, wie coops - Rückeroberung von Räumen (Strassen, Regierungsgelände, Bürogebäude etc.) zum Leben, Spielen, Tanzen etc.

22.-24. Oktober in Xastrop-Rauel
Doch die Verhältnisse, die sind noch so! Kapitalismuskritik-Seminar

27.-28. November in Bochum
**"Zero Tolerance" im
Einkaufsparadies**

Von der Sicherheits- zur Kontrollgesellschaft
Info zu beiden Seminaren: Ludwig-Quidde-
Forum, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal



Ö-Verteiler "Widerstand"

• Mikas & Credos
Informationen

Michael Hartmann
Der AutoGeher
(1998, Unrast in Münster,
187 S.)

Der Autor, inzwischen ausgewandert, ist ein Stück Legende geworden. Seine Aktionen zur Entschleunigung des Verkehrs reichten vom Gehen auf der Straße bis zum Kleffern über Autos. Das alles brachte ihm Knast, Zwangseinweisung in die Psychiatrie usw. Das Buch ist eine Auto-Biographie eines Autogegners, geprägt von den vielen Wirren und Wirkungen des kreativen Widerstands.

Fertig!

Der erste Anti-Expo-Reader. Gegen 2 DM in Briefmarken bei der Anti-Expo-AG, ASTA Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover.



gruppe demontage
Postfordistische Guerilla
(1999, Unrast in Münster,
280 S., 29,80 DM)

Weiche Rahmenbedingungen haben Befreiungsbewegungen in einer Zeit, wo nationale Zuständigkeiten zugunsten internationaler, ökonomischer Zwänge weichen? Wie sehen emanzipatorische Positionen in den meist nationalen Befreiungsbewegungen aus?

Das Buch ist eine kritische Analyse von Widerstand am Beispiel von Mexiko, Chiapas, Algerien, Korsika, Euskadi, Kurdistan und Nordirland – wichtig für einen differenzierten Blick auf das, was im reichen, widerstandsarmen Deutschland oft nur als Mythos überkommt.



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

52

Herbst '99

Wider-
stand

Autor

Andreas Rockstein

Vom MAI zur "Millennium Round" Internationalen Kampagne gegen die WTO

"Die Entstehung von Aktivistengruppen droht die öffentliche Ordnung, die rechtmäßigen Institutionen und den demokratischen Prozeß zu untergraben. (...) Es müßten Regeln aufgestellt werden, um die Legitimität dieser aktivistischen regierungsunabhängigen Organisationen zu klären, die vorgeben, die Interessen großer Teile der Zivilgesellschaft zu vertreten."

Diese scharfen Worte zeugen von Unbehagen der "global players" gegenüber der internationalen Kampagne von Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's) und Basisbewegungen, die mit dem Öffentlichwerden des multilateralen Investitionsabkommens MAI [2] Anfang '97 begann und sich seitdem gegen sämtliche Unterfangen der Polit- und Wirtschaftseliten richtet, im Zuge der sgn. Globalisierung durch neue Abkommen und Institutionen, "Deregulierung", sprich – ungehemmten Marktzugang für transnationale Konzerne auf alle Bereiche durchzusetzen, wo sich Profite machen lassen.

Als die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), in deren Rahmen das MAI Verhandelt worden ist, Anfang Dezember '98 kleinlaut zugeben musste, dass es keine weiteren Verhandlungen zum MAI geben würde (was die internationale Kampagne wohl als einen Erfolg zu verbuchen hat, und nicht, wie böse Zungen behaupten, allein auf "innerkapitalistische Widersprüche" zurückzuführen ist) war es der Mehrheit der involvierten AktivistInnen längst klar, dass damit keine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik eintreten würde, sondern im Gegenteil, nun versucht werden würde, "MAI-geklonte" Politik verstärkt im Rahmen anderer Institutionen durchzusetzen, allen voran in der Welt Handelsorganisation WTO, die ohnehin als eines der mächtigsten Instrument der Einflussnahme transnationaler Konzerne anzusehen ist [3].

So war kaum jemand, der mit der Anti-MAI-Kampagne inzwischen Einblick in die Zusammenhänge erlangt hatte, sonderlich überrascht, als Sir Leon Brittan von der europäischen Kommission kurz nach dem Fall des MAI hochtrabend eine "Millennium-Round" (Jahrtausendrunde) der WTO bekannt gab, in deren Rahmen das MAI unter anderem Namen wieder auftauchen dürfte [4].

Diese "Millennium Round", die mit der nächsten WTO Ministerkonferenz im Herbst in Seattle (USA) losgestossen werden soll, ist nichts weniger als eine neue umfassende GATT/ WTO – Verhandlungsrunde [5], in deren Rahmen das WTO Mandat um ein erhebliches Mass ausgeweitet werden soll. Und sobald erstmal ein neuer Bereich der WTO 'zum Opfer gefallen' ist -- mensch denke dabei z.B. ans Bildungs- und Gesundheitswesen, oder an Umwelt- und Entwicklungspolitik -- so bedeutet das letztlich nichts anderes, als dass hierin nur noch unter 'profitmaximierenden' Gesichtspunkten agiert werden darf – die Folgen kaum auszudenken ...

Von Anfang an ist das MAI als ein "Vertrag zur Herrschaft der Konzerne" [6] entlarvt worden, und viele NGO's sahen keinen Sinn mehr darin, das MAI in irgendeiner Weise zu reformieren sondern lehnten das Abkommen als ganzes ab. Einige, die sich daraufhin tiefergehend mit weltwirtschaftlichen Zusammenhängen befasst haben, erkannten bald, dass das MAI kein "Ausnahmefall" darstellt, sondern dass andere Abkommen und Institutionen, die in letzter Zeit (d.h. spätestens seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der UdSSR) auf wirtschaftspolitischer Ebene beschlossen und durchgesetzt wurde gleichermaßen nur den Interessen Trans-Nationaler Konzerne (TNCs) dienen.

In dieser (oder einer letztlich darauf hinauslaufenden) Analyse scheint sich eine Mehrheit der in der 'stop millennium round' Kampagne involvierten Gruppen einig zu sein.

Wer waren aber diese 'AktivistInnengruppen'? In der Mehrheit waren es Menschen, die schon zuvor gegen die durch TNCs verursachten verheerenden Schäden angekämpft haben, sei es für Umweltschutz oder Menschenrecht. Durch das MAI sind aber nun einige dahintergekommen, dass es nichts bringt hier gegen Atomtransporte und da für Rechte von ArbeitnehmerInnen zu kämpfen ohne den Kontext von Weltwirtschaft und Globalisierung mit zu berücksichtigen.

Auch wenn nach dem Fall des MAI sich viele – im Glauben, der 'Hauptfeind' sei nun abgewendet – wieder ganz von der kritischen Analyse weltwirtschaftlicher Zusammenhänge verabschiedet haben und sich nun wieder ihren 'partikular-Interessen' zuwenden (z.B. solche, denen angesichts des G8 Gipfels in Koeln nichts Besseres einfiel, als den Schuldenerlass für die ärmsten Länder einzufordern [7]), und auch, wenn einige ihre vormals strikte Ablehnung des MAI durch eine "naja, vielleicht lässt sich durch Reformen der bestehenden Institutionen und Abkommen ja doch etwas erreichen" – Haltung ersetzt haben, so hat die Kampagne in den Köpfen vieler Menschen ein Umdenken bewirkt [8], was die AktivistInnen dazu ermutigt, weiterhin ihre Aufklärungskampagne gegen die Globalisierung mit all ihren Drachenköpfen fortzusetzen.

Ein Grund für die teilweise Zurückhaltung mag wohl darin zu suchen sein, dass es nunmehr nicht – wie beim MAI – um die Verhinderung eines noch nicht realisierten Vertragsentwurfes geht sondern um eine bereits etablierte Institution.

Neben der internationalen Kampagne von NGO's gibt es aber noch die 'June 18th' [9] Mobilisierung, d.h., lokale Gruppen in aller Welt haben ein internationales Netzwerk um im Rahmen von 'Peoples Global Action' (PGA) [10] am 18. Juni dieses Jahres parallel zum G8 Gipfel in Köln einen Weltweiten Protesttag zu veranstalten.

Über dieses Netzwerk haben zahlreiche "reclaim the street!" und andere Basisgruppen Wind bekommen von vom unmittelbaren Zusammenhang (welt-)wirtschaftspolitischer Entscheidungen mit sozialen und ökologischen Problemen auf lokaler Ebene.

Viele der aktiv an den J18 Aktionen beteiligt gewesen Gruppen wollen nun gegen die WTO mobilisieren und haben dabei weit radikalere Forderungen als die meisten NGO's. Geplant ist wiederum ein weltweiter Aktionstag am 30. November, also parallel zum Beginn der WTO Ministerkonferenz in Seattle sowie eine "North American Caravan", die amerikanische (einschliesslich Lateinamerika) AktivistInnen nach Seattle führen soll – und unterwegs natürlich an einigen Orten halt machen wird.

[1] Geneva Business Dialogue Declaration, Genf, 19. September 1998

[2] "MAIgalomania", Corporate Europe Observatory <www.xs4all.nl/ceo/mai>, Amsterdam, 1998 (eine Uebersetzung ins deutsche ist über <antro0002@stud.uni-sb.de> erhältlich).

[3] vgl. Myriam van der Stichele, "Towards a World Transnational Organisation?", Transnational Institute, Amsterdam, 1998. <www.tni.org>

[4] Christian de Brie, "Das neue MAI ist angekommen", Le Monde Diplomatique, Mai 1999.

[5] Die WTO ging selbst aus der sgn. "Uruguay-Runde" hervor, der bisher letzten und weitreichendsten Verhandlungsrunde des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade – Allgemeines Zoll und Handelsabkommen), womit eine umfassende Ausweitung, insbesondere auf die Landwirtschaft ("Agriculture Agreement") und den Dienstleistungssektor (GATS – General Agreement on Trade in Services) durchgesetzt werden konnte.

[6] So Tony Clarke vom Polaris Institute, Kanada, in seiner ersten Analyse des MAI (Januar 1997), vgl. "MAI – Der Vertrag zur Herrschaft der Konzerne" <http://www2.hu-berlin.de/studis/refract/MAI/clarke.htm>

[7] Womit sie sich von der offiziellen G8 Haltung kaum mehr unterschieden – und überdies handelt es sich um "Schulden", die ohnehin nie hätten zurückbezahlt werden können -- und überdies Grossbanken und IMF, indem sie Goldreserven auf den Markt werfen (mit dem Argument, die Verluste auszugleichen), noch ein riesen Geschäft dabei ...

[8] Die Kölner Soziologin Maria Mies nennt dies "politische Alphabetisierung", und gerade die Anti-MAI-Kampagne hat gezeigt, wie mensch begrifflich machen kann, dass globale Wirtschaftsabkommen unmittelbare Folgen für die Menschen auf lokaler Ebene haben.

[9] siehe <www.j18.org>

[10] siehe <www.agp.org>



Redaktionen

"Expo"

Anti-Expo-AG, c/o Büro für mentale Randalde
Wickingstr. 17
45657 Recklinghausen
Tel. 02361/17483
antifa-rel@koma.free.de

"Weltwirtschaft"

Jutta Sundermann
& Momo
Friedensallee 6
27283 Verden
04231/957-322,
Fax -400
jutta.s@jpbberlin.de

Die genaue Redaktionsstruktur ist bislang ungeklärt. Weitere Personen mit Interesse an diesem Themenkomplex sind zur Mitarbeit eingeladen.

Die Zusammenstellung dieser Ausgabe erfolgte im Rahmen der Endredaktion aus Beiträgen der benannten Redaktionen.

Weitere Informationen zur PGA-Konferenz sowie deren Ergebnissen gibt es im Internet unter
<http://www.agp.org>, eine e-mail ohne Inhalt und Betreff an bangalore__en@artamis.org beschert ebenfalls frische Infos direkt in den eigenen Computer.



Zum Text links:

Geplante Aktionen

Viele der aktiv an den J18 Aktionen beteiligt gewesen Gruppen wollen nun gegen die WTO mobilisieren und haben dabei weit radikalere Forderungen als die meisten NGO's. Geplant ist wiederum ein weltweiter Aktionstag am 30. November, also parallel zum Beginn der WTO Ministerkonferenz in Seattle sowie eine "North American Caravan", die amerikanische (einschliesslich Lateinamerika) AktivistInnen nach Seattle führen soll – und unterwegs natürlich an einigen Orten halt machen wird, um auf ihre Weise den Leuten vorort begreiflich zu machen, was das so schlimme an der WTO ist.

Vom 23. bis 26. August (während dem Ö-Punkte-Druck) fand in Bangalore in Indien die zweite PGA Konferenz statt, in der die WTO mit ein Hauptthema sein sollte. Diese Konferenz verbindet AktivistInnen aus aller Welt. Die Inter Kontinentale Karawane mit den Aktionen zur WTO Konferenz in Seattle, bei der einen Monat lang mehrere Bäuerinnen und Bauern aus Ländern des Südens durch ganz Europa zogen mit dem Endpunkt in Köln Zum G8-Gipfel, um den Menschen in Europa zu zeigen, dass sie von derselben Globalisierungsmaschinerie von "Frei"handel und Deregulierung betroffen sind wie im Trikont.

Wer Interesse bekommen haben sollte, sich an der Kampagne gegen die Welt Handelsorganisation zu beteiligen, sei es die NGO-Kampagne oder J18/PGA, der kann über die Ö-Punkte-Weltwirtschafts-Redaktion meine Adresse erfragen oder sich direkt an die entsprechenden Gruppen wenden (hier nur eine Auswahl):

Internationalismus-AG c/o AStA FU Berlin Kiebitzweg 23 14195 Berlin Tel 030 8390910 fax 030 8314536 e-mail: inter@zedat.fu-berlin.de

Play Fair Europe! c/o AStA der RWTH Turmstr. 3 52072 Aachen Tel. 0241 803792 fax 0241 8888394 e-mail: Jor-ge@asta.rwth-aachen.de

Reclaim the Streets! PO Box 9656, London N4 4JY, UK, Tel.: +44-171-2814621, rts@gn.apc.org

NGO's: Corporate Europe Observatory Prinseneiland 329 1013 LP Amsterdam / NL Tel/fax: +31-30-236-4422



AGFA an die Börse – Belegschaft auf die Strasse

Wer wundert sich? Vor einem Jahr hatte die Agfa-Gevaert AG in Neu-Isenburg einen Betrieb gekauft und sich weitere Marktanteile gesichert. An der Börse läuft es bestens, die Schließung des Werkes steht bevor. Zusätzlich zu den 650 Arbeitsplätzen, die direkt bei Agfa verloren gehen werden, sind in der Region auch Zulieferer betroffen und Firmen für ausgegliederte Dienstleistungen wie Putzfirmen, Handwerker, Lagerhalter. In Dreieichenhain werden im Lager, das die Firma Danzas betreibt, 100 Leute vermutlich ebenfalls ihre Arbeit verlieren. Herzlichen Glückwunsch zur erfolgreichen Investition!

Mehr Infos: Coordination gegen Bayer-Gefahren, Tel. 0211/333911

Wo bleibt der Protest, Genossen?

Als Bundeskanzler Schröder zusammen mit seinem Amtskollegen aus Großbritannien das "Schröder-Blair"-Papier vorstellte, schlug er ein neues Kapitel in der Anpassung der Sozialdemokraten an den Neoliberalismusglauben auf. Mit schönen Worten läßt das Papier knallhart viele alte Grundsätze der GenossInnen über die Klinge springen. Das Kapital und der Profit der Wirtschaft gehen weit vor sozialer Gerechtigkeit und dem Anspruch des Einzelnen

auf ein Leben in Würde. Es könnte fast eine Scherzfrage daraus werden: Was ist der Unterschied zwischen der alten und der neuen Bundesregierung? Bei der CDU fiel man durch das "soziale Netz", bei der SPD wird man herauskatapultiert. In den Worten von Schröder/Blair: "Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muss reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln." Der Protest innerhalb der SPD ist gering. Viele Grüne hatten nichts eiligeres zu tun, als das Papier zu begrüßen. Es kommen spannende Zeiten auf uns zu.

Infopaket zur Expo

Neben dem Expo-Rundbrief gibt es ab sofort ein Infopaket für EinsteigerInnen. Das Paket umfaßt die letzten Ö-Punkte mit dem Schwerpunkt zur Weltausstellung, den Expo Reader der Anti-Expo AG Hannover sowie Lagepläne des Ausstellungsareals und weiteres Material. Gegen 10 Mark ist es zu beziehen beim Büro für mentale Randalen, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen.



Herbst '99

Widerstand

53



Literatur

Joachim Hirsch
Der nationale Wettbewerbsstaat
(1995, Edition ID-Archiv, 28 DM)

Der "Klassiker" in der aktuellen Globalisierungsdebatte. Hirsch analysiert die Veränderungen in Staat und Ökonomie im Übergang vom "Fordismus" zum "Postfordismus" insbesondere der letzten 25 Jahre. Der erste Teil des Buches ist einer Einführung in die materialistische Staatskritik gewidmet (Kapitalismus für Anfänger: warum gibt es eigentlich einen Staat...), der zweite Teil beschäftigt sich mit den aktuellen Umbrüchen und der Rolle des Staates darin, wobei er als einer der wenigen Autoren weder den fordistischen "Wohlfahrtsstaat" glorifiziert noch den Staat in der Opferrolle festschreibt, sondern eindeutig seine immer autoritärere Zurechtweisung kritisiert.

28.–31.10.1999: BUKO 22 in Hannover

Wanderzirkus

Ein knappes Jahr vor Beginn der Expo sucht die Ausstellung LAB.01, ein Projekt des Robotik-, Automobil- und Rüstungs-Titanen DaimlerChrysler sieben europäische Metropolen heim.

In diesem mobilen Ausstellungsgebäude präsentiert der Konzern mit Erlebnis- und Aktionsräumen, Workshops und Open-Air-Events seine Beiträge für eine Zukunft der totalen Technik. Die Autonomie der Maschinen wird abgefeiert - Intelligente Robotersysteme lernen selbstbestimmt, Multimedia und Virtual Reality werden als gesellschaftliche Visionen verkauft. "LAB.01, das DaimlerChrysler Projekt zum offiziellen Kinder- und Jugendprogramm Technologie der EXPO 2000, zeigt beispielhafte Zukunftstechnologien, die die Welt von morgen prägen." In Viva und Bravo kompatibelem Jargon predigen die MacherInnen der Ausstellung in ihrem Werbeflyer ihrer Lieblingszielgruppe vor allem folgendes: Die Zukunft steht bereits fest, sie besitzt die statischen Charakter eines Naturgesetzes. KeineR wird den Lauf des entfesselten Technokapitalismus stoppen können. Darum gilt es sich so gut es geht einzufügen: Sei es in die exponierten Mobilitäts-

konzepte (zur Erinnerung: Daimler baut Autos) oder unter die im Themenkomplex Arbeit verkündete Weisheit "Phantasielosigkeit ist das einzige Limit", als abgeschwächte Version von "Wer Arbeit will, kriegt auch welche".

Der Transport dieser Ideologie funktioniert hier ebenso subtil wie auf der Expo 2000, fragwürdige und menschenfeindliche Entwürfe werden durch 3D-Animationen und coole Roboter einem breiten Publikum schmackhaft gemacht. So wird noch vor dem Beginn der Expo für Akzeptanz und Identifikation geworben und der Weltausstellung der Weg in die Hirne von Millionen gebnet.

Verbleibende Stationen des LAB.01

- ✓Hamburg 28.8. - 5.9.99
- ✓Warschau 18.9. - 26.9.99
- ✓Dresden 9.10. - 17.10.99
- ✓Barcelona 30.10. - 7.11.99
- ✓Brüssel 22.4. - 30.4.99



Ö-Verteiler
"Expo, Weltwirtschaft..."

- alaska
- Anti-Expo-Rundbrief

Lesetip

Im Juni ist eine weitere Broschüre zum Zweck erschienen, und zwar von der "Gruppe ohne Namen" aus Berlin. Aus dem Inhalt:

- Geschichte der EU
- Strukturen der EU
 - Der ERT
 - Wie deutsch wird der Euro
 - Freihandel
- Osterweiterung
- Innere Sicherheit
- Erwerbslose.

Die Broschüre hat 58 Seiten, kostet 5 DM bis 4 Exemplare, darüber hinaus 20% Rabatt plus Porto, und ist zu bestellen bei: Gruppe ohne Namen, c/o baobab, Christburger Str. 3, 10405 Berlin.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

54

Herbst '99

Widerstand

Der Text stammt von der Anti-Expo-Redaktion.

Weitere Informationen (Website und Mailingliste zur Expo, Organisation des rechts Genannten) beim Büro für mentale Randalde oder bei der Gruppe Landfriedensbruch.



Eine Expo-kritische Webseite wird von grünen Parteistiftungen unter www.xposition.de angeboten.

Drittes Bundestreffen des Anti-Expo-Widerstandes

Am 7. und 8. August trafen sich ca. 30 Menschen aus bundesweit organisierten Anti-EXPO-Gruppen im Rahmen des Anarchistischen Sommercamps bei Hannover, um Strategien und konkrete Aktivitäten zu diskutieren. Das Treffen bestand sowohl aus einer Debatte um die Strategien der Anti-Expo-Szene als auch um deren Ziele und konkrete Aktivitäten: Die Expo stellt sich als Schaufenster neoliberaler Interessen dar und vereint in ihrem Gesamtentwurf nationalistische, rassistische, patriarchale und umweltzerstörerische Aspekte, sie bewirkt die von ihr propagierte neue Weltordnung als Innenpolitik (Innenstadtrepression an Hannovers Beispiel) und transportiert ein repressives Kultur- und Technikverständnis (puh!). Die Weltausstellung bietet mithin Aktionsfelder für alle emanzipatorischen Strömungen, allerdings sollten diese sich nicht auf einzelne der auf der Expo vertretenen Widersprüche fixieren, sondern den universalen Zukunftsentwurf als Sicherung der herrschenden Verhältnisse begreifen und bekämpfen. Denn punktuelle Gegenentwürfe laufen Gefahr, absorbiert und in "gereinigter", systemkonformer Weise von der Expo zurückverscher-

belt zu werden. Damit könnte der gemeinsame Kampf gegen die Weltausstellung Ausgangspunkt für eine politische Gegenkraft sein, die tragfähige lokale und regionale Strukturen etabliert und eine kontinuierliche, nicht event-orientierte (Castor, Nazi-Aufmärsche,...) Strategie entwickelt. Allerdings könnte die Vorstellung illusorisch erscheinen, Anti-Expo-Arbeit allein wird Schmieröl für eine eingestorete Bewegung oder ein politisches Allheilmittel sein. Wir wollen aber nicht nur gegen die EXPO, sondern gerade gegen das von der EXPO entworfene Weltbild kämpfen. In der Diskussion um die Organisation des Widerstandes gegen die Weltausstellung waren die Anwesenden der nahezu einhelligen Meinung, daß eine dezentrale Informations- und Aktionsstruktur die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Kampagne ist. Dezentrale Aktionen und Strukturen

entwickeln eine größere Breitenwirkung.

binden Menschenmassen nicht an einen Punkt und machen sie so weniger kontrollierbar, von den Medien weniger einfach totzuschweigen.

lassen sich Ort und Termin für Widerstandsaktivitäten nicht von Konzernen/Institutionen diktieren.

benötigen keinen eintägigen Anlaß-tragen Verantwortung und Aktionsplanung zurück in die Basisgruppen.

brauchen nicht die Unterstützung etablierter Medien, sondern können lokale/regionale Gegenöffentlichkeit betreiben.

Allerdings wurde in der weiteren Debatte auch die Notwendigkeit von zentral organisierten Aktionen (Großdemos o.ä.) zur Unterstützung/Initiierung dezentraler Konzepte betont.

Im folgenden auszugsweise die Ergebnisse des zweiten Diskussionsteils, der Entwurf von konkreten Aktivitäten:

Gegenausstellung: Diese "Expo von unten" soll die im Themenpark präsentierten Bereiche mit Entwürfen konterkarieren, die sich jenseits von Konzern- oder Regierungsvisionen bewegen. Bestehend aus Stellwänden und begleitet von einem Reader und ReferentInnen soll die Gegenausstellung einige Monate vor der Expo in mehreren Städten gastieren, um Themen wie Umweltschutz von unten, Agenda 21- und Gentechnik-Kritik, alternative Energiequellen, Leistungsgesellschaft oder Frauen zu präsentieren.

Globaler Aktionstag: Für den 30. November existiert ein Aufruf zu einem globalen antikapitalistischen Aktionstag von einer Vielzahl von linken und antiautoritären Gruppen aus sozialen Bewegungen anlässlich der WTO-Konferenz in Seattle. Da ein direkter Bezug auf die Expo und ihrer neoliberalen Ideologie besteht, bietet sich eine Teilnahme an diesem Aktionstag für in der Anti-Expo-Arbeit engagierten Gruppen an.

Gegenaktivitäten zu den Eröffnungsfeierlichkeiten: Am Samstag vor der Eröffnung der Expo am 1.6. soll eine Großdemo als Auftakt für eine internationale Aktionswoche stattfinden. Ihren Abschluß soll diese Woche, in der Workshops, Vernetzung und Aktionen geplant sind, mit den Innenstadtkonferenzen, einer symbolischen Besetzung der Innenstadt Hannovers finden.

Weitere Aktionstage und Aktionen während der Expo: Letztlich ist sehr viel möglich, u.a. wird über Karawanen, Traktortouren, Aktionen am 3.10. und mehr

Expo in Hannover

Das Hauptgelände liegt südöstlich der Stadt (Messegelände und Kronsberg). Aber auch in der Innenstadt finden sich etliche Expo-Punkte:

Weltpartner der Expo

- 1 Deutsche Bahn
- 2 Finanzgruppe Sparkassen
- 3 Telekom

Produktpartner der Expo

- 4 Deutsche Post
- 5 Adecco Personalleistungen

Dezentrale Expo-Projekte

- 6 Altes Rathaus
- 7 Rathaus

Gesellschafter der Expo GmbH

- 8 Asea Brown Boveri
- 9 Expo-Beteiligungsgesellschaft der Wirtschaft (c/o IHK)

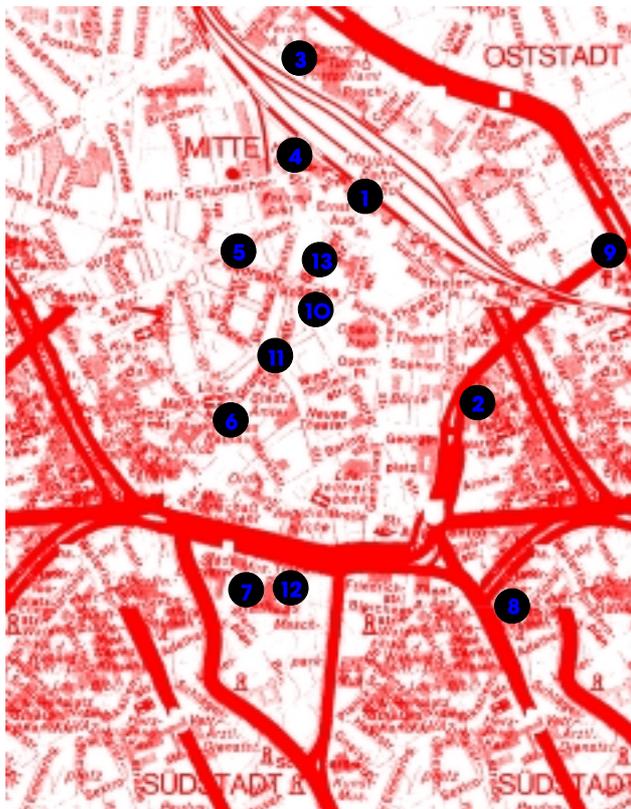
Prestige und Werbung

- 10 Expo-Cafe
- 11 Expo-Uhr
- 12 Fahrenwald der Expo-Länder

Sonstiges

- 13 Passarelle (von 2 gekauft)

Die Expo-Geschäftsstelle liegt in der Hildesheimer Straße/Ecke Peiner Straße.



30. November

Globaler Aktionstag

gegen Neoliberalismus und Expo 2000

(Näheres siehe im Terminkasten Seite 51)

Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

Abfall:

Das Bessere Müllkonzept
 ☐ Infos und Texte rund um Abfallvermeidung und -politik.
 Feldstr. 6, 82282 Unterschweinbach
 MüllMagazin (Rhombos)
 Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Anti-Atom:

anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM, 12x)
 ☐ Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.
 Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen
 Atom-Pressepiegel
 Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld
 Forum des IPPNW
 Körtestr. 10, 10967 Berlin
 THTR-Rundbrief (BI Hamm)
 Postfach 1242, 59002 Hamm

Chemie & Industrie:

Informationsdienst Chemie & Umwelt (ICU)
 Beethovenstr. 31, 79100 Freiburg
 Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)
 ☐ Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

Energiewende:

Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)
 Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
 Neue Energie (BWE)
 Herrenteichstr. 1, 49074 Osnabrück
 Solarhilfen (204 DM/Jahr, 24 Heft)
 Bülfestr. 85, 32545 Bad Oeynhaus

Jugend und Umweltschutz

Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für
 ☐ Naturbeobachtung), c/o DJN
 Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.
 Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg

Landschaft:

Naturschutz und Landschaftsplanung
 Postfach 700561, 70574 Stuttgart
 Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)
 Postfach 400263, 50832 Köln
 Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)
 Prof.-Virchowstr. 8, 08280 Aue
 Wattenmeer international
 WWF, 60591 Frankfurt

local economy:

bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)
 Postfach 100829, 44708 Bochum
 Contraste
 Postfach 104520, 69035 Heidelberg
 koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)
 ☐ Mitteilungsblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Lebensmittelkooperativen mit vielen Infos für Food-Coops.
 Im Mailand 131, 44797 Bochum

Ökologischer Landbau:

Ökologie & Landbau (SÖL)
 Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
 Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 11x)
 ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Organisation, Tips:

Media Perspektiven
 Am Steinernen Stock 1, 60320 Frankfurt
 KGV-Rundbrief (Öko-Institut)
 Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Magazine

Gegenwind (Schleswig-Holstein)
 ☐ Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

Politik von unten:

mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)
 und Rundbrief Bürgerbeteiligung
 Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
 Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)
 Postfach 1159, 71117 Grafenau
 Zeitschrift für direkte Demokratie
 Marcusallee 29, 28359 Bremen

Tierschutz/Tierrechte:

Brennpunkte
 Promenadeplatz 12, 80333 München
 Du und das Tier (DTSB)
 Baumschulallee 15, 53115 Bonn
 Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)
 ☐ Informationen und Berichte über die Tierrechtsbewegung und Autonomen Tierschutz.
 Schmilnstkystr. 7, 2009 Hamburg
 Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)
 Hauptstr. 68, 64560 Riedstadt

Über den Tellerrand:

Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)
 Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
 Antifaschistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)
 GNN, Postfach 260226, 50515 Köln
 blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)
 ☐ Pressehaus I/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn
 Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)
 Postfach 1324, 30013 Hannover
 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
 Postfach 1546, 65173 Wiesbaden
 Friedensforum (Friedenskooperative)
 Römerstr. 88, 53111 Bonn
 Graswurzelrevolution (Schnupperabo 10 DM)
 Breul 43, 48143 Münster
 Interim, Bezug nur über Dealer und Infoläden
 Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)
 Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden
 Kinderrechtliche News, c/o K.R.A.T.Z.Ä
 Dunckerstr. 11, 10437 Berlin
 Konkret (gibts am Kiosk)
 Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg
 Ökolinx, Jutta Dirfurth (8 DM + 2 DM Versand)
 Neuhofstraße 42 60318 Frankfurt
 Regenbogen
 c/o K.R.A.T.Z.Ä., Dunckerstr. 11, 10437 Berlin

Umwelt allgemein:

Kritische Ökologie
 Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden
 ÖkoLinX (Ökologische Linke)
 Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt
 Ökologisches Wirtschaften
 Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München
 Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)
 Postfach 6226, 79038 Freiburg
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer
 ☐ Umweltschutzarbeit (40 DM/Jahr, 4-8x)
 Einschl. Ö-Punkte, zusätzlich Termine, Texte und Infos zu Perspektiven radikaler Umweltschutz, alternativem Lebens usw.
 Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
 Politische Ökologie und punktum
 Waltherstr. 29, 80337 München
 http://www.oekom.de
 Rathaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)
 U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
 Umwelt kommunale ökologische Briefe
 (298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)
 Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin
 Umweltnachrichten (5 DM)
 Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

Umweltbildung:

Biologie in der Schule
 Postfach 269, 10107 Berlin
 DGU Nachrichten
 Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg
 Kosmos
 Neckarstr. 121, 70190 Stuttgart
 NUAnen (Zeitschrift der NUA)
 Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen
 Ökopädnews
 Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf
 Rundbrief Ökopädagogik
 Welsersstr. 15, 81373 München
 Unterricht Biologie
 Postfach 10 01 50, 30917 Seelze
 Rundbrief der Initiative Psychologie im Umweltschutz (2x/Jahr), c/o Geschäftsstelle
 Humboldt-Uni, Inst. für Psychologie, C 107,
 Oranienburgerstr. 18, 10178 Berlin
 Umweltberatung aktuell (BUND)
 Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt & Entwicklung:

alaska
 ☐ Kritische Zeitung zum Internationalismus
 Bernhardstr. 12, 28203 Bremen
 BUKO-Agrar-Info
 BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 Germanwatch
 Berliner Platz 23, 53111 Bonn

Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung
 WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn
 iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)
 Postfach 5328, 79020 Freiburg
 Relaciones (VEN)
 Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf
 Rundbrief "eine Welt"
 Mittelstr. 4, 34474 Wethen

Umweltrecht:

Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18,
 60327 Frankfurt
 Zeitschrift für Umweltrecht, Contrescarpe 18,
 28203 Bremen

Verbands-Infodienste:

Alligator (Grüne Liga)
 Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
 BBU-Infodienst (unregelmäßig bis 4x/Jahr)
 Infozeitung des BBU, für Mitglieder,
 Prinz-Albert-Str. 43,
 53113 Bonn
 BUNDmagazin
 Im Rheingarten 7, 53225 Bonn
 Deutschland-Rundbrief (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 EU-Rundschreiben (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)
 ☐ Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur Hochschul-Umweltarbeit.
 BSO, c/o ASTA Uni Münster
 Schloßplatz 1, 48149 Münster
 Naturschutz heute
 Postfach 301054, 53190 Bonn

VerbraucherInnenpolitik:

Verbraucher konkret (Mitgliedszeitung)
 Verbr.-Initiative, Breite Str. 51, 53111 Bonn

Verkehr:

Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)
 Exerzierplatz 20, 13357 Berlin
 radWELT (ADF)
 Postfach 107747, 28077 Bremen

Wasser:

Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)
 Rennerstr. 10, 79106 Freiburg
 Waterkant (AKN)
 Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

Widerstand/Direkte Aktion:

Mikas & Credos Informationen (40 DM/Jahr)
 ☐ Vor allem Termine und Adressen. Auf Wunsch mit Ö-Punkten als Beilage.
 A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin

Ö-Punkte in Rundschreiben

Anti-Expo-Netzwerk (10-30 DM/Jahr)
 ☐ Vernetzung zwischen Anti-Expo-Gruppen, Termine, Berichte, Infos zur Expo.
 Büro für mentale Randale, Flaesheimer Str. 80,
 45739 Oer-Erkenschwick
 Rundbriefe von ...
 ☐ BUND Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, BUND-Jugend, FZS: Zusammenschluß der StudentInnenenschaften, Grün-alternatives Jugendbündnis (GAJB), Grüne Liga Sachen, JANUN: Jugendumweltnetzwerk
 Niedersachsen, JungdemokratInnen/Junge Linke Nordrhein-Westfalen, LAJUKS: LANdesJUGendkontaktStelle Nordrhein-Westfalen, LIRA: Linksradikales Hochschulbündnis, Mehr Demokratie: Länderrundbrief, NABU Saarland, Naturschutzjugend Baden-Württemberg, Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie.
 Verteilung über die Themenredaktionen der Ö-Punkte und über die Ö-Depots (siehe Rückseite), Abonnements.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99

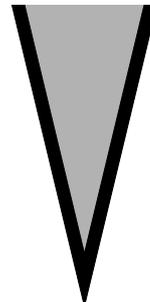
• Anhang, Verteiler



Erläuterungen

☐ Ö-Punkte liegen regelmäßig bei.

☐ Ö-Punkte liegen unregelmäßig bei, d.h. der/die BezieherIn erhält nicht alle Ö-Punkte.



Die nächsten Ö-Punkte Winter '99:

Termine:

• Redaktionsschluss: 1.11.1999.
 • Endredaktion: Ort wird Bad Oldesloe sein, ca. Mitte November.
 • Erscheinen: ca. 24.11.'99. (Die Redaktionstreffen und -arbeit sind offen für alle Interessierten!)

Schwerpunkt:

Umweltbildung heißt der nächste Schwerpunkt. Gesucht sind kritische Analysen, neue Konzepte und kreative Ideen, aber auch interessante Beispiele. Schwerpunktredaktion: Ö-Punkte, c/o Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel&Fax 0451/7070646, juplubeck@t-online.de

Thematische Texte bitte direkt an die zuständigen Themenredaktionen schicken. Allgemeine Artikel und Beiträge, Kleinanzeigen und Anzeigenaufträge an die Redaktionsadresse.

Und weiter ...:

Redaktionsschluss der Ausgabe "Frühjahr '00" ist voraussichtlich der 1. Februar 2000.

Die nächsten Ö-Punkte kommen ... bestimmt!

Mitarbeit erwünscht:

- Bei allen Themenredaktionen, vor allem aber dort, wo es noch oder wieder ganz fehlt: VerbraucherInnenpolitik, FreiRäume, Über den Tellerrand und Widerstand.
- Mitwirken in der Endredaktion: Layouten, Zusammenkleben, Gestalten und vieles mehr.
- Zum kommenden Schwerpunkt "Umweltbildung" siehe Seite 47 (Rubrik "Umweltbildung").